

# **Sprachstrategien und Rollen politischer Akteure in der parlamentarischen Arena –**

Eine Inhaltsanalyse am Beispiel der Haushaltsdebatten in  
Nordrhein-Westfalen zwischen 2000 und 2010

Von der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften  
der Universität Duisburg-Essen  
zur Erlangung des akademischen Grades

Dr. rer. pol.

genehmigte Dissertation

von

Terhorst, Stephan

aus

Wesel

1. Gutachter: Univ.-Prof Dr. Karl-Rudolf Korte

2. Gutachter: Prof Dr. Andreas Blätte

Tag der Disputation: 01. Februar 2012

## **Dissertationsvermerk**

Diese Arbeit wurde von der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften der Universität Duisburg-Essen als Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades (Dr. rer. pol.) genehmigt.

Name der Gutachterinnen und Gutachter:

1. Prof. Dr. Dr. Karl-Rudolf Korte
2. Prof Dr. Andreas Blätte

Tag der Disputation: 01. Februar 2012

## **Danksagung**

Mein Dank gilt Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte, der dieses Dissertationsprojekt betreut und von Beginn an unterstützt hat.

Darüber hinaus danke ich Prof. Andreas Blätte, der als Zweitgutachter jederzeit mit Rat und Tat zur Verfügung stand. Bedanken möchte ich mich außerdem bei der Stiftung Mercator in Essen, die mich und diese Arbeit mit einem Stipendium unterstützt haben und mir damit die Möglichkeit gegeben haben, dieses Thema intensiv bearbeiten zu können. Großer Dank gebührt Dr. Timo Grunden, der jederzeit ein offenes Ohr für Rückfragen, Probleme und Korrekturen hatte. Ich möchte mich ganz besonders für die zahlreichen Gespräche, Anregungen, Hilfestellungen und seine Geduld, die er mir entgegen gebracht hat, bedanken. Ohne seine Unterstützung wäre diese Arbeit nicht möglich gewesen. Darüber hinaus gilt mein Dank dem gesamten Team der NRW School of Governance für die vielen gemeinsamen Stunden und die anregenden Gespräche zu meiner Arbeit.

Unterstützung habe ich aber auch aus meinem beruflichen und privaten Umfeld erfahren. Ganz herzlich möchte ich mich bei meinen Chefs Arne Moritz und besonders Marc Ratajczak bedanken. Sie haben es mir immer ermöglicht, dass ich neben meinem Beruf diese Arbeit fertigstellen konnte. Hervorheben möchte ich Dr. Thomas Breuer und Dr. Christoph Holzem. Sie haben mit ihren Korrekturen in der Schlussphase einen wichtigen Anteil am Endergebnis.

Nicht zuletzt gilt mein tiefster Dank meiner Familie, meinen Eltern Bernadette und Robert, die mich jederzeit unterstützt haben und mir viel Kraft für dieses Projekt gegeben haben. Einen wesentlichen Anteil an dieser Arbeit trägt meine Freundin Sylvia, die mir während der gesamten Zeit und besonders in der Schlussphase den Rücken freigehalten und mich immer wieder bestärkt hat, obwohl ihr die letzte Phase der Dissertation viele einsame Stunden bereitet hat. Für ihr Verständnis und ihre Geduld möchte ich mich besonders bedanken.

## Inhalt

1. Gegenstand der Untersuchung und Forschungsfragen.....	7
1.1 Sprachstrategien und Rollen im Parlament.....	7
1.2 Redenauswahl: Haushaltsreden in NRW zwischen 2000 und 2010.....	12
2. Forschungsstand, Begriffsklärungen und Zugänge .....	15
2.1 Sprachstrategien im Parlament.....	16
2.1.1 Sprachstrategien in der politikwissenschaftlichen Forschung .....	25
2.1.2 Politische Kommunikation des Parlaments und deren Wandel .....	28
2.1.3 Politische Sprache und Reden .....	34
2.1.3.1 Funktionen von Sprache in der Politik und Einordnung von Plenarreden in Textkategorien .....	41
2.1.3.2 Die politische Rede .....	43
2.1.3.3 Funktionen politischer Rede .....	45
2.2 Rollen politischer Akteure im Parlament .....	47
2.2.1 Rollen in der politikwissenschaftlichen Forschung .....	53
2.2.2 Rollen in der parlamentarischen Arena .....	56
2.2.2.1 Die öffentliche Bühne als Schauplatz der Inszenierung .....	56
2.2.2.2 Das Schauspiel und die Rolle politischer Akteure im Parlament .....	58
2.2.3 Rollenerwartungen und deren Herkunft.....	62
2.2.3.1 Landesregierung .....	69
2.2.3.2 Regierungsfraktionen.....	73
2.2.3.3 Oppositionsfraktionen .....	74
2.3. Zwischenfazit .....	76
3. Systemische Rahmenbedingungen.....	80
3.1 Die Generaldebatte .....	81
3.2 Der Faktor Landtagswahl .....	85
3.3 Länderparlamentarismus – Nordrhein-Westfalen.....	88
3.3.1 „Echte“ parlamentarische Regierung.....	91
3.3.2 Arbeitsparlamente .....	93
3.3.3 Der Gesetzgebungsprozess – am Beispiel Haushaltsgesetz .....	94

3.4 Institutionen in der parlamentarischen Arena .....	96
3.4.1 Die Präsentationsarena.....	96
3.4.2 Fraktionen – Funktions- und Handlungsfähigkeitsgruppen .....	98
3.4.3 Die repräsentierenden Landtagsabgeordneten .....	100
3.4.4 Die Geschäftsordnung.....	103
3.5 Zwischenfazit .....	105
4. Theoretische Zugänge, Analyserahmen und Methodik .....	106
4.1 Rollen als Institutionen im Parlament .....	109
4.2 Selbstdarstellungsmodell nach Goffman .....	113
4.3 Faktorenmodell der politischen Kommunikation.....	118
4.4 Konzepte und Anwendungen zur Analyse von Sprachstrategien in der parlamentarischen Arena.....	122
4.4.1 Framing in der parlamentarischen Debatte .....	123
4.4.2 Analysekatlog von Geissner .....	133
4.4.3 Techniken des Impression Management im Parlament.....	135
4.4.4 Analyseraster auf Debattenebene .....	142
4.5 Grundannahmen .....	145
4.6 Analysemodell zur Identifizierung von Rollen und Sprachstrategietypen .....	146
4.7 Forschungsmethoden - Qualitative Inhaltsanalyse.....	148
4.8 Zwischenfazit .....	152
5. Sprachstrategien und Sprachstrategietypen im Parlament .....	155
5.1 Sprachstrategietypen in der parlamentarischen Arena .....	157
5.1.1 Legitimation politischen Handelns: Der Verteidiger und Spielmacher .....	160
5.1.1.1 Landesväterliche Legitimation: Der Spielmacher und Kapitän. ....	161
5.1.1.2 Fachspezifische Legitimation: Der Verteidiger mit Sonderaufgaben.....	174
5.1.2 Attackieren zur Aufdeckung von Schwachstellen: Der Angreifer....	179
5.1.2.1 Kritik mit/ohne Alternativen: Der flexible Angreifer .....	180

5.1.2.2 Landesväterliche Kritikrede mit Alternativen: Der Kapitän als flexibler Angreifer .....	190
5.1.3 Kritisch zurückblickende Legitimation: Der Libero .....	193
5.1.4 Späte Reaktion: Der Einwechselspieler .....	200
5.1.4.1 Kritisch legitimierende Reaktion: Der Libero .....	202
5.1.4.2 Kritische Reaktion: Der Angreifer .....	207
5.2 Quantitative Analyse der Strukturdaten .....	213
5.2.1 Zwischenrufe .....	214
5.2.2 Beifallsbekundungen .....	221
5.2.3 Zwischenfragen .....	225
5.3 Zwischenfazit .....	230
6. Fazit .....	240
Abbildungsverzeichnis .....	250
Abkürzungsverzeichnis .....	253
Quellenverzeichnis .....	254
Übersicht Analyseraster/Redner/Statistiken .....	255
Literaturverzeichnis .....	266

## **1. Gegenstand der Untersuchung und Forschungsfragen**

### **1.1 Sprachstrategien und Rollen im Parlament**

Mittwoch, 17. Mai 2006, 10 Uhr, die Präsidentin des nordrhein-westfälischen Landtags, Regina van Dinter (CDU), eröffnet die Plenarsitzung. Auf der Tagesordnung der 29. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen, die der Ältestenrat zuvor beschlossen hat, ist unter Tagesordnungspunkt 1 die dritte Lesung des Haushaltsgesetzes mit anschließender Verabschiedung angesetzt. Die vier im nordrhein-westfälischen Landtag vertretenen Fraktionen (Stand 14. Wahlperiode) sowie die Landesregierung haben sich im Vorfeld auf eine Redezeit von jeweils bis zu 60 Minuten pro Fraktion geeinigt. Die Landtagspräsidentin ruft als erste Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt die Vorsitzende der größten Oppositionsfraktion, Hannelore Kraft (SPD), auf und erteilt ihr das Wort. Ihr folgen die politischen Spitzenakteure anderer Fraktionen, der Ministerpräsident sowie weitere Minister und Abgeordnete.

Dieses Vorgehen ist bei allen Haushaltsdebatten zur dritten Lesung ein immer wiederkehrender Prozess.<sup>1</sup> Zur dritten Lesung mit anschließender Verabschiedung des Haushaltes wird immer dem oder der Vorsitzenden der größten Oppositionsfraktion (Oppositionsführer) zuerst das Wort erteilt, wie folgende Beispiele demonstrieren: „Ich eröffne die Beratung und gebe Frau Kraft von der SPD-Fraktion das Wort.“ (Plenarprotokoll 14/115, 11.02.2009), „Ich gebe jetzt das Wort an Frau Kraft für die SPD-Fraktion.“ (Plenarprotokoll 14/29, 17.05.2006). Der bzw. die Vorsitzende, im beschriebenen Beispiel Hannelore Kraft, trägt ihre Rede mit den für sie wichtigen Botschaften und Zielen vor. Als

---

<sup>1</sup> Generell sieht die Geschäftsordnung folgende Reihenfolge der Rednerinnen und Redner vor: „(1) Die Präsidentin bzw. der Präsident bestimmt die Reihenfolge der Rednerinnen und Redner. Die Reihenfolge richtet sich nach dem zeitlichen Eingang der Wortmeldungen. Die Präsidentin bzw. der Präsident kann im Benehmen mit den Fraktionen eine andere Reihenfolge festlegen, wenn diese einer sachgemäßen Erledigung und einer zweckmäßigen Gestaltung der Beratung, insbesondere der Rede und Gegenrede, dient.

(2) Wer einen Antrag gestellt hat, kann zu Beginn der Beratung das Wort verlangen. Die Aussprache soll in der Regel durch eine Vertreterin bzw. einen Vertreter entgegengesetzter Auffassung eröffnet werden. Außerdem kann die Berichterstatterin bzw. der Berichterstatter im Rahmen ihrer bzw. seiner Aufgaben das Wort ergreifen.

(3) Im Anschluss an die Rede der Ministerpräsidentin bzw. des Ministerpräsidenten kann die Vorsitzende bzw. der Vorsitzende der größten Oppositionsfraktion das Wort ergreifen. Danach steht den Vorsitzenden der anderen Fraktionen das gleiche Recht zu.“ (§27 der Geschäftsordnung des Landtags in der 14. Wahlperiode). Dieser Paragraph hat auch in der 15. Wahlperiode Gültigkeit.

Oppositionsmitglied wird ihr die Aufgabe zu Teil, Kritik an der politischen Arbeit der Landesregierung zu äußern, Schwachstellen im Regierungshandeln zu benennen und Alternativen aufzuzeigen. Sie wird der zwischen Juni 2005 und Juli 2010 amtierenden Landesregierung aus CDU und FDP ein schlechtes Zeugnis ihres Regierungshandelns ausstellen. Sie wird diejenigen Themen ansprechen, bei denen die Landesregierung ihrer Meinung nach gescheitert ist und wird eigene Lösungsvorschläge präsentieren. Für die Akteure der Landesregierung, allem für den Ministerpräsident sowie für die Regierungsfractionen steht während dieser Plenardebatte die Legitimation ihres politischen Handelns im Vordergrund.

Verbunden mit dem Redevortrag politischer Akteure sind auch immer die Einnahme einer Rolle sowie die Erfüllung der entsprechenden Erwartungen. Als Unterstützung bei der Ausfüllung ihrer Rollen verwenden die Akteure ein im Vorfeld ausgearbeitetes Redemanuskript. Dazu sieht der nordrhein-westfälische Landtag in seiner Geschäftsordnung in §31, Absatz 1 folgendes vor: „Die Rednerinnen bzw. Redner sollen in freier Rede sprechen. Sie können hierbei Aufzeichnungen benutzen.“ In den meisten Fällen lesen die Mitglieder des Landtags einzelne Passagen bis hin zur ganzen Rede vollständig ab. Dies trifft vor allem auf diejenigen Abgeordneten zu, die über wenig Redeerfahrung verfügen. Politische Spitzenakteure der Fraktionen sprechen dagegen in den meisten Fällen frei und nutzen das Manuskript allenfalls als Unterstützung oder Regieanweisung. Bei der Plenarrede in der parlamentarischen Arena setzen die Debat-tenredner in den meisten Fällen somit auf im Vorfeld bewusst gewählte Sprachstrategien, um so zum einen ihre Botschaften und Ziele zu platzieren und zum anderen der Rolle und den damit verbundenen Erwartungen besser gerecht zu werden.

Aus der Perspektive der Parlamentarismusforschung, der politischen Kommunikation sowie dem Selbstdarstellungsmodell nach Goffman (2008) lässt sich ein gleichartiges Vorgehen für das geschilderte Beispiel feststellen. Politische Akteure der unterschiedlichen Gruppen finden sich im nordrhein-westfälischen Landtag zusammen, um über eine klassische Funktion dieser Institution – die



Gesetzgebung – zu debattieren und abzustimmen. Spitzenakteure aller im Landtag vertretenen Gruppen – Regierung, Regierungs- und Oppositionsfraktion – sprechen im Plenum. Politische Reden weisen dabei vielfach die Eigenschaft auf, dass sie schwer verständlich sind (Brettschneider 2010: 60f). Der Gebrauch von Ressortvokabular, unpräzisen Aussagen, die Nutzung von Floskeln aber auch die ständige Wiederholung von Zielen und Botschaften prägen oftmals die Reden<sup>2</sup>. Politische Akteure setzen diese Eigenschaft jedoch bewusst ein, um bestimmte Ziele zu erreichen. Mit der intentionalen Anwendung von Sprachwendungen und Wörtern soll eine Wirkung bei Adressaten erzielt werden. Sprache kann dabei die Funktion übernehmen, Erfahrungen auszutauschen, Gemeinsamkeiten herauszustellen aber auch um sich abzugrenzen. Die Anwendung bewusster Redewendungen, Wörter und Sinndeutungen hängen jedoch in erster Linie von der Einnahme der Rolle in einer bestimmten Situation ab.

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit stehen diese Unterschiede im Fokus des Forschungsinteresses und sollen anhand folgender Forschungsfragen herausgearbeitet und analysiert werden:

**Welcher Sprachstrategien bedienen sich politische Akteure aufgrund ihres Rollenverständnisses in der parlamentarischen Arena? Und: Welche Sprachstrategietypen lassen sich dabei identifizieren?**

Ziel dieser Arbeit ist es, anhand der Auswertung von Haushaltsdebatten des nordrhein-westfälischen Landtags zwischen 2000 und 2010, Sprachstrategien in der parlamentarischen Debatte auf Landesebene von Regierungs- und Oppositionsakteuren zu identifizieren sowie eine Typologisierung der Sprachstrategien vorzunehmen. Die zentrale Prämisse dafür lautet: Die Rolleneinnahmen sowie die systemischen Rahmenbedingungen determinieren die Sprachstrategien politischer Akteure in der parlamentarischen Arena. In Anlehnung an

---

<sup>2</sup> Siehe dazu auch das Forschungsprojekt der Friedrich Ebert Stiftung (2011) „Sprichst du Politik?“.

Goffman (1969) folgt die Erörterung dieser These der Aussage von Dahrendorf, „dass die Selbstdarstellung des einzelnen nach vorgegebenen Regeln und unter vorgegebenen Kontrollen ein notwendiges Element des menschlichen Lebens ist“ (Dahrendorf 2008: VIII). Für die vorliegende Untersuchung sollen daher Analyseansätze des soziologischen Neo-Institutionalismus, der politischen Kommunikation sowie des Selbstdarstellungsmodells nach Goffman kombiniert werden. Mit Hilfe dieser Modelle sollen Sprachstrategien politische Akteure herausgearbeitet werden. Lassen sich wiederkehrende Sprachmuster unabhängig der Rollenzugehörigkeit identifizieren? Wenden politische Akteure die gleichen Sprachstrategien an? Das Erkenntnisinteresse besteht darin, die Anwendung von Sprachstrategien in der parlamentarischen Arena aus drei unterschiedlichen Ansätzen – dem soziologischen Neo-Institutionalismus, dem Faktorenmodell der politischen Kommunikation und dem Selbstdarstellungsmodell nach Goffman – zu analysieren.

Im Vordergrund steht, in Verbindung mit den Rolleneinnahmen, Sprachstrategien im Parlament zu typologisieren. Die Identifizierung von Sprachstrategien leistet darüber hinaus einen Beitrag, Argumentationsmuster politischer Akteure aufzudecken und so Entscheidungen und Entscheidungsprozesse zu erklären. Dabei schließt das Forschungsinteresse dieser Arbeit die Forschungslücke, Reden von Abgeordneten auf Landesebene aufgrund deren Rolleneinnahme im Parlament hinsichtlich der Sprachstrategie zu analysieren und zu typologisieren. Ziel dieser Analyse ist es, mit Hilfe von unabhängigen Variablen – Rollen als Institution, kommunikatives Rollenverhalten, systemischen Rahmenbedingungen – die abhängigen Variablen, Sprachstrategien und Sprachstrategietypen zu identifizieren. Dazu wird zunächst der Forschungsstand in den Themenbereichen Sprache und Rolle im Parlament aufgearbeitet sowie die zentralen Begriffe des Forschungsinteresses erläutert. Auch verschiedene Zugänge zu den zwei zentralen Themen, Rollen und Sprache im Parlament, werden in Bezug auf die Forschungsfrage herausgearbeitet. Dabei werden jeweils die verschiedenen Funktionen und Facetten von Sprache und Rolle in der parlamentarischen Arena erörtert. Der Aufarbeitung des Forschungsstandes, der Zugänge sowie der Begriffserklärung folgt die Darstellung systemischer Rahmenbedin-

gungen. Vier Merkmale – Haushaltsdebatte, Landtagswahl, Länderparlamentarismus und Institutionen im Parlament – werden in Bezug auf das Forschungsinteresse als unabhängige Variablen beschrieben. Weitere unabhängige Variablen werden in Kapitel drei erläutert. Zentrales Merkmal dieses Kapitels ist die Erklärung der Rolle als Institution im Parlament mit Hilfe des soziologischen Neo-Institutionalismus. Die Rolleneinnahme von politischen Akteuren in der parlamentarischen Arena generell wird durch das Selbstdarstellungsmodell nach Goffman erklärt. Dabei werden bestimmte Parallelen zum Bühnenspiel aufgezeigt. Mit der Rolleneinnahme und dem Redebeitrag innerhalb einer Debatte, ist aber immer auch ein kommunikatives Rollenverhalten verbunden. Dieses wird an Hand des Faktorenmodells der politischen Kommunikation ausführlicher erläutert.

In Verbindung mit diesen gewonnen Erkenntnissen werden im Anschluss Konzepte und Anwendungen zur Analyse von Sprachstrategien in der parlamentarischen Arena herausgearbeitet. Im Vordergrund stehen dabei drei zentrale Ansätze: der Framing-Ansatz, der Analysekatalog von Geissner sowie Techniken des Impression Managements in der parlamentarischen Arena. Sie schließen in der Addition ihrer Merkmale an die theoretische Einordnung an. So soll beispielsweise das bewusste und strategische Auftreten politischer Akteure im Parlament mit Hilfe der Instrumente der Impression-Management-Theorie die zuvor beschriebenen Rollen erläutern. Um die Kommunikation der Akteure, welche durch das Faktorenmodell der Kommunikation theoretisch eingeordnet wird, in den Reden zu verdeutlichen, wird in dieser Arbeit auf den Framing-Ansatz (Fairhurst/Sarr 1999) sowie den Analysekatalog von Geissner (1970) zurückgegriffen.

Aufbauend auf diesen drei wesentlichen Ansätzen entsteht ein zur Analyse von Sprachstrategien und ihrer Typologisierung geeignetes Analysemodell. Dem theoretischen Rahmen folgt im weiteren Verlauf dieser Arbeit der zweite Abschnitt, die Debattenanalyse. Mit Hilfe des Analysemodells werden Sprachstrategien politischer Akteure in der parlamentarischen Arena sowie Sprachstrategietypen mit ihren charakteristischen Merkmalen identifiziert.

## **1.2 Redenauswahl: Haushaltsreden in NRW zwischen 2000 und 2010**

Zur Identifizierung und Typologisierung von Sprachstrategien ist es von zentraler Bedeutung, das Untersuchungsmaterial festzulegen und einzugrenzen. Ausgehend davon, dass zahlreiche Plenardebatten in Deutschland angesetzt und eine Vielzahl unterschiedlicher Reden gehalten werden, konzentriert sich die vorliegende Arbeit auf die dritte Lesung der Haushaltsgesetze im nordrhein-westfälischen Landtag zwischen 2000 und 2010. Nordrhein-Westfalen ist das größte Bundesland und gilt politisch betrachtet oftmals als Wegweiser für die Bundespolitik. So verkündete beispielsweise 2005 der damalige SPD-Partei-vorsitzende Franz Müntefering nach der für die SPD verlorenen Landtagswahl Neuwahlen im Bund (Korte 2009a: 132). Die Landtagswahlen, die bis 2005 immer vor den Bundestagswahlen lagen, galten als Stimmungstest und Trend für die darauffolgende Bundestagswahl (Korte 2009a: 220f). Nordrhein-Westfalen nimmt somit eine wichtige politische Position gegenüber der Bundespolitik ein. Ausgehend von der Bedeutung Nordrhein-Westfalens im politischen Gesamtverständnis sind die dortigen Plenardebatten ein gutes Beispiel zur Schließung der genannten Forschungslücke. Denn bisher ließen sich in der Literatur keine Angaben darüber finden, die darauf hinweisen, dass Reden der dritten Lesung zum Haushaltsgesetz in Nordrhein-Westfalen unter den eingangs gestellten Forschungsfragen analysiert wurden.

Besonders die dritte Lesung zum Haushaltsgesetz ist das Paradebeispiel für Rolleneinnahmen politischer Akteure. Hier treffen Spitzenakteure aller im Landtag vertretenen Fraktionen sowie der Ministerpräsident/-präsidentin mit ihren verschiedenen inhaltlichen Positionen direkt aufeinander. Die Opposition kritisiert politische Entscheidungen der Landesregierung und nennt Alternativvorschläge; die Landesregierung ihrerseits verteidigt und begründet ihr Vorgehen. Bei stabilen Mehrheitsverhältnissen gibt es also eine eindeutige Rollenverteilung. Die Spitzenakteure der Landesregierung sowie der im nordrhein-westfälischen Landtag vertretenen Fraktionen debattieren abschließend zum jeweiligen Haushalt, am Ende der Debatte erfolgt die Abstimmung. Innerhalb der Generaldebatte kommt es zum „Show-down“ zwischen Landesregierung

und Opposition. Der Ministerpräsident/in trifft auf den Oppositionsführer/in und umgekehrt.

Insgesamt gab es in dem genannten Zeitraum 49 Reden zur dritten Lesung unter anderem von drei unterschiedlichen Ministerpräsidenten und insgesamt acht Fraktionsvorsitzenden. 43 politische Akteure haben sich während der dritten Lesung zum Haushaltsgesetz geäußert. Sieben Akteure sprachen dabei mehrfach zu einem Tagesordnungspunkt.<sup>3</sup>

Warum sind die Haushaltsdebatten zwischen 2000 und 2010 im nordrhein-westfälischen Landtag aus wissenschaftlicher Perspektive in Bezug auf die Forschungsfragen interessant? Der Zeitraum der Analyse ist insofern von Interesse, da es hier zu einem vollständigen Regierungswechsel und somit auch zu einem Macht- und Rollentausch gekommen ist. Die damaligen Oppositionsfraktionen CDU und FDP übernahmen im Mai 2005 die Regierungsverantwortung und die SPD fungierte nach 39 Jahren erstmals wieder als Opposition im Landtag. Generell findet der Machtwechsel zwischen den großen Parteien (CDU/CSU bzw. SPD/Bündnis 90/Die Grünen) statt – dem so genannten Zweierblock-System (Korte/Fröhlich 2004: 92). Dabei wechselt entweder der Koalitionspartner oder es kommt, wie bereits 1998 auf Bundesebene geschehen, zu einem vollständigen Austausch der Regierung. „Machtwechsel sind in der deutschen Parteiendemokratie somit nur als Wechsel der parteipolitischen Zusammensetzung einer Regierung denkbar“ (Korte 2001: 27). Der nordrhein-westfälische Landtag startete in seine 14. Legislaturperiode somit unter dem Vorzeichen eines Macht- und Rollenwechsels, wie Abbildung 2 verdeutlicht. Die Rollen und Sprachstrategien sowie deren Typologisierung werden dabei im Verlauf der Arbeit unabhängig von der Partei und der Person analysiert.

---

<sup>3</sup> Nähere Informationen dazu sind der Tabelle im Anhang zu entnehmen.

Regierungsjahre	2000	2001	2002	2002	2003	2004	2005	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Ministerpräsidenten	Clement			Steinbrück				Rüttgers					
Regierungskoalitionen	SDP/Grüne							CDU/FDP					
Oppositionsfaktionen	CDU, FDP							SPD, Grüne		Fraktionsloser Abgeordneter Rüdiger Sagel			

Landtagswahl    Bundestagswahl                      Landtagswahl

Abbildung 1: Ministerpräsidenten, Regierungs- und Oppositionsfaktionen und zeitliche Einordnung der Debattenbeispiele. Quelle: Eigene Darstellung.

Verbunden mit dem Regierungswechsel, und damit ein weiterer Vorteil zur Schließung der Forschungslücke, ist der direkte Wechsel der Einnahme institutioneller Rollen im Parlament. War es bis 2005 die Aufgabe von CDU und FDP die Landesregierung zu kritisieren, zu kontrollieren und Alternativen aufzuzeigen, so waren jene Parteien von 2005 bis 2010 verantwortlich für die Landespolitik und mussten sich der Kritik und den Alternativen der neuen Opposition stellen. Der Rollenwechsel wurde dabei nicht nur durch die Veränderung der Sitzordnung erkennbar, sondern zum Beispiel auch durch die Veränderung beim Ausschussvorsitz des Haushalts- und Finanzausschusses. „Nach parlamentarischem Brauch kommt der Vorsitz im Haushalts- und Finanzausschuss einem Mitglied der stärksten Oppositionsfraktion zu. Damit wird die hervorgehobene Kontrollaufgabe des Ausschusses gegenüber der Landesregierung widergespiegelt“ ([www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)). Für den Rollenaustausch im Parlament gilt, dass dieser zu parlamentarischen, organisatorischen und persönlichen Veränderungen führt.

Von Bedeutung ist dabei für diese Arbeit, inwieweit sich mit der Änderung der institutionellen Rollen auch Sprachstrategien geändert haben oder ob diese unabhängig vom Regierungswechsel von den entsprechenden Akteuren verwendet worden sind. Mit Hilfe des entwickelten Analyserasters (Kapitel 4.4.4) soll dieses aus den Plenarprotokollen der dritten Lesungen vor und nach Landtagswahlen, im Zeitraum 2000 und 2010 erörtert werden. Dabei gilt zum einen die Tatsache, dass die Reden der politischen Akteure als Plenarprotokoll öffentlich

zugänglich sind<sup>4</sup> und so eine vergleichende Auswertung ermöglicht wird. Zum anderen wird ein Teil dieser Landtagsdebatten live im Westdeutschen Rundfunk (WDR) übertragen. Am 17. Dezember 2009 beträgt die Übertragungszeit des WDR von der dritten Lesung zum Haushalt 2010 beispielsweise drei Stunden und 16 Minuten. Durch die Live-Übertragung wird den Bürgerinnen und Bürgern in Nordrhein-Westfalen ein direkter Zugang zur Landespolitik ermöglicht, der in den meisten Fällen nur bei der dritten Lesung gewährt wird. Den überwiegenden Teil der Debatten können die Wählerinnen und Wähler nur live durch das eigene Landtagsfernsehen (Landtags TV)<sup>5</sup> oder vor Ort auf der Zuschauertribüne verfolgen. Die Teilübertragung dieser Debatte durch den WDR unterstreicht die Wichtigkeit dieses Tagesordnungspunktes und somit folglich auch das für diese Untersuchung zugrunde liegende Forschungsinteresse.

Übertragung von Landtagsdebatten im WDR Fernsehen 2006 - 2009		
Debatte	Datum	Übertragungsdauer in Minuten
3. Lesung Haushalt 2010	17.12.2009	196
3. Lesung Haushalt 2009	11.02.2009	214
3. Lesung Haushalt 2008	20.12.2007	133
Debatte zur Halbzeitbilanz	14.11.2007	115
3. Lesung Haushalt 2007	24.01.2007	187
Einbringung Haushalt 2007	30.08.2006	104

Abbildung 2: Übertragung von Landtagsdebatten im WDR Fernsehen 2006 – 2009. Quelle: Wirtz 2010, WDR. Eigene Darstellung.

## 2. Forschungsstand, Begriffsklärungen und Zugänge

Im folgenden Kapitel werden die für das Verständnis der herauszustellenden Zusammenhänge relevanten Begriffe erörtert und voneinander abgegrenzt. Beginnend mit der Differenzierung der Begriffe Strategie und Taktik wird der Be-

<sup>4</sup> Für alle Plenar- und Ausschussreden des nordrhein-westfälischen Landtags gilt, dass diese über die Internetseite des Landtags der Öffentlichkeit zugänglich sind.

<sup>5</sup> Mit Landtags TV ist in diesem Fall ein Live-Stream im Internet gemeint. Der Landtag bietet auf seiner Internetseite interessierten Bürgerinnen und Bürgern durch jenen Live-Stream die Möglichkeit, jede Landtagsdebatte zu verfolgen.

griff Sprachstrategie als Ausgangspunkt politischer Kommunikation im Parlament definiert. Anknüpfend daran können so die Rollen politischer Akteure in der parlamentarischen Arena definiert und erklärt werden. Anschließend wird die Bedeutung politischer Kommunikation innerhalb dieser Arbeit herausgearbeitet.

## **2.1 Sprachstrategien im Parlament**

Immer wieder fallen im Zusammenhang mit politischen Entscheidungen die Begriffe Strategie, Taktik oder auch strategisches bzw. taktisches Verhalten (Sarcinelli 2007; Raschke/Tils 2011). Oftmals ist die Rede von parteipolitischer Taktik, insbesondere vor Wahlen. Dann werden Entscheidungen bzw. Ankündigungen vor dem Hintergrund von Wahlen als eine politische oder auch parteipolitische Taktik verstanden, die ausschließlich auf das Erreichen des Wahlsieges ausgerichtet sind. Diese Entscheidungen werden oftmals auf den unterschiedlichsten politischen Ebenen getroffen und im Parlament verabschiedet, um so unter anderem die politische Richtung vorzugeben. Während dieser Entscheidungsprozesse nutzen politische Akteure die unterschiedlichen parlamentarischen Einrichtungen, beispielsweise die Plenarsitzung, um ihre Ziele, Ideen, Absichten und Interessen vorzutragen und durchzusetzen. Dabei wird eine bestimmte Strategie bzw. Taktik verfolgt. In der parlamentarischen Arena geschieht dies hauptsächlich durch Kommunikation, genauer gesagt durch Sprache. „Die Parlamentsdebatte ist heute ein sehr vielschichtiges kommunikatives Großereignis, das vorwiegend aus mündlicher Rede besteht, (...)“ (Burckhardt 2003: 337). Das gesprochene Wort dominiert die Debatte (Burckhardt 2003: 337). Politischen Rednern wird oftmals eine Strategie oder eine Taktik nachgesagt, die sie mit ihrer Rede verfolgen. Dazu wird im Folgenden zunächst grundsätzlich der Unterschied zwischen den Begriffen Strategie und Taktik herausgearbeitet. Basierend darauf wird eine für die vorliegende Arbeit gültige Definition in Anlehnung an Rasche/ Tils (2007) aufgestellt.

Der Begriff „Taktik bezeichnet im engeren Sinne die Art und Weise, in der versucht wird, ein bestimmtes Ziel zu erreichen, bzw. im weiteren Sinne die einzel-



nen Schritte zur zielgerichteten, zweckbestimmten Um- oder Durchsetzung eines Gesamtkonzeptes“ (Schubert/Klein 2006: 297). Der Begriff Taktik wurde vor allem in militärischen Zusammenhängen angewendet. Erst Ende des 18. Jahrhunderts wurde der Begriff Taktik auch in der Politik übernommen: „die Begriffsgeschichte politischer Strategie begann kurz vor 1914“ (Raschke/Tils 2007: 64). Strategie hingegen beschreibt die „Entwicklung und Durchführung einer Gesamtkonzeption, die auf ein langfristig angestrebtes (Gesamt-)Ziel gerichtet ist. Ursprünglich nur im militärischen Sinne (z.B. Abschreckungs-S.), wird der Begriff heute umfassend verwendet“ (Schubert/Klein 2006: 284).

Diese beiden von Schubert/Klein aufgestellten Definitionen geben einen ersten Überblick, sind jedoch nicht ausreichend, um eine gültige Definition für die vorliegende Arbeit vorzulegen. Vor allem der Begriff der Strategie, der in dieser Arbeit im Vordergrund steht, beschreibt nicht ausreichend die Anwendung von Sprachstrategien politischer Akteure im Parlament. Hierzu bedarf es einer weiteren Definition.

Die eingangs beschriebene Vorgehensweise der unterschiedlichen politischen Akteure in einem Parlament bei Haushaltsdebatten ist kein zufälliges Verhalten. Handlungsmuster, die sich aus den Textsortenkategorien (Kapitel 2.1.3.1) ableiten lassen, sind stets geplant, sie geschehen mit voller Absicht. „Mit voller Absicht heißt, dass dem Handeln ein bestimmtes Ziel oder ein bestimmter Zweck vorschwebt, die wiederum auf bestimmten Einstellungen, Mentalitäten, Motivationen, Prinzipien oder Werthaltungen beruhen, die im Bewusstsein verankert und gespeichert sind“ (Lange/Himmelman 2007: 16). Dieses bewusste, aus voller Absicht geplante Handlungsmuster ist die Anwendung einer Strategie. Strategien entstehen immer dann, wenn über etwas abgestimmt werden muss bzw. „Entscheidungen getroffen werden“ (Wiesendahl 2010: 31) müssen.

Ausgehend von dieser Erkenntnis wird im Folgenden eine Definition des Begriffs der Sprachstrategie erarbeitet, die die Grundlage für die Debattenanalyse bildet. In Anlehnung an die Definition von Raschke/Tils (2007), die Strategien als „erfolgsorientierte Konstrukte, die auf situationsübergreifenden Ziel-Mittel-

Umwelt-Kalkulationen beruhen“ definieren, und Klein, der aussagt, dass Sprachstrategien in der Politik vor allem dazu dienen, „die Zustimmung der für den politischen Erfolg relevanten Adressaten zu erlangen“ (Klein 2002: 376), gilt für die vorliegende Arbeit folgende Beschreibung von Sprachstrategien:

**Das Ziel von Sprachstrategien ist die Herstellung von Legitimation und Unterstützung für das politische Handeln. Dabei sind Sprachstrategien abhängig von der Rolle des Redners, seinen Zielen, dem institutionellen Kontext, den Adressaten sowie von politischen Inhalten.**

Sprachstrategien als intentional anzunehmen, liegt die Annahme zugrunde, dass Strategien immer bewusst für eine bestimmte Situation ausgewählt werden. Dabei ist die Auswahl der Strategie von zeitlichen, sachlichen und örtlichen Dimensionen abhängig. Je mehr Informationen dem politischen Akteur über die Situation, in der er spricht, zu Verfügung gestellt werden, umso detaillierter kann die strategische Planung erfolgen. Mit Hilfe des intentionalen Sprachgebrauchs, Wörtern und festen Wortbindungen soll die Strategie umgesetzt werden, um letztlich das erklärte Ziel zu erreichen. Sprachstrategien sind demzufolge abhängig vom Publikum, dem Empfänger, der Institution sowie den Zielen. Dabei handeln politische Akteure nach bestimmten Regeln. Für das politische Handeln sind vor allem die Begriffe wichtig, „in denen wir über Politik denken und sprechen“ (Duve 2009: 11). Wie denken, sprechen und handeln wir – nicht nur politische Akteure, sondern die Menschheit insgesamt? Nach Auffassung von Lakhoff und Wehling denken, sprechen und handeln die Menschen in Metaphern (Lakhoff/Wehling 2009: 14). Die Grundlage des Handelns ist das Denken, weil wir machen, was wir denken (Lakhoff/Wehling 2009: 14ff). Um die Ziele zu erreichen, handeln Menschen zweckbestimmt. Erreicht der Mensch sein Ziel, hat sich der Zweck seiner Handlung erfüllt (Lakhoff/Wehling 2009: 24). Für die Anwendung von Sprachstrategien folgt daraus, dass sie dem Zweck dienen, Gedanken, die politische Akteure in Ziele, Interessen und Absichten verfassen, zu vermitteln. Durch den metaphorischen Sprachgebrauch kann der Redner „regelrecht in das Gehirn unseres Gegenübers gelangen und bestimmen, wie er

eine Sache oder Situation begreift“ (Lakoff/Wehling 2009: 30). Dabei kommt es besonders auf die Nutzung von Metaphern in Reden an, „denn sie entscheiden darüber, was wir – Sprecher und Hörer – denken“ (Lakoff/Wehling 2009: 31f). Metaphern sind wichtige rhetorische Stilmittel und spielen bei der Typologisierung von Sprachstrategien im weiteren Verlauf der Arbeit eine wesentliche Rolle und werden in Kapitel 4.4 im Zusammenhang mit Framing und Priming näher beschrieben.

Allgemein gilt: politisches Handeln geschieht immer unter der Bedingung, dass Akteure in Institutionen handeln und Entscheidungen mit anderen Akteuren unter institutionellen Rahmenbedingungen treffen.

Jarren/Donges (2006: 305) stellen im Zusammenhang mit dem Handeln politischer Akteure fest, dass dieses immer an die Einnahme von Rollen gebunden ist. Dabei ist der Rollenbegriff vor allem aus dem Schauspiel bekannt. „Schauspieler im Theater oder in einem Film haben Rollen inne. Das bedeutet, dass diesen Personen das, was sie sagen und wie sie sich auf der Bühne bzw. vor der Kamera verhalten, durch das Stück bzw. das Drehbuch vorgegeben wird“ (Schimank 2007: 44). Dieses von Schimank beschriebene Rollenverständnis, in dem sich der Akteur nur in einer bestimmten Situation entfalten darf (Schimank 2007: 44), soll für die vorliegende Untersuchung adaptiert werden. Denn wie Schimank weiter beschreibt, ist „genau gesehen (...) das Handeln eines Schauspielers also extrem fremdbestimmt“ (Schimank 2007: 44). Dieses gilt auch für die Sprachstrategie des Redners in der parlamentarischen Arena. Wie Kapitel 2 und 3 zeigen werden, werden Sprachstrategien durch Rollen und systemische Rahmenbedingungen strukturiert. Die Rolle des Redners ist bei der Anwendung von Sprachstrategien ein zentrales Element. Erst durch das Rollenverständnis des Redners entstehen Sprachstrategien. Zentrale Merkmale der Rollen sind die Organisationszugehörigkeit (z. B. Partei, Fraktion, Regierung) sowie die Funktion (Ministerpräsident, Fraktionsvorsitzender, fachpolitischer Sprecher, „Hinterbänkler“); dies wird in Kapitel 2.2.2 ausführlicher beschrieben.

So unterscheidet sich die Rede eines Redners auf einem Parteitag von der im Parlament. Steht bei einer Parteitagsrede vor allem die Mobilisierung eigener Parteimitglieder oder der Aufruf zur Geschlossenheit im Vordergrund, geht es im Parlament aus Sicht der Opposition darum, „Öffentlichkeit herzustellen und so, gewissermaßen über die Bande spielend, die öffentliche Meinung als Schwungrad oppositionellen Handelns zu mobilisieren“ (Patzelt 2002: 433). Die Landesregierung stellt innerhalb der Parlamentsdebatten, vor allem bei der dritten Lesung des Haushaltsgesetzes, die Legitimation ihrer politischen Entscheidungen in den Vordergrund. Der Fokus der Opposition liegt dagegen auf kritischen Äußerungen gegenüber dem Regierungshandeln.

Für die Einnahme der Rolle und die damit verbundene Erwartung an politische Akteure ist auch der Darstellungsort von Bedeutung. Bleiben wir bei dem Beispiel der Parteitagsrede und der im Parlament und betrachten den Ministerpräsidenten einmal näher, der gleichzeitig auch Parteivorsitzender ist. Ein erster Unterschied ist bezüglich der vor Ort anwesenden Personen festzustellen. Auf einem Parteitag befinden sich neben den Medienvertretern (mediale Begleitung) und Gästen ausschließlich Delegierte und „Parteifreunde“. So gesehen hat der Spitzenpolitiker ein Heimspiel, bei dem er die Möglichkeit hat, ohne Zwänge zu reden. Um das Publikum direkt und einfach erreichen zu können, bedarf es keiner verklausulierten Sprachwendungen sondern unkomplizierter Sätze und Wörter. Er spricht als Parteivorsitzender „über die Position der Partei zu aktuellen u./o. grundsätzlichen Fragen, meist in Kontrastierung zur Position der Konkurrenzpartei(en)“ (Klein 2000: 750), um Stimmungen und Emotionen zu erzeugen. Gleichzeitig kann er seine Partei so mobilisieren. Im Plenarsaal hingegen tritt der Ministerpräsident in den meisten Fällen, das wird die Debatteanalyse zeigen, als Staatsmann, genauer gesagt als Landesvater bzw. Landesmutter auf. Der Ministerpräsident ist dabei vom Landtag gewählt und mit der Richtlinienkompetenz ausgestattet worden. In diesem Fall spricht man auch von dem Ministerpräsidentenprinzip (Korte/Florack/Grunden 2006: 75). Er nimmt also zwei verschiedene Rollen, die des Parteivorsitzenden und die des Ministerpräsidenten ein. Damit verbunden sind immer auch Erwartungen, die an ihn herangetragen werden. Auf einem Parteitag erwarten die Delegierten bei-

spielsweise, dass der politische Spitzenakteur zur Geschlossenheit aufruft oder das Selbstbewusstsein der Partei weiter bzw. wieder stärkt (Klein 2000: 750). In der parlamentarischen Arena werden andere Erwartungen an die Person herangetragen. Unter anderem wird von ihm erwartet seine politischen Entscheidungen zu legitimieren. Weitere Erwartungshaltungen an einen Regierungsakteur sowie Oppositionspolitiker werden in Kapitel 2.2.3 erörtert.

Generell ist die politische Rede für Klein (2000) „dann ein Exemplar von Textsorten in politischen Institutionen, wenn ihre Durchführung gebunden ist an politische Institutionen als Bedingungsrahmen, an Redner mit politischem Amt oder Mandat und an politischen Themen als Redegegenstand“ (Klein 2000: 748). Allgemein lassen sich zwei Arten von politischen Reden unterscheiden - die politische Beratungsrede und die Festrede<sup>6</sup> (Klein 2000: 748). Bei den Reden, die innerhalb dieser Untersuchung hinsichtlich der Sprachstrategien analysiert werden, handelt es sich um Beratungsreden. Sie „nehmen Bezug auf widerstreitende Meinungen, sind selbst Teil dieser Auseinandersetzung und prätendieren nicht“ (Klein 2000: 748). Charakteristisch für die Reden politischer Akteure im Parlament ist, dass die dort stattfindenden Verhandlungen zum einen auf der thematischen Ebene erfolgen und zum anderen von dem wechselseitigen Aufeinandertreffen der Akteure geprägt sind. So besteht die Möglichkeit durch die direkte Anrede „Sehr geehrte Frau...“, „Sehr geehrter Herr...“, Liebe Frau Kollegin...“ oder „Sehr verehrter Herr Kollege...“ mit dem politischen Gegner Kontakt aufzunehmen, indem er in der Rede direkt angesprochen wird oder durch die Instrumente des Zwischenrufs oder der Zwischenfrage (Klein 2000: 748). Im Vordergrund steht bei politischen Reden im Parlament die sachorientierte Interaktion, bei der „leidenschaftlich und mit Herzblut im Sinne einer pluralistischen Meinungsvielfalt gestritten wird“ (Hasselfeldt 2009: 7).

---

<sup>6</sup> Mit der Festrede bezeichnet man auch das Festreden, epideiktischen Reden (genus demonstrativum, aus dem Lateinischen Lob und Festrede. Nähere Informationen dazu bei Klein (2000: S. 732-755).

Es bleibt festzuhalten, dass sich Sprachstrategien, die ein Redner beispielsweise auf einem Parteitag anwendet, von denen in den Medien – Talkshows, „Elefantenrunden“ – oder während einer Plenarrede unterscheiden. So wird beispielsweise auf Parteitag und in Talkshows auf Verwaltungsbegriffe aufgrund der weniger plakativen Eigenschaften verzichtet. Auch die Darstellung als Landesvater, die der Ministerpräsident oftmals im Plenum wählt, kommt weniger zum Einsatz.

Trotz der Unterschiede von Sprachstrategien in Bezug auf den Ort eint alle Anwendungen von Sprachstrategien allerdings zwei wesentliche Merkmale: Die Verfolgung von Zielen und die Durchsetzung von Interessen. Beim Einsatz intentionaler Sprachkonstruktionen steht die zielorientierte Politikvermittlung im Vordergrund. Aber die zahlreichen Debattenredner verfolgen mit ihrer Rede unterschiedliche Zwecke. Eines der bedeutsamsten Ziele ist die Herstellung von Legitimation und Unterstützung für das politische Handeln. Denn äußert sich die Regierung nicht positiv zu ihren Entscheidungen, kann dies zu einer Krise des Politikmanagements und des legitimativen Regierungshandelns führen (Korte 2007: 211). Politische Akteure in der parlamentarischen Arena ringen um die Unterstützung für ihre Politik, ihre Vorgehensweise und Alternativvorschläge. Sie nutzen die Plenardebatte, um die Resonanz auf ihr politisches Handeln zu erfahren. Die Plenardebatte bietet den politischen Akteuren aber auch die Gelegenheit, Unterschiede zwischen den im Landtag vertretenen Parteien deutlich zu machen und um sich ein klares Profil zu erarbeiten. Dabei ist den Debattenrednern im Vorfeld bei der Entwicklung der Rede bewusst, was und wen sie mit ihren Sprachstrategien erreichen wollen.

Ziele	Beschreibung
Legitimation	Rechtfertigung für die Politik, das Regierungs- bzw. Oppositionsprogramm
Profilbildung	Deutliche Abgrenzung zu den Oppositionsfraktionen bzw. Regierungsfraktionen
Kompetenznachweis	Vermittlung an die Adressaten
Willensbildung	Meinungen und Wünsche sollen zum Ausdruck gebracht werden und zur Meinungsfindung beitragen
Schwächung des pol. Gegner	<p>Aufgabe der Opposition ist es, die Schwachpunkte der Regierung herauszustellen</p> <p>Die Regierung schwächt ihrerseits die Opposition dadurch, indem sie ihr beispielsweise die Argumente der Opposition widerlegt oder nach einem Regierungswechsel der Opposition ein schlechtes Zeugnis ausstellt (s. h. Kapitel 5.1.3)</p>
Vertrauensgewinn	Für alle Beteiligten gilt, Vertrauen für ihre Politik zu gewinnen, um so Mehrheiten bei den nächsten Wahlen zu bekommen
Persönliches	Profilierung innerhalb der Fraktion, landesweite Aufmerksamkeit

Abbildung 3: Ziele des politischen Akteurs in der Plenardebatte nach Klein 2010, Klein 2001, Korte 2004, Sarcinelli 2009. Quelle: Eigene Darstellung.

Der Einsatz von Sprachstrategien ist jedoch auch vom institutionellen Kontext abhängig. Mit institutionellem Kontext ist jener Ort gemeint, an dem der politische Akteur spricht. Im vorliegenden Fall ist das Plenum des nordrhein-westfälischen Landtags der zentrale Ort, an dem die Sprachstrategien angewendet werden. Genau für diesen Sprechmoment, für diese bestimmte Situation auf der öffentlichen Bühne hat der Redner seine Sprachstrategie ausgewählt. Eine zielorientierte Politikvermittlung beabsichtigt dabei immer, bestimmte Adressaten anzusprechen. So verfolgen politische Akteure mit dem Einsetzen von Sprachstrategien generell die Intention, „die Zustimmung der für den politischen Erfolg relevanten Adressaten zu erlangen“ (Klein 2002: 376). Wer

die Adressaten der Debattenredner sind, wird im weiteren Verlauf mit Hilfe des Faktorenmodells der politischen Kommunikation (Kapitel 4.3) näher erläutert. Denn dieses Modell betrachtet neben dem handelnden Akteur, auch den reagierenden, also den Zuhörer sowie den politischen Mitbewerber.

Bei der Anwendung von Sprachstrategien ist jedoch auch zu beachten, dass diese immer vor dem Hintergrund politischer Inhalte entstehen. So setzen beispielsweise Koalitionsregierungen ihre politischen Inhalte durch den Koalitionsvertrag fest. Dieser ist für die Regierungsfaktionen der Fahrplan für die Regierungszeit von fünf Jahren (auf Landesebene<sup>7</sup>) und regelt die Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Fraktionen und Parteien bei der Ausübung der Regierungsgeschäfte. Der Koalitionsvertrag stellt gleichzeitig das Regierungsprogramm dar und gibt einen Überblick über die Absichten der Politikgestaltung einer Regierung während einer Legislaturperiode. Inhalte des Koalitionsvertrags sind sowohl Sachthemen wie zum Teil auch personelle Angelegenheiten. Demnach ist beispielsweise auch der Umgang mit den Landesfinanzen, dem Haushalt, in einem solchen Vertrag festgeschrieben.

Für die Oppositionsparteien gibt es einen derartigen Vertrag nicht, obgleich oft angenommen wird, dass sich Parteien in der Opposition zusammenschließen. In den meisten Fällen, zum Beispiel bei stabilen Regierungsverhältnissen, stimmen Oppositionsfraktionen geschlossen gegen Gesetzesentwürfe oder Anträge seitens der Landesregierung oder Regierungskoalition. Ihre politischen Ziele haben die Oppositionsparteien in dem Programm niedergeschrieben, mit dem sie im Wahlkampf angetreten sind. Das Wahlprogramm bildet sozusagen oftmals die Grundlage für die Sprachstrategie sowie das Abstimmungsverhalten, vor allem direkt nach Wahlen. Aber auch die Grundsatzprogramme<sup>8</sup> der Parteien dienen als Arbeitsgrundlage.

Dieses Unterkapitel hat deutlich gemacht, wie umfangreich und komplex sich der Begriff der Sprachstrategie aus wissenschaftlicher Perspektive darstellt.

---

<sup>7</sup> Eine Ausnahme bilden hier die Stadtstaaten. Bremen und Hamburg wählen alle vier Jahre.

<sup>8</sup> Grundsatzprogramme werden in unregelmäßigen Abständen auf Parteitagungen verabschiedet.



Einen Überblick über den wissenschaftlichen Gebrauch dieses Begriffs soll mit dem folgenden Kapitel gegeben werden. Hierbei geht es um die Aufarbeitung von Sprachstrategien in der politikwissenschaftlichen Forschung.

### **2.1.1 Sprachstrategien in der politikwissenschaftlichen Forschung**

Während sich zunächst vor allem Politologen und Journalisten mit der Sprache der Politik auseinandersetzten, ergänzten spätestens in den 50er Jahren zunehmend linguistische Analysen dieses Forschungsfeld. Im Mittelpunkt des Interesses standen zu dieser Zeit die Sprache des Nationalsozialismus sowie die Sprache im geteilten Deutschland. Nachdem jedoch zunehmend Kritik an der politischen Positionierung der verschiedenen Autoren aufkam, die eine vorurteilsfreie Analyse des politischen Sprachgebrauchs verhindere, änderte sich die Ausrichtung der Politolinguistik. Die Fokussierung auf militärische Spracheigenschaften ließ nach, allgemeinere Themen rückten stattdessen in den Mittelpunkt (Klein 2002:186ff.).

Gewandelt haben sich die Sprache der Politik und somit auch der Arbeitsbereich der Politolinguisten vor allem durch die Entwicklung hin zur Mediengesellschaft. Eine immer größere Öffentlichkeit lässt sich mit politischen Aussagen erreichen, gleichzeitig gibt es Trends wie die Individualisierung und die Entideologisierung der Gesellschaft. Vom Anhängerschaftsmodell zum Marktmodell der politischen Parteien – so beschreibt etwa Klein (1996: 5) diese Entwicklung. Gerade in punkto Wahlkampf ist dieser Trend bedeutend, denn alles „was an politischer Kommunikation in der Demokratie stattfindet, ist dem Zwang von Wahl und Wiederwahl unterworfen“ (Pross: 1974: 137). Zwar lassen sich durch die unterschiedlichsten Medien heute immer mehr Menschen erreichen, allerdings ist die heutige Situation vor allem von großem Misstrauen der Bürger gegenüber dem Kommunikationsverhalten der Politiker geprägt. Immer wieder sind die gleichen Vorwürfe zu hören: Politikern „könne man nicht glauben, sie hätten kein Ohr für die Bürger, sie redeten ständig um die wesentlichen Punkte herum, sie seien zu polemisch“ (Klein 1996: 4). Es zeigt sich, dass sich die Wahrnehmung der Politik verändert hat. Ein Trend, dem sich auch die Politolin-

guistik nicht entziehen kann. Fest steht, dass politische Kommunikation heute zu einem großen Teil öffentliche Kommunikation ist. Somit ist ihre Untersuchung in Bezug auf das Parlament von wissenschaftlichem, aber vor allem auch von öffentlichem Interesse. Mit der Identifizierung von Sprachstrategien und deren Typologisierung wird auch ein Beitrag zu einem besseren Verständnis von politischer Kommunikation unter Bezug der Rolle im Parlament geleistet. „Das Hauptmotiv für die Untersuchung politischer Kommunikation liegt zweifelsohne darin, dass sie, als überwiegend öffentlich geführte Kommunikation, in herausragender Weise Einfluss auf die gesellschaftliche Reproduktion und die Organisation von gesellschaftspolitisch bedeutsamen Bewusstseinsinhalten ausübt und maßgeblich unsere Lebensbedingungen und Lebensqualitäten beeinflusst“ (Burckhardt 2003: 121). Dieser direkte Bezug zum gesellschaftlichen Leben schlägt sich auch in der Art der Arbeiten zur Sprache in der Politik nieder. So sind die meisten Arbeiten eher der angewandten und häufig der kritischen Wissenschaft zuzuordnen, als der theoretischen (Burckhardt 1996: 75). Auch die Politiker selbst weisen der Sprache im Zuge der Mediatisierung der Gesellschaft eine immer größere Rolle zu. Durch eine starke Mediatisierung der Politik – mehr Auftritte von Politikern im TV, Zunahme von politischen Talkshows – ist das Parlament und damit einhergehend die Rede, die Sprache, immer weiter in den Hintergrund gerückt (Hesse 1995: 246f). Davon, dass das Parlament keine Bedeutung mehr hat bzw. dessen Bedeutung immer weiter abnimmt, kann nicht gesprochen werden. „Als zentrale kommunikative Schalt- und Politikvermittlungsstelle“ (Sarcinelli 2005: 261) steigt die Bedeutung des Parlaments. Die stetig ansteigende Anzahl an Besuchergruppen im nordrhein-westfälischen Landtag deutet ein mögliches gestiegenes Interesse des Parlaments mit seiner Funktions- und Arbeitsweise bei den Bürgerinnen und Bürgern an (Experteninterview mit Florian Melchert).

Das Thema Sprache und politische Sprache ist kein neues Phänomen, was zahlreiche Publikationen in diesem Themenfeld zeigen. So beschäftigten sich beispielsweise Andreas Dörner und Ludgera Vogt (1995) in ihrem Buch „Sprache des Parlaments und Semiotik der Demokratie“ mit dem Thema Sprache

und Parlament, allerdings nicht im Zusammenhang von Sprachstrategien politischer Akteure in der parlamentarischen Arena.

Auch die Autoren Manfred Opp de Hipt und Erich Latniak (1991) leisten ihrerseits einen Beitrag zur Sprache und Politik, jedoch lassen sie dabei den Aspekt der Sprachstrategien außer Acht. Manuel Fröhlich (1997) analysierte zum Beispiel in seinem Buch „Sprache als Instrument der politischen Führung“ die Berichte zur Lage der Nation im geteilten Deutschland des Ex-Bundeskanzlers Helmut Kohl. Mit dem Aufsatz „Sprachstrategien im Kontext von Machteroberung und Machtverlust: Die Haushaltsdebatten in den Wahlkämpfen von 1979 bis 1998“ (Fröhlich 2001: 147ff) versuchte er an Hand von Sprachmustern den Aufstieg und Fall von Regierungen darzustellen. Die Annahme, die die Grundlage bildete, war, „dass sich auch die Dynamik des Aufstiegs und Fall von Regierungen in spezifischen Formen politischer Sprache manifestiert“ (Fröhlich 2001: 147f). Trotz der nachweislich öffentlichen Bedeutung, die Sprache in der parlamentarischen Arena hat, ist sie in der Forschung kaum näher betrachtet und analysiert worden.

Der Untersuchungsgegenstand, der bisher noch nicht analysiert wurde, ist die Identifizierung von Sprachstrategien politischer Akteure in Bezug auf die Rolleinnahme auf Landesebene. Genau hier setzt die vorliegende Arbeit an. Die Sprachstrategien der Ministerpräsidenten, der Fraktionsvorsitzenden und weiteren Redner im nordrhein-westfälischen Landtag wurden bei allen bisherigen Arbeiten in diesem Kontext nicht analysiert. Darüber hinaus wurde bis heute nicht der Versuch unternommen, eine Typologisierung für politische Reden, vorzunehmen. Diese Forschungslücke soll nun geschlossen werden.

Damit dieses erfolgen kann, bedarf es zunächst der Aufarbeitung der politischen Kommunikation im Forschungskontext, denn „Politik ist nicht denkbar ohne Kommunikation“ (Schulz 2008: 13). Politik und Kommunikation sind „aufs engste mit einander verbunden“ (Schulz 2008: 13). Dies gilt auch für das Parlament und seine Kommunikation, dass sich der Bedeutung und des Bedarfs bewusst wurde hinsichtlich der Politikvermittlung (Czerwick 1998: 254). Genau

diese Politikvermittlung ist bei Plenardebatten, entsprechend auch bei der Generaldebatte, Bestandteil (Czerwick 1998: 254). Die parlamentarische Ebene, auf der politische Kommunikation stattfindet, soll im folgenden Kapitel näher erläutert werden.

### **2.1.2 Politische Kommunikation des Parlaments und deren Wandel**

Politische Kommunikation findet auf mehreren Ebenen – beispielsweise auf Regierungsebene, die so genannte Regierungskommunikation – statt. Betreiben politische Parteien Kommunikation, so handelt es sich hier bei um die so genannte Parteienkommunikation. Aber auch Verbände, Interessengruppen oder auch Unternehmen beteiligen sich an politischer Kommunikation. In diesem Fall ist von Lobbying oder Public Affairs die Rede (Köhler/Schuster 2006: 15). Der für diese Untersuchung entscheidende Ort, an dem politische Kommunikation stattfindet, ist das Parlament. Politische Kommunikation findet zudem auch in den unterschiedlichsten Arenen, zum Beispiel der administrativen, der öffentlichen oder auch der parlamentarischen Arena statt (Korte/Fröhlich 2006: 222ff). Jede Arena mit ihrem spezifischen institutionellen Arrangement führt daher zu einer anderen Ausprägung von politischer Kommunikation.

In der vorliegenden Arbeit soll der Fokus ausschließlich auf der parlamentarischen Arena liegen. Hier folgen Entscheidungsprozesse der Logik von Mehrheitsregeln, sodass kurzfristige Kalküle, kurzfristig gesteckte Ziele dominieren (Marschall 2005). „In der Demokratie gilt die Entscheidung eines Einzelnen nichts, solange dafür keine parlamentarische Mehrheit gefunden wird“ (Rüther 2009: 26). Alle Zuordnungen im Rahmen einer politischen Kommunikation über Sach- oder Lösungsfragen orientieren sich primär am Dualismus Regierung versus Opposition. „Entschieden wird nicht primär nach dem Gesichtspunkt optimaler Problemlösung, sondern nach machtpolitischen, mehrheits- und wiederwahlsichernden Aspekten“ (Korte 2009: 79). Hier werden die allgemein verbindlichen politischen Entscheidungen gefällt, bei denen Auseinandersetzungen halböffentlich sind.

Wie die beiden nicht näher untersuchten Arenen verfügt auch die parlamentarische Arena über eigene Handlungslogiken und Handlungsanforderungen, unterschiedliche Reichweiten, Grenzen und Beteiligungschancen für Bürger. Das Parlament in seiner heutigen Form, mit seinen stets immer weiter wachsenden Aufgaben und Bedeutungen und seiner kommunikativen Weiterentwicklung, findet seinen Ursprung in der Gründung der Bundesrepublik Deutschland. War das Parlament „in der konstitutionellen Monarchie des Deutschen Reiches (...) noch schwach“ (Schmidt 2007: 135), wurde es zur Zeit der Weimarer Republik zwar stärker, blieb aber zerbrechlich. Zur Zeit des Nationalsozialismus wurde dem Parlament gar keine Aufmerksamkeit geschenkt. Erst mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland wurde das Parlament wieder stark. „Einst – in der konstitutionellen Monarchie – primär Volksrepräsentation gegenüber einer obrigkeitlichen Regierung, stellt nun das Parlament selbst, genauer: die Parlamentsmehrheit, durch Personen ihres Vertrauens die Regierung. (...) Anstelle eines Dualismus von Gesamtparlament und Regierung ist damit ein Dualismus von Parlamentsmehrheit (einschließlich Regierung) und parlamentarischer Opposition getreten“ (Rudzio 2006: 197).

Der Wandel der Parlamentsfunktionen und Bedeutungen spiegelt sich auch in den für die Arbeit zentralen Untersuchungsgegenstand, den Reden im Parlament, wider. „Konnten im Bundestag einst Regierungsmitglieder jederzeit zu Worte kommen, ohne dass ihre Redezeit auf die der Regierungsfaktionen verrechnet wurde (...), so ist Letztes seit 1972 nicht mehr der Fall“ (Rudzio 2006: 202). Die Redezeiten im nordrhein-westfälischen Landtag werden auch streng vom Präsidium bei einer Sitzung überwacht. Kommt es zu Überschreitungen der festgesetzten Redezeiten der Regierung, wird allen anderen Fraktionen im Parlament diese Zeit auch zur Verfügung gestellt.

„Parlamente waren und sind von ihrer Idee her Institutionalisierungsformen eines sich ausweitenden politischen Kommunikationsraumes“ (Marschall 2009: 212). Das Parlament und seine Öffentlichkeit haben sich im Laufe der Zeit zu einer Medien- bzw. Fernsehöffentlichkeit entwickelt, was sich im Deutschen Bundestag beispielsweise durch die Einrichtung von Kernzeiten – auch im

Landtag von Nordrhein-Westfalen – in einer Debatte verdeutlicht. Es kann festgehalten werden, dass eine „deutliche Professionalisierung und Modernisierung parlamentarischer Öffentlichkeitsarbeit, eine Akkomodation des Kommunikationsmanagements an den Wandel des Mediensystems auf allen Arbeitsebenen von Parlamenten“ (Marschall 2009: 216) stattgefunden hat.

Generell gilt, dass Politik und Kommunikation unweigerlich miteinander verbunden sind. Die Kommunikation drückt sich dabei in Sprache aus, „der organisierte öffentliche Redekampf mit abschließender Abstimmung (...)“ (Burckhardt 2005: 85). Über die Form der politischen Kommunikation lassen sich Inhalte, Werte und Annahmen vermitteln (Easton 1965: 21). Politik – pur, ohne Kommunikationsleistungen, Vermittlungszwänge, Inszenierungen und Darstellungen – hat es noch nie gegeben (Sarcinelli/Tenscher 2003), vor allem gegenüber Publikum und Adressaten. Die Verbundenheit dieser beiden Begriffe drückt sich in der politischen Kommunikation aus. Was verbirgt sich hinter diesem Begriff? Welche wissenschaftliche Beschreibung des Begriffs der politischen Kommunikation kann dieser Untersuchung zugrunde gelegt werden?

Obwohl eine steigende Anzahl von Forschungsarbeiten zu diesem Thema zu verzeichnen und das Interesse an ihr gestiegen ist (Sarcinelli 2009: 13), kann der Begriff der politischen Kommunikation nicht allgemein gültig definiert werden. Neben den unterschiedlichen normativen, methodischen, theoretischen und fachsystematischen Anforderungen an eine solche Definition machen Jarrén (2002) und Sarcinelli (2002: 11ff.) vor allem das Fehlen eines allgemein anerkannten Problemverständnisses dafür verantwortlich, dass bis heute keine Disziplinen übergreifende Definition gefunden werden konnte. Daher soll zuvor eine Arbeitsdefinition entwickelt werden, die der weiteren Arbeit zugrunde liegt.

Zunächst ist anzunehmen, dass jede Äußerung in der parlamentarischen Arena auf die Vermittlung durch Medien angewiesen ist und das Ziel verfolgt, dass die Informationen die Bürgerinnen und Bürger erreichen. Im Mittelpunkt steht zudem, anderen Parlamentariern Informationen zukommen zu lassen. Direkte Kommunikation beispielsweise eines Regierungsmitgliedes mit der Öffentlich-

keit und dem Bürger bleibt oftmals auf einige wenige Aspekte, wie zum Beispiel Wahlkampfveranstaltungen oder Vorträge, begrenzt. Schulz (1997) verweist dabei auf die doppelte Bedeutung des Begriffs „Mediatisierung“: Darunter ist zum einen – im engen Sinne – die „Vermittlung einer Botschaft durch und mit Hilfe eines Mediums zu verstehen. Daneben ist jedoch – in einem weiteren Sinne – schon in diesem Begriff ein Hinweis dafür zu erkennen, dass die Vermittlungsleistung durch das Medium nicht ohne Wirkung auf die Botschaft selbst bleibt. Indem die mediale Informationsverarbeitung den Botschaften eine spezifische Medienlogik aufprägt, kann sie damit „notwendigerweise die durch Kommunikation begründeten Wahrnehmungen und Handlungen“ (Schulz 1997: 14) beeinflussen.

Was ist nun aber das Charakteristische der politischen Kommunikation in der parlamentarischen Arena? Über welche zentralen Eigenschaften verfügt die politische Kommunikation in dieser Arena?

Ist davon auszugehen, dass Kommunikation, in diesem Fall die Anwendung von Sprachstrategien, zwischen Sender und Empfänger wechselseitig stattfindet (Beck 2006: 133), werden Debattenredner als Sender gesehen, die mit ihren Sprachstrategien versuchen, bestimmte Ziele zu erreichen und Interessen durchsetzen wollen. Die Empfänger, also die Adressaten, in der vorliegenden Untersuchung auch alle weiteren politischen Akteure, zum Beispiel Medien und Bürger, reagieren darauf. Aus der Perspektive der Kommunikationswissenschaft sind in dem Modell von Altendorfer die Elemente Sender und Empfänger nur ein Merkmal der Kommunikation.

Nach Altendorfer (2009: 167f) bilden nämlich vier Elemente die wesentlichen Eigenschaften von Kommunikation: „dem Sender (Kommunikator), dem Kommunikationsinhalt (Aussage, Mitteilung, Botschaft), einem Kanal, über den der zu transportierende Inhalt läuft (Medium) und einem Empfänger (Rezipient). Der Kommunikationsvorgang ereignet sich in der Weise, dass der Sender eine Information verschlüsselt (encodiert) über ein Medium an den Kommunikationspartner übermittelt und der Empfänger die übermittelte Botschaft erfasst und

entschlüsselt (decodiert)“ (Altendorfer 2009: 167f). Dieses beschriebene Modell soll im weiteren Verlauf Anwendung finden und die Parlamentskommunikation beschreiben.

Die Kommunikation im Plenarsaal erfolgt auf die Weise, dass der Debattenredner mit seiner Rede eine Botschaft an die unterschiedlichen Adressaten vermittelt, um so sein erwartetes Ziel zu erreichen. Dabei ist Sprache, wie in diesem Zusammenhang bei Maletzke (1963), der zentrale Kommunikationsbegriff, der erst die Vermittlung von Botschaften im Parlament ermöglicht. Ziele und Adressaten sind davon abhängig, aus welcher Sichtweise – Regierung, Regierungsfraktion, Oppositionsfraktion – der politische Akteur spricht. Das Plenum als Darstellungsbühne bleibt für alle Akteure gleich.

Bestandteile der Kommunikation	Bestandteile der Kommunikation im Parlament
dem Sender	Debattenredner
dem Kommunikationsinhalt	die Rede mit ihren Botschaften
dem Kanal (Plenum)	Plenum
dem Empfänger	Fraktionen, Regierung, Zuschauer, Bürger, Medien

Abbildung 4: Bestandteile der Kommunikation im Parlament. Quelle: Eigene Darstellung.

Kommunikation ist immer eine Interaktion zwischen einem Sender und einem Empfänger (Easton 1965, Hall 1980). Bei der politischen Kommunikation im Parlament interagieren, vereinfacht dargestellt, drei Akteursgruppen miteinander und untereinander. Zwei von Ihnen nehmen wechselseitig die Rollen von Sender und Empfänger ein (Abbildung 4): *Der/Die Debattenredner (in), Fraktion/Regierung*. Zwischen dieser und der Gruppe der *Medien/Bürger* findet in der parlamentarischen Arena ein direkter Kontakt bzw. Austausch der Botschaften und Ziele statt. Bezüglich der wechselseitigen Rolleneinnahme von Sender und Empfänger gilt dies im Parlament nur zwischen dem Redner sowie den Mitgliedern der Regierung und der im Landtag vertretenen Fraktionen bzw. fraktionslo-



sen Abgeordneten (Stand 14. Wahlperiode)<sup>9</sup>. Die Bürger sowie die Medien sind, vereinfacht gesagt, bei allen Reden im Plenum konstante Variablen, sie sind immer Empfänger. Aber nicht nur einzelne Akteure aus den Gruppen teilen ihre Botschaften bzw. Ziele einzelnen Akteursgruppen mit, sondern auch die Gesamtheit der Gruppe (Landesregierung, Regierungsfraktion, Oppositionsfraktion) hat Ziele und Botschaften. Kommunizieren kann die Gruppe ihre Vorhaben, indem der politische Akteur in seiner Rede nicht nur seine persönlichen politischen Botschaften platziert und Interessen verfolgt, sondern auch die Position der Fraktion deutlich im Plenum vertritt. Dieses ist in der Regel auch der Fall. Auf dieses beschriebene Phänomen wird im weiteren Verlauf der Arbeit im Kapitel 2.2.3 näher eingegangen.

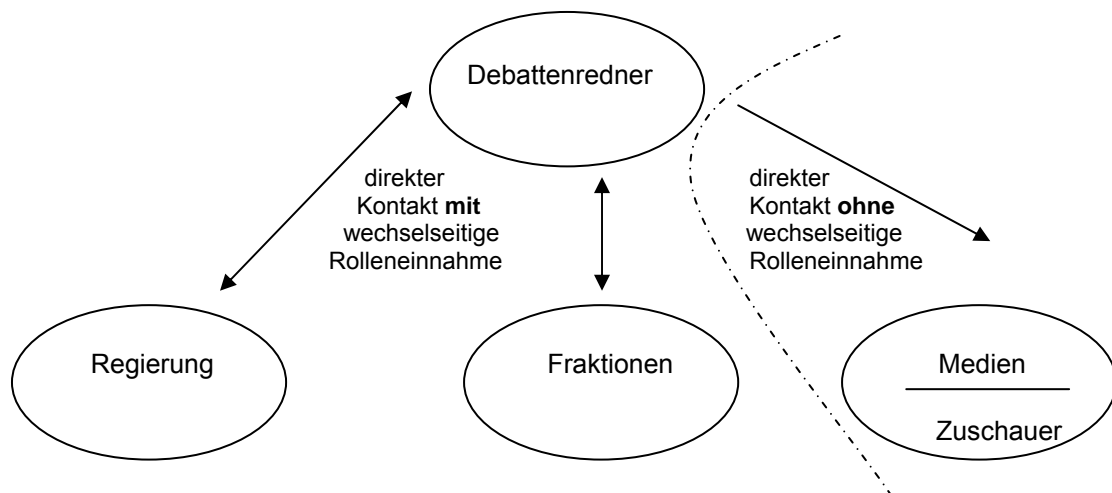


Abbildung 5: Politische Kommunikation in der parlamentarischen Arena im Interaktionsdreieck.  
Quelle: Eigene Darstellung.

Für die vorliegende Untersuchung wird politische Kommunikation demnach als Summe der möglichen kommunikativen Interaktionen zwischen Debattenredner, Regierung, Fraktionen sowie Medien/Zuschauer definiert, bei der die Sen-

<sup>9</sup> Während der 14. Legislaturperiode trat der Abgeordnete Rüdiger Sagel aus der Fraktion Bündnis 90/Grüne aus und saß als fraktionsloses Mitglied im nordrhein-westfälischen Landtag. Zur Landtagswahl 2010 kandidierte Rüdiger Sagel für die Fraktion DieLinke und sitzt seit dem für diese im Landtag.

der- und Empfängerkonstellationen festgelegt ist, wie Abbildung 5 zeigt. Bei politischer Kommunikation im Sinne von Politikvermittlung sind politische Akteure wie in diesem konkret untersuchten Beispiel Regierungsakteure, Fraktionsmitglieder oder fraktionslose Abgeordnete *Sender und Empfänger*. Die vermittelten Informationen erreichen den Zuschauer entweder durch die Teilnahme an der Plenarsitzung auf der Zuschauertribüne, dem Landtags TV direkt oder die Bürgerinnen und Bürger erhalten diese auf indirektem Weg über die Medien. „Alles in allem leisten Parlamente in ihrer Binnenkommunikation Erstaunliches: zusammengesetzt aus oft erbitterten konkurrierenden Gegnern stellen sie deren kontinuierlichen Kontakt sicher, gelangen trotz Konflikten zu akzeptierten Entscheidungen, schützen dabei gar noch die Selbstdarstellungs- und Störpotentiale von Minderheiten und leisten durch dies alles einen bewundernswerten Beitrag zur politischen Integration des Gemeinwesens“ (Patzelt 2002: 437).

Im weiteren Verlauf dieser Untersuchung liegt wie erwähnt der Fokus auf den politischen Akteuren in der parlamentarischen Arena. Hierbei stehen vor allem die Sprachstrategien der politischen Akteure im Parlament im Zentrum. Von Interesse ist dabei die Verwendung der Sprachstrategien, die strategisch planvoll erfolgen und sich an bestimmte Adressaten in Abhängigkeit der Rolle wendet. Dabei nutzen Politiker das Instrument der Sprache. Welche Aufgabe und welchen Stellenwert Sprache und demzufolge Reden haben, wird im nachstehenden Kapitel beschrieben.

### **2.1.3 Politische Sprache und Reden**

*„Große politische Redner qualifizieren sich allein durch diese Gabe für die höchsten Ämter. Ein Politiker, der die Sprache regiert, dem wird auch eher zgetraut, daß er in der Politik regieren kann“ (Johannes Rau 1996: S. 19).*

Kommunikation ist das zentrale Instrument in der Politik. Ohne Kommunikation, genauer gesagt, ohne Sprache, ist keine Politik möglich (Korte 2004: 259). Durch politische Sprache lassen sich beispielsweise Normen und Werte vermitteln, Identitäten erzeugt und Realität erläutert werden. Über Sprache gewinnen

politische Akteure die entscheidende Machtressource in der Demokratie: Legitimation. Denn über diese lässt sich Zustimmung bei Wählerinnen und Wählern gewinnen und die Machtstellung ausgestalten (Rechmann 2007: 110). Sprache ist also nicht nur irgendein „Instrument der Politik, sondern überhaupt erst die Bedingung ihrer Möglichkeit“ (Girnth 2002: 1). Konkreter formuliert es Dieckmann (1975: 29), indem er sagt: „Wo Politik sprachlos wird, hört Politik auf“. Politische Kommunikation und Sprache stellen die legitimierende Verbindung zwischen Regierenden bzw. Regierungshandeln und den Regierten her. Sprache ist jenes Instrument der Politik, welches über Erfolg und Misserfolg politischer Akteure entscheidet (Bergsdorf 1978: 104). Sprache schafft demnach also Deutungsrahmen.

Anhand dieser Beschreibungen geht es im weiteren Verlauf darum, die Begriffe Sprache und Politik im Kontext dieser Arbeit zu definieren. Denn nur, „wenn das Wesen der Politik richtig bestimmt wird, ist es auch möglich, die spezifischen Aspekte der Sprache der Politik zu erfassen“ (Klaus 1971: 30).

In Anlehnung an die Dreiteilung im Englischen – politics (Prozess), polity (Form) und policy (Inhalt) – lässt sich *Politik* definieren als „die Gesamtheit der die öffentlichen Belange betreffenden institutionellen, prozessualen und entscheidungsinhaltlichen Dimensionen des ‚Strebens nach Macht oder nach Beeinflussung der Machtverteilung‘ (M. Weber), der Herrschaftsordnung und der auf verbindliche Regelung gesellschaftlicher Konflikte über begehrte Güter gerichteten Bestrebungen“ (Brockhaus-Enzyklopädie 1992: 300).

Eine zentrale Ergänzung der oben genannten Definition mit einer hohen Bedeutung für die vorliegende Untersuchung liefert die Definition von Grünert. Er bezieht die unterschiedlichen Akteure stärker mit ein und definiert *Politik* als den „Prozeß der Willensbildung und seine Umsetzung in konkretes soziales Handeln, der sich vollzieht zwischen den Organen des staatlichen Herrschaftsapparates, den politischen Parteien, den verschiedenen sozialen Gruppen / Schichten / Klassen mit ihren entsprechenden ökonomischen Interessen, den übrigen Interessengruppen und der öffentlichen Meinung in Bezug auf die Bestimmung

der Formen, des Inhalts und der Aufgaben des Staates nach innen und außen“ (Grünert 1974: 2). Allerdings nicht ausschließlich auf den Staat beschränkt, denn längst sind in der modernen Demokratie sämtliche Lebens- und Gesellschaftsbereiche politisiert worden. Deshalb ist eine enge Definition des *Politischen* nicht mehr zeitgemäß, die nur „staatliches oder auf den Staat bezogenes Handeln und Reden“ (Dieckmann 1975: 29.) berücksichtigt.

Aufgrund der Tatsache, dass unterschiedliche gesellschaftliche und ökonomische Interessen von Individuen und Gruppen vorhanden sind, hat Politik immer etwas mit Macht und Herrschaft zu tun (Wengeler 1992: S. 54f). Keine Berücksichtigung findet in den beiden Definitionen jedoch der zentrale Gegenstand dieser Arbeit – die Sprache. Sprache und Kommunikation sind elementare Bestandteile der politischen Arbeit, denn ohne Sprache findet keine Kommunikation, keine politische Auseinandersetzung und damit auch keine Parlamentsdebatte statt.

Den Begriff der Sprache bezieht dagegen Strauß (1989) in seine Definition ein: „Vielmehr sehen wir Politik als in sich differenzierten Großbereich der Kommunikation, in dem über Angelegenheiten öffentlichen Interesses gehandelt wird, in dem Meinungen gefasst werden und Prozesse ablaufen, die der Herstellung und Durchsetzung verbindlicher oder auch umstrittener gesellschaftlicher Entscheidungen dienen“ (Strauß et al. 1989: 29).

Diese Definition von Politik bildet für den weiteren Verlauf die Grundlage, da hier die Bedeutung der Sprache bzw. der Kommunikation für die Politik unterstrichen und deutlich wird. Politik ist hier mehr als das Sprechen und Handeln politischer Institutionen und Parteien. Entscheidend ist ferner, dass diese Definition keine thematischen Einschränkungen macht – denn auch eigentlich politikferne Lebensbereiche können jederzeit politisch werden (Herrgen 2000, S. 41). Darüber hinaus hat Sprache in der Politik eine weitere Funktion, die in Zusammenhang mit diesem Forschungsinteresse von Bedeutung ist. Sprache übernimmt in der Politik auch die Funktion der Mobilisierung (Haslinger: 2005: 7). Die Rede des politischen Akteurs in der parlamentarischen Arena – vor allem

auf Landesebene, wo das Medieninteresse viel geringer ist als auf Bundesebene – hat in erster Linie die Funktion, die eigenen Fraktionsmitglieder zu erreichen. Generell gelten Parlamente als die „zentrale politische Kommunikationsagentur“ (Sarcinelli 2009: 239), dennoch muss in der heutigen Zeit etwas Außergewöhnliches in der parlamentarischen Arena vorfallen, damit darüber berichtet wird (Sarcinelli 2009: 240). Denn die Parlamente, egal ob Bundestag oder Landtage, stehen in einer großen Konkurrenz zu diversen Informations- und Unterhaltungsangeboten. Die parlamentarische Arena ist „nicht nur zentraler Politikvermittler, sondern überdies noch prominenter Ort der Politikformulierung“ (Marschall 2002: 183) und somit auch bedeutend für die Sprache und die Sprachstrategien sowie deren Typologisierung.

In der Politik äußert sich die besondere Bedeutung der Sprache vor allem in der Abhängigkeit von der öffentlichen Meinung. Demokratische Politik braucht die öffentliche Begründung und die Legitimation durch Kommunikation. „Zustimmungsabhängigkeit und Begründungspflicht sind demnach auch die zwei prägenden Seiten der ‚Medaille‘ Demokratie“ (Sarcinelli 1996: 34). Und beides realisiert sich über Kommunikation.

Vielfach wurde bereits darauf hingewiesen, dass Sprache das essentielle Element in der Politik ist. Aber was macht Sprache so wichtig für die Politik? Im weiteren Verlauf soll auf diese Frage eine Antwort gegeben werden und die Bedeutung von Sprache in der Politik herausgearbeitet werden. Dazu sollen auch die zentralen Eigenschaften und die Funktionen politischer Reden erörtert sowie eine Einordnung von Plenarreden in Textkategorien und Funktion von Sprache in der Politik vorgenommen werden.

In der Studie von Dolf Sternberger (1979) zum Amt deutscher Bundespräsidenten hat dieser den Anspruch formuliert, dass Worte auch Taten seien. Zwar bezieht er sich hier auf den Bundespräsidenten, dessen Aufmerksamkeits- und Steuerungsinstrumente die öffentliche Rede ist – demnach durch Sprache versucht, aus seinem Amt Einfluss zu nehmen – doch gilt der Satz von Sternberger generell auch für die Politik. Der Satz von Sternberger nimmt die Erkenntnisse

der so genannten Sprechakttheorie von John Austin (1975) auf, die unter dem programmatischen Titel „How to do things with words“ veröffentlicht worden ist. Was Austin als die performative handlungssetzende Funktion von Sprache nennt, lässt sich an einigen wenigen Beispielen illustrieren: „Ich danke Dir“, „Ich entschuldige mich“, „Mein herzliches Beileid“ oder aber auch „Ja, ich nehme Dich zur Frau/zum Mann“ sind eben nicht nur Aussagen, die etwas be- und umschreiben, sondern Handlungen“ (Korte 2004: 269). Diese Sätze zeigen, dass sobald sie ausgesprochen werden, nicht nur etwas kommuniziert, sondern auch eine Tat demonstriert wird. „Im ersten Beispiel wird „Dank“ gezollt, den der Gesprächspartner empfängt. Im zweiten Satz durch Entschuldigung der Charakter einer vorhergehenden Handlung relativiert, im dritten Beispiel eine gefühlsmäßige Anteilnahme etabliert und im letzten Beispiel ein soziales, religiöses, aber auch juristisches Faktum in die Welt gesetzt“ (Korte 2004: 269f).

Was in diesen Beispielen beschrieben wird, ist zentraler Bestandteil der politischen Kommunikation. Durch Sprache soll etwas kommuniziert, erzeugt und vor allem verankert werden. Dazu bedarf es intentionaler Sprachstrategien. Es geht bei der Anwendung von Sprache, vor allem in der öffentlichen Arena, um die Demonstration von Macht. Ohne den bewussten Einsatz von Sprachstrategien lassen sich Meinungen, Positionen, Emotionen usw. nicht etablieren, lässt sich keine Wirklichkeit erschaffen, die nicht unbewusst konstruiert wird (Edelmann 1980: 40). Gesetzesentwürfe, Anträge, Beschlussfassungen oder Plenarprotokolle werden erst durch Sprache ermöglicht. „Sprache hilft uns bestimmte Aspekte einer Situation klar ins Bewusstsein zu holen, die am Anfang eher abstrakt und vage wahrgenommen werden. (...) Dinge einzuordnen und geeignete Kategorien zu finden. Durch unsere Sprache ordnen wir die Welt“ (Fairhurst/Sarr 1999: 27). So prägt die Sprache den politischen Alltag sowie die politische Arbeit eines Abgeordneten, der ohne Sprache nicht zu bewältigen ist. Durch den Dialog mit Bürgerinnen und Bürger im Landtag oder im Wahlkreis, im Gespräch mit Abgeordnetenkollegen im Parlament, dem Schreiben von Anträgen, Gesetzesentwürfen, Antwortentwürfen oder vor allem dem Reden im Plenum, wird der Abgeordnete mit Sprache konfrontiert und erzeugt so Kommunikation. Dabei gilt, nur „wer die Dinge benennt, beherrscht sie. Definitionen

schaffen Realitäten“ (Greiffenhagen 1980: 5). Es geht den Debattenrednern vor allem darum, die eigenen politischen Konzepte und Begriffe bei den Adressaten zu verankern. Das ist die zentrale Eigenschaft des „demokratischen Wettbewerbs um Macht“ (Klein 2010: 12). Schaffen es die politischen Akteure, die Meinungen, Einstellungen oder gar die Verhaltensweisen der Menschen zu beeinflussen und Mehrheiten für sich zu gewinnen (Bazil 2010: 3), hat sich der sprachliche Aufwand gelohnt. Nur so wird aus dem gesprochen oder geschriebenen Wort auch eine Tat, lässt sich eine Wirklichkeit erschaffen (Korte 2004: 270) und lässt Ansprüche auf Machterhalt oder Machterwerb Realität werden. Die politischen Akteure wissen um die Bedeutung von Sprache, besonders im Hinblick auf die Medien und das bereits seit den 80er Jahren, wie ein Aufsatz des ehemaligen Generalsekretärs der CDU, Kurt Biedenkopf zeigt.

*„Was sich heute in unserem Land vollzieht ist eine Revolution neuer Art. Es ist die Revolution der Gesellschaft durch die Sprache. Die gewaltsame Besetzung der Zitadellen staatlicher Macht ist nicht länger Voraussetzung für eine revolutionäre Umwälzung der staatlichen Ordnung. Revolutionen finden heute auf andere Weise statt. Statt der Gebäude der Regierung werden die Begriffe besetzt, mit denen sie regiert, die Begriffe, mit denen wir unsere staatliche Ordnung, unsere Rechte und Pflichten und unsere Institutionen beschreiben. Die moderne Revolution besetzt sie mit Inhalten, die es uns möglich machen, eine freie Gesellschaft zu beschreiben und – auf Dauer – in ihr zu leben. Wir erleben heute eine Revolution, die sich nicht der Besetzung der Produktionsmittel, sondern der Besetzung der Begriffe bedient. Sie besetzt Begriffe und damit die Informationen in der freien Gesellschaft, indem sie die Medien besetzt, die Stätten also, in denen das wichtigste Produkt einer freien Gesellschaft hergestellt wird: die politische Information“ (Biedenkopf 1982: 191).*

Grundsätzlich wird politische Kommunikation und somit Sprache immer intentional angewandt. „Jede Äußerung ist in der Politik eine Willensbekundung. Selbst wenn etwas für bedeutungslos erklärt wird, heißt das nicht, dass es bedeutungslos ist“ (Korte 2004: 270). So gilt beispielsweise für die Rede im Plenum, dass Erwartungen und Reaktionen des politischen Gegners bereits in der

Entwicklungs- bzw. Entstehungsphase der intentionalen Rede einbezogen und bei der eigenen Sprachstrategie berücksichtigt werden. Aufgrund dieser Beachtung hat der Debattenredner die Möglichkeit durch seine Rede „kommunikative Macht“ (Korte 2004: 270)<sup>10</sup> ausüben. Diese kommunikative Macht spiegelt sich beispielsweise in der Besetzung von Themen und zentralen Begriffen wider, durch die Vermittlung von Inhalten, Annahmen, Werten, Normen, Positionen oder Themen. „Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit oder ökologische Nachhaltigkeit, Themen wie Wohlstand, Zukunft oder Bildung sowie Konzepte wie Westbindung, soziale Marktwirtschaft oder Entspannungspolitik wurden so im Laufe der Zeit in unterschiedlichem Maß mit einer bestimmten Partei und ihrer diesbezüglichen Kompetenz in Verbindung gebracht“ (Korte 2004: 271). Sprache übernimmt somit eine Lenkfunktion und kann die Menschen in einer gewissen Weise in Bezug auf das Denken, dem Empfinden und Werte vorprägen (Klein 2010: 7). Um Politik gestalten zu können, ist es fundamental, Begriffe zu besetzen, die auch gleichzeitig das Ergebnis von Politikgestaltung sind (Korte 2004: 271). Hierbei wird deutlich, dass Politik durch Sprache handelt. Jedoch gilt auf der anderen Seite, dass beispielsweise die Nichtbesetzung von Themen oder Schlagwörtern sowie Werten zur Sprachlosigkeit innerhalb der Institution und der Öffentlichkeit und somit auch zum Machtverlust führt bzw. führen kann (Korte 2004: 270f).

Die politische Sprache der parlamentarischen Akteure „umfasst stilistische Eigenheiten, liebgewonnene Formulierungen und gewöhnliche Floskeln, die teils individuell gefärbt sind (...)“ (Bazil 2010: 3). Diese Form der politischen Kommunikation drückt sich besonders in dem „mächtigsten Instrument der politische Sprache“ (Bazil 2010: 5), der Rede, aus. Die Bedeutung und Funktion der politischen Rede für die politischen Akteure in der parlamentarischen Arena werden in den beiden folgenden Kapiteln näher beschrieben und hinsichtlich des Forschungsinteresses analysiert.

---

<sup>10</sup> Ursprünglich stammt der Begriff der kommunikativen Macht aus der Theorie der Macht von Jürgen Habermas.



### **2.1.3.1 Funktionen von Sprache in der Politik und Einordnung von Plenarreden in Textkategorien**

Bei den hier zu analysierenden parlamentarischen Reden handelt es sich, wie bereits erwähnt, um so genannte Plenarreden. Die von Klein allgemein gültige Definition hat auch weiterhin Bestand. Um die politischen Haushaltsdebatten jedoch detaillierter beschreiben zu können, reicht diese allgemeine Beschreibung nicht aus. Aus diesem Grund betrachtet dieses Kapitel die Plenarreden genauer, indem es eine Zuordnung in Textkategorien vornimmt und in diesem Zusammenhang die Funktion von Sprache in der Politik ausführlicher analysiert.

Nach der Definition und einem Muster<sup>11</sup> Kleins (2001) sind parlamentarische Haushaltsdebatten der Kategorie der politischen Reden, genauer gesagt der dissensorientierten Klasse zu zuordnen, bei der der Politiker der Emittent ist. Der Begriff Emittent steht hier für die Klassifikation von Textsorten und ist viel umfassender als beispielsweise Sprecher oder Autor, da er sich sowohl auf schriftliche als auch auf mündliche Texte bezieht“ (Klein 2000). Darüber hinaus beinhaltet der Begriff die Sichtweise, dass „Texte nicht nur Produkte einzelner Politiker sind, sondern oftmals als Kollektivprodukte erscheinen“ (Klein 2000). Neben dieser Einordnung von Plenarreden in diese Textsortenkategorie, lassen sich Plenarreden auch bezüglich ihrer Sprachfunktion einordnen. Nach dem Kategoriensystem von Grünert (1984: 34), der vier Kategorien – regulative, postaktive, integrative und informativ-persuasive Sprachfunktionen – unterscheidet, sind Plenardebatten in die Klasse der informativ-persuasiven Sprachfunktion einzuordnen. Generell gilt für alle Sprachfunktionen, dass diese die Grundfunktionen der jeweils vorliegenden Texte beschreiben und nicht alleine, sondern meistens in Kombination mit anderen Sprachfunktionen auftreten.

Der informativ-persuasive Begriff „zielt ab auf Bewusstseinsbildung und dient der Begründung, Motivation und Vorbereitung, der Analyse, Kritik und Rechtfertigung politischen Handelns (...)“ (Grünert 1984: 36). Vor dem Hintergrund der

---

<sup>11</sup> In dem Beitrag „Gespräche in politischen Institutionen“ unterscheidet Klein (2001) zwei Muster: „Debattieren/Diskutieren zur Vorbereitung einer Entscheidung“ (Klein 2001: 1592) und „Debattieren/Diskutieren vor einer Debatte und anstehender Entscheidung nicht beteiligten Publikums“ (Klein 2001: 1593). Demnach fallen Plenardebatten in das zweitgenannte Muster.

Funktion der dritten Lesung von Haushaltsdebatten, lassen sich die in dieser Arbeit untersuchten Haushaltsdebatten dieser Sprachfunktion zuordnen. Folgendes Handlungsmuster kann für die informativ-persuasive Sprachfunktion festgestellt werden:

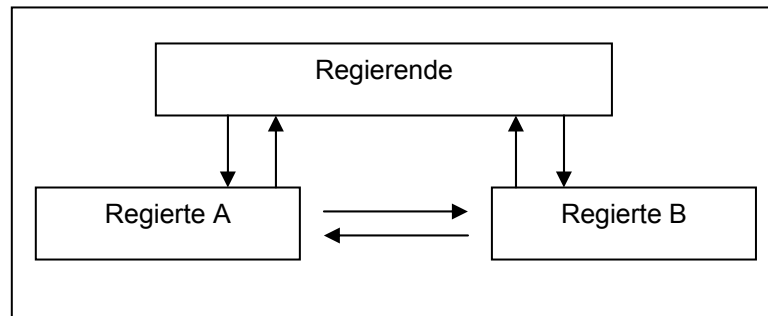


Abbildung 6: Die regulative Sprachfunktion. Quelle: Girnth 2002: 39.

Übertragen auf das Forschungsinteresse bedeutet dies, dass zum einen die Landesregierung ihre Begründung und Rechtfertigung für den zu verabschiedenden Haushalt darlegt, der Ministerpräsident eine Analyse seiner bisherigen Regierungszeit vorlegt und gleichzeitig die Mitglieder seiner Mehrheitsfraktionen motiviert. Zum anderen lässt sich aus diesem Modell aber auch das Handlungsmuster der Opposition ableiten. Sie übt mit ihren Plenarreden Kritik an der jeweiligen Landesregierung, zieht aus ihrer Sicht eine negative Bilanz der Regierungszeit, formuliert Alternativen und motiviert so ihre Mitglieder für einen möglichen Machterwerb bei der nächsten Landtagswahl. Aber nicht nur zwischen Regierungsbank und Opposition ist dieses Handlungsmuster festzustellen, auch zwischen Regierungs- und Oppositionsfraktion lässt sich dieses Muster nachweisen. Dies geschieht jedoch in der parlamentarischen Arena erst, wenn sich Akteure ans Rednerpult begeben und ihre Rede halten. Das ist für diesen bestimmten Moment ihre Visitenkarte. Doch was sind die zentralen Eigenschaften einer Plenarrede und kann die Rede als das Zeugnis der Abgeordneten angesehen werden? Diese Fragen greift das nächste Kapitel auf und stellt die wesentlichen Merkmale heraus.

### **2.1.3.2 Die politische Rede**

Die politische Rede bzw. das Recht auf freie Rede war für die alten Griechen ein wesentliches Element der Demokratie. Wo jenes Recht „missachtet wurde, war Tyrannis, waren die Einwohner Sklaven und nicht freie Bürger. Um die Kunst des Redens zu pflegen und einzuüben, schufen sie eigens Schulen für Rhetorik“ (Walter 1995: 28).

Die Parlamente in Deutschland sind heute vor allem eines – Arbeitsparlamente und nicht Redeparlamente (Püschner 2009: 33/Beyme von 1997). Bei dieser Parlamentsform wird die Kunst der politischen Rede weniger gepflegt. Die meisten Reden in den deutschen Parlamenten weisen die Eigenschaften von „nüchternen Vorträgen über Spezialthemen und sachliche Berichterstattung aus den Ausschüssen“ (Walter 1995: 28) auf und werden zum größten Teil abgelesen (Burckhardt 2005: 87). Ausführlich wird das Arbeitsparlament mit seinen Merkmalen in Kapitel 3.3.2 beschrieben. Geprägt sind die hiesigen Plenardebatten vor allem vom Parteienwettbewerb, „weil die Parteien über verschiedene Mittel verfügen, ihre Mitglieder im Parlament zu disziplinieren und damit auf deren Redeeinhalte Einfluss nehmen können“ (Wagner 2006: 174). Hinzu kommt, dass vor den Plenartagen die einzelnen Fachausschüsse tagen, „in denen wirkliche wechselseitige Aussprache und vertrauliche Beratung stattfindet“<sup>12</sup> (Burckhardt 2005: 87). Auch in den wöchentlich stattfindenden Fraktionssitzungen wird das Verhalten, das Vorgehen bzw. die Position zu einem Thema auf der Tagesordnung besprochen und die politische Richtung festgelegt.

Wenn diese Reden mit denen aus dem alten Griechenland nicht mehr vergleichbar sind, sie nüchternen Vorträgen gleichkommen bzw. als Berichte aus den Ausschüssen von den Abgeordneten vorgetragen werden, wie lässt sich die heutige Parlamentsrede beschreiben? Was sind die zentralen Eigenschaften einer Parlamentsrede?

---

<sup>12</sup> Hinweis: Das gilt nur bei Überweisung „ohne Debatte“.

Für die heutigen Spitzenpolitiker – Bundeskanzler, Bundesminister und Ministerpräsidenten – sind 40 bis 60 Reden im Monat der Regelfall, wobei sich die Reden in ihrer Art unterscheiden. So muss ein Ministerpräsident beispielsweise innerhalb einer Woche eine Rede zu einer Eröffnung eines Kraftwerkes halten, am Mittwoch und oder Donnerstag im Plenum seine Politik verteidigen, donnerstags zudem eine Laudatio halten und am Freitag auf einem Kongress sprechen (Walter 1995: 30). Diese Reden lassen sich alle in die Kategorie der politischen Kommunikation einordnen, die wiederum ein wesentliches Instrument der Politischen Steuerung in einer freiheitlichen Demokratie ist (Kaltefleiter 1983: 161). Aufgrund der Vielzahl der Reden werden regierungsverantwortliche Akteure durch Redenschreiber, die an den meisten Texten maßgeblich beteiligt sind, unterstützt (Kammerer 1995).

Die in dieser Arbeit zu untersuchenden Haushaltsreden der politischen Akteure im nordrhein-westfälischen Landtag sind wesentlicher Bestandteil der politischen Kommunikation auf Landesebene. Dabei werden diese genutzt, „um das öffentliche Denken für eine bestimmte Politik empfänglich zu machen und Einfluss auf andere politische Akteure auszuüben“ (Korte 2002: 36). Darüber hinaus gilt, dass jede Rede, die gehalten wird, bewusst gesprochen und jede Aussage „in der Politik eine Willensbekundung“ (Korte 2002: 26) ist. Die Reden im Parlament sind ein zentrales Element der parlamentarischen Arena, in der politische Entscheidungen getroffen und dargestellt werden (Sarcinelli 2005: 237). Dies gilt auch für die Reden der politischen Akteure im nordrhein-westfälischen Landtag. Die Redner verfolgen eine Strategie sowie eine gezielte Informationsverbreitung, die die Adressaten durch Sprachstrategien erreichen sollen. In jeder der zahlreich gehaltenen Reden zur Haushaltsdebatte erklären Spitzenakteure aus Regierung und Fraktionen bestimmte Absichten, die verfolgt und erreicht werden sollen. Politiker präsentieren auf diesem Weg ihre Position im Parlament. Damit verbunden ist eine große Verantwortung der Redenschreiber, die für die Erstellung der Reden zuständig sind. Den Redenschreibern muss bewusst sein, dass die Forderungen eines Politikers die er heute beispielsweise im Plenum „unter Beifall seiner Zuhörer anregt, fordert oder zurückweist, übermorgen möglicherweise Platz finden muss in einem Gesetzes-Kompromiss.

Politische Sprache in einer Demokratie muss so beschaffen sein, dass sie politische Kompromisse und damit politisches Handeln möglich macht. (...) Wer in seiner Sprache nicht kompromissfähig ist, läuft Gefahr, handlungsunfähig zu werden“ (Kammerer 1995: 17). Dem Phänomen der Beifallsbekundungen und seinen Zusammenhang im Forschungskontext greift das Kapitel 5.2.2 auf und erläutert es näher.

### **2.1.3.3 Funktionen politischer Rede**

Für politische Reden im Plenum gilt, dass die Beratungsreden zum größten Teil als Legitimationsreden genutzt werden (Klein 2001: 1594). Bereits im Vorfeld der Plenarsitzung wird das Abstimmungsverhalten in den Fraktionssitzungen besprochen und festgelegt. Somit entfällt die Funktion, die eine Rede u.a. hat, Stimmen für eine Abstimmung zu gewinnen, wie beispielsweise auf Parteitage oder in Fraktionssitzungen. Es geht vielmehr um die Überzeugung der Wähler (Klein 2001: 1594). Daher betrachten die politischen Redner das Parlament „als resonanzbezogen für ein rhetorisches Gemeinschaftserlebnis mit der eigenen Fraktion und als Schauplatz verbaler Gefechtsübungen im Umgang mit dem politischen Gegner – damit auch als Profilierungsforum für das eigene politische Fortkommen“ (Klein 2000: 749). Weitere Funktionen der Plenarrede nach Klein (2000: 749) sind die Beachtung der Rede und der Person bei den Bürgerinnen und Bürgern, also der Öffentlichkeit, die Profilierungsfunktion sowie die Legitimations- und Werbefunktion.

Eine weitere zentrale Funktion ist die bei Mertes (2001) beschriebene politische Steuerung. „Politische Reden werden als Führungsinstrumente für den Erwerb, die Sicherung und Ausübung von Macht eingesetzt“ (Mertes 2001). Ergänzend dazu, das wird die Debattenanalyse zeigen, ist das Loben der eigenen Fraktionsmitglieder bzw. das Loben der Regierungsfraktion ein wichtiger Faktor. Damit soll Geschlossenheit symbolisiert werden.

### Funktionen politischer Rede:

Profilierungsfunktion
Legitimationsfunktion
Werbefunktion
Steuerungsfunktion
Gegnerschelte
Lob für eigene Fraktionsmitglieder/Regierungsfaktionen

Abbildung 7: Funktionen politischer Rede nach Klein und Mertes mit Ergänzung. Quelle: Eigene Darstellung.

Ein Beispiel für Reden, die diese Faktoren beinhalten, sind Reden der Spitzenakteure seitens der Landesregierung, der Regierungsfaktionen sowie der Oppositionsfaktionen. Jeder politischer Akteur, ob Ministerpräsident, Fraktionsvorsitzende(r), fachpolitischer Sprecher oder auch einfacher Abgeordneter, verfolgt das Ziel der Profilierung. Das kann zum einen durch die ausgezeichnete Redekunst oder aber auch durch die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner verdeutlicht werden. Mit der Rede im Plenarsaal erfolgt gleichzeitig eine Legitimation des politischen Handelns. So wird dem Ministerpräsident mit seiner Rede während der Haushaltsdebatte die Bühne und die Gelegenheit gegeben, seine bisherige Politik zu legitimieren und diese vor Angriffen, Attacken der Opposition zu verteidigen. Gleichzeitig kann der Ministerpräsident den Machtanspruch für sich geltend machen und seine Rede als Führungsinstrument für den Machterhalt nutzen. Gleiches gilt aber auch für die Opposition. In der ihr vorgegebenen Redezeit hat sie wiederum die Möglichkeit, die Politik der Landesregierung zu kritisieren, Schwachstellen aufzudecken, Alternativen aufzuzeigen und ihrerseits den Anspruch auf Machterwerb darzustellen. Mit der aus der Rolle heraus entsprechenden Sprachstrategie können Oppositionsakteure verdeutlichen, dass sie ebenfalls regierungsfähig sind und somit eine Alternative darstellen. Bezüglich des Machtbegriffs bleibt festzuhalten, dass es eine Differenzierung der Ziele von politischen Akteuren hinsichtlich der Macht gibt: Machterhalt auf Seiten der Regierung und Machterwerb auf Seiten der Opposition. „Anhand von Parlamentsdebatten können daher nicht nur gesellschaftliche Erwar-

tungen erhoben werden, sondern auch das Zusammentreffen gesellschaftlicher Erwartungen mit den Zielen der Regierung“ (Wagner 2006: 175).

Bei den Reden im Parlament stehen die Machtfunktion, Unmutsäußerungen und Legitimation jedoch nicht ausschließlich im Vordergrund. Auch das Werben bei den Wählern für die jeweilige Politik nimmt eine zentrale Rolle ein. Mit jeder Rede haben politische Akteure, insbesondere Führungsakteure der Parteien bzw. Fraktionen, die Gelegenheit, Werbung für sich, für Programme, Normen und Werte zu machen. Da jede politische Rede auf öffentlicher Bühne stattfindet (Charaudeau 2007: 37), kann jeder politische Akteur eine größere Aufmerksamkeit, durch die an diesem Tag erhöhte Medienpräsenz, erlangen. So nutzt der Redner die öffentliche Bühne, um beispielsweise Informationen, politische Inhalte, Botschaften, Aussichten oder Alternativvorschläge der Öffentlichkeit zu präsentieren. Grundsätzlich ist den politischen Akteuren bewusst, dass Politik immer dann an Aufmerksamkeit gewinnt, „wenn Entscheidungen von allgemeiner Relevanz anstehen oder wenn es zu einem politischen Streit innerhalb von Gruppierungen eines Akteurs (Parteien, Fraktionen, Regierungen) oder zwischen politischen Akteuren kommt“ (Jarren/Donges 2006: 141). Bei der Abstimmung zum Haushalt handelt es sich um eine Entscheidung, die von allgemeinem Interesse ist und zudem auf öffentlicher Bühne ausgetragen wird. Die Frage, die sich daraus ableiten lässt, ist: Welche Bedeutung die öffentliche Bühne und das Einnehmen einer Rolle hat?

## **2.2 Rollen politischer Akteure im Parlament**

*„Die ganze Welt ist eine Bühne, und alle Frau’n und Männer bloße Spieler. Sie treten auf und gehen wieder ab. Sein Leben lang spielt einer manche Rollen...“*  
(Shakespeare 1599: Wie es Euch gefällt, II 7, 668ff.).

Für jeden politischen Akteur, der Mitglied eines Parlaments ist, gehört das Repräsentieren sowie das Präsentieren zum politischen Alltag, unabhängig von dem Ort, an dem er sich aufhält. Die Aufgabe der Repräsentation birgt das Abgeordnetenmandat in sich und ist kein neues Phänomen. Schon in der Antike

sowie der Frühmoderne kannten Akteure „streng formalisierte Rituale, Darstellungsweisen, Inszenierungen von Herrschaft (...) Und wenn schon die Metapher von der Welt als Bühne impliziert, dass Menschen immer einer Rolle spielen, dann gilt dies sicher auch in der Politik“ (Kamps 2007: 130). Mit der Einnahme der Rolle handeln politische Akteure gleichzeitig „in einer politischen Rolle“ (Schulz 2008: 16).

Als Landtagsabgeordneter ist dieser nicht nur Repräsentant einer Partei, welcher er das Mandat verdankt<sup>13</sup>, und damit gewissen Werten, Orientierungen und Zielen verpflichtet, sondern auch Vertreter seines Wahlkreises. Er repräsentiert also nicht nur in die Öffentlichkeit hinein, sondern auch aus der Öffentlichkeit in die Politik. Denn als Landtagsabgeordneter eines bestimmten Wahlkreises vertritt er die Interessen der Wähler im Landesparlament. Er nimmt somit die Repräsentantenrolle ein.

Zu den Aufgaben eines Landtagsabgeordneten gehört aber auch das Präsentieren. Dabei präsentiert der Politiker nicht nur alleine seine Person, indem er sich inszeniert, sondern vertritt auch seine Ideen, Vorstellungen, Interessen und Ziele basierend auf dem Repräsentantenrollenverständnis. Dies geschieht unter anderem auch bei den regelmäßig stattfindenden Plenarsitzungen. Besonders „Redner sind immer Repräsentanten einer (verliehenen oder angemäßen) Macht (Parteitage, Predigt, Anklage, Vorlesung, Festrede), die anderen das gleichzeitige Rederecht nimmt, weil sie zuhören müssen“ (Geissner 2005).

In beiden beschriebenen Funktionen nehmen politische Akteure eine Rolle ein, an die unterschiedliche Erwartungen aus verschiedenen Gruppierungen herangetragen werden. Rollen sind dabei „ein Bündel von Erwartungen, die an den Inhaber einer sozialen Position gerichtet sind“ (Scheuch/Kutsch 1975: 98). Für die vorliegende Arbeit reicht diese Definition jedoch nicht aus, da die Einnahme der Rolle an einen bestimmten Ort und eine bestimmte Situation, hier die Teil-

---

<sup>13</sup> Eine Ausnahme ist im Untersuchungszeitraum zu machen. Der Landtagsabgeordnete Rüdiger Sagel, auf den im weiteren Verlauf der Arbeit noch eingegangen wird, hat sein Landtagsmandat nach dem Parteiaustritt bei den Grünen behalten.



nahme an einer Haushaltsdebatte, gebunden ist. Auch „die Zweiteilung in Regierung und Opposition - die Rollenverteilung, das Loben des Eigenen und das Tadeln des Gegnerischen“ (Bazil 2010: 5) erweist sich als nicht ausreichend. Dementsprechend wird eine für die Arbeit entsprechende Definition herausgearbeitet. Der Begriff der Rolle beinhaltet zwei grundlegende Merkmale. Zum einen „die Verfestigung einer Reihe von Normen zu bestimmten Verhaltenskomplexen“ (Korte/Schäfers 2008: 34) und zum anderen die Erwartungshaltung, die andere stellen, aber auch der Redner an sich selbst stellt.

Eine weitere Definition von Rollen liefert Scott (1986) in seinem Werk „Grundlagen der Organisationstheorie“. Er definiert Rollen als Erwartungen „geknüpft an bestimmte soziale Positionen oder Wertemaßstäbe zur Einschätzung des Verhaltens der Inhaber dieser Position. Eine soziale Position ihrerseits ist ein Ort in einem System sozialer Beziehungen“ (Scott 1986: 36). Scott beschreibt die Rolleneinnahme politischer Akteure im Plenum als Erwartungsbündel – Erwartungen von seiner Fraktion, den anderen Fraktionen, der Regierung oder von sich selbst. Dabei sind diese Erwartungen geknüpft an soziale Positionen. Genauer gesagt weckt der politische Akteur mit der Rede im nordrhein-westfälischen Landtag Erwartungen bei den unterschiedlichen im Landtag vertretenen Gruppierungen – Fraktionen, Regierung, Medien und Zuschauern.

Auch die Autoren Hannappel/Melenk (1979) haben sich in ihrem Buch „Alltagsprache“ mit dem Begriff der Rolle auseinander gesetzt. Nach ihrer Definition bestehen Rollen aus „normativen Erwartungen an das Verhalten, aus Verhaltensvorschriften. Die Erwartungen beziehen sich auf Tun und Unterlassen, sind Gebote und Verbote“ (Hannappel/Melenk 1979: 65). Dabei stellen sie fest, dass es Unterschiede bei den Erwartungen und dem Verhalten geben kann. Für die Rollenerwartungen gilt nach Hannappel/Melenk, dass sich diese nicht explizit auf eine einzelne Person richten, sondern an die Person als Teil einer Gruppe. Für jede Person, die einer bestimmten Gruppe angehört, gelten die gleichen Rollenerwartungen.<sup>14</sup> Auf die vorliegende Untersuchung übertragen bedeutet

---

<sup>14</sup> Siehe Rollenerwartungen nach Fröhlich (2001: 106f.)

dies, dass an die politischen Akteure aus den jeweiligen Gruppen – Landesregierung, Regierungsfraktion und Opposition – die gleichen Erwartungen gelten. Welche Rollenerwartungen an die politischen Akteure aus den jeweiligen Gruppen herangetragen werden, soll in Kapitel 2.2.3 näher beschrieben werden.

Neben den bisherigen Beschreibungen haben auch Scheuch/Kutsch (1975) den Rollenbegriff definiert. Sie definieren Rollen als ein „Bündnis von Erwartungen, die an den Inhaber einer sozialen Position gerichtet sind“ Scheuch/Kutsch (1975: 98). Diese Definition kommt aus der amerikanischen Soziologie und besagt, „dass Rolle nicht nur als Beziehung zwischen Individuum und Regel verstanden wird, [das ist lediglich ein Aspekt], sondern auch als Einheit der Analyse [so bei T. Parsons] benutzt werden kann“ (Scheuch/Kutsch 1975: 98f).

Der Soziologe Erving Goffman definiert seinerseits den Begriff Rolle „als vorherbestimmtes Handlungsmuster, das sich während einer Darstellung entfaltet und auch bei anderen Gelegenheiten vorgeführt oder durchgespielt werden kann“ (Goffman 2008: 18). Greifbar beschreibt Goffman den Terminus der Rolle mit der Aussage, „wenn der Einzelne eine Rolle spielt, fordert er damit seine Zuschauer auf, den Eindruck, den er bei ihnen hervorruft, ernst zu nehmen“ (Goffman 2008: 19). Dem Adressaten soll der Eindruck vermittelt werden, dass das Rollenspiel beispielsweise mit seinen Äußerungen oder Handlungen so wahrgenommen wird, als verfüge der Redner tatsächlich über „die Eigenschaft, die sie zu besitzen scheint, die Handlungen, die sie vollführt, hätten wirklich die impliziert geforderten Konsequenzen und es verhalte sich überhaupt alles so wie es scheint“ (Goffman 2008: 19). Die Grundannahme, dass alle Menschen eine Rolle spielen nimmt Goffman aus dem Wort „Person“ (lateinisch persona). In seiner ursprünglichen Bedeutung bezeichnet es eine Maske. In dem Wort liegt die Anerkennung, „dass jedermann überall und immer bewusst oder unbewusst eine Rolle spielt“ (Goffman 2008: 21). Demnach nehmen während einer Plenarsitzung die politischen Akteure im nordrhein-westfälischen Landtag mit ihrer Rede bewusst oder unbewusst eine bestimmte Rolle ein.

Wie lassen sich diese unterschiedlichen Definitionen von Rollen auf das Forschungsinteresse übertragen und verbinden?

Zunächst kann festgehalten werden, dass mit der Rolleneinnahme immer auch Erwartungen an eine Person verbunden sind, die zudem an einen bestimmten Ort geknüpft sind. Darüber hinaus sind Rollen vorherbestimmte Handlungsmuster, die sich während der Darstellung entfalten. Aus diesen Erkenntnissen soll folgende Definition für den Rollenbegriff für diese Arbeit Gültigkeit haben:

**Rollen politischer Akteure in der parlamentarischen Arena sind vorherbestimmte Handlungsmuster, an die aufgrund der Darstellungssituation bestimmte Erwartungen geknüpft sind.**

Rollen als vorherbestimmte Handlungsmuster zu beschreiben, liegt die Annahme zugrunde, dass das vorherbestimmte Handeln und die beschriebene Strategie die Gemeinsamkeit aufweisen, intentional angewendet zu werden. Wie die Strategie wird auch das Handeln, das Sprechen und das Interagieren nicht einfach dem Zufall überlassen, sondern intentional eingesetzt. Auf den politischen Akteur übertragen bedeutet dies, dass es sich bei seinem Verhalten, dass sich während der Darstellung, also der Rede, entfaltet, um ein bewusstes Verhalten handelt, das auch in anderen Konstellationen dargestellt werden kann. Hierbei handelt es sich somit um ein situationsübergreifendes intentionales Verhalten. Dieses Handeln ist jedoch an einen bestimmten Ort gebunden, der innerhalb dieser Definition mit dem Begriff der Darstellungssituation beschrieben wird. Der Begriff der Darstellungssituation steht im Zusammenhang mit der Rolle für den (geographischen) Ort, an dem der politische Akteur sein intentionales Handeln ausübt. Wie bei der Beschreibung des Begriffs des institutionellen Kontextes bedingt der Ort das Rollenverhalten des Akteurs. So richtet der Akteur sein Verhalten danach aus, an welchem Ort er sich präsentiert. Dabei sollte die Einnahme der Rolle freiwillig erfolgen und die Ausgestaltung der Rolle dem Akteur selbst überlassen werden (Rose 1973: 272). Jarren/Donges (2006: 306) sprechen in diesem Zusammenhang davon, dass „die organisationsspezifischen

Bedingungen unter denen gehandelt wird“, die Rollen der politischen Akteure formen.

Mit der an den Ort gebundenen Rolleneinnahme sind auch bestimmte Erwartungen geknüpft, die aus der Funktion des politischen Akteurs im Parlament an ihn herangetragen werden. Dabei lassen sich drei Gruppierungen von Rollenerwartungen unterscheiden: Rollenerwartungen an die Kabinettsmitglieder, an die Mitglieder der Regierungsfractionen und an die Abgeordneten der Oppositionsfractionen. Generell gilt, dass mit jedem Redebeitrag des politischen Akteurs im Plenum bestimmte Erwartungen und Interessen bei den Adressaten verbunden sind und erfüllt werden müssen. „Entsprechend dieser unterschiedlichen, an die Rollen gebundenen Erwartungen verhalten sich die Akteure kommunikativ unterschiedlich“ (Jarren/Donges 2006: 306).

Entlang dieser Definition des Rollenbegriffs können nun sowohl die einzelnen Rollen politischer Akteure als auch die damit verbunden Rollenerwartungen im Forschungskontext erörtert werden. Dabei ist zu beachten, „dass mit dem Anwachsen der Zahl politischer Ämter und die Zahl der zugeordneten Rollen wächst (...)“ (Sebaldt 2010: 369). So sind beispielsweise die Spitzenakteure von CDU und SPD nicht nur Ministerpräsident (Jürgen Rüttgers<sup>15</sup>, CDU) und Fraktionsvorsitzende (Hannelore Kraft<sup>16</sup>, SPD), sondern gleichzeitig auch Parteivorsitzende, die verschiedene Rollenerwartungen an die Akteure herantragen. Daher geht das Kapitel 2.2.3 der Frage nach, wo sich diese Rollenerwartungen herleiten lassen und welche Sanktionen den politischen Akteur bei Nicht-Einhaltung bzw. bei Fehlverhalten erwarten. Speziell für die drei unterschiedlichen Akteursgruppen – Landesregierung, Regierungsfraction, Oppositionsfraction – soll dies herausgearbeitet werden. Dazu muss zunächst jedoch festgelegt werden, um welche Rollen bzw. politischen Akteure es sich im Zusammenhang mit der Anwendung von Sprachstrategien und deren Typologisierung handelt. Danach stehen folgende Akteure der Landesregierung im Fokus

---

<sup>15</sup> Von 1999 bis 2010 war Jürgen Rüttgers Landesvorsitzender der CDU-Nordrhein-Westfalen.

<sup>16</sup> Seit 2007 führt Hannelore Kraft als Landesvorsitzende die SPD in Nordrhein-Westfalen.

der Untersuchung: Ministerpräsident und Fachminister. Aus den Regierungsfraktionen werden die Rolle der Fraktionsvorsitzenden, der fachpolitischen Sprecher, des Parlamentarischen Geschäftsführers sowie weiterer Abgeordneter erforscht.

Die entscheidenden politischen Akteure auf Seiten der Oppositionsfraktionen sind die jeweiligen Fraktionsvorsitzenden, die stellv. Fraktionsvorsitzenden, Parlamentarischen Geschäftsführer, fachpolitischen Sprechern sowie auch hier weitere Abgeordnete.

Regierungsakteure Landesregierung	Regierungsakteure Regierungsfraktionen	Oppositionsakteure
Ministerpräsident Fachminister	Fraktionsvorsitzende Fachpolitische Sprecher „Einfache“ Abgeordnete	Fraktionsvorsitzende Stellv. Fraktionsvorsitzende Parlamentarische Geschäftsführer Fachpolitischer Sprecher „Einfache“ Abgeordnete

Abbildung 8: Rollenübersicht politischer Akteure innerhalb der Generaldebatte. Quelle: Eigene Darstellung.

Nach dem Herausstellen der für diese Arbeit wesentlichen Rollen erfolgen im folgenden Kapitel die Aufarbeitung von Rollen in der politikwissenschaftlichen Forschung sowie das Herausarbeiten der Forschungslücke. Dadurch wird gleichzeitig der Forschungsansatz für diesen Teilbereich definiert.

### 2.2.1 Rollen in der politikwissenschaftlichen Forschung

Mit dem Begriff der Rolle, dem Einnehmen einer Rolle durch Akteure in wissenschaftlichen Kontexten, hat sich in erster Linie die Soziologie befasst. Eine grundlegende Arbeit in diesem Bereich schrieb vor allem Talcott Parsons, der mit seiner Rollentheorie eine Antwort auf das Funktionieren von Gesellschaften gibt. Die Hauptaussage ist, „im Prozess der Sozialisation werden die Individuen

dazu gebraucht, die vorgegebenen Rollen zu spielen und sich so in die Gesellschaft zu integrieren“ (Abels 2007: 101). Parsons Verständnis war es, das Verhalten von Individuen zu erklären, warum sie sich so verhalten, wie sie sich verhalten sollen. Hintergrund ist, dass es Parsons um eine „Theorie der Ordnung“ (Abels 2007: 103) ging, in der das Individuum zentraler Bestandteil ist.

Einen anderen Ansatz verfolgte der Soziologe und Schüler von Talcott Parsons, Robert K. Merton. Seine Interessen lagen im Gegensatz zu Parsons auf den Erkenntnissen der Unordnung. Merton ging in seiner Theorie davon aus, dass die Individuen nicht freiwillig den Rollenerwartungen zustimmen, so wie es Parsons annahm, sondern sie „die Normen nicht erfüllen. Er vermutete, dass einige es nicht können und andere es nicht wollen“ (Abels 2007: 111). Während Parsons zu dem Ergebnis kam, dass die Rolle durch „die Normativität des kulturellen Systems“ (Abels 2007: 118) bestimmt ist, ist Mertons Erkenntnis, dass eine Eindeutigkeit der Beziehung nicht gegeben ist, sie „lässt Raum für abweichendes Verhalten oder erzwingt es sogar“ (Abels 2007: 118).

Auch der Soziologe Ralf Dahrendorf beschäftigte sich mit dem Verhalten eines Individuums im Verhältnis mit der Gesellschaft. Dahrendorf war es, der die Rollentheorie mit dem Konzept des Homo Sociologicus in die deutschsprachige Wissenschaft einbrachte. Für Dahrendorf ist die soziale Rolle geprägt von Normen, Erwartungen sowie Sanktionen. Nach Dahrendorf „handeln wir in unseren Rollen keineswegs freiwillig, sondern weil wir uns ihnen nicht entziehen können, denn das würde negative Sanktionen nach sich ziehen“ (Abels: 2007: 102). Diese drei Elemente finden sich auch im Kapitel 2.2.3 wieder und sind wesentlicher Bestandteil der in dieser Arbeit verwendeten Definition des Rollenbegriffs. Auch der Homo Sociologicus wird im weiteren Verlauf der Arbeit noch eine wesentliche Rolle bei der theoretischen Einordnung (Kapitel 4) des Forschungsinteresses spielen.

Doch nicht nur der Soziologie Ralf Dahrendorf beschäftigt sich mit dem Begriff der Rolle, sondern auch der anerkannte Soziologe Erwin Goffman, der sich mit den Begriffen Rollen und Theater auseinandersetzt. In seinen Werken „Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag“ oder „Interaktionsrituale. Über

Verhalten in direkter Kommunikation“ beschäftigt sich Goffman mit der Einnahme von Rollen. Goffmans Kernaussage ist, „dass jedermann überall und immer bewusst oder unbewusst eine Rolle spielt“ (Goffman 2008: 21). Bei seiner Beschreibung der Rolleneinnahme bedient sich Goffman Elementen des Schauspiels. Bilder, wie beispielsweise das der Fassade oder der Vorder- und Hinterbühne, sind dabei wesentliche Bestandteile.

Mit dem Thema Schauspiel bzw. Theater und der Darstellung von Akteuren beschäftigt sich auch der Autor Christian Schicha (2007) in seinem Buch „Legitimiertes Theater? Inszenierte Politikvermittlung für Medienöffentlichkeit am Beispiel der Zuwanderungsdebatte“. Bei seiner Untersuchung greift auch Schicha auf schauspielerische Elemente zurück. Eine Beziehung zwischen Politik und Schauspiel bzw. Theater beschreibt auch die Autorin Doris Kolesch (2008) in ihrem Aufsatz „Politik als Theater: Plädoyer für ein ungeliebtes Paar“. In dem Aufsatz geht es ebenfalls um die Darstellung und Inszenierung der Politik in Zusammenhang mit den Erkenntnissen aus dem Theater bzw. Schauspiel.

Auch im Bereich der Kommunikation wird seit langem mit dem Rollenbegriff gearbeitet. Die Autoren Hannappel und Melenk (1979) haben sich in ihrem Buch „Alltagssprache“ mit dem Begriff Rolle auseinandergesetzt. Hierbei ging es um die semantische Auswertung von Texten in unterschiedlichen Bereichen, wie zum Beispiel auch in der Politik. Für die Kommunikationen stellen die Autoren fest, dass diese „gesellschaftlich geregelt“ (Hannappel/Melenk 1979: 62), also typisiert sind. Bei der Anwendung des Typisierungsbegriffs auf ihr Kommunikationsmodell greifen sie anschließend auf den Rollenbegriff zurück und definieren diesen.

Neben den zahlreichen Autoren aus den unterschiedlichen Wissenschaftsbereichen hat sich auch Jürgen von Oetzen (2006) „Das Expertenparlament. Abgeordnetenrollen in den Fachstrukturen bundesdeutscher Parlamente“ mit dem Rollenbegriff befasst. In seinem Buch widmet sich von Oetzen den Abgeordnetenrollen, indem er die Rahmenbedingungen von Abgeordnetenrollen im Parlament, die Rolle in Ausschüssen und Arbeitskreisen sowie einzelne Akteure be-

trachtet. Die für diese Arbeit wichtige Arena, das Parlament, unterteilt Jürgen von Oetzen in strukturelle, normative und individuelle Rahmenbedingungen. Was jedoch auch bei diesem Autor keine Berücksichtigung findet, ist die Verwendung bzw. die Verbindung von Sprachstrategien und Rollen politischer Akteure in der parlamentarischen Arena. Genau an diesem Punkt setzt diese Arbeit an. Denn der Begriff der Rollen bzw. die Rolleneinnahme durch Akteure ist, wie zu erkennen, nicht mehr nur im soziologischen Bereich verankert, sondern hat sich auch auf Nachbarwissenschaften ausgeweitet. Trotz der Ausweitung des Rollenbegriffs auf andere Wissenschaften ist die Einnahme von Rollen politischer Akteure in der parlamentarischen Arena im Kontext von Sprachstrategien auf Landesebene noch nicht näher analysiert worden. Die vorliegende Arbeit will die Rollen unterschiedlicher Akteure bei der Anwendung von Sprache im Plenarsaal analysieren und beschreiben. Dabei stellt sie fest, dass Sprachstrategien und deren Typologisierung erst aufgrund des Rollenverständnisses entstehen und in der parlamentarischen Arena angewendet werden. Bevor aber die Identifizierung und Typologisierung erfolgt, soll zunächst die Rolle von politischen Akteuren in der parlamentarischen Arena näher in Bezug auf das Forschungsinteresse beleuchtet und bestimmte Rollenparameter herausgestellt werden.

## **2.2.2 Rollen in der parlamentarischen Arena**

### **2.2.2.1 Die öffentliche Bühne als Schauplatz der Inszenierung**

„Jede Rede, die auf öffentlicher Bühne erfolgt, zirkuliert gemäß eines vierpoligen Kommunikationsschemas zwischen vier Instanzen: der Produktionsinstanz, der Oppositionsinstanz, der Rezeptionsinstanz und der Vermittlungsinstanz“ (Charaudeau 2007: 37), so beschreibt Charaudeau das Halten einer Rede.

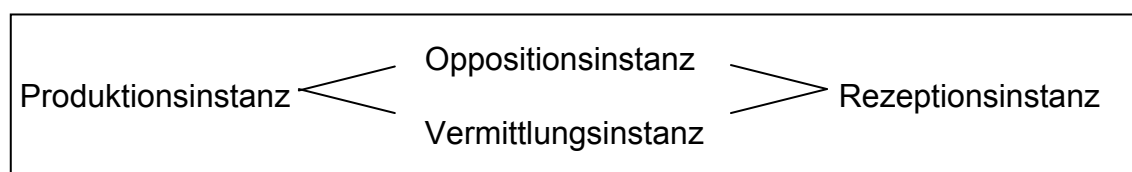


Abbildung 9: Kommunikationsschema auf öffentlicher Bühne. Quelle: Charaudeau 2007: 37.



Die Produktionsinstanz wird dabei von einer Person wahrgenommen und doch ist sie anhaltend ein „Repräsentant eines mehr oder weniger homogenen Kollektives, also eines politischen Gebildes, das hinter einem bestimmten Politiker oder einer Politikerin steht, (...). Sie ist damit gemäß gesellschaftlicher Norm legitimiert durch das Recht überzeugen zu wollen“ (Charaudeau 2007: 37). Dabei geht es darum, eine politische Idee, das politische Vorhaben darzubieten bzw. die Idee oder das Vorhaben zu rechtfertigen. Gleichzeitig geht es in der Produktionsinstanz darum, sich von der Oppositionsinstanz zu distanzieren und das eigene Profil deutlich zu erkennen zu geben (Charaudeau 2007: 37f.).

„Die Rezeptionsinstanz besteht in unterschiedlichen Konfigurationen aus einem Publikum, das nicht homogen, disparat zusammengesetzt und nicht von vorneherein gewonnen ist“ (Charaudeau 2007: 38). Aus der Perspektive der Produktionsinstanz betrachtet, ist dieses Publikum der Adressat der Rede, der beispielsweise von dem angesprochenen Problem betroffen ist, z. B. von dem politischen Programm profitieren kann oder vor Gefahren geschützt wird. „In beiden Fällen wird die Zielinstanz in die Position versetzt, glauben zu müssen, dass sie Handelnde bei einem Anliegen sein kann, das für sie günstig ist“ (Charaudeau 2007: 38).

Die Aufgabe der Vermittlungsinstanz ist es, die beiden zuerst erwähnten Instanzen miteinander zu verbinden. Die Vermittlungsinstanz „ist jedoch selbst Produktionsinstanz einer Inszenierung und bildet daher eine Entscheidungsinstanz, die nicht notwendigerweise mit der obigen zusammenfällt. Zudem muss sie in ihrer Rolle als Informationsübermittler legitimiert sein, was gewisse Anforderungen der Verantwortlichkeit an sie stellt“ (Charaudeau 2007: 38).

Ein Teil der von Charaudeau genannten öffentlichen Bühne, an dem das politische Geschehen stattfindet, ist das Rednerpult. So ist es wichtig, an welchem Ort das Pult steht, denn es „betont die Besonderheit des Sprechers (...) und ist für die Wirkung des Sprechers wichtig“ (Biehl 2008: 165). Wie in allen Parlamenten Deutschlands, ist auch das Rednerpult im nordrhein-westfälischen Landtag zentraler Ort des Plenarsaals und damit auch der Redner zentrale Per-

son des Geschehens. Das Rednerpult bietet dem politischen Akteur daher die Bühne der Inszenierung, bei dem alle Blicke in der bestimmten Situation auf den Politiker gerichtet sind und Erwartungen herangetragen werden und an dem er seine Sprachstrategie anwendet.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass jedes gesprochene Wort in der Öffentlichkeit bestimmten Zwängen unterliegt, für das politische Akteure verantwortlich sind (Charaudeau 2007: 38). Darüber hinaus ist festzuhalten, dass Politik, die in der Öffentlichkeit stattfindet, oftmals inszeniert ist. „Wo immer ein Politiker auftritt, ist eine Bühne. Ob das gezeigte Stück eine Farce oder ein packender Thriller mit happy end wird, hängt ganz besonders auch von den Akteuren ab“ (Kahler 2006: 10). An dieser Stelle lassen sich Parallelen zu dem Begriff der Rolle und des Schauspiels bzw. Theaters aufzeigen. Der Begriff des Schauspiels und die Rolleneinnahme von Abgeordneten im Parlament sind es, die im nächsten Kapitel im Vordergrund stehen, welches zudem einen Blick auf das Theater mit seinem Schauspiel wirft. Denn der Begriff des Schauspiels ist eng mit dem Theater verbunden.

#### **2.2.2.2 Das Schauspiel und die Rolle politischer Akteure im Parlament**

Der Begriff der Rolle ist vor allem aus dem Schauspiel bekannt, welches nach Goffman soziales Handeln darstellt. Schauspieler schlüpfen in eine Rolle und stellen diese mit einer bestimmten Intention auf öffentlicher Bühne dar. Genau mit diesem Vorgehen, der Einnahme einer Rolle, beschäftigt sich dieser Teil. Dabei soll eine Verbindung von Theater und Politik für die vorliegende Arbeit herausgearbeitet werden.

Theater definiert eine „für alle Zuschauer bestimmte (...) Darstellung (...) eines in Szene gesetzten Geschehens“ (Der Brockhaus 2000: 904). Der Begriff beinhaltet gleichzeitig auch den Ort, an dem das Geschehen der Darstellung stattfindet, die beteiligten Künstler – das Ensemble – die für die „Planungen, Inszenierungen und Realisierung von T.-Aufführungen“ (Der Brockhaus 2000: 904) verantwortlich sind.

Eine andere Definition des Theaterbegriffs beschreibt Erika Fischer-Lichte. Sie definiert Theater als einen Zustand, „in der ein Akteur an einem häufig besonders hergerichteten Ort zu einer bestimmten Zeit sich, einen anderen oder etwas vor den Blicken der anderen (Zuschauer) darstellt oder zu Schau stellt“ (Fischer-Lichte 2004: 8). Zentrales Merkmal dieser Definition ist die Anwesenheit von Akteuren und Adressaten im Raum, in dem das Theater stattfindet. Sowohl die Anwesenheit des Akteurs sowie der Zuschauer sind Grundvoraussetzungen für die Aufführung des Theaters. Fehlt auch nur eine Komponente, kann nach dieser Definition nicht mehr von Theater gesprochen werden.

Diese beiden Definitionen von Theater dienen gemeinsam mit der Definition der Rolle von Goffman und die in Kapitel 2.2 eigene aufgestellte Definition als Grundlage. Mit ihrer Hilfe werden die Rollen politischer Akteure in der Parlamentarischen Arena näher beschreiben. Zusammen mit der eingangs genannten Definition des Begriffs der Rolle folgt daraus, dass der Redner bereits vor Beginn seiner Rede weiß, was er darzubieten hat, wo er es zu repräsentieren hat und wer seine Adressaten sind. Das Plenum ist jene Wirkungsstätte, an dem er mit seiner intentionalen Sprachstrategie – dem vorherbestimmte Handlungsmuster – die Adressaten beeindrucken und überzeugen will. Seine Adressaten können somit zum einen die eigenen Fraktionsmitglieder sein, die Landesregierung, die Oppositionsfraktionen, die Medien, in den aller wenigsten Fällen aber die Gäste auf der Zuschauertribüne. Die Zeit, in der er die Rolle einnimmt, wird ihm durch die Geschäftsordnung des Landtags vorgegeben. Die Dauer seiner Redezeit ist von seiner Funktion innerhalb des Parlaments abhängig. Der politische Akteur stellt sich mit seiner intentionalen Sprachstrategie den Kollegen, den Medien sowie den Gästen auf der Besuchertribüne dar, entfaltet somit sein Handlungsmuster und nimmt daher seine Rolle ein. Die Merkmale des Theaters kommen während einer Plenarsitzung somit zum Tragen. Mit dem Redner, den Regierungsmitgliedern, den Fraktionsmitgliedern sowie den Medien und Zuschauern, ist die von Fischer-Lichte genannte Anwesenheit von Akteur und Zuschauer gegeben. Wie gestaltet sich aber die Rolle des Redners in der parlamentarischen Arena?

„Es ist sicherlich nicht die Aufgabe einer Opposition und des Vorsitzenden der größten Oppositionsfraktion, die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen zu loben. Die Oppositionsfraktionen haben die Mehrheitsfraktionen und Regierung zu kontrollieren. Das ist völlig in Ordnung so. Sie haben sich dabei aber auch an den Grundsatz der Ehrlichkeit, der Wahrheit und der Wahrhaftigkeit zu orientieren“ (Edgar Moron, damaliger Fraktionsvorsitzender der SPD-Landtagsfraktion im Landtag NRW am 23. März 2001, Plenarprotokoll 13/26: 2486).

„Hört mal, Kollegen, dass ihr jetzt hier eine Kabinettsitzung durchführt, während ich versuche, die positiven Aspekte eurer Arbeit herauszustellen, halte ich nicht für in Ordnung“ (Edgar Moron, damaliger Fraktionsvorsitzender der SPD-Landtagsfraktion im Landtag NRW am 23. März 2001, Plenarprotokoll 13/26: 2497).

„Die dritte Lesung ist traditionell die Generalabrechnung mit der Politik der Regierung. Ich will die Landesregierung jetzt nicht beschimpfen, aber ich will einige Feststellungen treffen“ (Jürgen Rüttgers, damaliger CDU-Fraktionsvorsitzende im Landtag NRW am 28. Januar 2004, Plenarprotokoll 13/111).

Diese drei Zitate aus den zu analysierenden Haushaltsdebatten geben einen ersten Eindruck auf das jeweilige Rollenverständnis eines politischen Akteurs sowie eine Einschätzung darüber, wie die dritte Lesung des Haushalts interpretiert wird und in welcher Rolle die Abgeordneten sich persönlich sehen. Die Rolle des Kontrolleurs kommt sowohl bei Edgar Moron wie auch Jürgen Rüttgers deutlich zum Vorschein. Durch den Einwurf in seiner Rede vom 23. März 2001 stellt er aber auch die Funktion des Fraktionsvorsitzenden der Regierungsfaktionen heraus. Die Darstellung einer positiven Regierungsbilanz, Legitimation, ist seine Aufgabe.

Neben den hier vorgestellten Rollen gibt es im Plenum weitere bereits beschriebene wesentliche Akteure, die eine Rolle einnehmen und damit bestimm-

te Erwartungen erfüllen müssen. Bedingung für die Entstehung von Sprachstrategien ist das Rollenverständnis des politischen Akteurs. Zentrale Merkmale der Rollen einzelner politischer Akteure sind die Organisationszugehörigkeit sowie die Funktionsmaße. Hinsichtlich der Organisationszugehörigkeit ist zu beachten, dass der einzelne politische Akteur einer Partei, Fraktion und/oder Regierung angehört. Darüber hinaus ist der politische Akteur im Landtag auch seinem Wahlkreis und der dortigen Partei zuzuordnen.

Ein weiteres Merkmal, das die Rolle politischer Akteure im Plenarsaal charakterisiert, sind die Funktionsmaße. Der Begriff der Funktion steht in diesem Zusammenhang für Werte, Normen und Erwartungen, die an den einzelnen Akteur aus den eigenen Reihen (Partei, Fraktion, Regierung, Wahlkreis) oder auch von außen, dem politischen Gegner oder der Öffentlichkeit, gestellt werden. Bei der Ausübung dieser Funktion ist fest davon auszugehen, dass es aufgrund unterschiedlicher Normen und Werte zu Rollenkonflikten kommt. So können aus dem Wahlkreis beispielsweise andere Erwartungen an den politischen Akteur herangetragen werden, als in der Fraktion. Diese spielen aber im weiteren Verlauf der Untersuchung keine Rolle. Im Plenum geht es in erster Line um die an den Ort herangetragenen Erwartungen. Somit soll vielmehr erörtert werden, welche institutionell bedingten Rollen die politischen Akteure in Parlamentsdebatten einnehmen bzw. welche Rollenerwartungen an sie herangetragen werden.

Es kann festgehalten werden, dass Sprachstrategien bewusst von politischen Akteuren verfasst und erst ausgehend von dem Rollenverständnis entwickelt werden. Dadurch, dass Sprachstrategien immer wieder in der parlamentarischen Arena Anwendung finden, sind sie fester Bestandteil einer Rede und gehören zum Selbstverständnis eines politischen Akteurs. Aufgrund unterschiedlicher Rollen lassen sich verschiedene Sprachstrategien bei den politischen Akteuren ausfindig machen, die von Normen und Werten gestützt sind.

Neben Normen, Werten und Erwartungen ist auch die Stellung des politischen Akteurs im System, der Organisation, ein wichtiges Charakteristikum bei der Auffassung der Rolle im Parlament (Korte/Schäfers 2008: 34). Nicht nur, dass

der politische Akteur durch seine Tätigkeit als Abgeordneter gewissen Normen, Werten und Erwartungen unterlegen ist, auch die Zugehörigkeit zur Fraktion und seine Position innerhalb der Fraktion – Fraktionsvorsitzender, fachpolitischer Sprecher etc. – sind wichtige Einflussmerkmale bei der Rolleneinnahme. Ist der politische Akteur im Landeskabinett, wird das Rollenverhalten des Redners noch komplexer. Regierungsakteure müssen zusätzliche Interessen z.B. Regierungs- und Kabinettsfunktionen berücksichtigen und in das Rollenverständnis integrieren. Diese Kernaussagen zur Beschreibung von Rollen lassen sich allgemein in die Begriffe Organisationszugehörigkeit – Partei, Fraktion, Regierung, Opposition – und den Funktionsmaßen – Normen, Werte, Erwartungen – einordnen. Allgemein handelt es sich bei der Rolleneinnahme, um Situationsrollen. Die Eigenschaft dieses Rollentyps ist, dass diese Rolle nur so lange Bestand hat, wie die dazugehörige Situation (Hannappel/Melenk 1979: 67). An diese Situationsrollen sind, wie schon erwähnt, Erwartungen geknüpft. Diese Rollenerwartungen und deren Herkunft werden im nachfolgenden Kapitel beschrieben. Dabei werden drei Rollenarten unterschieden. Zudem stellt dieser Teil der Arbeit auch Sanktionsvariablen, positive und negative, heraus und überträgt diese auf den Forschungskontext.

### **2.2.3 Rollenerwartungen und deren Herkunft**

„Soziale Rollen sind Bündel von Erwartungen, die sich in einer Gesellschaft an das Verhalten der Träger von Positionen knüpfen“ (Dahrendorf 1985: 144). Demnach stehen bei einer Rolle „gewisse Verhaltensweisen, die man von dem Träger dieser Position erwartet“ (Dahrendorf 1958: 143) im Vordergrund. Für die Rollenerwartungen gilt weiterhin, dass diese nicht einmalig festgelegt werden und immer Gültigkeit haben, sondern sich die Erwartungen ändern können (Schimank 2007: 47). Schimank zählt drei Arten von Rollenerwartungen auf.

Rollenart	Verbindlichkeit
„Muss-Erwartungen“	Hochgradig
„Soll-Erwartungen“	Schwächere
„Kann-Erwartungen“	Geringfügig

Abbildung 10: Rollenarten nach Schimank 2007: 47f: Quelle: Eigene Darstellung.

Die auf diese Arbeit zu projektierenden Rollenwartungen sind erstens die „Soll-Erwartungen“ und zweitens die „Kann-Erwartungen“. Bei diesen Arten der Erwartungen stehen die Verbindlichkeiten im Vordergrund. Dabei lassen sich drei Kategorien – die hochgradig, schwächeren und geringen Verbindlichkeiten – manifestieren.

*„Sollerwartungen“:* Die „Sollerwartungen“ weisen eine schwache Verbindlichkeitsgrad auf (Schimank 2007: 48).

*„Kann-Erwartungen“:* Die Verbindlichkeit der „Kann-Erwartungen“ sind geringfügig (Schimank 2007: 48). Der Begriff positive Sanktionen steht hier für Belohnungen, auf die im weiteren Verlauf dieses Abschnitts noch näher eingegangen werden.

Keine dieser erwähnten Rollenerwartungen spiegelt sich bei den politischen Akteuren in der parlamentarischen Arena direkt wider. Vielmehr handelt es sich um eine Mischform dieser beiden Arten, also um eine „Soll-Kann-Rollenerwartung“. Direkte Strafen haben politische Akteure aufgrund des freien Mandats nicht zu erwarten. „Das freie Mandat verbürgt, dass die Abgeordneten keinen Weisungen unterliegen und in ihrer Willensbildung und Entscheidungsfindung ungebunden sind“ (Marschall 2005: 103). Sie sind lediglich „ihrem Gewissen unterworfen“ (Grundgesetz Artikel 38). Daraus folgt, dass sie daher auch bei Nicht-Erfüllung der Rollenerwartungen keine direkten negativen Sanktionen zu erwarten haben (Grundgesetz Artikel 46). Ein Ausschluss aus der Fraktion ist jedoch bei fraktionsschädigendem Verhalten möglich. Auch das Parlamentsrecht sieht den Abgeordneten als einen Akteur an, der autonom

handeln kann. „Die Mandatsträger können in den Phasen der innerparlamentarischen Willensbildung auf verbrieft Rechte zurückgreifen, ihre Positionen und Anliegen ungehindert in den parlamentarischen Prozess einzuspeisen“ (Marschall 2005: 104). Außerdem sind politische Akteure bei Abstimmungen im Plenum formal an nichts gebunden, da das Stimmrecht bei den jeweiligen Politikern liegt und nicht bei der Fraktion (Marschall 2005: 104). Formal gesehen sind die politischen Akteure also frei und autonom in ihrem Handeln. Doch diese Freiheit und die Autonomie haben Grenzen. Immer wieder ist von Fraktionsdisziplin<sup>17</sup> die Rede, wenn Abstimmungen im Parlament anstehen. Es kommt zu Spannungen zwischen dem in Artikel 38 des Grundgesetzes festgeschriebenen freien Mandat und der Fraktionsdisziplin (Kropp/Riemann 2008: 270). Der politische Akteur ist als Abgeordneter Teil eines Ensembles, eines Teams, das nur dann Erfolge vorweisen kann, wenn es Mannschaftsgeist beweist und geschlossen auftritt. So ist der Abgeordnete „mit seiner (...) Fraktion durch ein wechselseitiges Abhängigkeits- und Loyalitätsverhältnis verbunden“ (Kropp/Riemann 2008: 207). Die Demonstration der Geschlossenheit von Fraktionen ist vor allem für die Regierungsfaktionen bedeutsam, da es jene Fraktionen sind, „die stabile Mehrheiten für die Politik der von ihnen getragenen Regierungen zu organisieren“ (Marschall 2005: 104) haben. „Die besondere Leistung der Fraktionen besteht darin, die Arbeitsfähigkeit des Parlaments zu gewährleisten, indem sie stabile Mehrheiten organisiert. Sie tragen zur Effektivität und Effizienz des Parlamentarismus bei“ (Marschall 2005: 95). Die Fraktion ist der zentrale Bestandteil des Parlaments und „die wichtigste organisatorische Struktur des Parlaments“ (Sontheimer/Bleek 2003: 290). Sie regelt und strukturiert den Arbeitsalltag eines politischen Akteurs, ob im Plenum oder in den Ausschüssen, indem durch die Entscheidungsfindung bzw. Vereinbarungen in den Fraktionen wichtige Ämter im Parlament besetzt werden (Sontheimer/Bleek 2003: 290). Dieses führt zur einer Abhängigkeit der Abgeordneten gegenüber der Fraktion. Nur im Rahmen der Fraktion und mit Absprachen innerhalb der Fraktion kann der politische Akteur auf sich aufmerksam machen. Dies hat zur Folge, dass die Parteien ihre Abgeordneten gut disziplinieren können. „Abstimmung

---

<sup>17</sup> Häufige falsche Bezeichnung die verwendet wird, ist der Fraktionszwang.



mungen zeigen zwar nicht das Bild einer starr ausgeübten Fraktionsdisziplin, doch zumindest in den großen Parteien sind die Fraktionsführer meist in der Lage, ein einheitliches Abstimmungsverhalten herbeizuführen, wenn es politisches notwendig ist“ (Sontheimer/Bleek 2003: 292). Dieser Disziplin stehen etwa 66 Prozent aller Abgeordneten in Deutschland positiv gegenüber. Sie sind der Meinung, „dass ein Abgeordneter selbst dann mit seiner Fraktion stimmen solle, wenn er oder sie anderer Meinung ist“ (Kropp/Riemann 2008: 271).

Für die Umsetzung des Erfolgs bzw. das Einhalten dieser Rollenerwartungen seitens der Fraktion – hier entsteht nun die Verbindung zu den oben angesprochenen Verbindlichkeiten zu den Rollenerwartungen – haben die politischen Spitzenakteure in der Fraktion die Möglichkeit, mit positiven aber auch negativen Sanktionen das Rollenverhalten der Abgeordneten zu beeinflussen.

Kommt es zu einer Abweichung des Rollenverhaltens durch den Parlamentarier, stehen folgende negative Sanktionen seitens der Fraktionsspitze zur Verfügung:

<b>Sanktionsmöglichkeiten</b>	
Abberufungsrecht.	Während der Mandatszeit stehen die Abgeordneten unter Schutz, so dass erst davon Gebrauch gemacht werden kann, wenn eine Folgewahl ansteht.
Marginalisierung in der Fraktionssitzung	Diese Form der Sanktion kann bis zum „Mobbing“ führen.
Abberufung aus den Ausschüssen	Diese Möglichkeit steht den Fraktionen in den meisten Parlamenten zur Verfügung.
Verwarnung	Eine der geringsten Sanktionsmöglichkeiten ohne größere Folgen für den Abgeordneten.
Erschwerung des Aufstiegs	Durch das fehlerhafte Rollenverhalten kann dem Abgeordneten der Aufstieg innerhalb der Fraktion erschwert werden.

Abbildung 11: Negative Sanktionsmöglichkeiten Marschall 2005: 105 und Kropp/Riemann 2008: 271. Quelle: Eigene Darstellung.

Die Erschwerung des Aufstieges beispielsweise zeigt das Beispiel „Du weißt schon, welchen Listenplatz du im nächsten Jahr kriegst, wenn du nicht für unseren Gesetzentwurf stimmst...!“ (Illner 2007: 25). Dieses Beispiel zeigt annähernd, wie innerhalb einer Fraktion Einfluss genommen werden kann bzw. Sanktionen ausgesprochen werden können. Dass dieser Satz jedoch nur als plakatives Beispiel angesehen werden muss, zeigt die Komplexität der Listenaufstellung einer Partei. Erstens stellt nicht die Fraktion die Liste auf, sondern die Partei. Zweitens verfügen auch die jeweiligen Kreisverbände über ein gewisses Einflusspotential hinsichtlich eines Listenplatzes für einen Abgeordneten. Drittens kann es im Rahmen der Aufstellungsversammlung der Partei bei jedem einzelnen Listenplatz zu einer Kampfabstimmung kommen. Zur Reserveliste ist generell festzuhalten, dass in erster Linie die Spitzenakteure von Partei und Fraktion von einem guten Listenplatz profitieren bzw. darüber ins Parlament einziehen können. Allerdings zeigt das Beispiel der CDU Nordrhein-Westfalen, bei der sowohl 2005 als auch 2010 zunächst kein Kandidat bei den jeweiligen Landtagswahlen über die Liste ins Parlament eingezogen ist<sup>18</sup>, dass eine Landesliste nicht wirklich als Sanktionsvariabel einzusetzen ist. Gerade der einfache Abgeordnete verzichtet oftmals auf einen Listenplatz, weil er sich bewusst ist, dass er über diesen nicht ins Parlament einzieht, sondern er konzentriert sich vielmehr darauf, den Wahlkreis direkt zu gewinnen. Somit hat die Reserveliste nur einen unwesentlichen Sanktionscharakter und dient der Partei dazu, über sie bestimmte Personen und damit Interessen und Strömungen ins Parlament zu integrieren.

Sanktionen müssen aber auch nicht immer negativ besetzt sein bzw. negative Folgen für den betroffenen politischen Akteur haben. So wird das Einhalten der Rollenerwartung, die seitens der Fraktion an den Parlamentarier herangetragen wird, positiv sanktioniert, also belohnt. Folgende positive Sanktionsvariablen stehen der Fraktionsführung dabei zur Auswahl:

---

<sup>18</sup> Innerhalb der 14. Wahlperiode sind dann doch vereinzelt Kandidaten über die Reserveliste nachgerückt, weil andere ihr Mandat niederlegt haben. Auch in der aktuellen 15. Wahlperiode rückte die erste Kandidatin erst im Laufe der Legislaturperiode über die Reserveliste nach.

Positive Sanktionsmöglichkeiten	
Beförderung in einen Ausschuss	Hier wird der Abgeordnete in seinen gewünschten Ausschuss oder einen attraktiveren Ausschuss befördert.
Zuteilung eines Sprecherpostens	Der Abgeordnete wird auf einen Berichtersterposten befördert oder wird Vorsitzender eines Ausschuss
Beförderung innerhalb der Fraktion	Führungspositionen innerhalb der Fraktion (z.B. stellv. Fraktionsvorsitzender) oder in der Partei können angeboten werden
Aufstieg in die Regierung	Diese lukrative Aufstiegsmöglichkeit ist nur innerhalb von Mehrheitsfraktionen, also Regierungsfaktionen möglich.

Abbildung 12: Positive Sanktionsvariablen nach Marschall 2005: 105: Quelle: Eigene Darstellung.

Mit den jeweiligen positiven Sanktionsvariablen ist demnach immer ein Aufstieg des politischen Akteurs innerhalb der Gruppe verbunden, die für ihn zudem in der Regel mit mehr Verdienst verbunden ist. Denn für die beschriebenen positiven Sanktionsvariablen kann eine höhere Vergütung der Abgeordnetenbezüge bzw. ein Fraktionszuschuss verbunden sein. Diese regeln die Fraktionen für sich. Zum anderen ist mit der Einnahme der unterschiedlichen Positionen vor allem ein Zugewinn an Macht verbunden, der je nach Position stärker ausgeprägt ist.

Wie die positiven Sanktionsvariablen zeigen, besteht demzufolge durchaus ein Anreiz für die politischen Akteure sich der Fraktionsdisziplin anzunehmen. Nicht nur, dass durch die Geschlossenheit der Fraktion eine stabile Mehrheit für die Regierungspolitik gegeben ist, welche am Ende zu einer Belohnung, einem erneuten Wahlsieg führen kann, auch persönliche Aufstiegchancen sind mit dem Einhalten der Rollenerwartungen seitens der Fraktion verbunden. Zwar verzichten politische Akteure durch die Zugehörigkeit zu einer Fraktion auf bestimmte Entfaltungsmöglichkeiten, „andererseits versetzt sie die Mitgliedschaft in einer

Fraktionsgemeinschaft in die Lage, neue Spielräume zu gewinnen“ (Marschall 2007: 105). Für Oppositionsakteure gilt das gleiche. Durch ein geschlossenes Auftreten kann die Opposition ihrerseits den Anspruch auf Machterwerb demonstrieren. Bestimmten Rollenerwartungen geht aber auch immer voraus, dass diese von gewissen Individuen oder Gruppen an die Akteure herangetragen werden.

Woher lassen sich Rollenerwartungen herleiten? Auf diese Fragen soll in Bezug auf die vorliegende Arbeit im Folgenden eine Antwort gegeben werden.

Wie eingangs erwähnt, sind soziale Rollen eine Bündelung von Erwartungen, „die sich in einer Gesellschaft an das Verhalten der Träger von Positionen knüpfen“ (Dahrendorf 1985: 144). Dahrendorf versucht die Entstehung von Rollenerwartungen durch das Bezugsgruppenkonzept zu beantworten (Dahrendorf 1958). Die Rollenerwartungen lassen sich demnach nicht nur von einer Richtung aus identifizieren, vielmehr werden sie von mehreren Flügeln an den rolleninnehabenden Akteur herangetragen. So werden beispielsweise Erwartungen an den politischen Akteur im Parlament von Seiten der eigenen Fraktion, den Oppositionsfraktionen, der Regierung, den Medien sowie dem Wähler an den Politiker herangetragen. Dieses Bündel von Rollenerwartungen nennt Merton (1957) allgemein ein „Rollen-Set“.

Somit kann festgehalten werden, dass Erwartungen, die an den politischen Akteur gestellt werden, aus unterschiedlichen Richtungen herangetragen, kontrolliert und sanktioniert werden. „Die Sozialwelt ist eine komplexe Erwartungsverflechtung. Jede Rolle wird durch die jeweils anderen um sie herum spezifiziert und kontrolliert“ (Schimank 2007: 50). Was der Redner zu tun bzw. zu sagen hat, wird ihm zum Teil von der Fraktion übermittelt bzw. ist in einer Fraktionsgeschäftsordnung niedergeschrieben. Aber auch aus der Funktion, dem Abgeordnet-sein, ergeben sich Eigenschaften, die der Parlamentarier im Plenum beachten muss, die bei Nicht-Einhaltung durch das Landtagspräsidium, beispielsweise mit einer Rüge oder dem Verweis, sanktioniert werden können.

Nachdem nun die Rollen politischer Akteure sowie die damit verbundenen Rollenerwartungen näher beschrieben und erläutert worden sind, steht im weiteren Verlauf dieses Kapitels die Anwendung, jenes theoretische Verständnis im Vordergrund. Dazu sollen für die unterschiedlichsten Akteursgruppen die entsprechenden Rollen und Rollenerwartungen herausgearbeitet werden, um somit eine Grundlage für die Debattenanalyse zu legen.

### **2.2.3.1 Landesregierung**

Die Reden des Ministerpräsidenten werden, wie die Reden der Bundeskanzler, z.B. Regierungserklärungen (Korte 2002: 26), genau geplant und jedes Wort bewusst eingesetzt. Für diese Vorbereitungen steht dem Ministerpräsidenten ein eigenes Referat<sup>19</sup> zur Verfügung, dessen Aufgabe es ist, die Reden vorzubereiten sowie zu schreiben. Meistens sind diese Referate oder Abteilungen jedoch nicht genau zu erkennen bzw. gehen aus einem Organigramm nicht direkt hervor. Oft verbergen sie sich hinter Abteilungen oder Referaten mit den Namen Planungen, Grundsatzreferat oder Regierungsplanung (Grunden 2009: 232/ Organigramm Staatskanzlei NRW: 16.09.2009/Walter 1995: 34).

Vom Ministerpräsident kann auf Grund seines Amtes und dem damit verbundenen Führungsapparat eine anspruchsvolle, gut detaillierte und sprachlich kompetente Rede erwartet werden. Generell sind die Erwartungen an einen Regierungschef sehr hoch, oftmals „werden sie auch mit Erwartungen überfrachtet“ (Gast 2009: 27). Die Nennung seiner Themen, der Gebrauch seiner Schlüsselwörter kann prägend sowie richtungsweisend sein und drückt seine politische Führungsmacht sowie den Anspruch auf Machterhalt aus (Gast 2009: 31). So ist die Rede des Ministerpräsidenten in der dritten Lesung zum Haushalt, wie beispielsweise auch die Regierungserklärung, seine persönliche Visitenkarte und eines seiner Führungsinstrumente sowohl nach innen wie auch nach außen. Denn im parlamentarischen Alltag ist es nicht die Regel, dass Spitzenakteure der Regierung und Fraktionen im Plenum aufeinander treffen und sich

---

<sup>19</sup> An dieser Stelle sei angemerkt, dass jeder Ministerpräsident das anders organisiert.

redetechnisch duellieren. Aber auch durch Sachkompetenz kann der Ministerpräsident seinen Führungsanspruch bzw. seine Dominanz inszenieren und so „die herausgehobene Stellung verdeutlichen“ (Gast 2009: 28). Bei dem gesamten Spektrum der Rolleneinnahme und der damit verbundenen Führungskompetenz gilt, dass „durch die permanente Abhängigkeit von der eigenen Parlamentsmehrheit als auch durch die strukturelle Einbindung in die Kabinettsolidarität (...) ein Regierungschef in diesem Szenario regelmäßig zu einem eher moderierenden Führungsmuster genötigt ist, zumal dann, wenn er einer Koalitionsregierung vorsteht“ (Sebaldt 2010: 362 nach Elgie 1995: 9-23). Bei der Redeerstellung müssen die Redenschreiber darauf achten, dass neben dem Kabinett und den Abgeordneten der Regierungsfaktionen auch die eigene Fraktion und Partei des Ministerpräsidenten mit den gewählten Sprachstrategien überzeugt werden muss (Sebaldt 2010: 371), eben jener Führungsnachweis nach innen.

Doch nicht nur aufgrund der organisatorischen Gegebenheiten sind die Erwartungen an den Ministerpräsidenten hoch, auch hinsichtlich seiner Stellung innerhalb der Regierung und innerhalb der Fraktion. Auch durch die Position zu einer eventuellen Koalitionsfraktion erwarten die Adressaten eine Rede, die sie beispielsweise in ihrer politischen Arbeit bestärkt und in der sie ihrer Werte und Normen wiederfinden. Denn die Reden eines Ministerpräsidenten erzielen eine größere Wirkung sowie Resonanz bei den Fraktionskollegen oder Medien als die der übrigen Kabinettsmitglieder sowie Debattenredner. Somit geht vom Ministerpräsidenten eine kommunikative Strahlkraft aus. Ähnlich wie bei den Regierungserklärungen des Bundeskanzlers steht auch der Ministerpräsident mit seiner Rede in der Haushaltsdebatte mit „jedem Wort im Zentrum der Aufmerksamkeit“ (Schwarze/Walther 2002: 34). Diese kommunikative Strahlkraft zeigt sich auch an der Anzahl der gesprochenen Wörter in der Debatte, wie ab Kapitel 5.2 aufgezeigt wird. Der Ministerpräsident spricht im Vergleich mit den Spitzenakteuren immer als letztes und erzeugt so die größte Aufmerksamkeit. Der Spannungsbogen wird so zusagen zu ihm hingeführt. Damit sind natürlich auch besondere Erwartungen an ihn und seine Rede verbunden.

Die Erwartungen, die an einen Amtsinhaber gestellt werden, lassen sie wie folgt darstellen:

**Für den Amtsinhaber gilt nach Fröhlich folgendes Muster:**

1. den Hörer dazu bringen, dass er den Zustand so sieht, wie man ihn darstellt
2. ihn davon zu überzeugen, dass das Ziel, das man ins Auge fasst, das einzig erstrebenswerte ist
3. ihm zeigen, dass die vorgeschlagene Maßnahme Erfolg verspricht
4. ihm zeigen, dass keine andere Maßnahme Erfolg verspricht

Abbildung 13: Erwartungen an Amtsinhaber nach Fröhlich 2001: 159. Quelle: Eigene Darstellung.

Die in Abbildung 13 beschriebenen Erwartungen gilt es überwiegend gegenüber den eigenen Kabinettsmitgliedern sowie den Mitgliedern der Regierungsfractionen zu erfüllen, denn sie sind in erste Linie die Adressaten seiner Reden. Eine weitere Erwartung, die sowohl für die Regierung aber auch für die Opposition gilt, ist, den Fraktionskollegen mit der Rede den Sinn ihrer Arbeit zu verdeutlichen (Grasselt/Korte 2007: 117). Ihnen also zu zeigen, wofür sich die unzähligen Anstrengungen lohnen. In einer Regierungsbeteiligung ist dies beispielsweise durch beschlossene Gesetzesinitiativen einfach, da diese Realität werden (Grasselt/Korte 2007: 117). Für die Opposition ist es dagegen bei stabilen Mehrheitsverhältnissen schwerer, da ihre Anträge oder Gesetzesentwürfe in der Regel mit der Stimmenmehrheit der Regierungskoalition abgelehnt werden.

Die Erwartungen, die an die Fachminister in der parlamentarischen Debatte gestellt werden, sind vergleichbar mit denen des Ministerpräsidenten. Der Fachminister ist diejenige Person, die für die Finanzen des Landes sowie für die Aufstellung des Landeshaushalts verantwortlich ist. Mit der Aufstellung des Landeshaushalts bildet der Finanzminister die Grundlage über Einnahmen und Ausgaben des Landes ab. Seine Rolle innerhalb dieser Debatte ist es, den Haushalt gegen jegliche Kritik abzuwehren. Gleichzeitig muss auch er die politische Arbeit der Landesregierung verteidigen, denn schließlich basiert diese zum größten Teil auf den finanziellen Rahmenbedingungen, die er geschaffen

hat. Aber auch die eigenen Reihen muss der Finanzminister mit seiner Rede zur dritten Lesung zum Haushalt von sich und der Arbeit überzeugen. Sind es doch auch teilweise die Fraktionsmitglieder, die aufgrund von eventuellen Kürzungen in einigen Bereichen, wie die Opposition, für Unmut in den Regierungsräumen sorgen. In den Reden lassen sich immer wieder Verweise auf die Vergangenheit sowie die Zukunft finden. So sind seine Reden und die des Ministerpräsidenten geprägt von den Begriffen der „Zukunftsfähigkeit als Politikfähigkeit und die entsprechende Unfähigkeit, die man dem Gegner unterstellt“ (Korte/Fröhlich 2004: 281). Die Analyse wird jedoch zeigen, dass der Finanzminister innerhalb der Generaldebatte nur eine untergeordnete, bisweilen gar keine Rolle spielen wird. Der Fokus liegt ausschließlich auf den ersten fünf Rednern. Denn teilweise ergreift der Finanzminister im Rahmen dieser Debatte erst gar nicht das Wort (s. h. Tabelle im Anhang). Die „Stunde“ des Finanzministers ist die Einbringung des Haushalts in das Parlament in der 1. Lesung.

Ebenfalls wird vom Ministerpräsidenten sowie von seinen Kabinettskollegen erwartet, dass sie für Vertrauensgewinnung sorgen. Dies können jene politischen Akteure durch den strategischen Einsatz verständlicher Sprache erreichen (Petras/Bazil 2007: 94). Es ist wichtig, dass zum einen die Kabinettsmitglieder und die Abgeordneten der Regierungsfaktionen Vertrauen in die Politik des Ministerpräsidenten haben. Denn obwohl 70 bis 80 Prozent der Gesetze durch die Landesregierung in das Parlament eingebracht werden (Dästner 2002: 201), können diese erst in Kraft treten, wenn das Parlament sie mit Mehrheit verabschiedet. Aber aus Sicht des Ministerpräsidenten gilt es allerdings nicht nur Vertrauen für seine Politik, für seine Ziele oder seine politischen Positionen innerhalb der Gruppe zu gewinnen, auch von der Öffentlichkeit wird erwartet, dass er Vertrauen zu sich und der Landespolitik herstellt und diese als alternativlos bei seinen Unterstützern darstellt. Letztendlich sind es die Wählerinnen und Wähler, die am Ende der Legislaturperiode über die Politik der Regierung und die Machtverhältnisse abstimmen (Korte 2009: 10).

Der Ministerpräsident und die Fachminister sind in der dritten Lesung zum Landeshaushalt ein einzelnes, wenn auch zentrales Element. Zum Gestalten der



Regierungspolitik bedarf es weiterer politischer Mitspieler, wie den Abgeordneten der Regierungsfractionen. Erst durch den Zusammenhalt und die Abstimmung im Parlament können Gesetze verabschiedet und Regierungen bzw. Regierungsmitglieder sowie politische Akteure gestärkt werden (Sontheimer/Bleek 2003: 290). Daher sollen im Folgenden auch die Erwartungen an die Mitglieder der Fraktionen näher herausgearbeitet und erläutert werden. Generell gilt dabei für die Abgeordneten, dass sie zwei Rollen erfüllen müssen. Zum einen die des „Generalisten (Anforderung des Redeparlaments) und andererseits die des Spezialisten (Anforderung des Arbeitsparlaments)“ (Püscher 2009: 33). Dass nicht nur die allgemeine politische Situation innerhalb der Generaldebatte thematisiert wird, sondern auch Spezialisten, fachpolitische Sprecher, eine Rolle spielen, zeigt die Typologisierung der Sprachstrategien ab Kapitel 5.1.

#### **2.2.3.2 Regierungsfractionen**

Die Erwartungen an politische Akteure aus den Reihen der Regierungsfractionen ähneln denen des Ministerpräsidenten und seiner Kabinettskollegen. Auch die Abgeordneten der Regierungsfractionen müssen, wie nach dem Modell von Fröhlich, politische Maßnahmen und ihr Regierungshandeln so darstellen, als seien dies die besten Lösungen und jene, die ausschließlich erfolgversprechend sind. Bei den politischen Akteuren der Regierungsfractionen kommt es aber in erster Linie darauf an, dass sie die Position des Ministerpräsidenten und die der Fraktion nachhaltig unterstützen und vertreten. Die Aufgabe der Regierungsfractionen ist es, das politische Vorgehen der Landesregierung gegenüber den Oppositionsfractionen zu verteidigen (Wagner 2006: 175) sowie die Kritik der Opposition zurückzuweisen. „Die Mehrheitsparteien stellen sich in öffentlichen Auseinandersetzungen in der Regel schützend vor den Ministerpräsidenten und seine Minister“ (Korte/Florack/Grunden 2006: 89). Dabei gilt es die eigenen Mitglieder weiterhin zu mobilisieren, die Arbeit der Fraktion deutlich herauszustellen, aber sich auch verbal gegen die Position der Oppositionsfraction zu stellen (Grasselt/Korte 2007: 147). Das geschieht zum Beispiel bei Gesetzesinitiativen oder Anträgen, die von Oppositionsfractionen in den Landtag eingebracht werden. Aber auch in der Sprachstrategie, wird dieses festzustellen

sein, wie die Debattenanalyse zeigen wird. Dabei wird dieses Phänomen vor allem nach der Landtagwahl 2005 zu beobachten sein. Die Regierungsfraktionen verzichten oftmals auf eigene Initiativen und unterstützen vielmehr die Gesetzesentwürfe die seitens der Landesregierung vorgelegt werden (Korte/Florack/Grunden 2006: 89). Da es in der Regel keine weiteren Anträge bei der dritten Lesung zum Haushalt gibt, liegt der Schwerpunkt der Fraktionskollegen vor allem auf der kommunikativen Unterstützungs- und Legitimationsmacht sowie der Darstellung von Zielen und Absichten.

### **2.2.3.3 Oppositionsfraktionen**

Nicht nur Regierungsgruppen – Kabinett und Regierungsfraktionen – haben Spitzenakteure, auf die sich vieles konzentriert, an die die meisten und größten Erwartungen herangetragen werden, sondern auch an die Fraktionsvorsitzenden der Oppositionsfraktionen werden unterschiedliche Erwartungen aus den verschiedenen Gruppen – Fraktion, Medien, Wähler – gestellt. Gelten doch in der Regel diese Debatten, wie beispielweise die Generaldebatten zum Haushalt im Deutschen Bundestag, als die „Stunde der Opposition“ (Fröhlich 2001). Denn der Haushalt ist die „Achillesferse einer jeden (...) Regierung“ (Schlieben 2007: 102). Dieses gilt auch für die Haushaltsdebatten auf Landesebene. So hat beispielsweise die/der Fraktionsvorsitzende der größten Oppositionsfraktion im Landtag das Recht, die Haushaltsdebatte zur dritten Lesung zu eröffnen und somit die Möglichkeit, erste Akzente zu setzen. Auch die Reden der Fraktionsvorsitzenden der Opposition sind minutiös geplant und beinhalten genau wie die Reden des Ministerpräsidenten bewusste Absichten und Kalküle mit bedachtsam ausgewählten Begriffen und Wortverbindungen. Auch sie stehen, wie der Ministerpräsident, im Fokus ihrer Fraktion und bekommen vergleichbare Aufmerksamkeit besonders vor Wahlen. Sind es doch häufig die Fraktionsvorsitzenden, die als Spitzenkandidaten im Landtagwahlkampf für ihre Partei antreten. Dieses zuletzt beschriebene Phänomen lässt sich auch in der Debattenanalyse aufzeigen. Besonders vor der Landtagswahl 2005 suchte der damalige Herausforderer Jürgen Rüttgers (CDU) durch eine veränderte Sprachstrategie seine Chance auf das Amt des Ministerpräsidenten, wie Kapitel 5 zeigt.

Mit den jeweiligen Reden haben die Oppositionsführer ebenfalls die Möglichkeit, ihre ganz persönliche Visitenkarte abzugeben. Sie können ihren Anspruch auf Machterwerb demonstrieren und zeigen, dass die durch die Regierung beschriebene Situation sich nicht so darstellt. Durch das Aufzeigen von Alternativen, Versäumnissen, die Wahrnehmung ihrer Aufgabe, nämlich zu kontrollieren, „ob alle Ankündigungen und Versprechen tatsächlich eingelöst werden“ (Korte 2002: 26), hat die Opposition die Möglichkeit, ihren Führungsanspruch zu unterstreichen. Denn die Aktivitäten der Oppositionsfraktionen im Parlament sind vor allem auf den „Machtwechsel, die Ablösung der Regierung bzw. die Veränderung der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung“ (Helms 2010: 236) ausgerichtet.

Wenn demnach die Aufgabe der Landesregierung sowie der Regierungsfraktionen darin besteht, den Adressat zu überzeugen, dass die Politik, die sie anstrebt, die einzig wahre ist und nur deren Maßnahmen zum Erfolg führen, so gilt nach Fröhlich (2001: 159) entsprechend für die Opposition:

**Für den Oppositionsakteur gilt demnach folgendes Muster nach Fröhlich**

1. zeigen, dass der Zustand gar nicht so ist, wie ihn der Gegner darzustellen sucht
2. zeigen, dass es andere erstrebenswerte Ziele gibt
3. zeigen, dass die vorgeschlagene Maßnahme von zweifelhaftem Erfolg ist
4. zeigen, dass es andere und bessere Maßnahmen gibt

Abbildung 14: Erwartungen an die Opposition nach Fröhlich 2001: 159. Quelle: Eigene Darstellung.

Die Ausübung der Kritik- und Angriffsfunktion ist die größte Erwartung, die an die Opposition gestellt wird. Sie soll die Fehler der Landesregierung sowie deren Schwachstellen aufzeigen, denn „ihr obliegt es innovative oder gar programmatische Visionen zu entwickeln, ohne sich unmittelbar selbst um die kleinteiligen, konkrete Umsetzung kümmern zu müssen“ (Schlieben 2007: 109). Im Fokus der Rollenerwartungen steht dabei auf Seiten der Opposition die/der Fraktionsvorsitzende. Wie bei der Rede des Ministerpräsidenten gilt auch bei

der Rede der Fraktionsvorsitzenden, dass die Fraktionskollegen Erwartungen an den Spitzenakteur haben. So wollen die Fraktionsmitglieder beispielsweise erfahren, wofür sich Oppositionsarbeit lohnt und somit ein gewisses „Wir-Gefühl“ erzeugen. Bei der Führung der Oppositionsfraktion ist es bedeutend, „durch gemeinsame Initiativen, immer wieder aufs Neue das „Wir-Gefühl“ der Fraktion oder einer Partei zu stärken“ (Grasselt/Korte 2007: 117). Dies kann z.B. dadurch erreicht werden, indem die politischen Spitzenakteure der Oppositionsfraktion nicht nur die Regierung kritisieren, sondern sie auch den eigenen Fraktionsmitglieder neue Ideen und Konzepte für die Zukunft präsentieren.

Wenn bei den Rollenerwartungen der Landesregierung davon gesprochen worden ist, dass unter anderem von ihr erwartet wird, Vertrauen zu schaffen, so gilt dies auch für die Akteure der Oppositionsfraktionen. Auch von ihnen wird erwartet, dass sie zum Beispiel durch Gesetzesinitiativen, Alternativvorschläge, Verbesserungsvorschläge oder neue Ziele Vertrauen innerhalb der eigenen Reihen, aber auch in der Öffentlichkeit geschaffen wird. Um dieses Ziel zu erreichen, können Oppositionsakteure zunächst auch das Vertrauen in die Landesregierung zerstören, indem irrelevante Themen dargestellt werden, um so der Landesregierung inhaltlich Inkonsistenz und Inkompetenz vorzuwerfen (Petras/Bazil 2007: 94). Es gilt demzufolge ein Bild der Landeregierung nach außen zu vermitteln, welches der Regierung die Politikverantwortung und -gestaltung abspricht und man selbst die Regierungsrolle besser und vertrauenswürdiger einnehmen kann. Verkürzt gesagt geht es um die Abwertung der Landesregierung und deren Politik.

### **2.3. Zwischenfazit**

Das vorstehende Kapitel hat den Anspruch gestellt, die zentralen Begriffe dieser Arbeit nicht nur herauszustellen und zu beschreiben, sondern auch zwei für die Untersuchung zentrale Definitionen aufzustellen. Mit den Definitionen von Sprachstrategien und Rollen politischer Akteure in der parlamentarischen Arena wurde eine wesentliche Grundlage für den weiteren Verlauf der Analyse von Sprachstrategien und deren Typologisierung im Parlament gelegt. Durch die

Abgrenzung zu bestehenden Definitionen von Strategie und Rolle ist gleichzeitig das Ziel, die Analyse von Sprachstrategien und Sprachstrategietypen in der parlamentarischen Arena, hinsichtlich der Forschungsfrage klar eingefasst. In diesem Zusammenhang war es darüber hinaus wichtig, den Forschungsstand bezüglich der Forschungsfragen sowie der zentralen Begriffe herauszustellen. Eine Vielzahl von Büchern, Aufsätzen und Texten wurde bis zum heutigen Zeitpunkt zu den wesentlichen Themen Sprache, Strategie und Rollen erstellt bzw. Untersuchungen durchgeführt und vorgestellt. Dabei konnte eine Forschungslücke in der Verbindung von Sprache, Strategie, Rolle und Parlamentarismus – Landesebene – herausgearbeitet werden. Diese soll mit Hilfe der eingangs gestellten Forschungsfragen beantwortet werden. Bei der Beantwortung der Frage erfolgt der Zugang in diesen Themenbereich über die politische Kommunikation im Parlament, bei der die politische Sprache sowie politische Reden im Fokus der Aufarbeitung standen. Dabei wurden die wesentlichen Funktionen sowie die Bedeutung dieser beiden Elemente erörtert. So ist festzuhalten, dass es im Rahmen einer Haushaltdebatte einer Sprache bedarf, um Politik gestalten können. Diese Gestaltung drückt sich vor allem bei dieser speziellen Debattenform im sprachlichen Austausch zwischen Regierung und Opposition aus. Die äußere und wahrgenommene Form des sprachlichen Austausches bildet dabei die Rede. Für die gehaltenen Reden gilt, dass sie bewusst, wie in der Definition beschrieben, gesprochen werden und die politischen Akteure mit ihr Ziele verfolgen. Das Ziel kann dabei beispielsweise die Legitimation oder das Kritisieren des politischen Handelns sein oder auch die eigene Positionierung innerhalb des Parlaments. Das Ziel der Rede ist aber vor allem von der Rolle abhängig.

Um die Rollen politischer Akteure im Parlament erklären zu können erfolgte der Zugang zu diesem Ereignis über Eigenschaften aus dem Bild der Vorderbühne. In Bezug auf die Forschungsfrage wurde darüber hinaus näher erläutert, welche unterschiedlichen Rollenerwartungen an die Redner im Parlament herangetragen werden sowie deren Ursprung erklärt. Es kann festgehalten werden, dass sich die Rolle aus der Zugehörigkeit der Gruppe – Regierung oder Opposition –, der Funktion und der Aufgabe ergibt. Damit verbunden sind dann entsprechende Erwartungen, die sich aus der Rolleneinnahme ergeben, die die Akteure mit

ihrer Inszenierung erfüllen müssen, um ihre Ziele mittels der Sprachstrategie zu erreichen. Für die Rollen politischer Akteure in der parlamentarischen Arena gilt für die vorliegende Arbeit, dass sich die Rolle aus der Organisationszugehörigkeit und den Funktionsmaßen zusammensetzt.

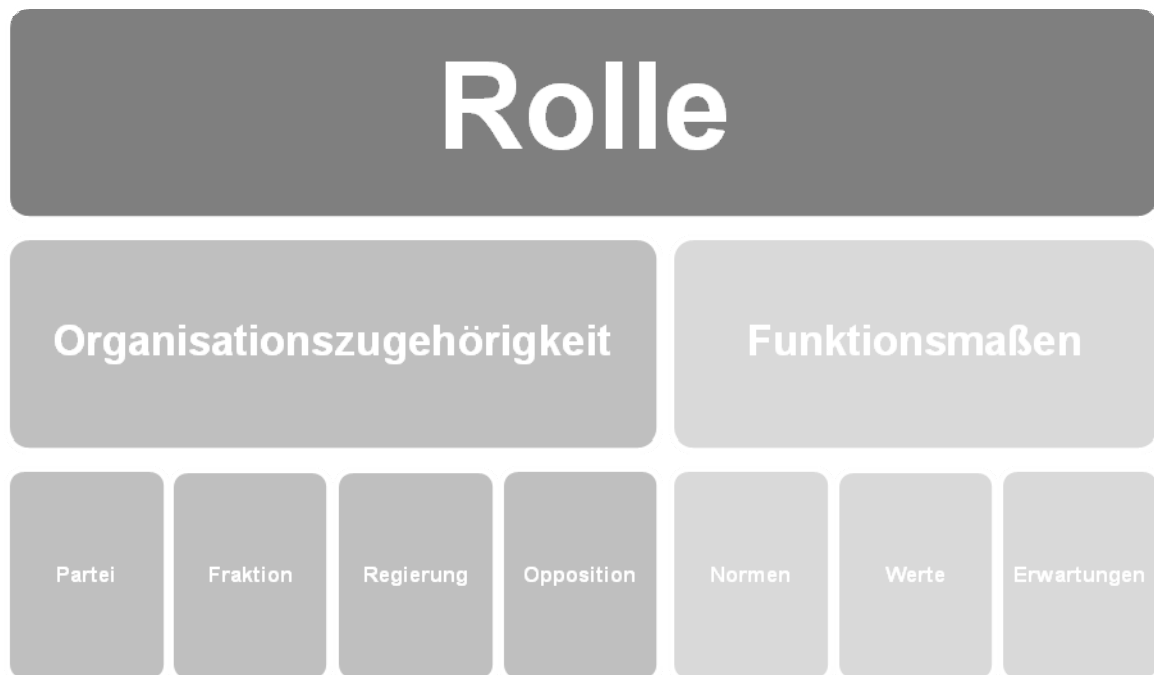


Abbildung 15: Kernaussagen zur Beschreibung von Rollen. Quelle: Eigene Darstellung.

Für Rollen und die damit verbundenen Rollenerwartungen gilt darüber hinaus, dass es sich um drei Gruppen handelt: Landesregierung, Regierungsfaktionen und Oppositionsfaktionen. Für diese drei Gruppen konnten entsprechende Rollenmerkmale und Rollenerwartungen nachgewiesen werden. Für die Rolleneinnahme eines Mitglieds der Landesregierung gilt in erster Linie die Erwartung, dass es das Vorgehen der Landesregierung rechtfertigt und erfolgversprechende Ziele verfolgt. Darüber hinaus wird bei der Debattenanalyse festzustellen sein, dass auch die Landesregierung Kritik an der Opposition übt. Besonders nach der Landtagswahl 2005, die einen vollständigen Regierungswechsel zur Folge hatte, ist die zurückgewandte Kritik eine besonders häufig genutzte Sprachstrategie seitens der neun Regierungsakteure. Die Sprachstrategie des politischen Erbes, welches man angetreten habe, ist ein Hauptmerkmal in der

Haushaltsdebatte 2006, auf die in Kapitel 5.1.3 näher eingegangen werden soll. Was für die Akteure der Landesregierung gilt, trifft auch auf die Mitglieder der Regierungsfractionen zu. Auch sie stützen sich darauf, die Politik zu verteidigen, nennen Ziele, die es gilt mit entsprechenden Maßnahmen zu erreichen und kritisieren die Opposition für deren Verhalten bzw. deren Ideen.

Im Gegensatz zur Regierung wird von der Opposition erwartet, dass sie die Landesregierung kontrolliert, sie kritisieren, Schwachstellen und Alternativvorschläge aufzeichnen. Dabei nutzen sie unterschiedliche Instrumente, wie die Debattenanalyse zeigen wird, wie beispielsweise Metaphern, rhetorische Fragen oder die Anwendung von Zitaten bzw. die Unterstützung von Experten. Die Erwartungen werden dabei allerdings, und das spiegelt sich dann auch entsprechend in den Sprachstrategien und Sprachstrategietypen wider, unterschiedlich erfüllt.

Bezüglich der Sprachstrategietypen lässt sich zu diesem Zeitpunkt eine Affinität zu Spielerpositionen auf einem Fußballfeld abzeichnen. Legitimation, also die Verteidigung sind dabei Eigenschaften, die ein Verteidiger in einer Mannschaft übernimmt, um so seinen Teil zu einem erfolgreichen Spiel beizutragen. Bei der Position des Verteidigers gibt es jedoch Unterschiede in der Ausführung. So gibt es beispielsweise den Außen- und Innenverteidiger sowie den Libero, der sich im Gegensatz zu seinen Teamkollegen nicht nur auf die Verteidigung, sondern auch auf den Angriff konzentriert. Dass diese Position bzw. diese Eigenschaft einen eigenen Sprachstrategietypen rechtfertigt, wird die Debattenanalyse im weiteren Verlauf der Arbeit deutlich machen. Eine vergleichbare Rolle wird auch die Position des Angreifers darstellen. Seine Aufgabe ist es, durch gezielte Vorstöße und Angriffe Schwachstellen in der gegnerischen Verteidigung aufzuzeigen, um so einen Angriff erfolgreich abzuschließen. Dabei gibt es, wie bei den Verteidigern, unterschiedliche Angriffstypen. Wie diese im Einzelnen aussehen und in welcher Verbindung diese mit der Typologisierung von Sprachstrategien in der parlamentarischen Arena stehen, wird ab Kapitel 5 zu zeigen sein. Da eine Fußballmannschaft jedoch nicht nur aus der Verteidigung und dem Angriff besteht, sondern auch aus Mittelfeldakteuren, finden auch die-

se bei der Kategorisierung von Sprachstrategien eine Berücksichtigung. Denn vor allem die Ministerpräsidenten und ihre Reden lassen sich in die Charakteristik eines Mittelfeldspielers einordnen. Wie genau sich diese Eigenschaften auf das Forschungsinteresse übertragen lassen, wird ebenfalls die Debattenanalyse verdeutlichen.

Durch die Erläuterung zentraler Begriffe, die Aufarbeitung des Forschungsstandes sowie des theoretischen Zugangs konnte die Grundlage dieser Arbeit geschaffen werden, von der aus nun die systemischen Rahmenbedingungen für die Analyse von Sprachstrategien und Sprachstrategietypen in Bezug auf die Forschungsfrage beschrieben werden. Denn nicht nur die Rollen prägen die Sprachstrategie, wie in diesem Kapitel herausgestellt werden konnte, sondern auch systemische Rahmenbedingungen wie die Haushaltsdebatte als spezielle Debattenform, die Landtagswahl, die mit ihrem Ergebnis zu einem Macht- und Rollenwechsel führen kann, der Parlamentarismus, speziell der Länderparlamentarismus sowie verschiedene Institutionen beeinflussen darüber hinaus die Sprachstrategien der Redner und somit auch deren Kategorisierung. In welcher Form diese einzelnen Elemente die Sprachstrategien beeinflussen können und in welchem Zusammenhang sie mit dem Forschungsinteresse stehen, wird im folgenden Kapitel näher beschrieben.

### **3. Systemische Rahmenbedingungen**

In den ersten zwei Kapiteln dieser Arbeit wurde dargestellt, dass Sprachstrategien von der Rolle, den Zielen, dem institutionellen Kontext, den Adressaten sowie von politischen Inhalten abhängig sind. Dies ist für Entwicklung, Anwendung und Analyse von Sprachstrategien in der parlamentarischen Arena auch zentral. Im gesamten Forschungskontext betrachtet fällt aber auf, dass Sprachstrategien und Rollen parlamentarischer Akteure auf landespolitischer Ebene auch von systemischen Rahmenbedingungen beeinflusst werden. Die begriffliche Beschreibung der systemischen Rahmenbedingungen umfasst die Ausprägungen Haushaltsdebatte, Landtagswahl, den Länderparlamentarismus sowie Institutionen innerhalb des Parlaments. Im Mittelpunkt steht dabei, diese vier für



die vorliegende Arbeit zentralen Eigenschaften in Bezug auf die Definitionen von Sprachstrategien und Rollen sowie auf die eingangs dargestellten Forschungsfragen zu beschreiben und zu erläutern. So soll herausgearbeitet werden, welchen Einfluss Landtagswahlen auf Sprachstrategien und Rollen im Parlament nehmen. Hierzu wird kurz auf die politische Geschichte des bevölkerungsreichsten Bundeslandes eingegangen, um anschließend den Einfluss der Wahl darzulegen. Jedoch nehmen die Landtagswahlen nicht alleine Einfluss auf Sprachstrategie und Rolle. Wichtig ist im Rahmen des Forschungskontextes daher auch die Art der Debatte, bei der Sprachstrategien und Rollen analysiert werden. So soll in diesem vorliegenden Fall die Bedeutung der „Generalabrechnung“ erläutert werden. Wesentlich für die Analyse von Sprachstrategien und Rollen politischer Akteure ist daher zu beschreiben, auf welcher politischen Ebene diese Anwendung findet. So wird im dritten Abschnitt dieses Kapitels der Länderparlamentarismus – speziell Nordrhein-Westfalen – in den Vordergrund gestellt und sein Einfluss erklärt. Der letzte Abschnitt dieses Kapitels wird die zentralen Einrichtungen des Landtags, die im Zusammenhang mit dem Forschungsinteresse von Bedeutung sind, herausstellen. Unter anderem wird neben dem Plenum, den Fraktionen und den Abgeordneten, die Funktion der Geschäftsordnung des Landtags charakterisiert. Beispielsweise ist die Geschäftsordnung des Landtags, einfach gesagt, das Regiebuch des Landtags. In ihr ist der Ablauf einer Plenardebatte festgeschrieben. Diese Erweiterung um die systemischen Rahmenbedingungen führt darüber hinaus zur Vollständigkeit der unabhängigen Variablen.

### **3.1. Die Generaldebatte**

„In Art. 109 I GG wird die sich aus dem Bundesstaatsprinzip ergebende grundsätzliche Selbstverständigkeit und Unabhängigkeit der Bundesländer für das Gebiet der Haushaltswirtschaft ausdrücklich festgelegt und konkretisiert“ (Katz 2006: 64). Die Länder sind demnach bezüglich der Planung, Gestaltung und Ausführung des Haushalts autonom. Generell beinhaltet der Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben. Der Haushaltsplan ist „untergliedert in Einzelpläne, z.B. Haushalt des Landtags oder

Haushalt des Justizministeriums. Der Landtag beschließt den Haushalt. Dafür sind drei Lesungen vorgeschrieben“ ([www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)).

Der Haushalt und die dazugehörigen Haushaltsdebatten haben unter den parlamentarischen Debatten eine wichtige, wenn nicht sogar die wichtigste Bedeutung für das Parlament und ihre Mitglieder. Vor allem wird in den Plenarsitzungen die Konfrontation zwischen Regierungs- und Oppositionsgruppen deutlich. Das hängt besonders damit zusammen, dass die Reden nicht nur an die Parlamentarier gerichtet sind, sondern auch an die Öffentlichkeit (Kropp 2001: 288). Zum einen gehört die dritte Lesung zur „historischen Kernfunktion des Parlaments, das Budgetrecht“ (Fröhlich 2001: 151), zum anderen wird sie als traditionelle Generaldebatte zwischen Regierung und Opposition verstanden. Das gilt nicht nur für den Deutschen Bundestag, sondern auch für die Länder. Die eigenverantwortliche Politik im Bereich der Finanzen ist aber durch die Übertragung gewisser Finanzlasten vom Bund auf die Länder stark eingeschränkt (Katz 2006: 57). Das eigenständige Budgetrecht der Bundesländer wird in Artikel 109 I des Grundgesetzes geregelt. „Die zentrale Bedeutung von Haushalt und Finanzen ließ es schon frühzeitig für geboten erscheinen diese Funktion nicht i.S. einer rigiden Gewaltentrennung nur einer Gewalt (Exekutive) zuzuordnen, sondern sie i.S. eines Systems der Gewaltenverschränkung und -balancierung zu verstehen und sie zwischen Regierung und Parlament i.S. einer gegenseitigen Mäßigung und Kontrolle aufzuteilen“ (Katz 2006: 65). Allgemein ist zum Haushalt und dessen Planung zu sagen, dass die Planungen und der Vollzug in den Bereich der Exekutive fallen. Die Kritik, die Änderungsvorschläge zu den jeweiligen Entwürfen bzw. zum Gesamtetat, die Kontrolle und Entlastung sowie die abschließende Verabschiedung des Haushalts wird vom Parlament wahrgenommen (Katz 2006: 65).

Nicht immer diente die Haushaltsdebatte als Generaldebatte. „Die Haushaltsdebatte veränderte mit der Zeit ihren Charakter, sie wurde erst nach und nach zum Anlass für einen grundsätzlichen Schlagabtausch zwischen Regierung und Opposition“ (Vowe/Dohle: 2009: 238). Diese Debatten dienen im Plenum ausschließlich zu repräsentativen Zwecken, besonders die dritten Lesungen zum

Haushaltsgesetz. Die eigentliche Arbeit zum Haushalt wurde bereits im Haushalts- und Finanzausschuss sowie den einzelnen Fachausschüssen erledigt. Auch die Diskussionen um die Einzeletats wurden dort bzw. in der zweiten Lesung debattiert. Von der Einbringung des Haushalts durch den Finanzminister in der ersten Lesung, den Beratungen der Einzelpläne in Zweiter und der Verabschiedung in der Dritten Lesung ist „die Dramaturgie der Haushaltsdebatte genau geplant und vorgeschrieben“ (Fröhlich 2001: 151). Das Aufeinandertreffen der Spitzenpolitiker aus Regierung, Regierungsfractionen und Opposition unterstreicht den Stellenwert dieser Debatte, vor allem vor anstehenden Wahlen oder in Krisenzeiten. An Bedeutung gewinnt die Debatte weiterhin dadurch, dass politische Akteure beispielsweise Ministerpräsidenten, ihre Reden bewusst kurz vor der Debatte bereits veröffentlichen, dem politischen Widersacher beispielsweise ein Redemanuskript zukommen lassen. „Abweichungen vom Manuskript können genau erkannt und kritisiert“ (Fröhlich 2001: 152) werden. Dieses unterstreicht die These von Goffman. „Wir handeln, sprechen, interagieren nicht einfach. Wir inszenieren unser Handeln, Sprechen und Interagieren, indem wir es für uns und anderen mit Deutungs- und Regieanweisungen versehen“ (Goffman 1969: 10).

Die Bedeutung der Haushaltsdebatte und die Funktion der Dritten Lesung wird in der Praxis auch in den folgenden Zitaten von Hannelore Kraft (Fraktionsvorsitzende der SPD in NRW) und Sylvia Löhrmann (Fraktionsvorsitzende der Grünen in NRW) deutlich: „Der Haushalt 2007 beweist, dass die Politik der Landesregierung keine Politik für eine gute Zukunft in NRW ist“ (Plenarprotokoll 14/49 vom 24.01.2007: S. 5513), oder „Die dritte Lesung des Haushalts bietet traditionell die Gelegenheit, sich kritisch mit der Politik der Landesregierung insgesamt auseinander zu setzen“ (Plenarprotokoll 14/29 vom 17.05.2006: S. 3062); Sylvia Löhrmann: „Auch wenn Sie jetzt schon mit der Entwicklung in Nordrhein-Westfalen zufrieden sind, so sind wir Grünen es nicht. Wir wollen noch viel mehr Energie und Kraft und vor allem viel mehr Zukunftsfähigkeit hineinstecken (Plenarprotokoll 14/49 vom 21.01.2007: S. 5513) und „Leidenschaftliche Aussagen über die Zukunft des Landes und über das, was in unserem

Land los ist, habe ich nicht gehört“ (Plenarprotokoll 14/29 vom 17.05.2006: S. 3078).

Die dritte Lesung wird von Seiten der Oppositionsredner als Instrument der Abrechnung mit der Politik der Landesregierung genutzt. Nicht der Haushalt an sich mit seinen umfassenden Einzelplänen steht im Vordergrund, sondern die gesamte politische Arbeit der Landesregierung wird am Beispiel des Haushalts unter die Lupe genommen und kritisch beurteilt. Aber auch über die Zukunft des Landes wird debattiert, Alternativen zur Regierungspolitik des amtierenden Ministerpräsidenten werden präsentiert und Vorstellungen über die Zukunftsgestaltung dargestellt. In diesem Sinne gibt die Generaldebatte sowohl der Landesregierung und den Regierungsfractionen sowie den Oppositionsfractionen den Raum und die Möglichkeit, nicht nur mit speziellen Themen auf sich aufmerksam zu machen, sondern die gesamte Bandbreite einer Regierungspolitik darzustellen, mit allen An- und Unannehmlichkeiten. Aus Oppositionssicht bietet sie die Möglichkeit zu zeigen, dass man regierungsfähig ist und über Alternativen verfügt. Kurz gesagt, geht es um die Demonstration von Machterhalt und Machterwerb.

Ein Faktor, der diesen Eindruck verstärkt, ist das Wissen der politischen Akteure darüber, dass die dritte Lesung mit der Verabschiedung des Haushaltes im Fernsehen, dem WDR (Westdeutscher Rundfunk) übertragen wird. Selten bekommen Landespolitiker eine solche mediale Bühne geboten – auch wenn sie nicht mit der von Bundestagssitzungen vergleichbar ist – auf denen sie sich präsentieren und ihre Rolle darstellen können. Der WDR nimmt mit der Übertragung eine wichtige Rolle zur Politikvermittlung und auch zu einer Stärkung des Landesbewusstseins ein. Der Westdeutsche Rundfunk – betreibt heute 11 regionale Landesstudios – gab der Landespolitik in Nordrhein-Westfalen ein „massenmediales Forum“ (Korte 2009a: 217), in dem sie sich mit ihren politischen Akteuren präsentieren kann.

Durch die Bedeutung der Haushaltsdebatte, speziell der Dritten Lesung, und der größeren Medienöffentlichkeit an diesem Tag, ist es wenig verwunderlich,

dass die Reden „über Wochen hinweg sorgsam von den Redenschreibern und verschiedenen Beratern im Dialog mit dem Sprecher bzw. Kandidaten konzipiert werden“ (Fröhlich 2001: 15). Dies trifft vor allem auf den Ministerpräsidenten, den Fachminister sowie die Spitzenakteure der jeweiligen Fraktionen zu. Sie verfügen über mehr Personal, das sie beispielsweise berät und Reden schreibt<sup>20</sup>. Die langfristig geplante und gezielte Vorbereitung der Reden und der dadurch bewusste Einsatz von Sprache lassen darauf schließen, dass sich zahlreiche Sprachstrategien analysieren lassen.

### **3.2 Der Faktor Landtagswahl**

Deutschland ist ein bundesstaatlich organisiertes, parlamentarisches Regierungssystem mit starken Parteien und insgesamt eine Mischform aus Wettbewerbs- und Verhandlungsdemokratie, die auch als verhandelnde Wettbewerbsdemokratie (Lijphart (1999: 48ff) bezeichnet wird. Wie im Bund gibt es auch in Nordrhein-Westfalen ein personalisiertes Verhältniswahlrecht mit geschlossenen Listen, was in Nordrhein-Westfalen zu verschiedenen Regierungsbildungen – allein oder in einer Koalition (Abbildung 16) – geführt hat.

---

<sup>20</sup> Weitere Informationen vor allem zu den Beratern in den Staatskanzleien sind in dem Buch „Politikberatung im Innenhof der Macht“ von Dr. Timo Grunden zu finden.

<b>Ministerpräsident</b>	<b>Partei</b>	<b>Amtszeit</b>	<b>Regierungskoalitionen</b>	<b>Oppositionspartei</b>
Rudolf Amelunxen	Parteilos	1946 – 1947	SPD, Zentrum, KPD, FDP	CDU
Karl Arnold	CDU	1947 – 1950	CDU, SPD, Zentrum	FDP und KPD (ab 1948)
Karl Arnold	CDU	1950 – 1954	CDU, Zentrum	SPD, FDP, KPD
Karl Arnold	CDU	1954 – 1956	CDU, FDP, Zentrum	SPD
Fritz Steinhoff	SPD	1956 – 1958	SPD, FDP, Zentrum	CDU
Franz Meyers	CDU	1958 – 1962	CDU regiert allein.	SPD und FDP
Franz Meyers	CDU	1962 – 1966	CDU, FDP	SPD
Heinz Kühn	SPD	1966 – 1978	SPD, FDP	CDU
Johannes Rau	SPD	1978 – 1980	SPD, FDP	CDU
Johannes Rau	SPD	1980 – 1985	SPD regiert allein	CDU
Johannes Rau	SPD	1985 – 1990	SPD regiert allein	CDU, FDP
Johannes Rau	SPD	1990 – 1995	SPD regiert allein.	CDU, FDP, Grüne
Johannes Rau	SPD	1995 – 1998	SPD, Grüne	CDU
Wolfgang Clement	SPD	1999 – 2000	SPD, Grüne	CDU
Wolfgang Clement	SPD	2000 – 2002	SPD, Grüne	CDU, FDP
Peer Steinbrück	SPD	2002 – 2005	SPD, Grüne	CDU, FDP
Jürgen Rüttgers	CDU	2005 – 2010	CDU, FDP	SPD, Grüne
Hannelore Kraft	SPD	2010 -	Minderheitskoalition aus SPD und Grüne	CDU, FDP und Linke

Abbildung 16: Ministerpräsidenten, Regierungsdauer und Regierungskoalitionen. Quelle: Eigene Darstellung.

Wie aus Abbildung 16 hervorgeht, haben Landtagswahlen dazu geführt, dass es zu kontinuierlichen Regierungsphasen, aber auch zu Mehrheits- und Machtwechseln kam. Für eine kontinuierliche Politikgestaltung haben die Menschen im bevölkerungsreichsten Bundesland bis zum Jahr 2005 gesorgt. So war Nordrhein-Westfalen in seiner Gründungsphase und der Zeit danach „eigentlich ein traditionelles CDU-Land (...), das bis 1966, mit kleinen Unterbrechung, fest in der Hand der Christdemokraten lag“ (von Alemann/Brandenburg 2000: 31). Von 1966 bis 2005 setzen die Wählerinnen und Wähler ihr Vertrauen in die SPD. „Sei den 1990er Jahren war das sozialdemokratische Machtfundament stetig brüchiger geworden – mit entscheidenden Konsequenzen für die Spitzenakture und das Regieren in Nordrhein Westfalen“ (Korte/Florack/Grunden 2006: 41).

Die erste offene sozialdemokratische Bruchstelle war die Angewiesenheit auf die Grünen. Von 1995 bis 2005 regierten SPD und Grüne gemeinsam in Nordrhein-Westfalen, ehe es am 22. Mai 2005 nach 39 Jahren SPD-Regierungszeit zu einem vollständigen Macht- und Rollenwechsel am Rhein kam und die CDU mit der FDP für fünf Jahre regierte.

Wahlen repräsentieren jedoch nicht nur Mehrheits- und Minderheitsverhältnisse im Parlament, sondern mit ihnen ist immer auch der Zeitfaktor verbunden. So erhält eine Regierung mit Zustimmung des Volkes durch Wahlen ihre Macht nur auf Zeit. „Die Bürgerinnen und Bürger entscheiden nicht nur über die Verteilung der politischen Macht für eine bestimmte Zeit, sondern sie legitimieren sie auch. Regieren kann nur dann legitim sein, wenn es auf einer Form der Zustimmung der Regierten beruht. Wahlen legitimieren politische Herrschaft, kontrollieren die Regierenden und garantieren die Bindung der Politik an die Meinungen der Regierten. Die Regierung bleibt durch die Wahlen gegenüber der Wählerschaft politisch verantwortlich“ (Korte 2009: 10). Diese Verantwortung drückt sich bei Regierungsakteuren unter anderem auch in der Sprachstrategie, der Legitimation, aus. Das gleiche gilt für die Mitglieder der Opposition, die ihrerseits die Kontrollfunktion zum Beispiel durch die Anwendung bestimmter oppositionstypischer Sprachstrategien, zum Beispiel Kritik, ausdrücken. Mit Wahlen ist also nicht nur der Machtfaktor auf Zeit für Regierungen verbunden, sie sind auch ein wesentlicher Einflussfaktor auf die Rolleneinnahme und die damit verbundenen Sprachstrategien im Parlament. Mit dem Ergebnis der Wahl sowie der Regierungsbildung entscheidet sich, welcher Akteur welche Rolle – Regierung oder Opposition – einnimmt und welche entsprechende Sprachstrategie angewendet wird. Die Wählerinnen und Wähler entscheiden in der Regel auch über die Zeitdauer der Rolleneinnahme und der Sprachstrategie. In Nordrhein-Westfalen werden die Landtagsabgeordneten für fünf Jahre gewählt. Lediglich die Auflösung des Landtags und damit verbundene Neuwahlen sowie ein Mehrheitenwechsel können zu veränderten Rollen und entsprechenden Sprachstrategien im Kollektiv führen. Durch den Fraktionswechsel eines einzelnen Abgeordneten, der nicht zwangsläufig auch zu einem Mehrheitenwechsel führen muss, kann

sich für den einzelnen Akteur die Rolle und somit die Anwendung von Sprachstrategien verändern.

Besonderheit im Landtag: Dass ein einzelner Akteur die Fraktion verlässt und sich einer neuen Partei, aber nicht einer neuen Fraktion anschließt, zeigt die Analyse der Haushaltsdebatten zwischen 2005 und 2010. Saß der Landtagsabgeordnete Rüdiger Sagel 2006 noch für Bündnis90/Grüne im Landtag, so vertrat er als fraktionsloses Mitglied die Partei Die Linke, der er am 16. Juni 2007 beitrug, 2009 im Düsseldorfer Parlament. Die Rolle, vorher Opposition, nachher ebenfalls Opposition, hat sich zwar nicht geändert, aber die inhaltlichen Ziele haben sich mit dem Wechsel und dem Parteibeitritt geändert.

Allgemein kann festgehalten werden, dass Landtagswahlen ein Beeinflussungsfaktor hinsichtlich der Rolleneinnahmen und Sprachstrategien politischer Akteure in der parlamentarischen Arena sowie der zeitlichen Ausübungsdauer sind. Durch das Landtagswahlergebnis und der daraus resultierenden Koalitionsbildung werden Regierungs- und Oppositionsrollen festgelegt. Spitzenakteure von Partei und Fraktion können so beispielsweise Spitzenpositionen in der Regierung oder in der Opposition einnehmen. Einfluss auf eine andere Art und Weise nimmt der Länderparlamentarismus, welcher im folgenden Kapitel näher erläutert wird.

### **3.3 Länderparlamentarismus – Nordrhein-Westfalen**

Der Länderparlamentarismus, über den es keine einheitliche Theorie gibt (Patzelt 2006: 108), weist in der Praxis die Parlamentsfunktionen „Repräsentation (...) Regierungsbildung, Regierungskontrolle und Gesetzgebung“ (Patzelt 2006: 109) auf. Elemente die bereits aufgegriffen und erläutert worden sind bzw. noch werden. Bei all diesen Funktionen ist Kommunikation ein wesentliches Merkmal, denn „im Begriff des Parlamentärs herrscht die Aufgabe, Kommunikation herzustellen“ (Patzelt 2002: 431). Wie der nordrhein-westfälische Landtag in Bezug auf den Länderparlamentarismus Einfluss auf Sprachstrategien und deren Typologisierung nimmt, wird innerhalb dieses Abschnitts beschrieben.



„Die Landtage sind als demokratisch gewählte Volksvertretungen diejenigen zentralen Verfassungsorgane, in denen die politische Probleme erörtert und die wesentlichen Entscheidungen auf der Ebene der Länder getroffen werden“ (Menzel 1999: 1385). In Artikel 3 der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen heißt es mit Bezug auf den Landtag als legislatives Organ: „Die Gesetzgebung steht dem Volk und der Volksvertretung zu.“ Die Artikel 30 bis 50 der Landesverfassung beschreiben darüber hinaus die allgemeinen Bestimmungen des Landtags sowie der Abgeordneten. In den Artikeln lassen sich allgemeine Bestimmungen wie beispielsweise „Der Landtag besteht aus den vom Volke gewählten Abgeordneten“ [Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen, Artikel 33 (1)] finden. In der Landesverfassung sind konkretere Bestimmungen aufgeführt, die die verschiedenen Rechte, Aufgaben und Zuständigkeiten des Landtags als Institution und der Abgeordneten als Vertreter des Volkes regeln.

Die beiden wichtigsten Aufgaben des Landtags, die durch die Landesverfassung geschützt werden, sind im Zusammenhang mit dieser Arbeit die Gesetzgebung und das Budgetrecht. Darüber hinaus hat der Landtag in der Vergangenheit einige gesetzgeberische Kompetenzen an den Bund und an die Europäische Union abgeben müssen. Landtagsabgeordnete nehmen deshalb verstärkt regionale und lokale Interessen gegenüber den Institutionen der Landesverwaltung wahr (Andersen/Bovermann 2004: 316). Grundsätzlich handelt es sich bei dem nordrhein-westfälischen Landtag wie beim Deutschen Bundestag um ein arbeitsteiliges Fraktionenparlament, bei dem die Fraktionen bzw. die im Landtag vertretenen Parteien „die Handlungs- und Steuerungsfähigkeit des großen und als Gesamtheit schwerfälligen Parlaments erst herzustellen vermögen. Sie sind es, die Politik bündeln und Arbeitsteilung organisieren. Damit können Parlamentsfunktionen in der Praxis weitestgehend als Fraktionsfunktionen betrachtet werden“ (Schüttemeyer 2007).

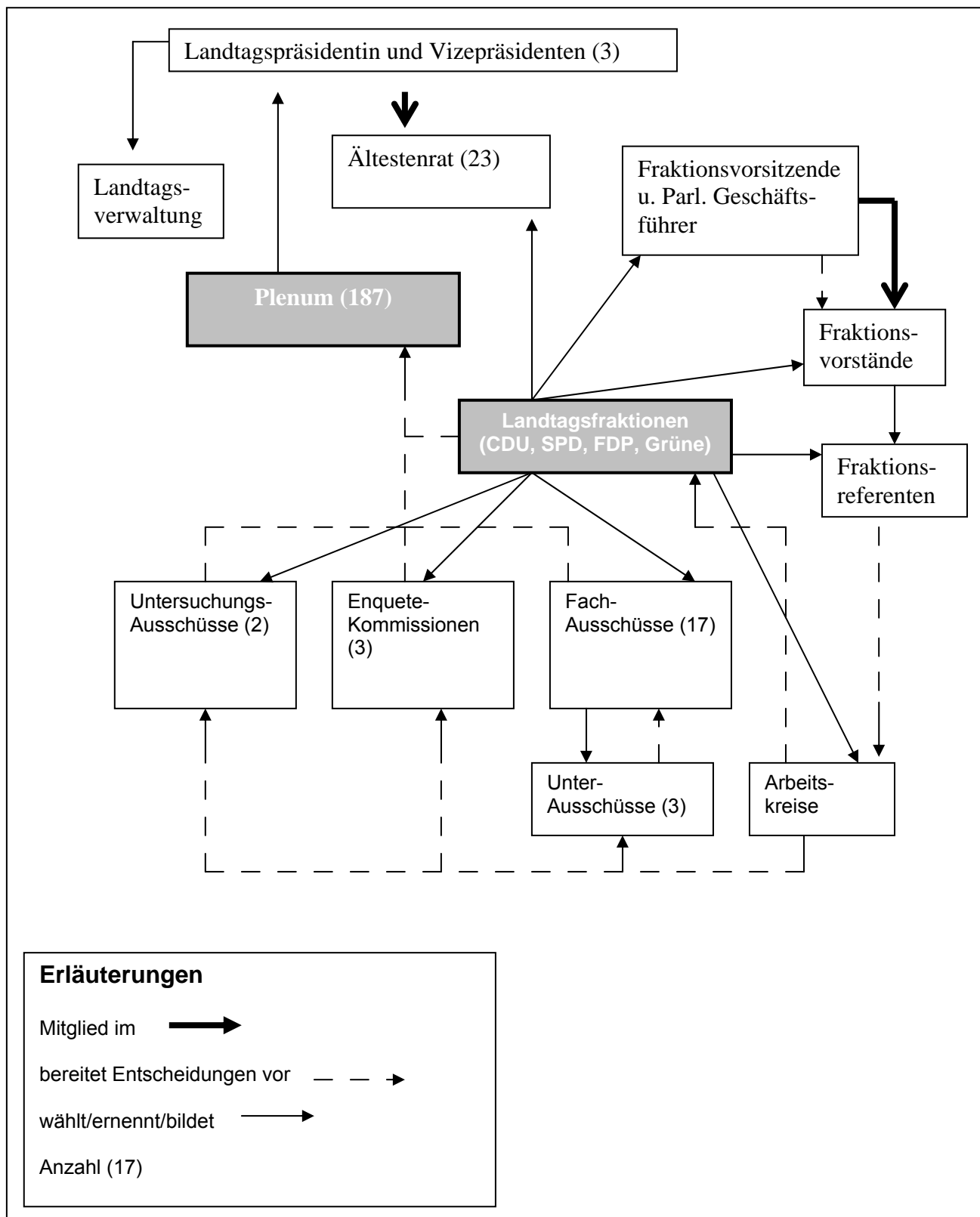


Abbildung 17: Landtag Nordrhein-Westfalen: das arbeitsteilige Fraktionenparlament (14. Legislaturperiode) nach Rudzio 2006: 208. Quelle: Eigene Darstellung.

### **3.3.1 „Echte“ parlamentarische Regierung**

Deutschland hat ein föderalistisch, parlamentarisch geprägtes Regierungssystem, bei dem das Parlament „als wichtigster Ort demokratischer Legitimation“ (Korte 2003: 42) gilt. Im Parlament laufen nicht nur politische Prozesse zusammen, sondern vereinen sich auch politische Institutionen und Netzwerke: „Regierungen und Verfassungsgerichtshöfe als ins handlungsleitende Kalkül gezo- gene Ko-Akteure; Parteien, Interessengruppen und soziale Bewegungen als unmittelbar aktive Organisationen; Politische Partizipation sowie Rekrutierung und Wahlen als Prozesse“ (Patzelt 2009: 312f.).

Generell gelten für die Landesparlamente zum Teil die selben Funktionen wie für den Bundestag: Artikulationsfunktion, Wahlfunktion, Kontrollfunktion und Gesetzgebungsfunktion (von Alemann/Brandenburg 2000: 83; Mielke/Reutter 2004: 41f.; Beyme von: 2006: 241/ Glaeßner 2006: 398). Wie im Bund, so ist auch im Land das Parlament das höchste Staatsorgan, dessen Abgeordnete für fünf Jahre direkt vom Volk gewählt werden (Korte/Florack/Grunden 2006: 62; Mielke/Reutter 2004: 27). Unterschiede sind jedoch beispielsweise im parlamentarischen System – Entlassung der Regierungsmitglieder oder das Misstrauensvotum – oder in der Aufgabenstruktur deutlich zu erkennen (Decker 2004). Das föderale System der Bundesrepublik Deutschland ist so aufgebaut, dass die 16 Bundesländer eigene Staaten sind, die ebenfalls über eine eigene Staatsgewalt, ein eigenes Parlament, eine eigene Regierung – Landesregierung mit dem Ministerpräsidenten oder dem ersten Bürgermeister an der Spitze – sowie über ein eigenes Verfassungsgericht verfügen (Rudzio 2006: 307ff.). Art. 28 Abs. 1 des Deutschen Grundgesetzes besagt, dass die Landesverfassungen „den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates“ (Hasselberger 2003: 215) entsprechen müssen (Homogenität). Varianten bzw. Abweichungen bei Einhaltung des Grundgesetzes sind jedoch erlaubt (Decker 2004). In den jeweiligen Landesverfassungen ist auch das Verhältnis von Landesregierung und Landtag beschrieben. In Nordrhein-Westfalen ist die Landesverfassung erst verspätet, nach dem Grundgesetz, 1950 verabschiedet worden und in Kraft getreten (Kost 2005: 183).

Wie viele andere Bundesländer, hat auch Nordrhein-Westfalen den Spielraum bei der Erstellung der Landesverfassung genutzt und unterscheidet sich in einigen Punkten vom Grundgesetz. Identisch mit dem Grundgesetz ist die „Zwitterkonstruktion, dass an der klassischen Gewaltenteilung zwischen Legislative – Exekutive – Judikative festgehalten, zugleich aber das parlamentarische Regierungssystem mit der Abhängigkeit des Regierungschefs vom Vertrauen der Parlamentsmehrheit verankert wurde“ (Anderson/Bovermann 2004: 308). Einen Zusatz sieht die nordrhein-westfälische Verfassung in Art. 52 vor. Danach muss der Ministerpräsident aus den Reihen des Parlaments von den Landtagsabgeordneten gewählt werden.

Allgemein lassen sich vier verfassungsrechtliche Modelle des Parlamentarismus unterscheiden (Mielke/Reutter 2004: 34f.f):

Verfassungsrechtliche Modelle des Parlamentarismus
Versammlungsregierung: Parlamentsregierung „Echte“ parlamentarische Regierung Disziplinierter (abgeschwächter) Parlamentarismus

Abbildung 18: Verfassungsrechtliche Modelle des Parlamentarismus. Quelle: Eigene Darstellung.

Für das Land Nordrhein-Westfalen und damit das für die vorliegende Arbeit entsprechende verfassungsrechtliche Modell, ist die „echte“ parlamentarische Regierung. Eine für die Arbeit gültige Definition hat Loewenstein aufgestellt. Charakteristisch für eine echte parlamentarische Regierung ist demnach, wo zwischen Parlament und Regierung ein bestimmtes Gleichgewicht vorhanden ist (Loewenstein 1964:145).

### **3.3.2 Arbeitsparlamente**

Allgemein lassen sich Parlamente in so genannte Rede- und Arbeitsparlamente unterscheiden (Beyme von: 2006: 244). Da Landesparlamente Arbeitsparlamente sind, soll in dieser Studie auch nur diese Arbeitsweise des Parlaments näher betrachtet werden (Mielke/Reutter 2004: 39).

Die zentralen Eigenschaften von Arbeitsparlamenten sind die Ausschüsse, die mit ihrer Arbeit und Macht eine zentrale Rolle innerhalb des parlamentarischen Systems einnehmen (Steffani 1979: 96). Das ist auch der entscheidende Unterschied zu den Redeparlamenten, bei dem das Plenum im Vordergrund steht. Verbunden damit ist auch eine Abschwächung des einzelnen Abgeordneten als Redner hin zu einer Stärkung des Experten, der über ausreichende Kenntnisse verfügt und gut informiert ist. Dieser steht im Mittelpunkt des Geschehens. Dies wird vor allem bei den weiteren Rednern nach den Spitzenakteuren innerhalb der Debattenanalyse deutlich. Den Einfluss, den der einzelne Abgeordnete im Plenum nehmen kann, hängt von seiner Position im Ausschuss ab (Steffani 1979: 96f.) Die Abgeordneten befinden sich häufiger in Ausschusssitzungen als in Plenardebatten. Ausschusssitzungen werden darüber hinaus häufiger angesetzt als Plenarsitzungen, in denen der Großteil der inhaltlichen Arbeit der Parlamentarier geleistet wird (Dierl et al. 1984: 89). In Nordrhein-Westfalen wurden beispielsweise im Jahr 2009 28 Plenartage angesetzt. An 28 Tagen hatten die Abgeordneten somit die Möglichkeit, ihre Sprachstrategien zur Zielerreichung im Parlament zu demonstrieren.

Trotz der abnehmenden Bedeutung des einzelnen Abgeordneten in einem Arbeitsparlament gibt es Aufgaben zu erfüllen, die Eigenschaften eines Redeparlaments aufweisen. Dazu gehören beispielsweise die Artikulation von Interessen, politische Grundsatzaufgaben und Vermittlungsaufgaben (Kevenhörster 2003a: 4). Vor allem bei der Vermittlungsfunktion ist der Landtag auf die Massenmedien angewiesen, deren Vertreter meist zu den Plenarsitzungen erscheinen. Großes Medieninteresse erwecken vor allem wichtige Gesetzgebungsverfahren, wie beispielsweise die Haushaltsberatungen oder die dritte Lesung zum Haushaltsgesetz. Zudem muss der Landtag, wie auch der Bundestag (Sann-

wald 2003: 213), seine Kommunikationsfunktion erfüllen. Dies geschieht u. a. durch die regelmäßig stattfindenden Plenarsitzungen. Demzufolge kommt den Plenardebatten durchaus eine wichtige Bedeutung zu.

Bei der Debattenanalyse muss beachtet werden, wie bei allen Plenarreden, dass die untersuchten Reden nicht eine tatsächliche inhaltliche Diskussion darstellen, mit dem Ziel eines gemeinsamen Ergebnisses am Ende, sondern u. a. nur ein letztes Austauschen von Argumenten, die Demonstration von Geschlossenheit der Fraktionen und der Regierung sowie vor allem das Präsentieren der Ergebnisse aus dem Ausschuss für die Öffentlichkeit ist. Denn bereits vor der Abstimmung zum Haushalt ist das Abstimmungsergebnis bei stabilen Regierungsverhältnissen eindeutig, so dass kein politischer Akteur überzeugt werden muss. Was die charakteristischen Eigenschaften diese Gesetzgebung und die Funktion des Haushaltsplans sind, wird im Folgenden erläutert.

### **3.3.3 Der Gesetzgebungsprozess – am Beispiel Haushaltsgesetz**

Basierend auf der Geschäftsordnung des Landtags und nicht zuletzt auch auf der Landesverfassung können in Nordrhein-Westfalen Gesetze vom Landtag verabschiedet werden (Korte/Florack/Grunden 2006: 69). Generell sieht das Gesetzgebungsverfahren im Landtag bei gewöhnlichen Gesetzen zwei Lesungen vor. Eine Ausnahme bilden Verfassungsänderungen sowie Haushaltsgesetze. Diese werden erst nach der dritten Lesung von den Abgeordneten verabschiedet. In erster Lesung wird die Gesetzesinitiative der Öffentlichkeit vorgestellt und gleichzeitig begründet sowie zentrale Fragen beraten. Die zweite Lesung sieht eine Einzelberatung vor, in der beispielsweise Änderungsanträge oder einzelne Paragraphen erörtert werden. Zwischen der ersten und zweiten Lesung im Plenum tagen die jeweiligen Fachausschüsse und beraten sich zu diesem Thema. Sofern keine dritte Lesung vorgesehen ist, entscheidet das Parlament über die Vorschläge des Ausschusses, indem es das Gesetz mit oder ohne Änderungen annimmt oder ablehnt (von Alemann/Brandenburg 2000: 84).

Das wichtigste Gesetz, über das die 186 Landtagsabgeordneten (Stand 2009) in Nordrhein-Westfalen jährlich abstimmen, ist das Haushaltsgesetz (von Alemann/Brandenburg 2000: 84). Der Haushaltsplan, der am Ende der zahlreichen Beratungen feststeht, „ist die rechnungsmäßige Grundlage für alle finanzrelevanten Vorgänge“ (Schneider/Wehling 2006: 66). Der Haushalts- und Finanzausschuss entschied im Jahr 2009 über ein Haushaltsvolumen für das Jahr 2010 von 53,3 Milliarden Euro. Diese Summe ist erforderlich, damit das Land seinen Aufgaben nachkommen konnte. Die Aufgabe des Haushalts- und Finanzausschusses ist es dabei, die Finanzen des Landes zu kontrollieren. Neben dem Haushalts- und Finanzausschuss, dessen Vorsitz traditionell ein Oppositionsakteur innehat, gibt es den Haushaltskontrollausschuss, dessen Vorsitz auch von einem Akteur der Oppositionsfraktion übernommen wird (Anderßen/Bovermann 2004: 321). Die genaue Finanzverteilung ist in den so genannten Einzelplänen von Ministerien, Landtag und Staatskanzlei, festgeschrieben. In der 14. Wahlperiode verfügte der Landtag über 15 Einzelhaushalte (Stand 2009). Diese Einzelpläne sind es, die in der zweiten Lesung des Gesetzgebungsverfahrens im Plenum sowie in den zuständigen Ausschüssen öffentlich beraten werden. Nach zahlreichen Sitzungen und gegebenenfalls öffentlichen Anhörungen, in denen die einzelnen Haushaltsentwürfe diskutiert, abgearbeitet und Änderungen vorgenommen werden, verabschieden die Landtagsabgeordneten nach der dritten Lesung das Haushaltsgesetz. Dieses beschlossene und verabschiedete Haushaltsgesetz bzw. dieser Haushaltsplan „ist das in Zahlen gegossene Regierungsprogramm und das wichtigste verbliebene Machtinstrument der Regierungsfaktionen“ (von Alemann/Brandenburg 2000: 84). Der Haushaltsplan dient somit als Planungs-, Bewirtschaftungs- und Kontrollinstrument.

Diese Instrumente sollen für eine „rationale und effektive Gestaltung der Finanzwirtschaft“ (Schneider/Wehling 2006: 66) des Landes sorgen, wobei der Haushaltsplan vier Grundfunktionen erfüllt:

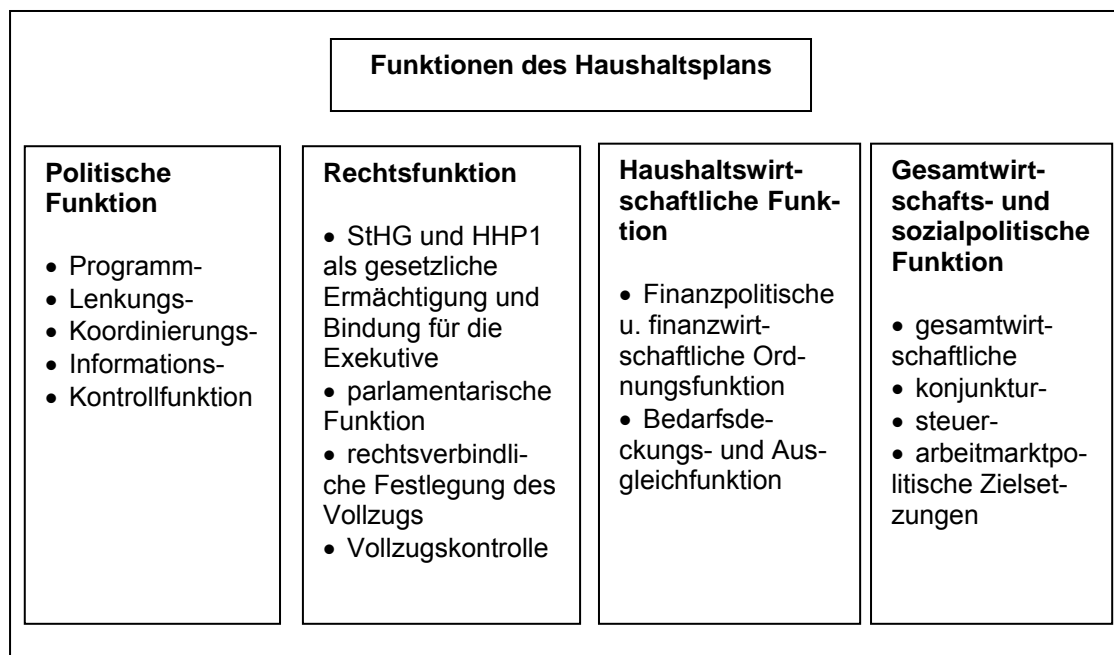


Abbildung 19: Funktionsplan des Haushaltsplans. Quelle: Eigene Darstellung.

### 3.4 Institutionen in der parlamentarischen Arena

#### 3.4.1 Die Präsentationsarena

Das Plenum gilt als wesentliche Wirkungsstätte, an dem sich Regierung und Opposition regelmäßig in der Öffentlichkeit austauschen, wobei „die Reden im Plenum (...) Teil der Sitzungsöffentlichkeit des Parlaments“ (Vowe/Dohle 2009: 231) sind. Die parlamentarische Arena dient als Instrumentarium zur Her- und Darstellung politischer Entscheidungen. Parlamente sind folglich „Orte des Entscheidungshandelns (Marschall 2008: 45). Vor allem für die Regierung ist das Plenum von Bedeutung, kann diese hier ihre Politik öffentlich legitimieren. Anhand von Parlamentsdebatten können daher nicht nur gesellschaftliche Erwartungen erhoben werden, sondern auch das „Zusammentreffen gesellschaftlicher Erwartungen mit den Zielen der Regierungen“ (Wagner 2006: 175).

Das Parlament stellt neben den Fraktionen und den dazugehörigen Fraktions-sitzungen einen Ort der Lebendigkeit dar. In erster Linie ist das Plenum jedoch eine Präsentationsarena der eigenen Position, die sprachliche Demonstration eigener Ziele, Ideen, Vorstellungen und Erfolge, die darauf ausgerichtet ist, eine



bestimmte Außenwirkung zu erreichen (Glaeßner 2006: 409). Hier lassen sich Parallelen mit dem von Goffman beschriebenen Bild der Vorderbühne bzw. der öffentlichen Bühne aufzeigen. Das Auftreten politischer Akteure auf der Vorderbühne bzw. der öffentlichen Bühne und damit die Inszenierung hat auch das Kommunikationsmanagement der Parlamente verändert bzw. modernisiert. So haben die Parlamente beispielsweise „ihre Außenkommunikation um die Online-Komponente erweitert, d.h. das Internet als Medium für sich entdeckt“ (Marschall 2009: 214). Der Deutsche Bundestag ist bei der Übertragung der Parlamentsdebatten im TV den Fernsehsendern entgegen gekommen, indem beispielsweise Journalisten exklusiv informiert und betreut werden, den TV-Sendern „ein eigens hergestelltes Ton- und Bild Material zur kostengünstigen Übernahme offeriert“ (Marschall 2008: 48) wird. Darüber hinaus hat das Parlament mit dem Donnerstag einen Hauptdebattentag eingerichtet, der die Plenardebatten für die Zuschauer vor den Fernsehgeräten interessanter machen soll (Marschall 2008: 48). Das eigene Parlamentsfernsehen des Deutschen Bundestages, das die Debatten aus dem Plenarsaal und Interviews mit Abgeordneten überträgt, ist ein weiteres und zulässiges Instrument der Öffentlichkeitsarbeit des Bundestages. „Staatliche Öffentlichkeitsarbeit ist – neben anderen (legitimen) Erscheinungsformen staatlicher Informationstätigkeit – Bestandteil der grundsätzlich gewährleisteten Kommunikationsordnung“ (Gersdorf 2008: 51)<sup>21</sup>.

Der nordrhein-westfälische Landtag weist diese mediengerichtete Debattenvermittlung in dieser Form nicht auf. Zwar verfügt dieser, wie bereits erwähnt, über einen Live-Video-Stream im Internet sowie ein Landtagsradio, über die sich interessierte Bürger informieren und Debatten bzw. öffentliche Sitzungen verfolgen können, doch eine Kernzeit für eine Live-Übertragung durch das Fernsehen ist nicht vorgesehen. Der Westdeutsche Rundfunk überträgt ein bis zwei Landtagsdebatten im Jahr, wobei hier ausschließlich die dritte Lesung zum Landeshaushalt thematisiert wird. Dabei variieren die Übertragungslängen zwischen ca. zwei und dreieinhalb Stunden, je nach Reihenfolge der Redner, der Rededauer sowie der Regie des Landtags (nach Auskunft von Wirtz 2010). In-

---

<sup>21</sup> Nähere Informationen zum Thema Parlamentsfernsehen in: Gersdorf, Hubert 2008: Parlamentsfernsehen des Deutschen Bundestages.

formationen zu den einzelnen Reden erhalten beispielsweise Journalisten vor allem von der Landtagsverwaltung – speziell dem Ausschussdienst – und den Fraktionen und dem Regierungssprecher. Bei den Informationen handelt es sich in erster Linie um die Reihenfolge der Redner und die geplante Länge der Rede sowie den Gegenstand der Debatte (Experteninterview mit Dr. Florian Melchert). Darüber hinaus erhalten die zuständigen Redakteure und Moderatoren, sowie alle anderen akkreditierten Journalisten der Landespressekonferenz aktuelle Informationen zur Debatte, zum Beispiel zu kurzfristigen Änderungen und Drucksachen. Bezüglich der Nutzung der Infrastrukturen im Landtag, zum Beispiel durch den WDR, findet ein Informationsaustausch zwischen der Landtagsverwaltung und dem WDR statt, der daraufhin seinen produktionstechnischen Bedarf anmeldet, der seinerseits die ihm zur Verfügung gestellten Mittel nutzt (WDR-Experteninterview). Bei der infrastrukturellen Einrichtung handelt es sich vor allem um die Freischaltung der eigenen Tonleitung des WDR im Landtag. Die Bilder produziert der WDR dagegen selbst. Darüber hinaus steht jedem Journalisten auch der Zugang zum Intranet und damit auch zum Video-Stream zur Verfügung (Experteninterview mit Dr. Florian Melchert).

Die zum Teil spannenden und ereignisreichen Debatten wären ohne gewisse Rahmenbedingungen – Akteure, Situationen, Medien, Wähler – nicht möglich. Auch deren Ablauf wäre ohne ausdrückliche Regieanweisungen nicht durchführbar. Verantwortlich für die Durchführung der Plenardebatten sind neben der Landtagsverwaltung und der Geschäftsordnung vor allem die Fraktionen. Ihnen kommt mit den festen Strukturen und Regeln eine spezielle Aufgabe bei der Verwirklichung der Debatte zu. Das folgende Kapitel beschreibt aus diesem Grund die Strukturen und Aufgaben einer Fraktion vor dem Hintergrund des Forschungsinteresses näher.

### **3.4.2 Fraktionen – Funktions- und Handlungsfähigkeitsgruppen**

Im politischen System der Bundesrepublik Deutschland nehmen die Fraktionen innerhalb der unterschiedlichen Parlamente, wie auch dem nordrhein-westfälischen Landtag, eine zentrale Funktion ein. Im Allgemeinen tragen Frak-

tionen zur politischen Willensbildung bei, verfolgen die Durchsetzung ihrer politischen Interessen und versuchen so auf das Parlament und die Regierung einzuwirken (Kevenhörster 2003b: 189). Die wichtigsten Funktionen von Fraktionen sind „Repräsentation, Integration, Legitimation, Rekrutierung und Kommunikation“ (Kevenhörster 2003b: 189). Allerdings besteht ein Unterschied bei den Funktionen innerhalb des Parlaments. Nehmen Regierungsfaktionen auf der einen Seite die Artikulations-, Wahl, Initiativ- und Gesetzgebungsfunktion in Anspruch, üben andererseits Oppositionsfaktionen Kontroll-, Kritik- und Alternativfunktion aus.

Neben den Tätigkeiten in den einzelnen Ausschüssen ist auch die Arbeit der Abgeordneten in der Fraktion ein wesentlicher Bestandteil. So haben die vier im nordrhein-westfälischen Landtag vertretenen Fraktionen (Stand 2009) einen besonderen Status, beispielsweise bei der Besetzung der Ämter innerhalb der Gruppe und in den Ausschüssen sowie bei der Zuweisung der finanziellen Mittel (Schubert/Klein 2003: 106). „Nur als Fraktionsparlament vermag ein vielköpfiges Gremium wie der Bundestag Entscheidungsfähigkeit zu erreichen“ (Rudzio 2006: 213), so auch der nordrhein-westfälische Landtag. Fraktionen sind darum unverzichtbare Organisationen, die die Funktions- und Handlungsfähigkeit eines Parlaments herstellen (Könen 2009: 46). Damit Fraktionen die Funktions- und Handlungsfähigkeit im Parlament herstellen können, bedarf es einer Fraktionsstabilität. Diese wird durch den Fraktionsvorstand, als höchstes Organ innerhalb der Fraktion, hergestellt. Dabei übernimmt der jeweilige Fraktionsvorstand zwei zentrale Aufgaben. Zum einen gilt es, die Geschlossenheit der Fraktion nach außen zu sichern und zu demonstrieren und zum anderen müssen Arbeitsprozesse innerhalb der Fraktion organisiert werden (Rudzio 2006: 213). Auch bezüglich der Reden und der Entscheidung darüber, wer reden darf, entscheidet die Fraktion.

Generell werden die Rechte der im Landtag vertretenen Fraktionen durch die Geschäftsordnung des Landtags geregelt. Ihnen werden eine Fülle von Antrags- und Gestaltungsrechten zugewiesen ([www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)). Diese Antrags- und Gestaltungsrechte gehen über die Möglichkeiten, die einem einzel-

nen Abgeordneten zur Verfügung stehen, hinaus. So kann ein einzelner Abgeordneter „weder Gesetzentwürfe noch Änderungsanträge in der abschließenden dritten Plenarberatung einbringen“ (Könen 2009: 46). Geregelt ist dieser Passus beispielsweise in § 73 der Geschäftsordnung des Landtags. Dort heißt es: „Änderungsanträge müssen von mindestens drei Mitgliedern des Landtags unterzeichnet werden“. Prinzipiell können Gesetzesentwürfe und Anträge eingebracht werden, die vom Fraktionsvorsitzenden im Namen der Fraktion unterzeichnet werden. Weiterhin weisen Fraktionen die Funktion des Vorschlagsrechts bei Personalentscheidungen auf, so zum Beispiel bei der Besetzung der Ausschüsse und deren Vorsitz sowie bei der Wahl des Landtagspräsidenten und dessen Stellvertretern. Darüber hinaus ist die Fraktion ein Zusammenschluss, in dem sich die politischen Positionen der Mitglieder einer Partei bilden, die sich dann in den Entscheidungen im Plenum sowie den Fachausschüssen widerspiegeln ([www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)). Die Fraktion lebt dabei von ihren Mitgliedern. Welche Rolle diese spielen wird im folgenden Kapitel erörtert.

### **3.4.3 Die repräsentierenden Landtagsabgeordneten**

Die Abgeordneten des nordrhein-westfälischen Landtages werden nach Artikel 31 der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen „in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer, geheimer und freier Wahl gewählt“ (Verfassung des Landes NRW: 40). Die gewählten Abgeordneten repräsentieren in einer repräsentativen/ parlamentarischen Demokratie (Handschumacher 2009: 229) die gesamte Bevölkerung Nordrhein-Westfalens. Die Landtagsabgeordneten haben eine Fülle von Aufgaben innerhalb ihres Arbeitsalltags im Landtag – in der Fraktion, im Plenum, im Ausschuss, im Arbeitskreis – zu bewältigen. Die Hauptaufgaben sind unter anderem die Mitarbeit an Gesetzen, die Wahlfunktion (Wahl des Ministerpräsidenten und weiteren Verfassungsorganen bzw. Vertretern dafür), die Kontrollfunktion und zwei weitere Funktionen, die in dieser Arbeit von Bedeutung sind: die Verabschiedung des Haushalts sowie das Debattieren „über öffentliche Angelegenheiten“ ([www.landtag.nrw](http://www.landtag.nrw)). Der Kern der Abgeordnetenarbeit liegt im Landtag vor allem in der Wahrnehmung der zahlreichen Sitzungstermine – Fraktionssitzung, Arbeitskreis- und Ausschusssitzungen sowie Anhö-

rungen. Die Teilnahme an der Plenardebatte, die vor allem von öffentlicher Bedeutung ist, spielt im Arbeitsalltag eher eine untergeordnete Rolle. Das in den meisten Fällen geschlossene Abstimmungsverhalten politischer Akteure im Plenum wird bereits in den Fraktionssitzungen vorher diskutiert und bestimmt. Diese schwierige Koordinationsaufgabe „liegt in erster Line im Verantwortungsbereich des Parlamentarischen Geschäftsführers“ (Könen 2009: 51). Vor allem die bereits erwähnte Sicherung der Geschlossenheit sowie der Präsenz der Fraktionsmitglieder ist ein zentrales Instrument, welches es für die Fraktionspitze zu beherrschen gilt. Findet dieses Führungsinstrument keine Anwendung, drohen Mehrheiten verloren zu gehen und ein eventuell öffentlich wahrgenommener Machtverlust muss zusätzlich befürchtet werden. Dem Parlamentarischen Geschäftsführer kommt in einer Regierungsfraktion somit in erster Linie die Aufgabe zu, die Regierungsmehrheit des Ministerpräsidenten zu sichern.

Beim Parlamentarischen Geschäftsführer der Oppositionsfraktionen dreht sich vieles darum, Druck auf die Regierungsfractionen auszuüben und durch eigene geschlossene Präsenz, Regierungsfähigkeit zu demonstrieren. „Eine fehlende Mehrheit wird immer zur Waffe in der Hand des politischen Gegners“ (Seiters 2009). Dadurch erhöht sich der Druck auf den einzelnen Abgeordneten, die Fraktion und vor allem auf die Fraktionspitze. In diesem Zusammenhang ist auch immer wieder vom Fraktionszwang die Rede. „Den habe ich in meiner Zeit nie erlebt. Aber es gibt schon so etwas wie Fraktionsdisziplin. Das bedeutet, dass die Fraktionsführung erwarten darf, dass die Fraktion nach Möglichkeit im Plenum geschlossen abstimmt und dass bei einer abweichenden Haltung die Führung rechtzeitig informiert und die Gelegenheit zu einem weiteren Gespräch gegeben wird. Sie muss ja einschätzen können, ob ihre Mehrheit gefährdet ist“ (Seiters 2009). Parlamentarische Geschäftsführer sind also Fraktionsmanager. Sie managen und organisieren die Fraktions- und Parlamentsarbeit ziehen die Fäden vor und hinter den Kulissen auf der parlamentarischen Bühne. An dieser Stelle sei erwähnt, dass ein einzelner Abgeordneter im Landtag nichts erreichen kann, denn als Einzelkämpfer lassen sich politische Ideen, Vorstellungen und

Ziele nicht erreichen. Nur wer als geschlossene Gruppe innerhalb der Fraktion oder im Parlament auftritt, hat Aussicht auf Erfolg.

Neben der Arbeit im Landtag müssen politische Akteure aber auch weiteren Aufgaben, die mit ihrem Mandat verbunden sind, nachkommen. So nimmt die Anwesenheit in ihrem Wahlkreis einen Großteil der Arbeit ein. Hier sollen die Abgeordneten Ansprechpartner für Interessen, Wünsche oder Kritik der Wählerinnen und Wähler sein. So ist es wichtig, dass sich die Landtagsabgeordneten nicht ausschließlich mit Landesthemen vertraut machen, sondern auch über ein kommunal- und bundespolitisches Fachwissen verfügen. Dies weist eine Vielzahl der Akteure beispielsweise aufgrund der Mitgliedschaft in Stadt- und Gemeinderäten oder Kreistagen auf. Darüber hinaus repräsentieren die Landtagsabgeordneten die Landespartei bzw. die Landtagsfraktion bei vielen öffentlichen Veranstaltungen landesweit und erläutern die Standpunkte der Partei bzw. der Fraktion. Die Teilnahme an Diskussionsveranstaltungen, Pressekonferenzen oder Infoständen sind nur einer kleiner Ausschnitt aus dem politischen Alltag. Aber nicht nur die Wählerinnen und Wähler stellen Anforderungen an die Mandatsträger, sondern auch Vereine, Verbände und Organisationen haben eine gewisse Erwartungshaltung an sie. Bei diesem Leistungsfeld, das ein Landtagsabgeordneter zu bearbeiten hat, beträgt die Wochenarbeitszeit teilweise bis zu 60 oder 70 Stunden ([www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)). Berücksichtigt werden muss diesbezüglich, dass eine Vielzahl von Abgeordneten noch einem Beruf nachgeht. Die Anzahl derer, die sich ausschließlich auf das Abgeordnetenmandat konzentrieren, ist gering. Bei diesen umfangreichen Aufgaben muss sich der Abgeordnete auf bzw. in unterschiedlichste Situationen immer wieder auf neue Elemente einlassen können. So auch bei der Rolleneinnahme im Plenum, die unter anderem von der Geschäftsordnung des Landtags geprägt ist. In welchem Zusammenhang diese Beeinflussung mit dem Forschungsinteresse steht, beschreibt das folgende Kapitel.

### 3.4.4 Die Geschäftsordnung

Die Geschäftsordnung des Landtags von Nordrhein-Westfalen beinhaltet im Wesentlichen Verfahrensweisen und den „Geschäftsbetrieb“ des Landtags. Neben den Gesetzes- und Verfassungsvorschriften regelt die Geschäftsordnung die „Arbeitsweise, die Struktur und die Gremien der Selbstverwaltung des Landtags“ (Korte/Florack/Grunden 2006: 62). Sie hat lediglich eine Gültigkeit von einer Legislaturperiode und muss nach einer Landtagswahl wieder neu vom Landtag verabschiedet, gegebenenfalls angepasst werden (Dästner 2002: 155).

Die Geschäftsordnung des Landtags ist für die Analyse von Sprachstrategien von Bedeutung, da sie wichtige Rahmenbedingungen für die Plenardebatten vorgibt. So beinhaltet die Geschäftsordnung in §10, Absatz 1 die Aufgaben des Ältestenrates, „der über den Arbeitsplan und die Reihenfolge der Beratungsgegenstände der Sitzungen des Landtags“ (Geschäftsordnung des Landtags NRW in der Fassung vom 11. Februar 2009) entscheidet. Darüber hinaus ist in §26 festgehalten, dass jedes Landtagsmitglied das Recht hat, im Landtag zu sprechen. Das Rederecht wird ihm durch die Präsidentin oder den Präsidenten erteilt. §27 der Geschäftsordnung regelt die Reihenfolge der Rednerinnen und Redner in einer Plenardebatte. Aber nicht nur die Reihenfolge wird durch die Geschäftsordnung festgeschrieben, sondern auch die Rededauer (§32). Am 29. Juni 2005 beschloss der Ältestenrat folgende Redezeit für die 14. Legislaturperiode:

<b>Partei</b>	<b>Block I 25 Min</b>	<b>Block II 55 Min.</b>	<b>Block III 69 Min</b>	<b>Block IV 105 Min</b>	<b>Block V 200 Min</b>
CDU	5	12	15	25	50
SPD	5	14	18	28	50
Grüne	5	9	11	15	26
FDP	5	8	10	12	24
LReg	5	12	15	25	50
<b>Insgesamt</b>	<b>25</b>	<b>55</b>	<b>69</b>	<b>105</b>	<b>200</b>

Abbildung 20: Allgemeine Redezeiten im nordrhein-westfälischen Landtag. Quelle: Geschäftsordnung des Landtags NRW in der Fassung vom 11. Februar 2009.

Darüber hinaus beschloss der Ältestenrat am 11. Februar 2009 folgende Vereinbarungen für die Plenardebatten der 14. Legislaturperiode:

1. Bei einer Aussprache zu einer Regierungserklärung erhalten alle Fraktionen und die Landesregierung die gleiche Redezeit.
2. Bei Haushaltsberatungen wird die Gesamtredezeit der Fraktionen nicht begrenzt. Außer dem/der Hauptredner/in jeder Fraktion erhalten die weiteren Redner/innen eine Einzelredezeit bis zu 10 Minuten.
3. Wird die Redezeit der Landesregierung wesentlich überzogen, so erhalten die Fraktionen einen entsprechenden Bonus.
4. Der/Die Präsident/in bestimmt die Reihenfolge der Redner/innen (§ 27 Abs. 1 GO).
5. Der/Die Präsident/in kann die Rededauer um bis zu 30 Minuten verlängern. Die Mitglieder des Landtags haben in diesem Fall eine Redezeit bis zu fünf Minuten (§ 32 Abs. 2).
6. In Ausnahmefällen kann der/die Präsident/in einzelnen Mitgliedern des Landtags das Wort zu dem Beratungsgegenstand für einen Redebeitrag bis zu fünf Minuten erteilen (§ 32 Abs. 3 GO).

Abbildung 21: Vereinbarungen zur Redezeit im Plenum. Quelle: Geschäftsordnung des Landtags NRW in der Verfassung vom 11. Februar 2009.

Für die Leitungen der Plenarsitzungen ist das Präsidium verantwortlich, welches sich aus der Landtagspräsidentin, drei Vizepräsidenten und 15 Schriftführern aus den Fraktionen zu Beginn einer Wahlperiode zusammensetzt (Stand 2009). Dem Ältestenrat gehören der Präsident, die drei Stellvertreter sowie Vertreter der Fraktionen an (Anderes/Bovermann 2004: 318ff).

Für die zu untersuchenden Haushaltsreden der Jahre 2000 bis 2010 gelten die in Abbildung 20 beschriebenen Redezeiten. Wie der Ältestenrat am 29. Juni 2009 beschlossen hat, gelten für die Haushaltsreden keine Gesamtredezeitbegrenzungen. Mit dieser Entscheidung wird den Haushaltsdebatten eine übergeordnete Rolle zugewiesen. Sie nehmen damit nicht nur innerhalb der Geschäftsordnung und des Landtags, sondern auch in der Darstellungsmöglichkeit der Rednerinnen und Redner im Plenum eine zentrale Stellung ein.

Diese herausgehobene Stellung von Haushaltsdebatten zeigt die Bedeutung dieses Politikfeldes und ist somit ein weiterer Grund dabei, diese Debatten be-



züglich der Rollen politischer Akteure sowie der Sprachstrategien und deren Typologisierung zu analysieren.

Aus diesen Erkenntnissen lässt sich feststellen, dass die Gesamtredezeiten keinen Einfluss auf die Sprachstrategien haben, da sie unbegrenzt sind. Einfluss nimmt die Geschäftsordnung jedoch auf die Rolle der politischen Akteure im Parlament, indem sie die generelle Reihenfolge der Redebeiträge der Fraktionen festlegt. Wie die einzelnen Fraktionen ihrerseits diese Reihenfolge und die damit verbundene Rolle ausfüllen, bleibt ihnen zum größten Teil selbst überlassen. Das Drehbuch der Parlamentsdebatte schreiben die Fraktionen somit selbst.

### **3.5 Zwischenfazit**

Neben den Rollen und den entsprechenden Rollenerwartungen nehmen auch die systemischen Rahmenbedingungen Einfluss auf Sprachstrategien sowie deren Typologisierung. So konnte nachgewiesen werden, dass die Landtagswahl und deren Ergebnis ein entscheidender Einflussfaktor für die Macht- und Rollenverteilung ist und damit auch nachhaltige Auswirkungen auf die Anwendung von Sprachstrategien für die Akteure hat. Denn mit einem vollständigen Regierungswechsel ist auch immer ein Rollenwechsel verbunden, so passiert bei der Landtagswahl 2005, bei der CDU und FDP aus der Opposition in die Regierung wechselten und SPD und Bündnis90/Grüne den Gang in die Opposition antraten. Verbunden mit dem Rollenwechsel ist für die Akteure auch ein Wechsel der Erwartungshaltung und somit auch eine Änderung der Sprachstrategien. Legitimation statt Kritik hieß es für CDU und FDP. Dagegen stand für SPD und Grüne das Attackieren, das Äußern ihres Unmutes gegenüber dem politischen Handeln der neuen Landesregierung im Vordergrund. Dieser Wechsel von Sprachstrategien zeigt sich unter anderem auch in der Generaldebatte. Sie stellt unter den vielen Plenardebatten eine besondere Form dar, bei der es zum „Show-Down“ kommt. Regierung kontra Opposition und Opposition gegen Regierung. Sicherlich weist jede parlamentarische Debatte diese generellen Charakteristika auf, erreicht aber ihren Höhepunkt in der dritten Lesung zur

Verabschiedung des Haushaltsgesetzes. Denn bereits am Anfang stehen sich die jeweiligen Spitzenakteure von Opposition und Regierung gegenüber. Dieser Block ist es auch, so zeigt die Debattenanalyse ab Kapitel 5, der mit 74,78 Prozent den größten Redeanteil stellt. Die ersten fünf Redner prägen die Haushaltsdebatte und beeinflussen zum Teil den weiteren Verlauf der Debatte, was sich beispielsweise in der reagierenden Sprachstrategie widerspiegelt. Reagierende Sprachstrategietypen sind in erster Linie in den Reden nach den Spitzenakteuren zu analysieren. Somit hat nicht nur das inszenierte Aufeinandertreffen der Spitzenakteure Auswirkungen auf deren Sprachstrategie, die oftmals wochenlang im Voraus geplant worden sind, sondern auch auf die nachfolgenden Reden. Deren Sprachstrategien werden zum Teil allerdings auch in den Fraktionssitzungen oder kleineren Runden besprochen bzw. abgesprochen. Eine wesentliche Rolle spielen dabei die Fraktionsvorsitzenden und Parlamentarischen Geschäftsführer wie Kapitel 3.4.2 gezeigt hat.

Dieses Kapitel hat gezeigt, dass Sprachstrategien und damit auch die Rollen von feststehenden Variablen, in diesem Fall den systemischen Rahmenbedingungen, geprägt werden. Sie gilt es nicht nur bei der Generaldebatte zu beachten, sondern sie stellen auch für andere Debatten und deren Sprachstrategien einen zentralen Rahmen. Das lässt mögliche Rückschlüsse auf eine generelle Anwendung, der in dieser Untersuchung analysierten und typologisierten Sprachstrategien zu. Um diese Sprachstrategien jedoch abschließend analysieren und eine Kategorisierung vornehmen zu können, bedarf es einer theoretischen Einordnung der Zugänge, eines Analyserahmens sowie einer Methodik. Diesen drei wichtigen Bausteinen widmet sich das nächste Kapitel.

#### **4. Theoretische Zugänge, Analyserahmen und Methodik**

Ohne genaue Zielvorstellungen wird kein Debattenredner im Plenum seine Redefähigkeit demonstrieren. Hinzu kommt, dass jedem Redner bewusst ist, dass er mit dem Gang zum Rednerpult eine bestimmte Rolle einnimmt und aus dieser erst wieder entlassen wird, wenn sein Vortrag endet. Aufmerksamkeit wird ihm nicht immer dabei geschenkt. Die Parlamente haben allgemein in den let-

zen Jahren mit einem Bedeutungsverlust zu kämpfen. Immer mehr Bundespolitiker drängt es auf die mediale Bühne, z.B. in Talkshows, um unter anderem Legitimation für ihr politisches Handeln zu gewinnen. Politische Talkshows sind zu einem Ersatzparlament geworden, jedoch mit dem Unterschied, dass in den politischen Talkshows keine Entscheidungen getroffen und auch keine Anträge bzw. Gesetze verabschiedet werden. Das bleibt immer noch Aufgabe des Parlaments. Trotz des Bedeutungsverlustes von Parlamenten, welcher in der Wissenschaft immer wieder thematisiert wird, sind Parlamente „zentrale politische Kommunikationsagenturen“ sowie ein „leistungsfähiger Knotenpunkt im Netzwerk politischer Kommunikation“ (Patzelt 2002: 431). Das Parlament weist neben den beschriebenen Eigenschaften auch das Charakteristikum der „rationalen Argumentation und Überzeugungskommunikation“ (Sarcinelli 2009: 257) auf. Diese Eigenschaft lässt sich nur durch das Halten von Reden, dem Einsatz von Sprache umsetzen. Dabei will Sprache Stimmungen herstellen und politische Entscheidungen vorbereiten. Politische Akteure müssen daher bestimmte rhetorische Fähigkeiten aufweisen und sich verständlich ausdrücken, um letztlich erfolgreich zu sein und bei den Wählerinnen und Wählern verstanden zu werden. „(...) ohne Verständlichkeit gibt es keine Vermittlung von Politik“ (Brettschneider 2010: 61). Dabei können sie sich beispielsweise des Framing-Ansatzes (Kapitel 2.4.2) oder anderer Mittel bedienen, die bewusst im Vorfeld der Rede ausgewählt werden.

Ziel dieses Kapitels ist die Entwicklung eines gegenstandsbezogenen Analyseansatzes zur Identifizierung und Typologisierung von Sprachstrategien. Dieser soll in den nachfolgenden Abschnitten basierend auf der theoretischen Grundlage vereint und gegenstandsbezogen angepasst werden.

Es gibt bisher keinen theoretisch begründeten Analyseansatz zur Erfassung des in der Fragestellung formulierten Forschungsinteresses. Daher werden hier im Folgenden drei Ansätze aus unterschiedlichen Wissenschaftsbereichen vorgestellt und auf die eingangs gestellten Forschungsfragen projiziert.

Der soziologische Neo-Institutionalismus, das Faktorenmodell der politischen Kommunikation und das Selbstdarstellungsmodell nach Goffman sind die zentralen erklärenden Variablen und bilden den theoretischen Rahmen.

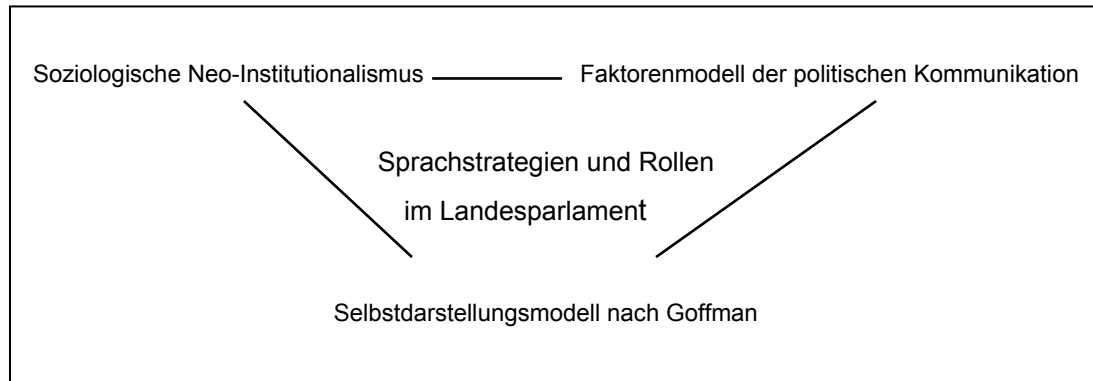


Abbildung 22: Theoretische Einordnung. Quelle: Eigene Darstellung.

Gemeinsam mit den in Kapitel 3 beschriebenen systemischen Rahmenbedingungen bilden und erklären die unabhängigen Variablen die Sprachstrategien und Sprachstrategietypen.

Die Untersuchung von Sprachstrategien und deren Typologisierung wird im Folgenden entlang des soziologischen Neo-Institutionalismus erfolgen. Im Mittelpunkt steht dabei zunächst die theoretische Erklärung von Rollen politischer Akteure im Parlament. Eine der Grundannahmen, die dieser Studie zugrunde liegt, ist, dass Sprachstrategien in erster Linie abhängig von der Rolle des jeweiligen Akteurs sind. Demzufolge wird mit Hilfe des soziologischen Selbstdarstellungsmodells nach Goffman die Rolleneinnahmen von Rednern erklärt. Aus der Rolleneinnahme heraus ergibt sich im Parlament automatisch ein kommunikatives Rollenverhalten. Entlang des Faktorenmodells der politischen Kommunikation soll dieses kommunikative Rollenverhalten – das Halten der Rede – beschrieben werden. Dabei wird Bezug genommen auf die bei der Definition von Sprachstrategien zentralen Begriffe: Adressaten, Ziele und Kalküle.

In einem weiteren Abschnitt werden die drei Methoden, Framing-Ansatz, Kriterienkatalog nach Geissner und die Impression-Management-Theorie, zur Ana-

lyse von Sprachstrategien erarbeitet und in den Forschungskontext übertragen. Mit Hilfe der ausgewählten Methoden wird anschließend ein Analyseraster erstellt, mit dem Sprachstrategien und Sprachstrategietypen in der parlamentarischen Arena aufgezeigt werden. Die Methoden ermöglichen jedoch nicht nur die Erstellung eines Analyserasters, sondern mit ihnen lassen sich auch die abhängigen Variablen, nämlich die Sprachstrategien, erklären bzw. aufzeigen. Sie sind, wie die Sprachstrategien, als unabhängigen Variablen zu bezeichnen und damit auch abhängig von den systemischen Rahmenbedingungen, dem kommunikativen Rollenverhalten sowie der Rolle.

#### **4.1 Rollen als Institutionen im Parlament**

Eine zentrale Aussage des soziologischen Neo-Institutionalismus ist, dass Institutionen politisches Handeln in hohem Maße strukturieren, auf die Interaktionen der politischen Akteure einwirken, diese jedoch nicht determinieren. Die Institutionen sind dabei allerdings kein starres Gebilde, bei denen die Regierenden beispielsweise durch „institutionelle Rollen, Regeln, Routinen beeinflusst“ (Korte 2001: 25) und dadurch begrenzt werden, sondern die Institutionen lassen auch Auswahlmöglichkeiten zu.

Bei der Untersuchung der Handlungsmöglichkeiten liegt der Fokus nicht nur auf den formalen, sondern auch auf den informellen Dimensionen. Auch gehen die Spielarten des Neo-Institutionalismus davon aus, dass politisches Handeln in außerordentlich vielfältigen institutionellen Kombinationen stattfindet. Institutionen werden nach Scott (2001: 48ff. Meyer/Scott 1994; Sutton et al. 1994) bezüglich ihrer Funktion unterschieden. Scott weist den Institutionen eine kausale, handlungsregelnde Kraft zu. Diese Kraft kann sich durch unterschiedliche, regulative, normative und kognitive Mechanismen entfalten. Der für diese Untersuchung entscheidende Mechanismus ist die nach Scott definierte regulative Institution. Hierbei generieren regulative Institutionen Handlungen über ausdrücklich formulierte Regeln und Gesetze. Der Grund, warum Akteure diese Regeln einhalten, ist das Verhindern von Sanktionen bei Nichtbefolgung, bzw. bei Einhaltung die entsprechende Belohnung. Übertragen auf die Forschungsfragen be-

deutet dies, dass Ziele, Absichten und Kalküle, die der politische Akteur im Parlament verfolgt, von formellen (z. B. Geschäftsordnung des Landtags) sowie informellen Regeln (z.B. Rollen) abhängig sind.

Ein Aspekt, der bei dem Ansatz von Scott nicht weiter verfolgt wird, aber für die theoretische Einordnung dieser Arbeit von Bedeutung ist, ist die handlungsregelnde Kraft von Institutionen. Diese Einordnung wurde auf der Grundlage des Ansatzes von Berger und Luckmann (1967) weiter verfolgt und erläutert. Nach deren Ansatz weisen Institutionen ein Vorhandensein auf, wenn die Kategorien Maßgeblichkeit, Dauerhaftigkeit und Legitimität vorhanden sind.

Maßgeblichkeit bzw. Zulässigkeit ist zu konstatieren, wenn unterschiedliches Verhalten der Akteure auf die Daseinsfunktion von Institutionen zurückzuführen ist (Jepperson 1991: 146). „Maßgeblichkeit besteht also dann, wenn eine Institution für einen Akteur in einer Situation relevant ist, wobei der Bereich potentieller Relevanz sich vor dem lebensweltlichen Hintergrund der jeweiligen Akteure unterschiedlich entscheidet“ (Senge 2006: 42f).

Die Existenz einer Institution ist bereits dann zu konstatieren, wenn ihr Einfluss auf den politischen Akteur unbewusst erfolgt. Diese Charakteristika von Institutionen weisen neben formellen Regeln, vor allem informelle Bestimmungen auf. Gerade dieser Aspekt ist es, der den Neo-Institutionalismus in den Mittelpunkt rücken lässt (Scott 2001: 57/Wolf 2003: 391).

In Kombination mit dem Begriff der Maßgeblichkeit ist die Dauerhaftigkeit ein zentraler Aspekt im Neo-Institutionalismus. Demnach liegt eine Institution vor, wenn das Verhalten der Akteure über einen längeren Zeitraum geregelt wird (Scott 2001: 48; Tolbert/Zucker 1996: 180ff; Zucker 1988). Allgemein gilt, je länger Institutionen bestehen, desto mehr Beständigkeit gewinnen sie, um so zur Selbstverständlichkeit des Lebens zu werden (Senge 2006: 43).

Zur Daseinsfunktion von Institutionen gehört Legitimation. So gilt eine Institution als stärker institutionalisiert, wenn „sie durch bestimmte Werte oder starke

Macht gestützt wird, oder wenn sie im Wissenshorizont der involvierten Akteure selbstverständlich verankert ist, so dass ihre Existenz nicht hinterfragt wird“ (Senge 2006: 44).

Die Spielart, mit der die Rolle als in den Auswahlmöglichkeiten begrenzende Institution eine theoretische Einordnung findet, ist der soziologische Neo-Institutionalismus. In Anlehnung an die eingangs aufgestellte Definition von Rollen vervollständigt der soziologische Institutionalismus den in dieser Arbeit benutzte Begriff der Rolle. Eine der Kernaussagen des soziologischen Neo-Institutionalismus ist, dass Akteuren durch Institutionen Handlungsmuster bzw. Handlungsräume gegeben werden, in denen sie sich entfalten und entsprechend verhalten können. Dabei beeinflussen die Institutionen die handelnden Akteure (Hall/Taylor 1996). Eine weitere Eigenschaft des soziologischen Neo-Institutionalismus ist, dass der Akteur glaubt einschätzen zu können, „was sein Gegenüber in einer bestimmten Situation tun werden und welches Handeln sie von ihm erwarten“ (Schimank 2007a: 162f). Das Erwartungen ein wesentliches Merkmal beim Rollenbegriff sind, wird beim Homo Sociologicus deutlich.

Der Begriff des Homo Sociologicus ist auf den Soziologen Ralf Dahrendorf zurückzuführen. Dieser sagt: „Am Schnittpunkt des Einzelnen und der Gesellschaft steht Homo Sociologicus, der Mensch als Träger sozial vorgeformter Rollen. Der Einzelne ist seine sozialen Rollen, aber diese Rollen sind ihrerseits die ärgerliche Tatsache der Gesellschaft“ (Dahrendorf 1974: 20). „Mit dem Begriff "homo sociologicus" in Analogie zu "homo oeconomicus" und "psychological man" erklärt Dahrendorf das Rollenhandeln zum zentralen Gegenstand der Soziologie. Die spezifisch soziologische Perspektive bezieht sich nicht auf das individuelle Handeln in seiner Gesamtheit, sondern auf den durch die jeweilige Rolle definierten Ausschnitt. Um sozial zu handeln, muss sich der Einzelne vorgegebener Rollenmuster bedienen und ist damit in der Interaktion mit seinen Mitmenschen nur als Rollenträger präsent“ (Miebach 2010: 50). Nach Dahrendorf sind Rollen ein "Bündel von Erwartungen, die sich in einer gegebenen Gesellschaft an das Verhalten der Träger von Positionen knüpfen" (Dahrendorf 1974: 33). „Diese Verhaltenserwartungen üben einen Zwang auf das Individu-

um aus, indem der Gesellschaft Sanktionen zur Verfügung stehen, um die Erwartungen durchzusetzen. Konformes Verhalten wird belohnt und damit positiv sanktioniert, und abweichendes Verhalten bestraft, also mit negativen Sanktionen belegt“ (Miebach 2010: 50). Generell lassen sich die drei Arten der Erwartungen aus Kapitel 2.2.3 unterscheiden. Im Zusammenhang mit den Erwartungen ist bei Dahrendorf auch immer wieder die Rede von der Erfüllung der Erwartungen und entsprechenden Sanktionen. Genau die in Kapitel 2.2.3 ausgeführten Sanktionsvariablen sind es, von denen hier die Rede ist.

Überträgt man nun dieses neo-institutionalistische Verständnis auf das Forschungsinteresse, so gilt, dass die Rolleneinnahme von politischen Akteuren im Plenum ein fester Bestandteil ist. Rollen sind Bestandteil des Selbstverständnisses politischer Akteure und werden bei jeder Plenarrede bewusst eingenommen. Die Rolleneinnahme wird dabei durch die Landtagswahl vorgegeben und schränkt den Redner somit bereits in seiner strategischen Auswahl und seinen Handlungsräumen ein. Ob Oppositions- oder Regierungsfraktion, das Ergebnis und die anschließende Koalitionsbildung determinieren die Rollen von Rednern. Der Redner kann dann nur zwischen Angriff – Oppositionsakteur – und Verteidigung – Regierungsakteur – entscheiden. Innerhalb dieser beiden grob dargestellten Räume kann der Redner eine Strategie sprachlich auswählen, um sich und die entsprechenden politischen Inhalte und Ziele zu demonstrieren. Mit der Einnahme der Rolle im Plenum sind, wie in der Beschreibung des Rollenbegriffs in Kapitel 2.2 dargestellt, immer auch gewisse Erwartungen verbunden. Von Erwartungen wird auch beim angesprochenen Homo Sociologicus gesprochen. Der Redner richtet sein Handeln unter anderem an den an ihn herangetragenen Erwartungen aus. Die Handlungsziele kann der Akteur aber nur dann hoffen zu erreichen, „wenn bestimmte andere Akteure auf mehr oder weniger bestimmte Weise handeln oder nicht handeln, ihn zum Beispiel unterstützen, mit ihm kooperieren, sich mit ihm absprechen, ihn nicht sanktionieren oder sein Handeln dulden“ (Lange/Schimank 2004: 19). Durch die an den Redner gestellten Erwartungen wird dieser gleichzeitig in seiner Handlung, der Anwendung von Sprachstrategien, eingeschränkt. Die Rolleneinnahme be-



schränkt den Akteur in seiner Handlung und damit auch in seiner Sprachstrategie.

Der Neo-Institutionalismus, speziell der soziologische Neo-Institutionalismus sowie der Homo Sociologicus, haben deutlich gemacht, dass Rollen politischer Akteure in der parlamentarischen Arena als Institution aufzufassen sind und erklärt die für diese Arbeit grundlegende Funktion der Rolle für die Anwendung von Sprachstrategien. Die Rolle bedingt die Sprachstrategie und engt diesen gleichzeitig in seinen strategischen Handlungsmöglichkeiten ein. Der neo-institutionalistische Ansatz beschreibt die Rolleneinnahme von Akteuren jedoch zu allgemein. So geht dieser nicht auf die spezielle zum Beispiel an den Ort gebundene Rolleinnahme ein. Da es sich bei der vorliegenden Arbeit jedoch um spezielle Rolleneinnahmen von Akteuren handelt, sollen diese im folgenden Kapitel mit Hilfe des Selbstdarstellungsmodells nach Goffman näher beschrieben werden. Erwin Goffman befasst sich überwiegend mit „gesellschaftlichen Einrichtungen als verhältnismäßig geschlossene Systeme“ (Goffman 2008: 218). Charakteristisch für dieses Modell und die für diese Arbeit wichtigen Elemente sind die Darstellung, der Ort und das ortsbestimmte Verhalten.

#### **4.2 Selbstdarstellungsmodell nach Goffman**

Die zentrale Eigenschaft des Modells ist der Aspekt der Darstellung mit der Trennung in die Bereiche 'Hintergrund' und 'Bühne'. Den Begriff der Darstellung beschreibt Goffman mit den Kriterien der „Fassade“, „Dramatische Gestaltung“, „Idealisierung“, „Ausdruckskontrolle“, „Unwahre Darstellungen“, „Mystifikation“ sowie „Dichtung und Wahrheit“ (Goffman 2008). Die Darstellung des Einzelnen beschreibt Goffman mit dem Begriff der „Fassade“. Darunter versteht er „das standardisierte Ausdrucksrepertoire, das der Einzelne im Verlauf seiner Vorstellung bewusst oder unbewusst anwendet“ (Goffman 2008: 23). Dazu gehört zunächst das Bühnenbild, welches ein starres Gebilde ist. Es hat die Eigenschaft, dass die Akteure „ihr Spiel nicht beginnen können, bevor sie sich an den geeigneten Ort begeben haben, und ihre Vorstellung beenden müssen, wenn sie ihn verlassen“ (Goffman 2008: 23).

Generell unterscheidet Erwin Goffman den Begriff der „persönlichen Fassade“ (Goffman 2008: 25) auch in das für die Arbeit wichtige Merkmal des Verhaltens. „Mit Verhalten sind dann die Teile der persönlichen Fassade gemeint, die dazu dienen, uns die Rollen anzuzeigen, die der Darsteller in der Interaktion zu spielen beabsichtigt“ (Goffman 2008: 25). Dazu lassen sich auch die in dieser Arbeit zu untersuchenden Sprachstrategien zählen. Sie stehen im Fokus der Ausdrucksformen, die dazu verwendet werden, um diejenigen Informationen zu transportieren, die bewusst vermittelt werden sollen. Damit wird dem Adressaten verdeutlicht, dass dies die einzig richtigen Informationen sind.

Bei der Darstellung, der Ausübung der Rolle des Redners im Plenum, spielen jedoch nicht nur seine Ziele und Kalküle sowie seine Person als Debattenredner eine wesentliche Rolle, auch das gesamte Ensemble – die Fraktion, Regierung, Partei – steht im Fokus. Der Begriff Ensemble steht „für Gruppen von Individuen, die gemeinsam eine Rolle aufbauen“ (Goffman 2008: 75). Der einzelne Abgeordnete oder das Regierungsmitglied spielt demnach nicht eine, seine einzelne Rolle, sondern auch die der Fraktion, der Regierung oder Partei. Denn sie alle tragen mit ihrer Darstellung in der parlamentarischen Arena „zur Überführung von politischen Inhalten in die Realität bei“ (Tsoneva 2006: 30). Alle Akteure beabsichtigen die Darstellung der Geschlossenheit, der Richtigkeit ihres Handelns sowie ihr Verantwortungsbewusstsein. Darüber hinaus verfolgen sie das Ziel, ihre Ideen und Vorschläge darzustellen und dabei sowohl eine einzelne aber auch eine kollektive Rolle einzunehmen. Nur dadurch wird ihre Darstellung, ihre Inszenierung erfolgreich. Insgesamt wird eine Rolle eingenommen, die nach außen dargestellt und wahrgenommen werden soll. „Gleichgültig ob nun Mitglieder eines Ensembles gleichartige Einzeldarstellungen oder ob sie verschiedene Darstellungen inszenieren, die sich zu einem Ganzen zusammenfügen, das gesamte Ensemble lässt einen bestimmten Eindruck entstehen, der für sich allein als drittes Phänomen der Einzeldarstellung einerseits und der Gesamtinteraktion der Gruppe andererseits betrachtet werden kann. Ja gerade dann, wenn unser besonderes Interesse der Manipulation von Eindrücken, den Konsequenzen solcher Manipulation und den Techniken, die diese Konsequen-

zen abfangen sollen, gilt, können das Ensemble und die Ensemble-Darstellung als Ausgangspunkt besonders geeignet sein“ (Goffman 2008: 75f.).

Der Begriff Ensemble hat den Vorteil, dass sowohl Einzel- als auch Kollektivdarstellungen betrachtet werden können (Goffman 2008: 76). In der vorliegenden Arbeit liegt der Fokus auf dem einzelnen politischen Akteur und seiner Rolle, die er bewusst oder unbewusst einnimmt. So wird jede Rede zunächst einzeln untersucht, bevor sie abschließend einem Sprachstrategietyp zugeordnet wird. Dass bei der Rollenverteilung bzw. Erwartung das Ensemble von Wichtigkeit ist, ergibt sich aus den oben genannten gemeinsamen Zielen.

Neben den bisher beschriebenen zentralen Elementen, sind auch der Ort und das ortsbestimmte Verhalten von Bedeutung. Goffman unterscheidet dabei zwei Bühnen, die so genannte „Vorderbühne“ (Goffman 2008: 100) und die „Hinterbühne“ (Goffman 2008: 104). „Das feststehende Zeichen-Repertoire dieser Region ist bereits unter dem Titel Bühnenbild als Teil der Fassade identifiziert worden“ (Goffman 2008: 100). Übertragen auf die Politik und die vorliegende Arbeit ist dies die Bühne der Öffentlichkeit, der Plenarsaal. Hier, wo Fraktionskollegen, Regierungsmitglieder, Abgeordnete der Opposition, Zuschauer und die Medien sitzen, hat der politische Akteur die Möglichkeit, sich mit seinen Sprachstrategien zu inszenieren. An dieser Stelle lässt sich eine Verbindung des Modells nach Goffman mit den Funktionen des Parlamentarismus feststellen. Genauer gesagt finden wir einen Zusammenhang mit der Funktion der Repräsentation.

Die Repräsentation ist ein zentraler Begriff in der Politikwissenschaft sowie in der Demokratietheorie. Eine der bekanntesten Definitionen von Repräsentation lieferte Ernst Fraenkel (1991: 153): „Repräsentation ist die rechtlich autorisierte Ausübung von Herrschaftsfunktion durch verfassungsmäßig bestellte, im Namen des Volkes, jedoch ohne dessen bindenden Auftrag handelnde Organe eines Staates oder sonstigen Trägers öffentlicher Gewalt, die ihre Autorität mittelbar oder unmittelbar vom Volk ableiten und mit dem Anspruch legitimieren,

dem Gesamtinteresse des Volkes zu dienen und dergestalt wahren zu vollziehen“.

Hierbei geht es darum, dass der Wille der gesamten Bevölkerung nur durch einzelne Vertreter kommuniziert werden kann (Detjen 2007: 106). Die einzelnen Akteure treten in Vertretung der Gesamtheit auf, treffen für sie die Entscheidungen und handeln sowie kommunizieren in Vertretung. Diese Funktion nehmen im Parlament u. a. die Abgeordneten, die Fraktionsvorsitzenden sowie die Regierungsvertreter ein – sie alle sind Repräsentanten (Detjen 2007: 106).

Ein für den Parlamentarismus gutes Analysemodell der Repräsentation stammt von Hanna Pitkin. Pitkin unterscheidet in ihrem Buch „The Concept of Representation“ drei Ansätze der Repräsentation – den formalistischen Ansatz, die deskriptiv-darstellende Repräsentation und die handlungsorientierte Repräsentation (Pitkin 1967, Marschall 2005). Der letztgenannte Ansatz erklärt den Zusammenhang des Theatermodells und der Repräsentation. Die „handlungsorientierte Repräsentation lässt Vertretung zu einem sozialen Prozess werden, an dem auf beiden Seiten Menschen mit Interessen und Erwartungen teilnehmen. (...) Repräsentation wird zu einem interaktiven Vorgang zwischen Parlamentariern und der zu vertretenden Bevölkerung“ (Marschall 2005: 51). In diesem Kontext erwähnt Pitkin auch das Verständnis der Rolle von politischen Akteuren.

Die Parlamente und die politischen Akteure haben in diesem Zusammenhang die Funktion, dass sie „in einem öffentlichen Diskurs das Gemeinwohl finden. Ein echter Diskurs setzt voraus, dass die Abgeordneten nicht den Weisungen der Wähler unterliegen. Ein Diskurs verlangt eigenständige Urteilsbildung“ (Detjen 2007: 108). Dabei nehmen die politischen Akteure unterschiedliche Rollen ein, die, wie in der Definition erwähnt, an Erwartungen aufgrund des Ortes der Darstellung geknüpft sind. Die Einnahmen dieser Rollen sind also ausschließlich von der Situation abhängig, werden nur zu diesem Zeitpunkt dargestellt und enden, sobald die Darstellungssituation schließt. In diesem Fall spricht man von so genannten situationsbezogenen Rollen (Hannappel/Melenk 1979: 68). Diese

„dauern genauso lange an wie die zugehörige Situation“ (Hannappel/Melenk 1979: 68). Genau in diese Rollenkatēorie lassen sich die Debattenredner im Plenum einordnen. Der politische Akteur nimmt seine Rolle am Rednerpult im Plenarsaal nur so lange ein, wie er seine Rede vorträgt. Dabei ist dem politischen Akteur bewusst, dass sein Verhalten auf öffentlicher Bühne wahrgenommen wird. Darüber hinaus ist dem Redner bekannt, dass er einen Repräsentanten einer gewissen Gruppe innerhalb der Gesellschaft in der parlamentarischen Arena darstellt, womit Erwartungen verbunden sind. Aber nicht nur aus der Öffentlichkeit werden Erwartungen an den Debattenredner herāngetragen, sondern auch die Mitglieder der internen Gruppe – der Fraktion, Partei oder Regierung – haben eine bestimmte Erwartungshaltung an den Sprecher. Aufgrund der Tatsache, dass der Debattenredner über diese Informationen verfügt, kann das Vorgehen, das „Handlungsmuster“ (Goffman 2008: 18) im Vorfeld ausführlich geplant, besprochen und bestimmt werden. Dementsprechend kann der politische Akteur sein Sprachrepertoire genau auf diese Darstellungssituation abstimmen und bewusst einsetzen, um so Ziele und Kalküle zu erreichen.

Ein derartiges Geschehen, das in der Öffentlichkeit stattfindet, muss im Hintergrund entwickelt werden. Dieses findet nach Goffman auf der Hinterbühne statt. Den Begriff der Hinterbühne definiert Goffman „als der zu einer Vorstellung gehörige Ort, an dem der durch die Darstellung hervorgerufene Eindruck bewusst und selbstverständlich widerlegt wird“ (Goffman 2008: 104). Dieses ist der Ort, an dem das entsteht, was auf der Vorderbühne zu sehen ist, wo gewisse Elemente gelagert werden können oder Vorstellungen geprobt werden. Also jener Ort, zu dem der Zuschauer keinen Zugang hat.

Diesen beschriebenen Ort finden wir im Parlament an zahlreichen Stellen wieder. So sind dies beispielsweise die nicht öffentlichen Ausschusssitzungen, die Fraktionssitzungen, bei denen beispielsweise das Ensemble, die Fraktion (Kapitel 3.4.2), seine gemeinsame Rolle besprechen und beraten kann. Auch die verschiedenen Abgeordneten- und Ministerbüros spiegeln diesen Ort der Hinterbühne wieder. In ihnen entstehen die intentionalen Sprachstrategien auf-

grund der Rollenzugehörigkeit, die im Plenum zur Zielerreichung eingesetzt werden, mit denen die Adressaten überzeugt werden sollen.

Durch den soziologischen Neo-Institutionalismus und das Selbstdarstellungsmodell von Erwin Goffman konnten nicht nur Rollen als Institutionen nachgewiesen werden, sondern auch speziellen Rolleneinnahmen im Parlament näher beschrieben werden. Mit der Rolleneinnahme von politischen Akteuren in der parlamentarischen Arena ist wie bereits schon erwähnt, auch immer ein kommunikatives Rollenverhalten verbunden. Das heißt, wenn ein Akteur im Plenum eine Rede hält, äußert sich dieser seiner Rolle und den Erwartungen entsprechend. Genau dieses kommunikative Rollenverhalten im Parlament wird im Folgenden mit dem Faktorenmodell näher beschrieben.

#### **4.3 Faktorenmodell der politischen Kommunikation**

Mit der Rede im Plenum trägt der politische Akteur mit seinem Handeln zur politischen Öffentlichkeitsarbeit des Plenums bei (Sarcinelli 2009: 250). Durch die Rede des politischen Akteurs „kann das Plenum zum Schaufenster eines parlamentarischen Kommunikationsmanagements werden“ (Sarcinelli 2009: 248). Dabei steht nicht nur die interne Überzeugung im Vordergrund, sondern auch die „Darstellungskommunikation für das Publikum außerhalb des Parlaments“ (Sarcinelli 2009: 248).

Aus Sicht der Kommunikationsforschung findet sich dieses Vorgehen im Faktorenmodell der politischen Kommunikation nach Hannapel und Melenk (1984) sowie Herrgen (2000) wieder. Als Grundlage für diesen Ansatz gilt, dass Sprache immer in bestimmten Situationen stattfindet, an einen Adressaten gerichtet ist und Ziele verfolgt (Girnth 2002: S. 31). Bei diesem Modell sind Intention und Situation die entscheidenden Merkmale. Der politische Akteur verfolgt bewusst gewisse Absichten und Ziele (Girnth 2002: S. 32). Der Fokus des Faktorenmodells liegt auf der Sichtweise des handelnden politischen Akteurs, wobei dessen Äußerung durch seine Intention sowie durch seine Annahme über die Situation und den Partner motiviert ist (Hannappel/Melenk 1979: 21). Für diese Untersu-

chung gelten als primäre Intention Werte, Normen und Erwartungsorientierung. Diese Intention ist jedoch von der Situation abhängig und kann nur in bestimmten Konstellationen verwirklicht werden. Eine solche Situation, in der die Intention realisiert wird, ist die Plenardebatte.

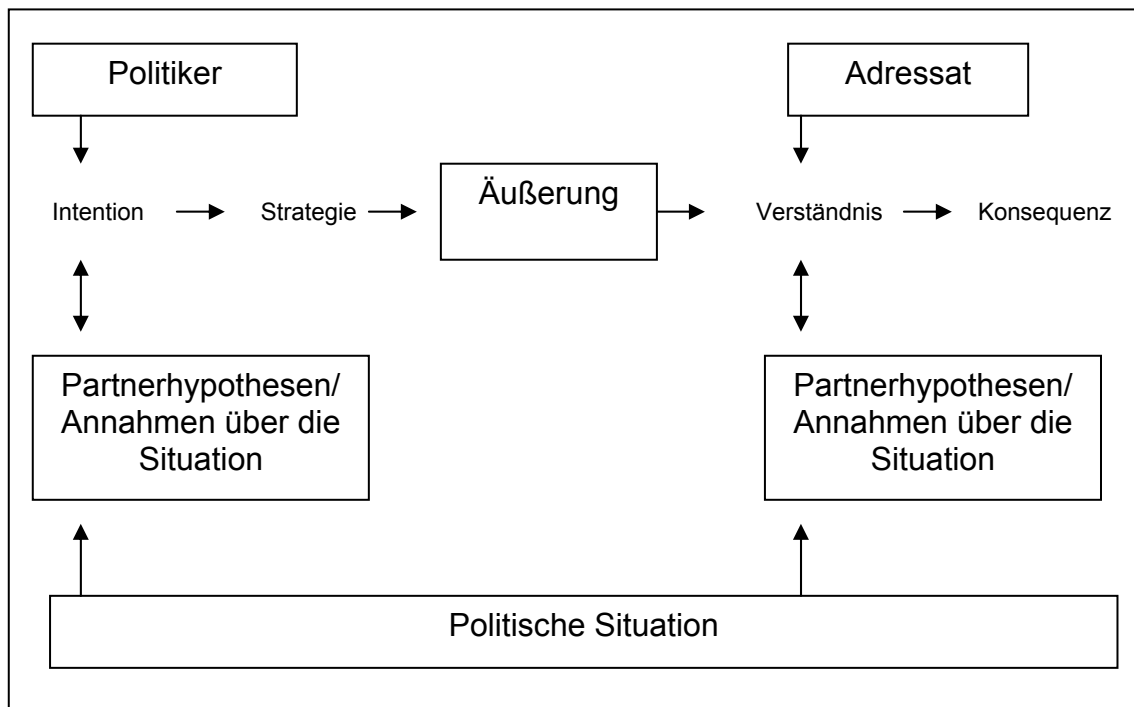


Abbildung 23: Faktorenmodell der politischen Kommunikation. Quelle: Hannapel/Melenk (1984:21) und Herrgen (2000: 38).

Allgemein beschreibt das Modell zwei verschiedene Seiten: zum einen den agierenden, handelnden Akteur – den Politiker – und auf der anderen Seite den reagierenden, den zuhörenden Akteur, den Adressaten (Hannapel/Melenk 1979: 22/Hannapel/Melenk 1984: 21 und Herrgen 2000: 38).

Der handelnde Akteur, in unserem Fall der Debattenredner, verfolgt mit seiner Rede eine bestimmte Intention, „worunter seine Absichten und Ziele zu verstehen sind. Als primäre Intention des Politikers kann hier – grob vereinfachend – das Erreichen von Zustimmung seitens der Öffentlichkeit angesetzt werden“ (Girnth 2002: 32). Generell ist mit der Intention das Fundament für jedwedes soziales Handeln gegeben (Herrgen 2000: 39). Die oben angesprochene Inten-

tion wird nur in einer bestimmten Situation real. Dabei wird Situation definiert als „die subjektive Umweltinterpretation und -orientierung des einzelnen Kommunikators, soweit sie als komplexe Voraussetzung der [...] Handlung fungiert“ (Bayer 1984: 101). Die Situation, in der sich die Person befindet, wird dabei von jedem selbst interpretiert. Jeder entscheidet für sich, was für ihn wichtig ist, welche Faktoren von Bedeutung sind und sich in die jeweilige Annahme einbeziehen lassen und welche Erwartungen der zuhörende Akteur haben könnte (Hannappel/Melenk 1979: 64). Allerdings beeinflussen auch die beschriebenen systemischen Rahmenbedingungen die Situation bzw. das Verhalten des Akteurs. Zu der jeweiligen Situation gehört ein entsprechender Situationstyp. Dieser liegt vor, „wenn aus der Typisierung überindividuelle Verhaltensregeln abzuleiten sind. Wenn ich eine Situation als einen Fall des Situationstyp X ansehe, so frage ich nicht mehr nur: wie verhalte ich mich in dieser Situation, sondern wie verhält man sich in einer solchen Situation“ (Hannappel/Melenk 1979: 64). Dieses Verhalten lässt sich in dem definierten Begriff der Rolle wiederfinden.

Eine derartig bestimmte Situation ist die Rede des politischen Akteurs im Plenum. „Im Rahmen eines solchen Situationstyps leitet der Politiker bestimmte Annahmen über die Adressaten ab, so genannte Partnerhypothesen, wobei auch umgekehrt die Adressaten bestimmte Erwartungen an den Politiker haben“ (Girnth 2002: 32). Damit der Redner seine Ziele und Kalküle verwirklichen kann, benötigt der politische Akteur nach dem Faktorenmodell der Kommunikation eine Strategie. Diese Strategie ist die eingangs erwähnte und definierte Sprachstrategie, die zur Realisierung seiner, aber auch der Ziele und Kalküle seiner Gruppe – Fraktion, Partei, Regierung – führen soll. Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse, die sich durch die Wahlen ergeben, lassen sich die Erfolge der Sprachstrategie weniger am Abstimmungsverhalten im Parlament messen. Vor allem die positive Resonanz der Adressaten, der Beifall und Zwischenrufe aus der Gruppe, die Veröffentlichung bzw. Zitierung gewisser Sprachmuster der Reden in den Medien, sind entsprechende Erfolgsindikatoren. Besonders die Massenmedien sind bei der Regierungskontrolle wesentliche Akteure. Der Erfolg der Regierungskontrolle durch die Opposition hängt vor allem davon ab, „wie bereitwillig und umfänglich Journalisten die Themen und Urteile von Oppo-



sitionsparteien aufgreifen“ (Patzelt 2006: 145) und somit auch die Sprachmuster bzw. die Sprachstrategien der Opposition anführen.

Dort, wo es einen handelnden, sprechenden politischen Akteur gibt, muss auch ein zuhörender Akteur vorhanden sein, der Adressat. Wer sind die Adressaten der Rede des politischen Akteurs? In welchem Zusammenhang stehen die Rollen, die Strategie, Intention, die Adressaten und Sprachstrategien?

Die Adressaten einer Rede im Plenum können zum einen die eigenen Fraktions- bzw. Regierungsmitglieder sein, zum anderen aber auch die außerparlamentarische Öffentlichkeit. Zu berücksichtigen ist dabei, dass das Medieninteresse auf Landesebene nicht vergleichbar mit der Bundesebene ist. Dennoch wissen auch die politischen Akteure im Landtag die Gunst der Medienöffentlichkeit zu nutzen, zumal die dritte Lesung zum Haushaltsgesetz im regionalen Fernsehen (WDR) übertragen wird. Nicht nur über die Kenntnis zu verfügen, dass deutlich mehr Journalisten vor Ort sind, als an „gewöhnlichen“ Plenartagen, sondern auch die Absicht, die richtigen Adressaten zu erreichen, beeinflussten die Rolle des politischen Akteurs und somit die Sprachstrategie.

Zu unterscheiden gilt, aus welcher Gruppierung der politische Akteur stammt. Denn aus der parlamentarischen Funktion ergeben sich ebenfalls Rückschlüsse auf die Adressaten. So übernimmt die Oppositionsfraktion beispielsweise die Funktion der Regierungskontrolle, d. h. Kritik zu äußern und Alternativvorschläge zu unterbreiten (Ismayr 2009: 134). Die Ausübung dieser Funktion kann durch das Einbringen von Gegenentwürfen im Parlament erfolgen (Mayer 2005: 60). Weitere Kontrollinstrumente sind die Große, Kleine und Mündliche Anfrage sowie die Beantragung Aktueller Stunden (Korte/Florack/Grunden 2006: 66) oder der aktuellen Viertelstunde im Ausschuss. Demzufolge sind die Adressaten zum einen die Landesregierung mit ihren Regierungsfractionen, zum anderen die Öffentlichkeit, aber auch die eigenen Mitglieder. Denn auch in den eigenen Reihen müssen Mehrheiten für das Vorgetragene gewonnen und gebildet werden. Denn der politische Erfolg eines Abgeordneten ist nur dann möglich,

wenn die Unterstützung aus der eigenen Fraktion gesichert ist (Sontheimer/Bleek 2003: 290).

Aus Sicht der Regierung bzw. der Regierungsfractionen sind die Adressaten von besonderer Bedeutung. Bei den eigenen Abgeordneten gilt es, eine Vertrauensbasis für die Politik der Landesregierung zu schaffen. Es gilt, Geschlossenheit zu demonstrieren, besonders bei der Einbringung von Gesetzen. Denn die Regierung ist es, die die Mehrzahl der Gesetze einbringt (Sontheimer/Bleek 2003: 279). 70 bis 80 Prozent der Gesetzesvorschläge gehen von der Landesregierung aus (Dästner 2002: 201). Die Rede aus Regierungsperspektive verfolgt aber auch das Ziel des Vertrauensgewinns für ihre Politik innerhalb der Fraktion wie auch in der Öffentlichkeit. Zusammengefasst: Vertrauen für die Politikgestaltung der Landesregierung durch Sprache zu gewinnen ist das Ziel. Von Bedeutung ist für die Regierungsebene auch die Öffentlichkeit. So nutzen Regierungsvertreter aus Kabinett und Fraktion die Wandlung der Plenardebatte hin zu einem „Vermittlungsforum“ (Marschall 2001: 407) für die Darstellung und Vermittlung ihrer Politik. Mit der Generaldebatte wird dem Ministerpräsidenten/in die Möglichkeit gegeben, seine/ihre Politik, seine politischen Ziele, seine Positionen nicht nur den eigenen Regierungsakteuren, sondern sie auch den Wählerinnen und Wählern zu vermitteln. So kann der Ministerpräsident u. a. für Unterstützung seiner Politik auch in der Öffentlichkeit werben. Dabei ist die Zielerfolgung von zentraler Bedeutung. Es geht um den Erhalt und die Sicherung der Macht (Pleines 2008: 29).

#### **4.4 Konzepte und Anwendungen zur Analyse von Sprachstrategien in der parlamentarischen Arena**

Das nachfolgende Kapitel soll den Untersuchungsaufbau dieser Arbeit veranschaulichen, indem es die unterschiedliche Vorgehensweise einer Textanalyse herausstellt. Die Sprachwissenschaft hat eine Vielzahl von Methoden zur Untersuchung von Texten oder politischen Reden herausgearbeitet. Bisher gibt es in der Literatur jedoch kein Analyseraster, um Sprachstrategien im Zusammenhang mit der Rolleneinnahme von Regierungs- und Oppositionsakteuren zu

analysieren und zu unterscheiden. Aus diesem Grund werden in den folgenden Kapiteln drei Ansätze näher beschrieben, die die Grundlage für ein einheitliches Analyseraster bilden.

Die Herausforderung dieses Forschungsansatzes besteht somit darin, die Ansätze aus den unterschiedlichen Fachrichtungen bezüglich einer politikwissenschaftlichen Analyse miteinander zu verbinden. Gleichzeitig dient diese Auswahl als Eingrenzung eines Analyseansatzes, um einem zu offenen Zugang entgegenzuwirken. Durch das zu beschreibende methodische Vorgehen ist das Analyseraster bezüglich der Validität überprüft worden. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, den Zugang aus unterschiedlichen Fachrichtungen in Bezug auf die Forschungsfragen näher vorzustellen.

Kapitel 4.4.1 bis 4.4.3 dienen zunächst dazu, die grundsätzliche Funktion der jeweiligen Modelle zu beschreiben und deren zentrale Eigenschaften herauszuarbeiten. Dabei stehen der Framing-Ansatz mit seinen wesentlichen Merkmalen, der Analysekatolog von Geissner sowie anschließend Techniken der Impression-Management-Theorie im Vordergrund. Im weiteren Verlauf werden die gewonnen Erkenntnisse bezüglich der Anwendbarkeit auf die Untersuchung überprüft und Beispiele genannt, die zur Realisierung des Analyserasters beitragen. Abschließend wird das Analyseraster mit den jeweiligen Kategorien entwickelt und dargestellt.

#### **4.4.1 Framing in der parlamentarischen Debatte**

„Menschen denken in Form von Frames. Jedes Mal, wenn wir denken – irgendwas denken –, wird in unserem Gehirn ein Frame aktiviert. Frames sind Deutungsrahmen, die unser Wissen strukturieren und den Informationen einen Sinn zuordnen“ (Lakoff/Wehling 2009: 73).

„Wollen wir heute erfolgreich mit anderen zusammenarbeiten, dann müssen wir ganz konkret in der Lage sein, eine bestimmte Deutung und Sichtweise vermitteln zu können. Die Qualifikation, die wir dazu brauchen, nennt man Framing“

(Fairhurst/Sarr 1999: 22). Diese in dem Zitat von Fairhurst und Sarr beschriebene Fähigkeit wird immer wichtiger, um gewisse Standpunkte bewusst zu kommunizieren (Fairhurst/Sarr 1999: 22).

Kern der Framing-Theorie<sup>22</sup> ist, dass Menschen durch die Art und Weise, wie etwas dargestellt wird, beeinflusst werden. Der Rahmen ist dabei eine Ansicht, der dazu dient, Bedeutungen zu organisieren oder zu strukturieren. Aus Sicht der Kommunikationswissenschaft dient Framing als Erklärungsinstrument, als Instrument der Aufmerksamkeitsgewinnung und als Instrument der Motivation (Fairhurst/Sarr 1999: 43). Durch diese Elemente kann ein politisches Thema konstruiert und diskutiert werden. „Diese Frames beeinflussen unsere Sicht der Dinge nicht nur durch das, was sie hervorheben, sondern auch durch das, was sie auslassen. Bei jedem Framing, wenn wir anderen eine bestimmte Interpretation nahe legen wollen, schließen wir immer andere Aspekte aus, darunter entgegengesetzte oder alternative Deutungen“ (Fairhurst/Sarr 1999: 23). Das Framing ist dabei auch abhängig von der politischen Kultur (Strünck 2005: 226). Nach Entman (1993) erfüllt Framing vier Funktionen: „define Problems“, „diagnose causes“, „make moral judegments“ und „suggest remedies“.

Ein einzelner Satz kann mehr als eine dieser vier gestaltenden Funktionen erfüllen, obgleich viele Sätze in einem Text diese Funktionen nicht erfüllen. Und im Rahmen (Frame) eines bestimmten Textes können möglicherweise nicht alle vier Funktionen eingefügt werden (übersetzt nach Entmann 1993: 52). „Pioniere des Framing-Ansatzes gehen davon aus, dass die Anhänger sozialer Bewegungen bestimmte Grundüberzeugungen teilen. Daher besteht ihre eigentliche Funktion darin, Ereignissen oder Verhältnissen ihre eigene Interpretation zu verleihen, um Menschen zu mobilisieren, externe Unterstützung zu gewinnen oder auch Gegner zu demobilisieren“ (Strünck 2006a: 48). „Frames sind dauerhafte Muster der Wahrnehmung, Interpretation, Selektion, Betonung und Exklusion, durch die Akteure Diskurse organisieren“ (Adam 2008: 187 nach Gitlin

---

<sup>22</sup> Als Gründer des Framings-Ansatzes können Amos Tversky und Daniel Kahnemann (Choices, Values, and Frames. Cambridge University Press, New York 2000) angesehen werden, wobei Fairhurst und Sarr diesen Begriff geprägt haben.

1980: 7). „Sie tun dies, indem sie Probleme definieren, Interessen und Ziele herausstreichen, Bewertungen nahe legen, Gründe diagnostizieren und Handlungen rechtfertigen“ (Adam 2008: 187 nach Entman 1993).

Generell lassen sich zwei Arten von Frames unterscheiden: Surface Frames und Deep Seates Frames. Durch die Surface Frames erfassen „wir die Bedeutung einzelner Worte und Sätze (...) also Frames auf der sprachlichen Ebene“ (Lakoff/Wehling 2009: 73). Deep Seates Frames sind für die Wahrnehmung unserer Umwelt verantwortlich, sie strukturieren unsere „Annahmen von der Welt zum Beispiel auf Grund unserer moralischen und politischen Prinzipien, und die für uns schlicht wahr sind – die also unseren eigenen Common Sense ausmachen“ (Lakoff/Wehling 2009: 73).

Die für die Arbeit bedeutendsten Frames sind die Surface Frames. Durch das Instrument des Framing ist die Möglichkeit gegeben, mittels Sprache zu leiten. Das bedeutet, dass durch Sprache eine gemeinsame Sicht von Dingen geschaffen werden kann und damit Andere zum Handeln bewegt werden können. Drei wesentliche Merkmale kennzeichnen nach Fairhurst und Sarr (1999) das Framing – die Sprache, das Denken und das Vorausdenken.

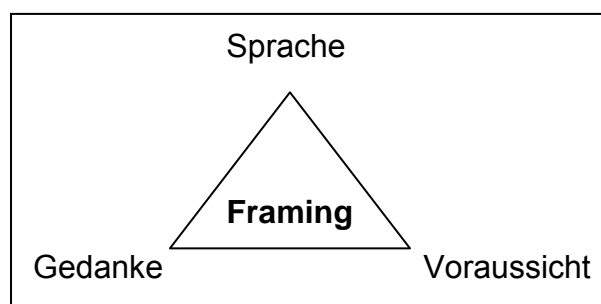


Abbildung 24: Merkmale des Framings nach Fairhurst und Sarr (1999: 26). Quelle: Eigene Darstellung.

Die Sprache ist dabei ein zentrales Element. Sie erzeugt eine bestimmte Deutung. Es kommt demnach auf die Auswahl der Wörter, Wortbindungen und Sätze an. Diese werden, wie bei dem Begriff der Sprachstrategie beschrieben, bewusst eingesetzt. Durch das Framing lässt sich Verständnis erzeugen und mit

Hilfe von Sprache lassen sich dann Elemente einsortieren und entsprechende Kategorien finden. Darüber hinaus hilft Sprache, Erinnerungen und Informationen hervorzurufen. Metaphern helfen dabei, Gegenstände einfacher zu verstehen und einzuordnen (Fairhurst/Sarr 1999: 27).

#### **Sprache hat folgende Funktionen:**

Sprache....

„hilft uns, bestimmte Aspekte einer Situation klar ins Bewusstsein zu holen.“

„hilft uns, Dinge einzuordnen und geeignete Kategorien zu finden.“

„hilft uns, zu erinnern und Informationen abzurufen.“

„hilft uns, Sachen im Vergleich mit etwas anderem leichter zu verstehen und einzuordnen, dieses geschieht durch Metaphern.“

Abbildung 25: Funktionen von Sprache nach Fairhurst/Sarr (1999: 27f.). Quelle: Eigene Darstellung.

Um Akteure von unserer Sichtweise zu überzeugen und die entsprechenden Botschaften zu kommunizieren, gilt es, zunächst überhaupt eine Botschaft zu verfassen. Die Sprache und das Denken sind zwei mit einander eng verbundene Faktoren, die ein Kennzeichen für erfolgreiches Framen sind.

Bei Framing gilt für das Element des Denkens grundsätzlich: „Um andere framen zu können, müssen wir zuerst uns selbst framen“ (Fairhurst/Sarr 1999: 28). Das bedeutet, es bedarf eigener Vorstellungen für das Funktionieren der Welt (Senge 2008: 174). Diese Art der Wahrnehmung von Dingen beeinflusst das Framing stark und nimmt somit auch Einfluss darauf, was und wie etwas vermittelt wird. Dabei wird oftmals auf Erfahrungen zurückgegriffen (Fairhurst/Sarr 1999: 28).

Vervollständigt werden diese zwei Merkmale durch das dritte Element, welches sich aus dem Vorausdenken und der Spontaneität zusammensetzt. Gute Kommunikation ist nicht immer in Verbindung mit einer detaillierten Vorbereitung zum Beispiel einer Rede zu setzen (Fairhurst/Sarr 1999: 30). Nicht alles, was minutiös geplant ist, spiegelt sich in einer guten Kommunikation wider. Eine

Rede, die beispielsweise sehr detailliert geplant ist, lässt wenig Raum für Spontaneität. Spontaneität ist nicht planbar. Der Akteur muss immer in der Lage sein „spontan zu kommunizieren (...) und zwar überall und immer“ (Fairhurst/Sarr 1999: 31), wenn er erfolgreich sein will. Dieses Phänomen trifft beispielsweise auf Zwischenrufe und Zwischenfragen im Parlament zu. Der Abgeordnete reagiert abweichend von seinem Redemanuskript. Auf Zwischenfragen und Zwischenrufe im Allgemeinen soll in Kapitel 5.2 noch näher eingegangen werden.

Frames sind ein wesentlicher Bestandteil der Politik. Sie finden dann Anwendung, wenn politische Akteure versuchen, Ereignisse als eine Tatsache zu beschreiben oder diese anders zu deuten. Die Akteure entscheiden durch das Setzen eines Deutungsrahmens darüber, wie wichtig ein Aspekt ist bzw. nicht ist und aus welcher Perspektive er betrachtet wird. Dabei nehmen sie einen unverkennbaren Standpunkt zu dem Thema ein und interpretieren gleichzeitig so den Gegenstand der Diskussion (Benford/Snow 2000; Gamson/Modigliani 1989; Gamson 1992; Snow/Benford 1988, 1992; Snow u.a. 1986). Für die Plenardebatten im Landtag gilt wie bei öffentlichen Diskussionen, in denen politische Themen diskutiert werden, oder für Wahlprogramme, dass sie aus der Sprachperspektive teilweise schwer verständlich und kompliziert sind. Daher ist es „kein Wunder, dass Politik als bürgerfern und intransparent gilt“ (Brettschneider 2010: 60). Politische Akteure aus den vier im Landtag vertretenden Fraktionen (Stand 14. Wahlperiode) – zusätzlich ein fraktionsloser Abgeordneter – diskutieren zu unterschiedlichen Themen, tragen ihre Argumente aus den verschiedenen Perspektiven vor und betonen andere Ansätze bei der Argumentation (Schulz 2008: 148).

Frames bestimmen darüber hinaus, „um welche politische Frage es überhaupt geht“ (Lakoff/Wehling 2009: 81). „Ein einzelnes Wort bestimmt den Gegenstand der politischen Debatte – und setzt einen Rahmen für die Fakten und Argumente, die in dieser Diskussion relevant sind“ (Lakoff/Wehling 2009: 81). Bei diesem Phänomen spricht man von den sogenannten Issue Defining Frames. „Akteure mit einem hohen Anteil an allen Verantwortlichkeits-, Kritik- und Unterstüt-

zungszuweisungen betreiben Thematisierung, d. h. sie haben eine gewichtige Stimme“ (Adam 2008: 185).

Um das Framing analysieren zu können, bedarf es bestimmter Instrumente. Fünf Instrumente bieten Fairhurst/Sarr zur Untersuchung von Framing an: Metaphern, Insidersprache und Schlagwörter, Kontraste, Spin und Geschichten.

- Durch die Anwendung von Metaphern „wird die Ähnlichkeit ihrer Botschaft zu etwas anderem hervorgehoben“ (Fairhurst/Sarr 1999: 142). Metaphern werden verwendet, wenn es darum geht, ein altes Thema neu zu fassen. Sie können aber auch dazu benutzt werden, um ein altes Thema wachzurufen.
- Bei dem Einsatz von Insider-Sprache und Schlagwörtern ist die Bekanntmachung der Aussage in geläufige Begriffe das zentrale Anliegen. Vorgestellte Begriffe sollen zur Bekanntheit der Aussage führen. Angewandt werden Insider-Sprache und vor allem Schlagwörter, um Botschaften zu vermitteln.
- Um Themen innerhalb einer Rede deutlicher erkennbar zu machen, setzen Akteure auf das Element der Kontraste. Es hat die Funktion, Gegensätze heranzuziehen. Hier ist auffällig, dass es manchmal leichter ist zu sagen, was nicht ist.
- „Der Spin, das heißt einer Sache eine bestimmte Wendung zu geben, erleichtert es, entweder die positiven oder die negativen Aspekte eines Themas hervorzuheben“ (Fairhurst/Sarr 1999: 143), um so Stärken oder Schwächen zu betonen.
- Damit beispielsweise Reden verständlicher und lebendiger auf den Zuhörer wirken, ist das Erwähnen von Geschichten ein charakteristisches Merkmal. Beispiele zu finden, welche die Botschaften intensiver beim



Adressaten wirken lassen, ist die Funktion der Einbringung von Geschichten, besonders bei der Aufmerksamkeitsgewinnung.

In der politischen Debatte geht es neben dem Initiieren von Botschaften auch darum, Glaubwürdigkeit zu transportieren. Dabei helfen können die drei Frames „Wahrheit und Realität, Objektives-Framing und Legitimität“ (Fairhurst/Sarr 1999: 240ff).

- Der Frame „Wahrheit und Realität“ verfolgt das Ziel, Anspruch auf Wahrheit einzuführen (Fairhurst/Sarr 1999: 240). Akteure verwenden diesen Frame, wenn sie selbst diesen Anspruch verfolgen und daran glauben.
- Glaubwürdigkeit kann dadurch erzeugt werden, wenn man objektiv über einen Sachstand berichtet und somit gleichzeitig Fairness demonstriert. Hierzu kann beispielsweise das „Objektivitäts-Framing“ angewendet werden, vor allem dann, wenn der Akteur glaubt, von der Sache überzeugt zu sein, ohne dabei eigene Interesse zu verfolgen (Fairhurst/Sarr 1999: 243).
- Das Framing der Legitimität zielt darauf ab, zum einen den Akteur und zum anderen dessen Ansprüche glaubhaft darzustellen. Für die Umsetzung ist dabei das Beziehen auf Grundregeln, Autorität, Praxis und offene Zusammenhänge wichtig. Anwendung findet dieses Framing bei der Rechtfertigung von Entscheidungen (Fairhurst/Sarr 1999: 251).

Übertragen auf die zu analysierenden Plenardebatten bedeutet das, dass die Tagesordnung mit dem Tagesordnungspunkt „3. Lesung zum Haushalt“ den Rahmen für die Debatte und die entsprechenden Argumente für die jeweiligen Fraktionen mitbestimmt. Dieses unterstreicht die These, dass die Tagesordnung und somit die Geschäftsordnung des Landtags auf die Sprachstrategien der jeweiligen politischen Akteure einwirken. Durch das Aufstellen der Tagesordnung durch den Ältestenrat wird den Debattenrednern der Rahmen in dem sie sprechen müssen vorgegeben.

Die vorgetragenen Fakten zum Tagesordnungspunkt werden dann durch die Zugehörigkeit zur Fraktion verstärkt. Beim Vortragen gilt für jeden Debattenredner, dass Fakten ausschlaggebend sind – beispielsweise für die Legitimation oder die Kontrollfunktion –, aber keine Moral haben. „Es sind immer politische Werte, die bestimmten Fakten eine spezifische Bedeutung beimessen“ (Lakoff/Wehling 2009: 79). Um den eigenen Fakten bei einer Rede, zum Beispiel im Parlament, eine hinreichende Wirkung zu verschaffen, ist die Kunst des Redners oder die des Redenschreibers, einen Frame zu entwickeln, bei dem die Fakten bedeutsam werden. Dafür bedarf es der Sprache, jenem wichtigen Element des Framing. „Man muss Fakten den richtigen gedanklichen Rahmen geben“ (Lakoff/Wehling 2009: 79). So sind Wörter, Wortbindungen und Sätze des politischen Redners bewusst ausgewählt, um seine Funktion, seine Rolle auszufüllen sowie seine Ziele und Adressaten zu erreichen. Aus der Parlamentsforschung ergeben sich für das Framing demnach zwei Dimensionen, die positiv-legitimierende und die negativ-kritisierende Framing-Dimension.

Die positiv-legitimierende Framing-Dimension wird hauptsächlich seitens der Landesregierung in Anspruch genommen. Ihre Aufgabe ist es, die bis dahin gestaltete Politik zu rechtfertigen. Dafür ist es notwendig, dass Akteure der Regierung sowie der Regierungsfaktionen positive Argumentationsmuster in den Reden verwenden, positive Rahmen setzen, über die diskutiert wird. Negative Themensetzung wird dagegen in der Regel ausgeklammert. Bei den Reden nach der Landtagswahl 2005 ist dies nicht ganz der Fall. Wie der entwickelte Sprachstrategietyp zeigen wird, nutzen Regierungsakteure die Wortbindung „politisches Erbe“ als Legitimation.

Durch das Auslassen von Themen – zum Beispiel wenig erfolgreicher Politikfelder aus Sicht der Regierung – ergibt sich die Möglichkeit für die Oppositionsfaktionen, ihrer Kontrollfunktion nachzukommen. Mittels der negativ-kritisierenden Framing-Dimension drücken die politischen Akteure die Kritik an der Politik der Landesregierung aus, indem sie negative Beispiele bzw. negatives Themensetting betreiben. Indem sie auf Fehler oder Schwächen der Landesregierung verweisen, kommen sie der Kontrollfunktion im Parlament nach.

Gleichzeitig unterstreichen diese Akteure durch das Setzen von Alternativvorschlägen ihre Position zu dem Thema bzw. schaffen durch Besetzung eines neuen Themas weitere Räume für Diskussion.

Aus diesen beiden Dimensionen geht hervor, dass Framing durch die Akteure geschieht. Die politischen Akteure setzen durch das Themensetting einen Deutungsrahmen. „Ein Sprecher rahmt ein Thema, indem er definiert, wer verantwortlich ist bzw. wessen Positionen er unterstützt/kritisiert“ (Adam 2008: 187). Übertragen auf die Plenardebatte zur dritten Lesung des Haushaltsgesetzes im Landtag könnte dies beispielsweise bedeuten, dass der Spitzenakteur der Opposition den Rahmen vorgibt, da der Vorsitzende der größten Oppositionsfraktion die dritte Lesung zum Haushaltsgesetz eröffnet. Durch seine Auswahl an Themen, seine Problemansprache und seine Argumentationsmuster definiert er den Diskussionsrahmen. Daraus folgt, dass aufgrund der unterschiedlichen Verwendung von Frames, argumentativer Strategien (Strünck 2006: 2000), die Funktionen und Rollen der politischen Akteure innerhalb der Plenardebatte aufgezeigt werden können.

Der Einsatz von intentionalen Wörtern, Wortbindungen und Sätzen setzt jedoch voraus, dass der Redner bzw. der Redenschreiber die Vorstellungen über das Funktionieren der Haushaltsdebatte verinnerlicht hat. Es kommt darauf an, dass die mitwirkenden Akteure die Abläufe einer solchen Debatte mit all ihren Facetten verinnerlicht haben. Durch die regelmäßig stattfindenden Debatten im Landtag gewinnen die politischen Akteure sowie die Mitwirkenden an Erfahrung und können diese immer wieder neu in die Reden integrieren. Gerade auf neugewählte Abgeordnete trifft dieses zu. Aber auch Abgeordnete, die bereits über einen längeren Zeitraum ein Mandat besitzen, müssen sich neuen Szenarien – Regierungswechsel, Funktionswechsel innerhalb der eigenen Fraktion – stellen und erweitern so ihren Erfahrungshorizont. Dieses Beispiel findet sich in den untersuchten Reden des nordrhein-westfälischen Landtags wieder. So wurde im Jahr 2005 die rot-grüne Landesregierung unter Ministerpräsident Peer Steinbrück abgewählt. Der damalige CDU-Oppositionsführer, Jürgen Rüttgers, wurde zum Ministerpräsidenten gewählt; ein Wechsel hinsichtlich der Funktion

bzw. Rolle, wie auch der Erfahrungen. Erfahrungen aus eigener Regierungszeit in Nordrhein-Westfalen konnte kein politischer Akteur vorweisen, denn 39 Jahre lang regierte die SPD das einwohnerstärkste Bundesland der Bundesrepublik Deutschland. Lediglich auf den Erfahrungsschatz seines Ministeramtes als Zukunftsminister unter dem damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl konnte Jürgen Rüttgers zu Beginn seiner Regierungszeit zurückgreifen.

Aus Sicht der neuen Opposition (Stand vor der Landtagswahl 2010) gestaltet sich die erste Phase ähnlich. Kein politischer Akteur an der Spitze der Oppositionsfractionen konnte Erfahrungen in der Opposition auf Landesebene nachweisen. Dies ist vielleicht auch der Grund dafür, dass eine bis 2005 amtierende Forschungsministerin, Hannelore Kraft (SPD), an die Spitze der SPD Fraktion gewählt wurde. Sie verfügte über ein gewisses Potential von Führungserfahrungen und konnte somit eine starke Opposition im Landtag darstellen, die sich vor allem bei den Generaldebatten positioniert und ein Gegengewicht zur Landesregierung ist.

Neben der Sprache und den Gedanken sind auch die Voraussicht und Spontaneität wesentliche Merkmale des Framings. Wirkungsvolle und spontane Kommunikation, die diese Merkmale ausfüllt, finden sich in den politischen Debatten vor allem bei den sogenannten Zwischenrufen und Zwischenfragen wieder. Hier kann der Redner trotz seiner guten und bis ins Detail geplanten Rede von seinem Konzept abweichen und auf die Zwischenrufe und Zwischenfragen eingehen. Dieses Phänomen gehört, wie in der späteren Analyse der Reden zu sehen sein wird, zu den festen Bestandteilen jeder im Landtag vertretenen Gruppe und wird vielfach angewendet. Dabei geht es unter anderem darum, die Strategie des Debattenredners zu durchbrechen.

#### 4.4.2 Analysekatlog von Geissner

Eine allgemein anerkannte Methode zur Untersuchung von politischen Reden beschreibt Hellmut Geissner in seinem Beitrag „Rhetorische Analytik“<sup>23</sup>. In dem von ihm aufgestellten Katalog besteht der Grundgedanke darin, „dass der Text einer politischen Rede eine Reihe sprachlicher Zeichen darstellt, die in der kommunikativen Absicht (ohne Rückkopplung) hergestellt wird, überredend oder überzeugend eine Verhaltensbestätigung oder Verhaltensänderung beim Zuhörer zu erreichen“ (Schafarschik 2005: 142).

Der Kriterienkatalog von Hellmut Geissner ist aus wissenschaftlicher Perspektive in der Sprechwissenschaft eingebettet. Sprechwissenschaft definiert Geissner als „die Wissenschaft vom Sprechen“ (Geissner 1967), die mehr sei „als eine Tautologie, so gilt es zu verstehen, daß und wie im Sprechen physiologische, physikalischakustische, phonetische, soziale, sozial-psychische, anthropologische, logische und linguistische Teilfunktionen integriert sind“ (Geissner 1967).

Ausgehend davon entwickelte Geissner 1969 die Theorie der mündlichen Kommunikation. Grundlage dieser Theorie sind, „die miteinander in einer Sprache (über etwas) sprechenden Menschen und die von ihnen in situativ gesteuerten Sprechhandlungen erzeugten gesprochenen Sprachwerke“ (Geissner 1969:38). Basierend auf dieser Theorie entwickelt Geissner seinen Kriterienkatalog.

In seinem Katalog nimmt Geissner (1970: 361) eine Dreiteilung vor. Er unterscheidet die Bereiche syntaktisch, semantisch und pragmatisch, die er wiederum in die Kategorien „sprachlich“, „sprecherisch“ und „rhetorisch“ einteilt. Für die vorliegende Arbeit kommen aufgrund der reinen Textanalyse nur jeweils die Unterteilungen „sprachlich“ und „rhetorisch“ als Analysekatlog in Frage. Die Syntaktik untersucht mittels Unterkategorien wie beispielsweise „Wortanzahl“,

---

<sup>23</sup> Geissner, Hellmut 1976: Rhetorische Analytik, in: Geissner, Helmut.: Rhetorik. 3. Auflage. München. S. 101-104.

„Wortmaterial“, „rhetorische Figuren“ oder auch dem „Gesamtumfang“ einer Rede „die Beziehung zwischen Zeichen oder Zeichengruppen“ (Schafarschik 2005: 133). Bei der Kategorie der Semantik steht die Untersuchung der Beziehung „zwischen Zeichen und gedanklicher Entscheidung bei den Zeichenverwenden“ (Schafarschik 2005: 133) im Vordergrund. Zentrale Unterkategorien sind dabei unter anderem Worthäufigkeiten, bevorzugte Wortbildungen oder auch die Funktion rhetorischer Figuren. Die dritte Kategorie, die Pragmatik, analysiert „die Beziehung zwischen Zeichen, Zeichengeber und Zeichenempfänger“ (Schafarschik 2005: 133). Charakteristische Unterkategorien sind zum Beispiel die Verständlichkeit von Wörtern und Sätzen, Wiederholungen, die Redesituation oder auch die Wirksamkeit der Argumentationsfolge.

Diese unterschiedlichen Kategorien sind wesentlicher Bestandteile einer Redeanalyse und werden auch in das für das Forschungsinteresse entwickelte Analyseraster integriert. Folgende Kategorien werden dabei adaptiert:

<b>Syntaktisch</b>	<b>Semantisch</b>	<b>Pragmatisch</b>
<b>sprachlich</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wortanzahl</li> <li>• Wortmaterial (Fremdsprachen, Fremdwörter, Wortbildungen)</li> <li>• Satzanzahl</li> </ul> <b>rhetorisch</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Rhetorische Figuren</li> <li>• Gesamtumfang</li> </ul>	<b>sprachlich</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Begriffl. Inventar, Terminologie</li> <li>• Funktionaler Aspekt, bevorzugte Wortbildungen</li> </ul> <b>rhetorisch</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Funktionen rhetorischer Figuren</li> </ul>	<b>sprachlich</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Verständlichkeit der Wörter und Sätze</li> <li>• Wiederholungen</li> </ul> <b>rhetorisch</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wirksamkeit der Argumentationsfolge</li> <li>• Redesituation, Ort, Zeit</li> <li>• Rededauer</li> </ul>

Abbildung 26: Adaptierte Kategorien nach Geissner. Quelle: Eigene Darstellung.

#### **4.4.3 Techniken des Impression Management im Parlament**

An das in Kapitel 4.2 beschriebene Modell von Goffman lässt sich die Impression-Management-Theorie anknüpfen. Die Impression-Management-Theorie „gründet sich einerseits auf dem Pragmatismus von Charles S. Peirce und William James und andererseits auf dem Symbolischen Interaktionismus von George Herbert Mead“ (Bazil 2007: 90). James Tedeschi (1981) hat diese Theorie im Laufe der Jahre weiterentwickelt. Das Kernziel dieser Theorie ist, das bewusste und strategische Auftreten von Personen zu erläutern. Dabei geht die Theorie der Frage nach „Wer bin ich? Wie will ich von anderen wahrgenommen werden?, wie wir mit Eindrücken Deutungen steuern können“ (Bazil 2007: 90). Auch hier spielt die Rolleneinnahme eine zentrale Rolle. Menschen wollen mit ihrem Auftreten bei einer bestimmten Adressatengruppe Eindruck hinterlassen, wollen den Eindruck bei den Menschen kontrollieren bzw. steuern und sich dabei vor allem selbst positiv inszenieren. Sie passen sich dazu den Rahmenbedingungen an. Entscheidend ist bei dieser Theorie auch, dass die Erwartungen des Gegenübers bei dem eigenen Handeln Berücksichtigung finden. Hier lassen sich Parallelen zu den in Kapitel 2.2.3 beschriebenen Rollenerwartungen ausfindig machen. Die Einbeziehung der Erwartungen anderer bei der Einnahme der Rolle und dem Inszenieren ist auch dort ein wesentliches Merkmal.

Impression-Management wird immer dann angewendet, wenn es darum geht, Anerkennung zu bekommen. Dabei lassen sich zwei unterschiedlich ausgerichtete Techniken feststellen. Bei der kurzfristigen und situationsbezogenen Technik spricht man von Taktik. Hierbei geht es in erster Linie darum, sich kurzfristig und in einer bestimmten Situation darzustellen und einen Eindruck zu hinterlassen. Es kommt somit weniger auf die langfristige Wirkung als auf den momentanen Eindruck an. Gilt es, einen Eindruck langfristig und situationsübergreifend hinterlassen zu wollen, spricht man in der Impression-Management-Theorie von Strategie.

Die Anwendung von Impression-Management-Techniken geschieht immer und immer wieder, so dass Impression Management „ein Alltagsphänomen und keine Ausnahmeerscheinung“ (Bazil 2007: 90) ist.

Dieses beschriebene Phänomen trifft nicht nur – wie es Bazil beschreibt – auf Unternehmen zu, sondern lässt sich auch auf die politischen Akteure in der parlamentarischen Arena übertragen. Wenn Bazil schreibt, dass Unternehmen „umweltbewusst, kundennah, kompetent, kreativ usw.“ (Bazil 2007: 91) auftreten und erscheinen wollen und dafür Selbstdarstellungstechniken anpassen, so gilt dies auch für die Debatten mit ihren intentionalen Sprachstrategien. Jeder einzelne Debattenredner bezieht die an ihn herangetragenen Erwartungen in seine Sprachstrategie ein, um einen bestimmten Eindruck bei den verschiedenen Adressatengruppen zu hinterlassen. Regierungsakteuren geht es dabei beispielsweise um den Verantwortungs- und Kompetenzeindruck. Jeder amtierenden Landesregierung kommt es darauf an, den Eindruck entstehen zu lassen, ihre Politik sei die Beste für das Land. Damit unterstreicht sie gleichzeitig das Ziel, die Regierungsmacht zu halten. Für Mitglieder der Oppositionsfraktionen steht das „in Abrede stellen“ dieses Eindrucks im Vordergrund. Verbunden damit ist auch das Aufzeigen von Alternativen, so genannten Gegenpositionen (Korte: 2001: 82).

Mit den Reden im Parlament verfolgen politische Akteure das Ziel, Anerkennung für die politische Arbeit zu erzielen. Dies gilt vor allem aus der Perspektive der Regierungsakteure. Ministerpräsidenten, Fachminister und Mitglieder der Regierungsfaktionen stellen die Erfolge der Regierungsarbeit heraus und erhoffen, Anerkennung bzw. Zustimmung zu erhalten. Diese Zustimmung soll sich bestenfalls im Ergebnis der Landtagswahl widerspiegeln.

Bei der Umsetzung des Impression-Managements in der parlamentarischen Arena durch die beschriebenen Techniken ist eine klare Abgrenzung aus politikwissenschaftlicher Betrachtung nicht möglich. Politik verfolgt neben kurzfristigen Zielen und Eindrücken auch stets langfristig orientierte Pläne. Dies können zum Beispiel Reformprojekte wie die Agenda 2010 von Alt-Bundeskanzler Gerhard Schröder sein. Neben der sachorientierten Planung politischer Ziele können aber auch persönliche Wahrnehmungen in der Öffentlichkeit langfristig geplant und inszeniert werden. So versuchte beispielsweise der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers durch ein bestimmtes Auftreten



und vor allem durch bestimmte Sprachstrategien einen bewussten Eindruck bei den Wählerinnen und Wähler zu hinterlassen. Als Ministerpräsident auf den Spuren Johannes Raus wollte Jürgen Rüttgers bei den Menschen im Land wahrgenommen werden. „Jürgen Rüttgers will wie Johannes Rau sein. (...) Seit Mitte Mai arbeitet die Staatskanzlei daran, Rau und Rüttgers noch enger miteinander zu verknüpfen“ (Steinkühler 2008). Diese unterschiedlich langfristigen Orientierungen spiegeln sich auch im Parlament bzw. in den Plenardebatten wieder. So kann in Haushaltsdebatten beispielsweise aus Sicht der Landesregierung für notwendige Reformen geworben werden. Um in der Gesellschaft durch einen dauerhaften und bestimmten Politikstil wahrgenommen zu werden, bedarf es beispielsweise auch eines bestimmten Auftretens eines Ministerpräsidenten durch intentionale Sprachstrategien.

Die Platzierung eines Reformvorhabens, die Nennung von Alternativvorschlägen oder die persönliche Inszenierung eines Spitzenakteurs mit Techniken des Impression-Managements in der Öffentlichkeit ist auch auf die politische Arbeit von Oppositionsfraktionen übertragbar. Verfolgen Regierungsakteure das Ziel des Machterhalts, so ist die politische Strategie der Opposition auf den Machterwerb ausgerichtet.

Techniken	Beschreibung
Self-promotion	Man weist auf eigene Vorzüge hin
Entitlements	Hohe Ansprüche signalisieren
Self-enhancement	Erhöhung des Selbstwerts
Overstatement	Übertreibung
Basking	Sich über Kontakte mit positiv bewerteten Menschen und Gruppen aufwerten
Boosting	Die Bewertung anderer ändern, um selbst in gutem Licht zu erscheinen
Expertise	Kompetenz zeigen
Exemplification	Beispielhaft erscheinen
Attraction	Beliebtheit und Sympathie
Status, Prestige	Statussymbole erwähnen oder zeigen
Credibility	Glaubwürdigkeit und Vertrauenswürdigkeit zeigen
Self-disclosure	Offenheit
Ingratiation	Anbindung, Einschmeichelung
Apologies	Sich entschuldigen
Justification	Rechtfertigung
Disclaimers	Das frühzeitige Hinweisen auf mögliche Schwierigkeiten, um den negativen Eindruck abzuschwächen
Self-handicapping	Beim Misserfolg ist das Handicap zuständig; beim Erfolg erscheint die Leistung in noch besseren Licht
Understatement	Verbale Unterbreitung
Supplication	Sich als hilfsbedürftig darstellen
Intimidation	Einschüchterung
Blasting	Abwertung anderer Menschen

Abbildung 27: Formen der Selbstdarstellungstechnik durch Sprache. Quelle: Bazil (2007: 91).

Bei der Rede im Plenarsaal geht es nicht nur um die Darstellung der Person, sondern auch um das Auftreten der Person in Vertretung einer Gruppe und die Übermittlung von Botschaften, Inhalten, Annahmen, Ideen, Normen und Werten. Dazu gebrauchen die politischen Akteure die mehrfach beschriebenen Sprachstrategien. Um diese in Bezug auf die Einnahme der Rollen identifizieren zu können, sollen folgende Kategorien der in Abbildung 27 beschriebenen Selbstdarstellungstechnik für das Forschungsinteresse adaptiert und in das Analyseraster integriert werden.

Techniken	Beschreibung
Self-promotion	Man weist auf eigene Vorzüge hin, man stellt seine eigenen politischen Erfolge in den Vordergrund, stellt seine Inhalte vor
Basking	Sich über Kontakte mit positiv bewerteten Menschen und Gruppen aufwerten, Zitierung von Experten
Expertise	Kompetenz zeigen durch Nennungen von Zahlen, Fakten
Exemplification	Beispielhaft erscheinen, erlebte Geschichten erzählen
Credibility	Glaubwürdigkeit und Vertrauenswürdigkeit zeigen
Justification	Rechtfertigung
Disclaimers	Das frühzeitige Hinweisen auf mögliche Schwierigkeiten, um den negativen Eindruck abzuschwächen
Self-handicapping	Beim Misserfolg ist das Handicap zuständig; beim Erfolg erscheint die Leistung in noch besseren Licht
Supplication	Sich als hilfsbedürftig darstellen, Kümmerer
Blasting	Abwertung anderer Menschen, Abwertung der Rede des pol. Akteurs

Abbildung 28: Selbstdarstellungstechniken durch Sprache in haushaltspolitischen Reden.

Quelle: Eigene Darstellung.

Diese Adaption der Kategorien könnte in den Reden der politischen Akteure wie folgt umgesetzt werden:

Techniken	Beispiele aus den analysierten Plenarprotokollen
Self-promotion	„2007: geplant 3,2 Milliarden €, herausgekommen 1,9 Milliarden €. 2008: geplant ,8 Milliarden € herausgekommen 1,1 Milliarden Euro.“
Basking	„Heute morgen habe ich ein Gutachten bekommen, dass Anfang des Jahres 2010 die Rezession überwunden sein wird und wir Wachstum bekommen werden.“
Expertise	„Ich habe mir noch mal die Zahlen von Anfang November 2009 geben lassen. Damals hatten wir insgesamt 151.000 Lehrerstellen an öffentlichen Schulen. Davon waren 350 nicht besetzt; 0,2% der Stellen waren nicht besetzt“.
Exemplification	„Ich selbst habe Anfang der 70er-Jahre als sehr junger Abgeordneter im Deutschen Bundestag bei der... .“
Credibility	„Wir Grüne sind keine Schönwetterpartei, nicht nur beim Atomausstieg, nicht nur bei Castor-Transporten, nicht nur bei Demonstrationen, sondern wir stellen uns auch schwierigen Entscheidungen. Wir reden nicht allen nach dem Mund und erfüllen Maximalforderungen.“
Justification	„Der Weg, den wir in Nordrhein-Westfalen konsequent verfolgen, ist richtig. 100.000 neue Unternehmen haben in den letzten vier Jahren 800.000 Arbeitsplätze geschaffen. Auch das Rekordjahr 2000 bestätigt den frischen Wind in Nordrhein-Westfalen“.
Disclaimers	„Wir werden in Bochum und auch an allen anderen Standorten ein Restrukturierungsprogramm bekommen. Es wird auch einen Abbau von Arbeitsplätzen geben.“
Self-handicapping	„Unter ökologischen Gesichtspunkten sind die Vorschläge, die Wolfgang Clement zur Reform der Kfz-Besteuerung gemacht hat sowieso sehr viel einsichtiger und aus meiner Sicht in sich sehr viel schlüssiger. Die Zeit dafür ist allerdings noch nicht reif; daran werden wir noch arbeiten müssen.“
Supplication	„Die Landesregierung tut jedenfalls alles, um gerade auch den kleinen und mittleren Betrieben in diesem Land zu helfen“.
Blasting	„Frau Kraft, ich habe jetzt fünf Jahre darauf gewartet, dass Sie bei unseren Haushaltsdebatten irgendwann einmal eigene Konzepte präsentieren. Sie hatten heute die letzte Chance in dieser Legislaturperiode. Sie haben sie vertan. Ihre Rede hatte – das finde ich am schlimmsten – nichts mit der Wirklichkeit zu tun.“

Abbildung 29: Beispiele für sprachliche Selbstdarstellungstechniken aus Haushaltsdebatten.

Quelle: Eigene Darstellung.

Wie diese Beispiele aus den Haushaltsreden zwischen 2000 und 2010 aus dem nordrhein-westfälischen Landtag zeigen, ist eine Adaption der Selbstdarstellungstechniken des Impression-Management auf diese Untersuchung möglich und es lassen sich so eine Vielzahl von Sprachstrategien aufgrund der Rollenzugehörigkeit identifizieren bzw. Rückschlüsse auf das Rollenverständnis ziehen.

Ziel dieses Unterkapitels war, eine Grundlage für das im nachfolgenden Kapitel entwickelte Analyseraster zu erarbeiten. Warum wurden gerade diese drei Ansätze ausgewählt? Was verbindet diese Ansätze und macht sie zu zentralen Merkmalen für die Beantwortung der Forschungsfrage?

Jeder Ansatz für sich betrachtet kann nur einen Teil des Forschungsinteresses beantworten. Erst das Zusammenspiel sowie die Schnittmenge aller Ansätze ermöglicht es, die Forschungsfrage hinreichend beantworten zu können.

So konzentriert sich der Framing-Ansatz mit seinen Kategorien auf die Merkmale Sprache, Denken und Vorausdenken, die lediglich einen Teil der Forschungsfrage beantworten können. Syntaktische Merkmale wie beispielsweise Wort- und Satzanzahl können mit dem Framing-Ansatz nicht erhoben werden. Hierzu bedarf es eines weiteren Ansatzes, nämlich des Analysekatalogs von Geissner. Mit Hilfe der im Analysekatalog beinhalteten Kategorien lassen sich so zum Beispiel wichtige Daten aus der Festlegung des Untersuchungsmaterials gewinnen. Darüber hinaus gibt es aber auch Schnittmengen mit dem Framing-Ansatz. So beinhaltet der Analysekatalog von Geissner auch rhetorische Figuren, zu denen unter anderem auch Metaphern zählen. Zusammengenommen lässt sich mit beiden Ansätzen bereits eine große Anzahl an Reden in bestimmten Bereichen untersuchen. Doch um Sprachstrategien und Rollen politischer Akteure in der parlamentarischen Arena in ihrer Gesamtheit untersuchen zu können, bedarf es eines dritten Ansatzes. Denn mit den ersten beiden Ansätzen lassen sich zwar rhetorische Merkmale der einzelnen Reden aufzeigen, allerdings sagen diese in Bezug auf die Rolle von Debattenrednern auf Landesebene wenig aus. Diese Lücke soll mit der Hilfe der Impression-Management-Theorie geschlossen werden. Mit dem Kernziel, das bewusste und strategische Auftreten von Akteuren zu erläutern, rundet diese Theorie mit ihren Kategorien das Analyseraster ab. Die Selbstdarstellungstechniken der Impression-Management-Theorie geben das Rollenverständnis des jeweiligen Akteurs sehr gut wieder, so dass diese Theorie zentrales Element des Analyserasters ist.

Durch die Schnittmengen sowie die additiven Elemente sorgt die Zusammenführung der Theorieansätze des Framing-Ansatzes, der Theorie der mündlichen Kommunikation (Analysekatalog von Geissner) sowie der Impression-Management-Theorie für eine optimale und vollständige Analyse und Typologisierung von Sprachstrategien und Rollen politischer Akteure in der parlamentarischen Arena auf Landesebene. Aus diesen Erkenntnissen lässt sich das folgende Analyseraster ableiten.

#### **4.4.4 Analyseraster auf Debattenebene**

Auf Grundlage der in Kapitel 4.4 beschriebenen Konzepte und Anwendungen zur Analyse der Sprachstrategien in der parlamentarischen Arena ist das sich im Anhang befindende Analyseraster entwickelt worden. Das Analyseraster besteht aus zwei Abschnitten, der Festlegung des Untersuchungsmaterials und Strukturdaten sowie der Untersuchungseinheit. Mit dem ersten Abschnitt werden die aus den Plenarprotokollen gewonnenen Daten erhoben, wie zum Beispiel das Datum, die Gesamtzahl gesprochener Wörter. Auch der Name des Redners, seine Fraktionszugehörigkeit und dem Rang, an dem er spricht, lassen sich damit erheben. Die so gewonnenen Daten sagen für sich alleine stehend noch nichts über die Sprachstrategie und den Sprachstrategietyp aus, strukturieren die Reden jedoch und geben erste Erkenntnisse bezüglich der Bedeutung des Redners. So ließ sich an Hand der Anzahl gesprochener Wörter eine Zweiteilung zwischen den Spitzenakteuren aus Landesregierung, Regierungsfaktionen und Oppositionsfaktionen gegenüber weiteren Rednern feststellen. Eine genauere Auswertung dieser Daten findet ab Kapitel 5.2 statt.

Durch die quantitative Analyse der Strukturdaten lassen sich auch Zwischenrufe, Beifallsbekundungen und Zwischenfragen ausmachen. Bei den Zwischenrufen soll unterschieden werden, aus welchen Reihen diese während einer Rede stammen, also Opposition oder Landesregierung bzw. Regierungsfraktion. Auch die aus den Plenarprotokollen nicht eindeutig zu zuordnen Zwischenrufe werden erhoben. Dasselbe Vorgehen erfolgt bei den Beifallsbekundungen. Auch hier soll verdeutlicht werden, aus welchen Reihen, Regierungs- und Op-

positionsfraktionen sowie eigene Reihen, der Beifall stammt. Bei der Erhebung der Zwischenfragen steht die Zulassung einer Frage im Vordergrund und nicht der Inhalt, wie auch bei den Zwischenrufen. Auch diese gewonnenen Daten lassen noch keine Rückschlüsse auf Sprachstrategien und deren Kategorisierung zu, zeigen aber erstes rollenspezifisches Verhalten. Wie diese Daten im Einzelnen aussehen und in welchem Zusammenhang sie mit dem Forschungskontext stehen, wird ab Kapitel 5.2. dargestellt.

Der zweite Teil des Analyserasters stellt den Kern der Analyse da. Dabei ist auf das in Kapitel 4.7 erläuterte Verfahren nach Mayring zurückgegriffen worden. Das sich im Anhang befindende Analyseraster ist das Ergebnis aus der Festlegung des Untersuchungsmaterials, der Festlegung von Selektionskriterien, der Materialdurcharbeitung und Kategorienformulierung sowie der Revision von Kategorien und Subsumtion (Mayring 2008: 75). Am Ende erfolgt die Interpretation und Analyse. Nach diesem Verfahren entstand beispielsweise die Kategorie Nennung von Experten/Medien. Da diese Kategorie sich im Laufe der Analyse als zu Allgemein darstellte, mussten für eine detaillierte Analyse Unterkategorien entwickelt werden, die aussagekräftiger waren. Mit Hilfe dieser Kategorie, sollte die Anzahl der Rückgriffe zur Argumentation der Experten aufgezeigt werden, und wer welche nennt. So konnte gezeigt werden, dass die Redner für ihre Argumentationsunterstützung auf Experten verwiesen, um so zu verdeutlichen, dass ihre Argumentation auch von außerparlamentarischen und zum Teil anerkannten Organisationen, Gremien, Personen oder Medien unterstützt wird bzw. sich die Redner der Meinung dieser Experten anschließen. Auf diese Art und Weise ließ sich auch eine Zustimmung ihrer Argumente auf eine breite Basis stellen, welches den Redeabschnitt stabiler und seriöser wirken lassen sollte. Denn ein Kriterium ist unter anderem die angesprochene Seriosität, die von Reden ausgehen sollte.





Ähnlich verhält es sich mit der Kategorie der Verweise auf andere Politikebenen. Die politischen Akteure verwiesen innerhalb ihrer Reden oftmals auf andere Ebenen, wie beispielsweise auf die Bundes-, Kommunal- oder Europapolitik. Die Verweise dienten, wie die Nennung von Experten oder auch die im Kategoriensystem genannte Kategorie Reformverträge/Koalitionsvertrag, zur Unterstützung der eigenen Argumentation oder zur Gegenargumentation. Wie zuvor wurde auch diese im Vorfeld entwickelte Kategorie durch die Analyse der Reden erweitert und verfeinert.

Eine zentrale Kategorie die aufgrund der Rolle von Oppositionsakteuren ebenfalls ins Analyseschema integriert wurde, ist die Kategorie „Angriff des politischen Gegners“ („Attacke“). Wie bereits mehrfach erwähnt, ist es die Aufgabe der Opposition die Landesregierung zu kritisieren. Aber die Landesregierung ihrerseits kritisiert oder attackiert auch die Opposition, so dass eine deutliche Unterscheidung der Kategorie „Attacke“ vorzunehmen war und dabei folgende Merkmalsausprägungen im Laufe der Redenanalyse entstanden sind: Angriff, Kampfansage, Schuldzuweisungen an neue Regierung, Schuldzuweisungen an alte Regierung, Spannungen beim politischen Gegner ausmachen, Abwertung gegenüber dem politischen Gegner, Schuldzuweisungen an Bundesregierung.

Diese genannten Beispiele sollen verdeutlichen, wie das Analyseraster auf Basis der drei Ansätze und dem Anlauf- und Analysemodell nach Mayring (2008:78) letztendlich entwickelt worden ist, um so Sprachstrategien in der parlamentarischen Arena zu identifizieren und zu typologisieren. In Kapitel 4.7 wird auf die qualitative Inhaltsanalyse sowie dem methodischen Vorgehen nach Mayring näher eingegangen.

#### **4.5 Grundannahmen**

Die zentrale Annahme, die dieser Arbeit zu Grunde liegt, ist, dass Sprachstrategien erst aufgrund des Rollenverständnisses des politischen Akteurs entwickelt und angewandt werden. Erst mit der Verdeutlichung der Rolle für den

Redner und der Annahme der ihm übertragenen Rolle können Sprachstrategien entstehen.

Auf dieser Grundlage aufbauend setzt der politische Akteur bewusst seine Sprachstrategien ein, um den Erwartungen, die mit der Einnahme der Rolle an ihn herangetragen werden, zu entsprechen bzw. die Erwartungen zu erfüllen. Sprachstrategien und Sprachstrategietypen sind dabei zentraler Bestandteil von Plenardebatten.

Eine weitere These dieser Arbeit lautet, dass sich aufgrund der Sprachstrategien Rückschlüsse auf die Rolle des politischen Akteurs ziehen lassen. Anhand der entwickelten Kategorien können auf das Rollenverhalten des Redners im Parlament Rückschlüsse gezogen werden.

Um diese Grundannahmen zu bestätigen und die eingangs erwähnte Forschungsfrage beantworten zu können, bedarf es eines Analysemodells, das die bisher gewonnen Erkenntnisse beinhaltet.

#### **4.6 Analysemodell zur Identifizierung von Rollen und Sprachstrategietypen**

Das Erkenntnisinteresse richtet sich auf die von den politischen Akteuren im Plenarsaal angewandten Sprachstrategien. Dabei wird sowohl nach der Typologisierung von Sprachstrategien als auch nach dem Rollenverständnis politischer Akteure gefragt. Das Ziel dieser Arbeit ist, aufgrund der Rollenzugehörigkeit Typologien von Sprachstrategien zu charakterisieren.

Im Untersuchungsrahmen wurden zentrale Begriffe beschrieben und in einen theoretischen Kontext gestellt. Folgendes Analysemodell gilt daher als Zugang zur Beantwortung der Forschungsfragen, bei dem am Ende die Typologien von Sprachstrategien in der landesparlamentarischen Arena stehen:

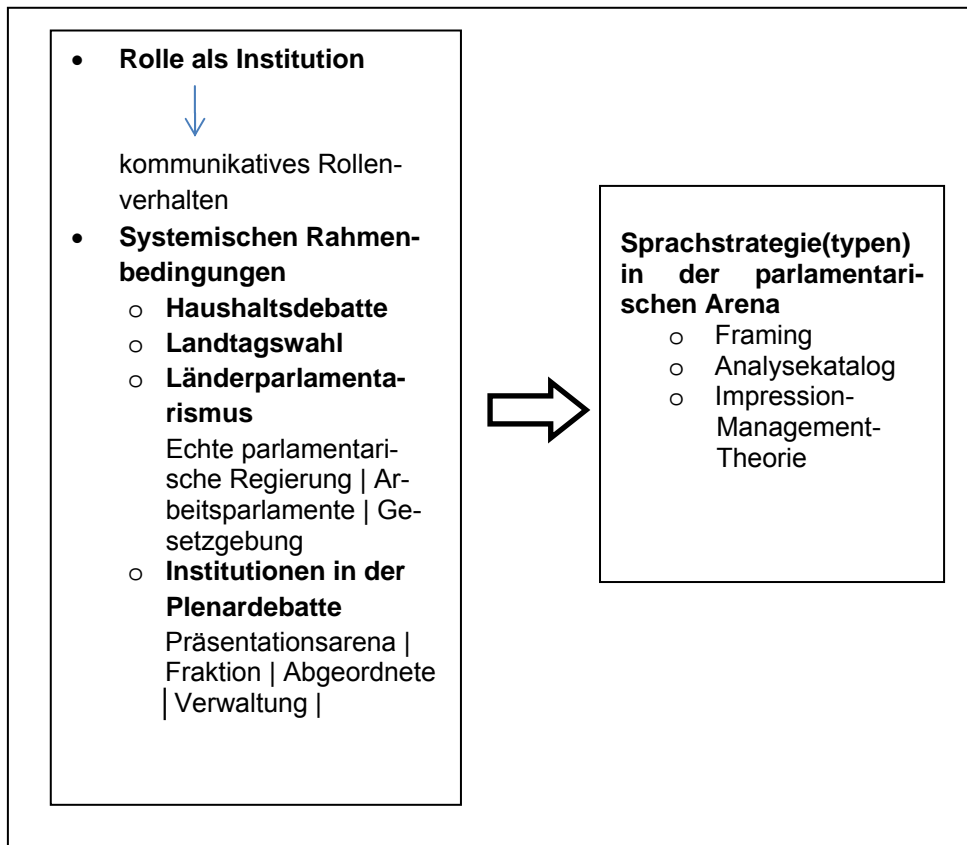


Abbildung 31: Einflussfaktoren auf Sprachstrategien im Parlament. Quelle: Eigene Darstellung.

Generell gilt für die Anwendung von Sprachstrategien im Parlament, dass diese erst genutzt werden können, wenn im Vorfeld der Plenarsitzung eine Ausarbeitung, ein Regiebuch, verfasst wird. In den wenigsten Fällen sprechen politische Spitzenakteure sowie Abgeordnete ohne ein ausgearbeitetes Redemanuskript, welches zuvor über Tage erstellt worden ist. Immer wieder halten Büroleiter, Referenten oder Mitarbeiter Rücksprache mit dem Redner, Fachreferenten der Partei bzw. Fraktion oder auch Fachbeamten in den Ministerien und sprechen die Redestrategie ab. Dementsprechend wählen sie schließlich die Sprache bzw. bestimmen sie, häufig auch unbewusst, die Sprachstrategie. Ausgehend davon formulieren die Strategieköpfe der Hinterzimmer dem politischen Akteur eine intentionale Handlungsanleitung zur Erreichung des Ziels und der Rolle. Dabei müssen sie bei der Entwicklung nicht nur mit dem Debattenredner in Kontakt stehen, sondern auch die abhängigen Variablen berücksichtigen.

Bei der Anwendung von Sprachstrategien verfolgt der Debattenredner unter anderem das Ziel, Informationen und Positionen zu vermitteln. Zwei zentrale Ziele sind allerdings auf die Gruppenzugehörigkeit des Redners zurückzuführen. Sie fanden bereits in der Definition des Begriffs der Sprachstrategie Erwähnung. Aus Sicht der Regierungsakteure gilt es vor allem, Legitimation und Unterstützung herzustellen. Es geht also um Rechtfertigung für jenes Programm, das die Regierung zusammen mit den Regierungsfractionen im Parlament beschließt. Für die Oppositionsfractionen steht vor allem die Regierungskontrolle im Vordergrund. Akteure der Opposition sind daran interessiert, die Politik der Landesregierung bzw. das Regierungsprogramm als nicht verantwortungsvoll und dementsprechend als nicht legitimierbar zu vermitteln. Darüber hinaus hat die Opposition die Funktion, Alternativvorschläge zu entwickeln und zu kommunizieren.

Die Grundlage für die Entwicklung und Anwendung von Sprachstrategien ist das Rollenverständnis der Akteure in der parlamentarischen Arena. Wie bereits ausführlich beschrieben, nimmt jeder politische Akteur eine bestimmte Rolle aufgrund einer Funktionszugehörigkeit in der parlamentarischen Arena ein. Mit der Einnahme der Rolle sind gewisse Erwartungen verbunden. Diese Erwartungen resultieren aus den Funktionen des Debattenredners innerhalb der Gruppe und zum anderen stellen die unterschiedlichen Adressaten Erwartungen an den Debattenredner.

#### **4.7 Forschungsmethoden – Qualitative Inhaltsanalyse**

Anhand der im Forschungszeitraum ausgewählten Plenarreden werden Sprachstrategien der Regierung sowie der Opposition identifiziert und typologisiert. Als eine geeignete Untersuchungsmethode bietet sich für diese Auswertung die „zusammenfassende qualitative Inhaltsanalyse“ nach Mayring (Kuckartz 2007: 96ff) an, da sich dieses Verfahren eng an den Texten orientiert und eine methodisch kontrollierte Zusammenfassung sowie eine Kategorienbildung liefert. Die Reden werden dabei mit Hilfe eines im Vorfeld entwickelten Kategoriensystems analysiert, welches sich aus einer Kombination aus der im

theoretischen Rahmen beschrieben Framing-Ansatzes sowie dem Ansatz des Impression Management und dem Analysekatolog von Geissner zusammenstellt.

Nachdem in den vergangenen Kapiteln herausgearbeitet wurde, wie sich das Thema „Sprachstrategien und Rollen politischer Akteure in der parlamentarischen Arena“ erschließen lässt und welche Forschungsfrage mit der Inhaltsanalyse beantwortet wird, soll in diesem Kapitel die Inhaltsanalyse im Hinblick auf das politikwissenschaftliche Erkenntnisinteresse erläutert werden. „Die Inhaltsanalyse befasst sich mit der systematischen Erhebung und Auswertung von Texten, Bildern und Filmen“ (Diekmann 2002: 481). Wie bei der Inhaltsanalyse allgemein gültig, gilt auch für diese Arbeit, dass sich diese Form der Analyse mit der Auswertung von Textinhalten befasst, in diesem Fall der Auswertung von Haushaltsdebatten im nordrhein-westfälischen Landtag. Dabei wird vor allem auf das wesentliche Merkmal der Inhaltsanalyse, der Objektivität, geachtet. Wie aus der Sozialwissenschaft bekannt, steht der Inhaltsanalyse eine Fülle von Untersuchungsmaterial zur Verfügung (Diekmann 2002: 483). Entsprechend wurde auch für diese Arbeit das zu analysierende Material in den Zeitraum 2000 bis 2010 und die Haushaltsdebatten vor und nach der Landtagswahl eingegrenzt. Das Ziel von Inhaltsanalysen ist es, durch die Auswertung von Texten Rückschlüsse auf unterschiedliche Merkmale zu erzielen. Für die vorliegende Arbeit sollen mit Hilfe der qualitativen Inhaltsanalyse und dem in diesem Zusammenhang entwickelten Analyseraster Sprachstrategien identifiziert und typologisiert werden, denn so lassen sich die zwei Hauptmerkmale der Inhaltsanalyse, Vergangenheitsbezug und nicht-reaktivität (Diekmann 2002: 487) integrieren bzw. nachweisen. Der Vergangenheitsbezug ließ sich beispielsweise mit dem Einflussmerkmal der Landtagswahl 2005 auf die Sprachstrategien herleiten. Dass es sich bei den Plenarprotokollen um „nicht-reaktives Datenmaterial“ (Diekmann 2002: 487) handelt, ergibt sich durch das objektive Mitschreiben der Stenographen im Parlament (Wortprotokolle). Das zentrale Merkmal einer Inhaltsanalyse ist das Erarbeiten eines Kategoriensystems. Dabei „müssen sich die Kategorien auf die Fragestellung oder auf die unabhängigen und abhängigen Variablen der Forschungshypothese beziehen“ (Diekmann 2002: 489).

Dem wird durch das auf Grundlage verschiedener Zugänge entwickelte Analyseraster entsprochen.

Traditionell steht bei der Analyse von Reden die Argumentations- und die Rhetorikanalyse im Vordergrund. Politische Reden können so zum einen hinsichtlich rhetorischer Mittel sowie verschiedener Argumentationstechniken analysiert werden. Den methodischen Kern der vorliegenden Arbeit bildet, in Anlehnung an Mayring (2008: 75), das Modell der induktiven Kategorienbildung.

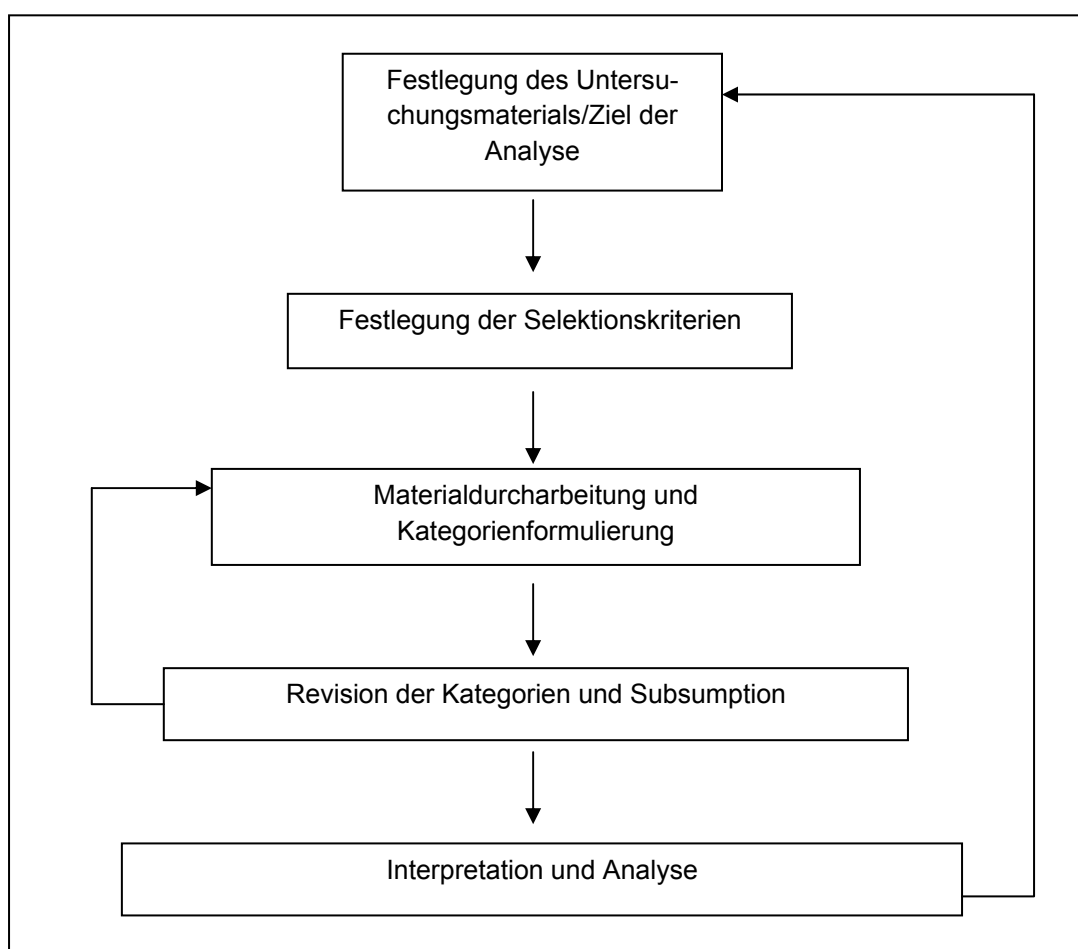


Abbildung 32: Ablauf- u. Analysemodell der empirischen Untersuchung. Quelle: Mayring (2008: 75).

Vervollständigt wird die induktive Vorgehensweise durch ein deduktives Kategoriensystem, welches auf der Grundlage des Framingansatzes, des Analysekatalogs von Geissner und der Impression-Management-Theorie basiert. „Eine deduktive Kategoriendefinition bestimmt das Auswertungsinstrument durch theoretische Überlegung. Aus Voruntersuchungen, aus dem bisherigen Forschungsstand, aus neu entwickelten Theorien oder Theoriekonzepten werden die Kategorien in einem Operationalisierungsprozeß auf das Material hin entwickelt“ (Mayring 2008: 74f.).

Nach der Auswahl des Untersuchungsgegenstands werden neben dem deduktiven Kategoriensystem Selektionskriterien festgelegt. Identifiziert werden zum einen rhetorische Kennzeichen wie beispielsweise Metaphern, aber auch inhaltliche Kennzeichen, wie Themen- und Problemansprache. Diese Kategorien sollen nach der jeweiligen Gruppenzugehörigkeit – Regierung, Regierungs- und Oppositionsfraktion – kategorisiert und aggregiert werden.

Auf dieser Grundlage erfolgt der erste Arbeitsschritt, die Sichtung der Plenarreden. Bedeutsame Textstellen werden markiert, die Sprachstrategie identifiziert und einer ersten Kategorie zugeordnet. Dieses Vorgehen wiederholt sich bei der Auswertung der ausgewählten Plenarreden. Bei einem erneuten Auftreten dieser Textstelle wiederholt sich der Vorgang und ein Vergleich wird gezogen. Bei einer Dopplung wurde die Textstelle der gleichen Kategorie zugeordnet. Bei Auftreten einer neuen relevanten Textstelle wird eine neue Kategorie vergeben. Zusammen mit dem deduktiven Kategoriensystem soll so eine Typisierung und Kategorisierung von Sprachstrategien in der parlamentarischen Arena erfolgen. Nach etwa der Hälfte der Auswertung der Reden erfolgt eine Revision der Kategorien und Subsumtion. Herausgebildete Kategorien können zusammengefasst werden, wenn sich doppelte bzw. ähnliche Kategorien feststellen lassen. Die so identifizierten Kategorien werden erneut einer Musterung unterzogen, indem sie durch weitere Reden politischer Akteure im Parlament validiert werden.

Dieses Verfahren ermöglicht, die angewendeten Sprachstrategie hinsichtlich der Gruppenzugehörigkeit zu identifizieren und Unterschiede sowie Gemeinsamkeiten im Parlament herauszustellen. Im letzten Schritt sollen die identifizierten Kategorien mit Hilfe der im Untersuchungsrahmen beschriebenen Ansätze interpretiert und eingeordnet werden.

#### **4.8 Zwischenfazit**

Ziel des Kapitels war es, mit der Hilfe der drei unterschiedlichen Ansätze die gegenstandsbezogene Analyse theoretisch zu erfassen und eine Basis für die Analyse von Sprachstrategien und deren Typologisierung zu schaffen. Durch die Verbindung dieser Ansätze erfolgt eine theoretische Einordnung der wesentlichen Begriffe. Dass Rollen eine feste Institution im parlamentarischen Alltag sind, ließ sich mit der Hilfe des soziologischen Neo-Institutionalismus nachweisen. Das Einnehmen einer Rolle von politischen Akteuren in der parlamentarischen Arena konnte durch den Ansatz des Selbstdarstellungsmodells nach Goffman greifbar gemacht werden. Dieser Ansatz lässt sich für das Forschungsinteresse adaptieren und erklärt das Verhalten politischer Akteure im Parlament bestmöglich. Mit dem Faktorenmodell der politischen Kommunikation ist es gelungen, das kommunikative Rollenverhalten von Akteuren zu beschreiben und somit auch Sprachstrategien aus der Kommunikationswissenschaft heraus theoretisch einzuordnen. Das Modell spiegelt idealerweise das Kommunikationsverhalten im Zusammenhang mit der Forschungsfrage wider.

Die Verbindung dieser drei unterschiedlichen Ansätze ermöglicht, die gegenstandsbezogene Analyse theoretisch zu erfassen. Im Zusammenspiel bilden sie eine Basis dafür, Sprachstrategien an Hand des Rollenverständnisses zu identifizieren und zu typologisieren. Sie erklären als unabhängigen Variablen gemeinsam mit den systemischen Rahmenbedingungen die abhängige Variable, die Sprachstrategien sowie die Sprachstrategietypen.

Diese Erkenntnisse gemeinsam mit Konzepten und Anwendungen zur Analyse von Sprachstrategien und Sprachstrategietypen galt es abschließend in ein



strukturiertes Analyseraster zu überführen. Generell gilt bei der Identifizierung und Typologisierung von Sprachstrategien, dass bereits vor dem Eintritt in den Tagesordnungspunkt der dritten Lesung zum Haushalt, auf den verschiedensten Parlamentsebenen – Kabinett, Ministerien, Plenum (1. und 2. Lesung) Arbeitskreise und Fachausschüsse – Details zum Landeshaushalt besprochen sowie diskutiert und das Abstimmungsverhalten festgelegt worden sind. Für die vorliegende Untersuchung ergibt sich das Abstimmungsverhalten aus den parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen bzw. dem Koalitionsbündnis. In der aktuellen Wahlperiode ergeben sich durch die rot-grüne Minderheitsregierung andere Voraussetzungen. Generell sind die Haushaltsdebatten geprägt „vom politischen Kampf zwischen Parlament und Regierung um die Einnahmen- und Ausgabenhoheit“ (Katz 2006: 64).

Bereits in Kapitel 4 wurde eine Verbindung zwischen Parlamentarismus, politischer Kommunikation und dem Selbstdarstellungsmodell nach Goffman bzw. dem Rollenbegriff erarbeitet und erläutert. Basierend darauf lässt sich aus Sicht der Theaterwissenschaft ein engerer und weiterer Begriff des Theaterverständnisses konstatieren. Die für die Arbeit relevante Einordnung erfolgt durch das Verständnis der theatralen Situation. Hierbei „handeln Akteure mit jeweils bestimmten, vorbereiteten Aufgaben. Es gibt explizierte und implizierte Normen und Regeln, die festlegen, wie die Veranstaltung abläuft, wer in welcher Funktion teilnehmen kann oder nicht, wer ans Rednerpult darf und wer nicht“ (Kolesch 2008: 36). Dieses beschriebene Muster ist bei der Durchführung der Debatten zur dritten Lesung des Haushaltsgesetzes wiederzufinden. In konstant gleich bleibenden und sich immer wiederholenden Rahmenbedingungen wird die Haushaltsdebatte abgehalten. Die Geschäftsordnung des Landtags gibt unter anderem mit der Festlegung des Zeitpunktes, der hängt von der Einbringung ab, und des Zeitrahmens sowie der Reihenfolge der Redner bestimmte Bedingungen vor. Dabei kommen u. a. speziell für diesen Tagesordnungspunkt alle politischen Akteure im Landtag zusammen und inszenieren sich in der Öffentlichkeit. Dieses sich inszenieren in der Öffentlichkeit ist eine zentrale Eigenschaft der theatralen Situation. Denn auch der Ort der Darstellung, der bei diesem Theaterverständnis Teil der Rahmenbedingungen ist, formt das „Verhal-

tensmuster als auch die Erwartungen aller Teilnehmer“ (Kolesch 2008: 36). Die Rollenerwartungen im Parlament sind gliedert in die Erwartungen an Landesregierung, Regierungsfraktion und Oppositionsfraktion. Mit der jeweiligen Gruppenzugehörigkeit sind politische Akteure bestimmten Erwartungen ausgesetzt, die sie im Rahmen der parlamentarischen Debatte zu erfüllen haben. Dabei ist zu beachten, dass „die Debatte nur noch der Darstellung der parteipolitischen Positionen in der Öffentlichkeit dient“ (Andersen/Bovermann 2004: 318). Somit werden die Erwartungen an die politischen Akteure nicht nur aus der Gruppenzugehörigkeit, sondern auch durch die Medienpräsenz an die Redner herangebracht. Hierbei sei jedoch darauf hingewiesen, dass sich jene Medienpräsenz auf Landesebene auf die dritte Lesung zum Haushalt fokussiert. Überwiegend hier überträgt der WDR Landtagssitzungen live. Das erhöhte Medienaufkommen ist auch den politischen Akteuren bewusst, so dass sie gezielt bestimmte Sprachstrategien anwenden, um damit in Tageszusammenfassungen von Nachrichtenmeldungen oder am nächsten Tag in den Zeitungen zitiert zu werden. Somit ist bisher festzuhalten, dass Sprachstrategien aufgrund der Rollen und unterschiedlichen Rollenerwartungen entstehen und bewusst eingesetzt werden, um unter anderem Aufmerksamkeit innerhalb der eigenen Gruppe und in der Öffentlichkeit zu erzeugen.

Diese Bedeutung von Sprachstrategien in der parlamentarischen Arena steht in Verbindung mit den so genannten Rollenerwartungen. Durch die Beachtung der Rollenerwartungen von unterschiedlichen Gruppen bei der Entwicklung von Sprachstrategien ist es möglich, eine Basis für eine erfolgreiche Sprachstrategie zu legen. Dieses unterstreicht die Abhängigkeit von Sprachstrategien bezüglich der Rolleneinnahme. Über die Wirkung von Sprachstrategien in der parlamentarischen Arena und deren Erfolge kann an dieser Stelle keine Aussage getroffen werden. Diese gilt es in einer eigenständigen Untersuchung beispielsweise durch eine Medienresonanzanalyse festzustellen.

Im letzten Abschnitt der vorliegenden Arbeit steht die empirische Analyse im Vordergrund. Anhand der im ersten Abschnitt herausgearbeiteten theoretischen Grundlagen, werden mit einem für diese Untersuchung entwickelten Analyse-

raster Sprachstrategien in der parlamentarischen Arena auf Landesebene erörtert und typologisiert.

## **5. Sprachstrategien und Sprachstrategietypen im Parlament**

Dieses Kapitel umfasst die Auswertung der durchgeführten Analyse politischer Reden innerhalb der dritten Lesung zum Haushaltsgesetz zwischen 2000 und 2010. Der abschließende Abschnitt dieser Arbeit setzt sich aus der Darstellung der Sprachstrategietypen und den Erkenntnissen aus der Feststellung des Untersuchungsmaterials sowie der Strukturdaten zusammen. In diesem Kapitel sollen nun die theoretisch erworbenen Erkenntnisse mit denen aus der Debatteanalyse vereint und dargestellt werden. Während der Redeanalyse wurden die Reden mit Hilfe des Programms MAXQDA Codiert und anschließend mit den aufgearbeiteten und gewonnenen theoretischen Erkenntnissen interpretiert.

Eingangs der Arbeit wurden zwei zentrale Forschungsfragen formuliert, die in den zurückliegenden Kapiteln aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet worden sind. Mit der Analyse und der Darstellung der Ergebnisse sollen die Forschungsfragen

1. Welcher Sprachstrategien bedienen sich politische Akteure aufgrund ihres Rollenverständnisses in der parlamentarischen Arena?
2. Welche Sprachstrategietypen lassen sich dabei identifizieren?

beantwortet werden.

Wie im Untersuchungsrahmen gezeigt werden konnte, sind Sprachstrategien abhängig von unterschiedlichen Variablen. Die Rolleneinnahme sowie die damit verbundenen Erwartungen, das daraus resultierende spezielle kommunikative Rollenverhalten sowie systemische Rahmenbedingungen beeinflussen die Reden politischer Akteure im Parlament. Basierend auf diesen Erkenntnissen und einem entwickelten Analyseraster konnten die in Abbildung 33 dargestellten

Sprachstrategietypen aus den Haushaltsreden der dritten Lesung des nordrhein-westfälischen Landtags der Jahre 2000 bis 2010 identifiziert werden.

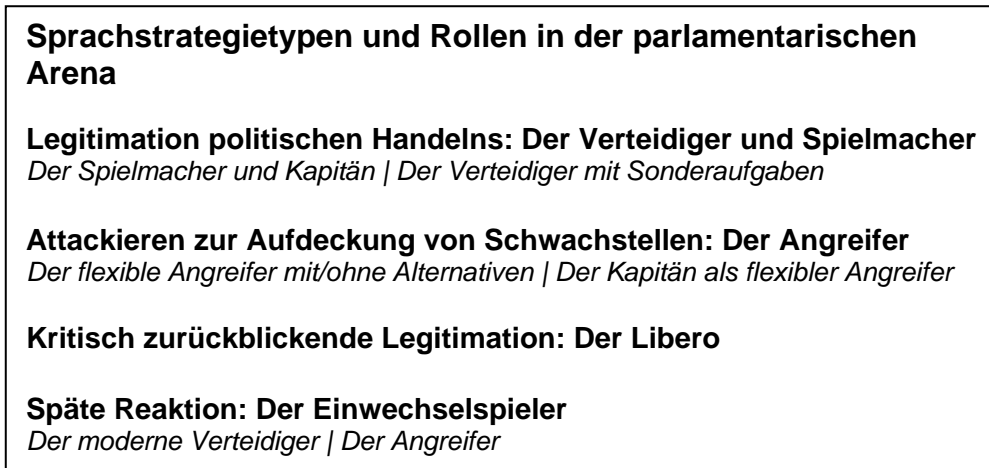


Abbildung 33: Sprachstrategietypen und Rollen in der parlamentarischen Arena. Quelle: Eigene Darstellung.

In den nun folgenden Unterkapiteln werden die jeweiligen Idealtypen mit ihren wesentlichen Merkmalen detaillierter vorgestellt. Durch das jeweilige abarbeiten entlang der Rednerreihenfolge in den einzelnen Haushaltsdebatten, werden geplante und spontane Sprachstrategie herausgearbeitet. Zudem lassen sich so Reaktionen auf Vorredner besser darstellen und wurden nicht dem Kontext entzogen. Denn vor allem bei den Redebeiträgen nach den Spitzenakteuren handelte es sich oftmals um sogenannte Reaktionsreden, also dem Einwechselspielertyp. Das heißt beispielsweise, dass sie zu Beginn ihrer Rede unmittelbar auf den Vorredner eingehen und zu dessen Äußerungen Stellung nehmen. Zudem sind durch die zeitliche Analysereihenfolge von 2000 bis 2010 mögliche Unterschiede in der Sprachstrategie der verschiedenen Regierungs- und Rollenkonstellationen besser aufzuzeigen und einzuordnen.

Aus den Plenarprotokollen des nordrhein-westfälischen Landtags ließen sich jedoch nicht nur die Reden der Landtagsabgeordneten und der Regierung gewinnen, sondern auch Zwischenrufe, Zwischenfragen oder Beifallsbekundungen konnten durch die Mitschriften der Stenographen identifiziert werden. Diese

Elemente stehen im zweiten Abschnitt dieses Kapitels im Vordergrund. Auch die Erkenntnisse aus der Festlegung des Untersuchungsmaterials sowie der Strukturdaten werden dann näher vorgestellt und eingeordnet. Mittels des entwickelten Analyserasters konnten diese Daten aus den Protokollen erhoben und gewonnen werden. Sie geben beispielsweise einen Einblick über die Anzahl der Akteure, die im Plenum gesprochen haben, zeigen die Anzahl gesprochener Wörter aller aber auch einzelner politischer Akteure auf, geben Auskunft über mögliche Zwischenrufe und erklären das Zustandekommen sowie die Zusammenhänge der Daten. Auffällig ist dabei, dass die Anzahl der gesprochenen Wörter nach den fünf Spitzenakteuren deutlich abnimmt. Ein Phänomen, das für alle untersuchten Analyseeinheiten Gültigkeit hat. Ausgeprägt ist zudem die geringe Anzahl gestellter und zugelassener Zwischenfragen. In einem untersuchten Fall, der Haushaltsdebatte 2009, entwickelte sich aus dem Stellen einer Zwischenfrage, ein Dialog was zu einem Abweichen des Redemanuskripts führte. Dieses Instrument, dass nicht nur eine Debatte lebendig gestalten, sondern einen Redner aus den Rhythmus bringen kann oder zu neuen Rechtfertigungsargumentation zwingt, findet bei den Akteuren in der parlamentarischen Arena ansonsten kaum Beachtung.

### **5.1 Sprachstrategietypen in der parlamentarischen Arena**

In den zurückliegenden Kapiteln wurde bereits vereinzelt auf die Affinität zwischen dem Sport, genauer gesagt dem Fußball und dem dieser Arbeit zugrunde liegendem Forschungsinteresse angedeutet bzw. Parallelen festgestellt. „Sport und Politik sind enger miteinander verbunden als allgemein angenommen. So haben sportliche Veranstaltungen immer auch eine symbolische und politische Bedeutung“ (Watzal 2004). Andersherum lässt sich dieses auch festhalten. Politikveranstaltungen haben wie Sportevents vielfach auch symbolischen Charakter. So auch die dritte Lesung der Haushaltsdebatten. In den einzelnen Ausschüssen und der zweiten Lesung zum Haushaltsgesetz ausführlich diskutiert, steht bei der Generaldebatte nicht mehr die Nennung konkreter Zahlen im Vordergrund, sondern wird das Hauptaugenmerk auf die allgemeine politische Situation und das Entscheidungshandeln der Landesregierung gelegt. Allge-

meine politische Standpunkte werden ausgetauscht und die Opposition attackiert die Regierung, die sich ihrerseits legitimiert. Dass sich Fraktionen bzw. Mitglieder aus den Fraktionen bei der abschließenden Abstimmung noch anders entscheiden, ist bei stabilen Regierungsverhältnissen ausgeschlossen. Die im Vorfeld stattgefundenen Wahlen haben im Idealfall bereits für eindeutige Mehrheitsverhältnisse gesorgt. Und dennoch sind diese Generaldebatten ein wesentliches Ereignis während einer Legislaturperiode. Der bereits erwähnte Show-Down trägt dazu bei, dass auch außerhalb der parlamentarischen Arena über die Landespolitik gesprochen und diskutiert wird. „Fußball verbindet die Menschen und regt zur Kommunikation an, (...)“ (Mittag/Nieland 2007:9). Übertragen auf Politik und die analysierten Plenardebatten kann festgestellt werden, dass Äußerungen in der parlamentarischen Arena nicht nur Politiker zur Kommunikation anregen – wie die Analyse und die Sprachstrategietypen zeigen – sondern auch bei den Wählerinnen und Wählern, entweder unmittelbar bei den Menschen auf der Besuchertribüne oder mittelbar durch die Medien, die die Generaldebatte medial aufarbeiten und somit einen Beitrag zur politischen Willensbildung leisten. Ausgehend davon diskutieren Wählerinnen und Wähler über diese Debatte, über das Auftreten von Politikern, deren Ziele, Ansprüche oder Ideen.

Das folgende Kapitel wird weitere Parallelen zwischen dem Fußball und der Politik aufzeigen bzw. Verhaltensmuster, Eigenschaften von Spielerpositionen auf die Reden im Parlament übertragen. Ob unter anderem Verteidiger, Angreifer, Spielmacher oder Einwechselspieler, mit Hilfe der Positionsbezeichnungen im Fußball werden Sprachstrategien und Sprachstrategietypen in der parlamentarischen Arena beschrieben, identifiziert und typologisiert.<sup>24</sup> Die Analyse der

---

<sup>24</sup> Die in dieser Dissertation verwendete Fußballmetaphorik banalisiert und stellt die Komplexität der politischen Kommunikation sowie der Politik insgesamt nicht ausreichend da. Die hier ausgewählte Fußballmetaphorik hat daher auch ihre Grenzen. Zwar beschreiben die einzelnen Fußballspielerpositionen sowie die dazu gehörigen Eigenschaften anschaulich die Sprachstrategietypen sowie Sprachstrategien im Parlament, lösen beim Leser bestimmte Bilder aus und helfen dabei, die Plenarreden der politischen Akteure besser einzuordnen. Allerdings stößt diese Metaphorik bezüglich der wissenschaftlichen Einordnung an ihre Grenze.

Nicht alle Positionen lassen sich hundertprozentig den Rednereigenschaften zu ordnen. Bestimmte Spielerpositionen können nicht abgebildet werden bzw. nicht alle Reden lassen sich in das Modell der Fußballmetaphorik einordnen. Dazu zählt zum Beispiel die Position des

Haushaltsreden wird darüber hinaus zeigen, dass Politiker an einigen Stellen in ihrer Rede Bilder aus dem Fußball gebrauchen, um ihre Botschaft deutlich und für jedermann verständlich zu platzieren. Politische Akteure versuchen im Rahmen der Generaldebatte durch den Austausch ihrer Standpunkte Identifikationen zu erreichen, in dem sie darstellen, für welche Position und Inhalte sie stehen. Dazu nutzen sie bekannte Metaphern, um unter anderem auch bei den Wählerinnen und Wählern Identifikationen zu erreichen, besonders vor Landtagswahlen. So bietet die parlamentarische Arena, speziell die Generaldebatte den politischen Akteuren durch ein bestimmtes Verhalten bzw. durch einen bestimmten Sprachstrategietypen den Raum der Identitätsschaffung.

Fußball ist wie Politik in Teilen eine Mannschaftssportart. Trotz aller Einzelreden politischer Akteure im Parlament ist das Halten von Reden, der Auftritt eines einzelnen Akteurs, immer auch ein Teamauftritt. Zwar sind die politischen Redner im Parlament wie im Untersuchungsrahmen beschrieben am Rednerpult Einzelkämpfer, als Mitglied einer Fraktion jedoch auch Teil eines Ensembles bzw. Teams. Und in einem funktionierenden Team herrscht immer auch ein bestimmtes „Wir-Gefühl“. Nur als Mannschaft ist man erfolgreich und nur mit einer Teamleistung kann das Spiel gewonnen werden. Dies hat auch für die Politik Gültigkeit. Nur wenn alle Akteure innerhalb der Generaldebatte die entsprechende Rolle einnehmen und Rollenerwartungen erfüllt werden, können der Einzelne sowie das Team mit ihrer Strategie erfolgreich sein. Das Kollektiv ist es, das gewinnt. Damit das geschieht, bedarf es im Vorfeld der richtigen Ansprache, für die die Fraktionsmanager verantwortlich sind. Wie im Fußball drückt sich das „Wir-Gefühl“ beispielsweise in einem zustimmenden, unterstüt-

---

Trainers, der die Mannschaft aufstellt und den Spielern somit bestimmte Positionen zuteilt. Doch wer nimmt in der vorliegenden Dissertation die Rolle des Trainers ein? Auf diese Frage bleibt diese Arbeit eine Antwort schuldig. Die Position des Trainers ist beispielhaft für eine Lücke in der Fußballmetaphorik.

„Gleichwohl erschöpft sich Politik nicht in politischer Kommunikation“ (Korte/Fröhlich 2004: 273). So beschreiben die vier Idealtypen lediglich die sprachlichen Künste der politischen Akteure im Parlament, bilden aber nicht die Ebene der politischen Entscheidungen, also wie und wo die Sprachstrategien entstanden sind, ab. Darüber hinaus sagen die hier definierten Sprachstrategietypen wenig über die Sprachauswahl aus, sondern spiegeln vielmehr den Charakter der Rede bzw. die Rolleneinnahme des Redners wider. Demnach steht mehr die Darstellungs- als die Entscheidungspolitik im Vordergrund.

zenden Beifall der Fraktionskollegen aus. Mit diesen Beifallsbekundungen und weiteren Feststellungen aus dem Untersuchungsmaterial wird sich Kapitel 5.2 beschäftigen. Das vorliegende Kapitel wird nun die verschiedene Sprachstrategien und Sprachstrategietypen, die anhand der Analyse der Haushaltsdebatten erarbeitet wurden, vorstellen, erläutern und deren wesentlichen Merkmale herausstellen. Dabei handelt es sich um vier Idealtypen *Legitimation politischen Handelns: Der Verteidiger und Spielmacher*, *Attackieren zur Aufdeckung von Schwachstellen: Der Angreifer*, *Kritisch zurückblickende Legitimation: Der Libero* und *Späte Reaktion: Der Einwechselspieler* mit ihren jeweiligen Merkmalsausprägungen und Unterkategorien.

### **5.1.1 Legitimation politischen Handelns: Der Verteidiger und Spielmacher**

Der legitimierende Sprachstrategietyp ist innerhalb des Untersuchungszeitraums ausschließlich von Regierungsakteuren, also Kabinettsmitgliedern und Mitgliedern der Regierungsfractionen, besonders von Fraktionsvorsitzenden, angewendet worden. Dass diese Form des Sprachstrategietyps nur von diesen politischen Akteuren benutzt worden ist, ergibt sich unter anderem aus dem Rollenverständnis. Die Analyse der Reden zur Haushaltsdebatte zeigen, dass jedoch nicht der eine, zentrale, verteidigende, legitimierende Sprachstrategietypus existiert. Je nach Zugehörigkeit zum Ensemble wird die Legitimationserwartung unterschiedlich ausgestaltet. Eines, das alle Regierungsakteure im Plenum bei der Einhaltung der Rollenerwartung bezüglich der Rechtfertigung ihres politischen Handelns verbindet, ist die Darstellung bzw. Herausheben politischer Erfolge. Die Nennung der Erfolge ist dabei nichts anderes, als das Werben für eine gute Politik. Dementsprechend haben diese Reden auch eine gewisse Werbefunktion (Kapitel 2.1.3.3), die ebenfalls dem Machterhalt dienen soll. Keine der untersuchten Reden in diesem Bereich, hat es verpasst, Erfolge bzw. Entscheidungen der Regierung als erfolgreich zu präsentieren. Allerdings gab es bezüglich des legitimierenden Sprachstrategietyps unterschiedliche Ausprägungen, die sich aufgrund der verschiedenen Funktionen innerhalb des Kollektivs ergeben. Folgende unterschiedliche Ausprägungen können für den verteidigenden, legitimierenden Sprachstrategietyp festgehalten werden:



- a) Landesväterliche Legitimation: Der Spielmacher und Kapitän
- b) Fachspezifische Legitimation: Verteidiger mit Sonderaufgabe:

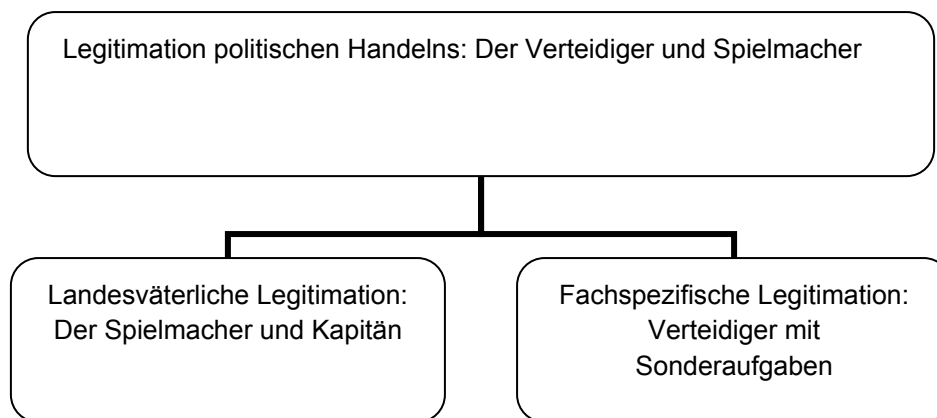


Abbildung 34: Legitimation politischen Handelns: Der Verteidiger und Spielmacher. Quelle: Eigene Darstellung.

#### 5.1.1.1 Landesväterliche Legitimation: Der Spielmacher und Kapitän

Der Spielmacher oder auch Regisseur übernimmt innerhalb eines Teams die Leaderfunktion. Er ist derjenige, der die Mannschaft auf dem Platz führt und den Mittelpunkt symbolisiert. Ihm obliegt die Aufgabe, die Spielstrategie umzusetzen und das Spiel zu lenken, sie dem Spielverlauf anzupassen oder neu auszurichten. Er ist Format- und Taktgeber, der die Offensive, also die Angriffe, einleitet, gestaltet und zum Teil auch abschließt. Gleichzeitig werden von diesem Spielertyp aber auch Verteidigungsfähigkeiten erwartet. Mit seinem Variantenreichtum prägt der Spielmacher das Spiel und ist so das Herz seiner Mannschaft. Die Variation in seinem Spiel beinhaltet neben den technischen Fähigkeiten auch die Eigenschaft, sich kämpferisch zu geben, dem Gegner auch mit einer gesunden Aggressivität entgegen zu treten, um so Angriffe frühzeitig verteidigen zu können. Darüber hinaus muss der Spielmacher auch die Fähigkeit besitzen, seine Mitspieler zu motivieren. Diese Eigenschaften eines Spielers drücken sich im Fußball nicht nur dadurch aus, dass diese Akteure vielfach die Rückennummer 10 tragen und im zentralen Mittelfeld spielen, sondern sie oftmals auch die Rolle des Kapitäns einnehmen. Dabei ist der Kapitän mit mehr Freiheiten ausgestattet als andere Spieler. Er hat innerhalb des Teams eine

herausragende Stellung. Der Kapitän wird vielfach von den Mitspielern gewählt. Deshalb bezeichnet man den Kapitän auch als Mannschaftsführer bzw. Teamleader.

Übertragen auf die vorliegende Arbeit ist der Typ des Spielmachers und Kapitäns der landesväterliche, legitimierende Typ. Dieser wurde ausschließlich bei den drei Ministerpräsidenten Wolfgang Clement, Peer Steinbrück und Jürgen Rüttgers ausgemacht. Aus ihrer Funktion, Aufgabe und Rolle heraus haben alle drei Ministerpräsidenten die legitimierende Rolle erfüllt. Dazu nutzten sie beispielsweise die Darstellung ihrer Meinung nach erfolgreichen Entscheidungen durch die Nennungen von Zahlen, Fakten und Maßnahmen als Werbung und Profilierung ihrer Regierungspolitik, so zum Beispiel Wolfgang Clement 2001 *„Ich darf Sie nur darauf hinweisen: Wir haben in den letzten zehn Jahren ungefähr 2.000 Medienprojekte realisiert.“*, *„(...)Sie darauf hinzuweisen, dass an unseren Schulen 94 % aller jungen Leute einen Abschluss erreichen.“*, *„Wir haben die finanziellen Handlungsmöglichkeiten durch Reduzierung der Nettoneuverschuldung von 6,9 auf 6,2 Milliarden DM erhalten.“*

Auch Peer Steinbrück machte in seiner Rede am 28. Januar 2004 Gebrauch vom Instrument der Expertise, um so Werbung für die Landesregierung zu betreiben und seine Kompetenzen zu demonstrieren, wie folgende Belege verdeutlichen: *„Die freien Schulen in Nordrhein-Westfalen sind im Jahre 2003 mit 939 Millionen € gefördert worden. Das ist pro Schüler gesehen eine Spitzenförderung in der Bundesrepublik Deutschland.“* oder *„Dieselben Schulen, die im Jahr 2003 eine Förderung von 939 Millionen € bekommen haben, werden 2005 mit 962 Millionen € gefördert. Das ist eine Steigerung von 23 Millionen €. Die Auseinandersetzung wurde darüber geführt, dass sie nicht 962 Millionen € bekommen sollen, sondern 977 Millionen €. Das ist der konkrete Hintergrund des Protestes.“*

Wie seine Vorgänger präsentierte sich auch Jürgen Rüttgers 2006 und 2009 im Parlament als Landesvater, wie das Beispiel aus dem Jahr 2006 zeigt: *„Die Investitionen in unsere Zukunft – Stichwort: Schul- und Bildungspauschale – blei-*

*ben mit 600 Millionen € unverändert hoch. Es ist richtig, dass nach den Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden, wenn ich die gesamten Beträge zusammennehme, soweit ich sie richtig im Kopf habe, zusätzlich 900 Millionen € – Stichwort: Abrechnungen Ost/West – zur Verfügung gestellt werden. Richtig ist auch, dass 84 % der Mittel aus dem Konjunkturpaket unmittelbar an die Kommunen weitergeleitet worden sind.“* Durch die Nennung von Maßnahmen kommen die Ministerpräsidenten dem Phänomen nach, dem Hörer zu zeigen, „das keine andere Maßnahme Erfolg verspricht“ (Fröhlich 2001: 159). Die Darstellung der Erfolge politischen Handelns erfolgt dabei immer durch die positiv-legitimierende Framing-Dimension. Sie wird bewusst von den Ministerpräsidenten und der Rolle entsprechend eingesetzt, um so das Ziel der positiven Darstellung der Landesregierung im Parlament und in der Öffentlichkeit nachzukommen.

Verbunden mit der Präsentation der Erfolge ist häufig eine Danksagung der Ministerpräsidenten an die unterschiedlichsten Akteure. So bedankt sich beispielsweise Wolfgang Clement bei Lehrern, Polizisten oder Institutionen für die geleistete Arbeit. Auch Jürgen Rüttgers nutzt 2009 dieses Instrument und bedankt sich für die Mitarbeit: *„Ich möchte mich bei denen, die sich davon angesprochen fühlen – meinerseits aber ist es an alle gerichtet, trotz unterschiedlichster Auffassungen –, für die Mitarbeit in diesem Jahr sehr herzlich bedanken.“* Wissend, dass die Politik der Landesregierung nur erfolgreich sein kann, wenn sie von den betroffenen Akteuren auch umgesetzt wird, nutzten sie die parlamentarische Arena bewusst dafür. Gleichzeitig ist dies ebenfalls ein Signal an die Oppositionsakteure, wie breit gestreut die Zustimmung für die Regierungspolitik ist.

Wie in den Erwartungen von Fröhlich in Kapitel 2.2.3 beschrieben, gehört auch die Herausstellung von Richtungspunkten zu den Rollenerwartungen eines Regierungsakteurs. So stellen alle drei Ministerpräsidenten Ziele oder auch Absichten der Regierung vor. Jürgen Rüttgers 2009: *„Ich glaube, dass es möglich ist, die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Nordrhein-Westfalen – wie ausgerechnet, angekündigt und beschlossen – um 81 Millionen t zu reduzieren. Das sind rund 44 %*

*des Einsparvolumens, das die Bundesregierung bis 2020 anstrebt – übrigens nicht nur die neue, sondern auch die alte Regierung. Das waren immer unstrittige Zahlen, und die sollen jetzt in Kopenhagen verankert werden. Ich sage Ihnen: Das ist und bleibt das Ziel dieser Landesregierung und der Koalitionsfraktionen. Gerade weil das so ist, setzen wir uns für diese Gesetzesänderung ein, wobei es nicht richtig ist – wie behauptet wird –, dass damit irgendetwas gegen erneuerbare Energien, gegen Energieeffizienz unternommen wird.“ Oder auch Wolfgang Clement 2001: „Unser Ziel ist schlicht und ergreifend, dass wir in dieser Legislaturperiode hier zu gravierenden Verbesserungen kommen. Da können Sie Ihre 90 Pfennig noch ein paar Jahre durch das Land tragen, wir werden am Ende jedes Jahres vorlegen, welche Fortschritte wir erzielt haben. Diese erzielen wir übrigens nur, wenn alle mittun: Jugendorganisationen, Jugendämter, Sportvereine, Sportorganisationen. Wir können das nämlich nicht allein aus eigener Kraft.“*

Die Nennung von Zielen und Absichten folgt aus dem von Fröhlich beschriebenen Erwartungskatalog, die an einen Regierungsakteur herangetragen werden. Es gilt, den Zuhörer „davon zu überzeugen, dass das Ziel, das man ins Auge fasst, das einzig erstrebenswerte ist“ (Fröhlich 2001: 159). Somit wird die Strategie der Aufzählung von Zielen, Absichten usw. bewusst eingesetzt. Also ein aus der Rolle heraus erklärendes Kommunikationsverhalten. Das unterstreicht die Annahme, dass die Rolle und das sich entsprechende Kommunikationsverhalten Einfluss auf die Sprachstrategie und den Sprachstrategietyp nimmt. Verbunden mit den Absichtserklärungen ist häufig das Hinweisen auf mögliche Probleme bzw. Schwierigkeiten. Durch die Anwendung des Instrument „Disclaimers“, *„Ich weiß auch, dass die Krise noch nicht vorbei ist“* (Jürgen Rüttgers 2009), verfolgen alle drei Akteure das Ziel, als Kümmerer und verantwortungsbewusster Politiker wahrgenommen zu werden. Das Bild des Kümmerers, *„Die Landesregierung tut jedenfalls, um ... .“* (Jürgen Rüttgers 2009), setzten sowohl Wolfgang Clement, Peer Steinbrück und Jürgen Rüttgers besonders dazu ein, um als Landesvater wahrgenommen zu werden. Diesen Eindruck verstärken sie, indem jeder immer wieder den Blick weg von einzelnen Politikfeldern hin zur Gesamtsituation, dem großen Ganzen richtet: *„Das ist nicht der Anspruch, der sich*

mit politischer Verantwortung verbindet. Verantwortung bedeutet, den Menschen konkret zu sagen, dass Entwicklung in Nordrhein-Westfalen auch dann möglich ist und dass die Gesellschaft auch dann zusammengehalten werden kann, wenn die Titel im Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen nicht automatisch von Jahr zu Jahr erhöht, sondern gegebenenfalls auch gekürzt werden. Das ist politische Verantwortung“ (Peer Steinbrück 2004). Die landesväterliche Wahrnehmung wollen alle drei Ministerpräsidenten auch durch die Worthäufigkeit des Begriffs „Nordrhein-Westfalen“ ausdrücken. So benutzt beispielsweise Ministerpräsident Wolfgang Clement 38 Mal das Wort „Nordrhein-Westfalen“, Peer Steinbrück 32 Mal und Jürgen Rüttgers in seinen Haushaltsreden insgesamt 20 Mal. Auch dieses Merkmal der häufigen Nutzung von landesväterlich wirkenden Schlüsselwörtern erklärt sich aus Rolleneinnahme. Die Funktion eines Ministerpräsidenten bei einer solchen Debatte ist vielfältig. Sie beinhaltet neben der Legitimation- und Werbefunktion auch die Profilierungsfunktion. Alle untersuchten Reden der Ministerpräsidenten strebten innerhalb der Debattenanalyse das Profil der landesväterlichen Wahrnehmung an.

Eine weitere Eigenschaft, die alle drei Ministerpräsidenten miteinander verbindet und charakteristisch für den Typ Spielmacher und Kapitän ist, ist das Loben der Zusammenarbeit der Regierungskoalition. So lobt Peer Steinbrück 2004 die Zusammenarbeit der rot-grünen Regierungskoalition, um so vor allem Geschlossenheit zu symbolisieren. Ein Phänomen, das sich auch in den Haushaltsreden von Jürgen Rüttgers wieder findet. Auch er lobt beispielsweise den Start der schwarz-gelben Landesregierung mit den Worten „in freundschaftlichen Geist geschlossen“ oder „Ich möchte mich bei denen, die sich davon angesprochen fühlen – meinerseits aber ist es an alle gerichtet, trotz unterschiedlichster Auffassungen –, für die Mitarbeit in diesem Jahr sehr herzlich bedanken“ (Rüttgers 2009). Geschlossenheit in der Regierung ist auch hier die Botschaft, denn auch ein Ministerpräsident darf nicht nur wie bereits erwähnt seine einzelne Rolle und sein Ziel verfolgen, sondern muss auch die kollektive Rolle, die des gesamten Ensembles – Kabinett und Regierungsfaktionen – auf der Vorderbühne einnehmen und nach außen vertreten. Durch diese Rolleneinnahme wollen beide Ministerpräsidenten gleichzeitig vom politischen Gegner

ausgemachte Spannungen, erst gar nicht zu lassen bzw. entkräften. Sie wollen frühzeitig den Angriff des politischen Gegners stoppen. So dient die Lobfunktion (Kapitel 2.1.3.3) gegenüber eigenen Fraktionskollegen oder außenstehenden Akteuren zur Demonstration von Geschlossenheit.

Zur Aufgabe bzw. Funktion von Ministerpräsidenten, das zeigte die Analyse ihrer Haushaltsreden, zählt auch das Signalisieren einer möglichen Zusammenarbeit bzw. einer Dialogbereitschaft. Sowohl Wolfgang Clement, Peer Steinbrück als auch Jürgen Rüttgers signalisieren innerhalb ihrer Reden bei bestimmten Themenfeldern immer wieder Dialogbereitschaft in Richtung Opposition. Wolfgang Clement 2001: *„Wir wollen diese Zusammenarbeit mit den Partnern - das ist keine vorrangige Frage des Geldes – intensivieren.“* Oder beispielsweise Jürgen Rüttgers 2006: *„Ich bin gerne bereit, mir das anzusehen. Über realistische Vorschläge können wir diskutieren. Ich würde mich freuen, wenn Sie konkret würden, Frau Löhrmann.“*

Strategisch gesehen zeigen die Ministerpräsidenten der Öffentlichkeit so, dass man gemeinsam mit allen im Landtag vertretenden Fraktionen bzw. Parteien zusammenarbeiten will. Die mögliche Zusammenarbeit bzw. Dialogbereitschaft ist jedoch von der Ministerpräsidentendemokratie geprägt. Als Regierungschef verfügt der Ministerpräsident über die Richtlinienkompetenz und gibt somit die Ziele, Absichten oder auch Grundsätze der Landesregierung vor (Rudzio 2006: 316; Korte/Florack Grunden 2006: 87f.). Vor diesem Hintergrund gilt das Angebot Clements ausschließlich der Darstellung an die Wählerinnen und Wähler, sich als der kooperative, dialogbereite Ministerpräsident herauszustellen. Die Akteure nutzen die dabei nach außen gesendete Dialogbereitschaft in ihrer Rede dazu, der jeweiligen Opposition vorzuwerfen, sie würden dieses Angebot nicht annehmen, wissend dass die Oppositionsparteien dieses Angebot nicht annehmen werden und sich innerhalb der Haushaltsdebatte nicht dazu äußern. Nichts anderes als Kritik an der Opposition ist dieses Angebot und darf auch bei der Sprachstrategie eines Ministerpräsidenten nicht fehlen.

Obwohl die Rechtfertigung ihres politischen Handelns, das Werben für die Unterstützung für politische Programme sowie die Darstellung der Erfolge im Vordergrund stehen, weisen alle analysierten Reden der Ministerpräsidenten auch Elemente der Kritik an der Opposition auf. Häufig stehen die Spitzenakteure der Oppositionsfraktionen sowie die programmatische Haltung der Parteien bzw. Fraktionen im Fokus der Kritik. Eine Eigenschaft die sich aus den in Kapitel 2.1.3.3 beschriebenen Funktionen von Reden ergibt. Klein und Mertes sprechen in ihrem Funktionskatalog von Reden unter anderem auch von der „Gegenschelte“. So haben politische Reden auch die Funktion, sich kritisch mit dem politischen Gegenspieler auseinanderzusetzen. Die Ministerpräsidenten sowie weitere Akteure, wie in den nächsten Kapiteln zu sehen sein wird, nutzen diese Funktion, um die Opposition zu kritisieren. Dieses Ziel, dass in den Textpassagen der Reden auszumachen ist, verfolgen die Akteure durch den strategischen Einsatz bestimmter Instrumente. Ein vielfach angewandtes Instrument war das Stellen von rhetorischen Fragen oder das Stellen von Fragen und der anschließenden Selbstbeantwortung. *„Wie wollen Sie für sich Verantwortung für die Finanzpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen in Anspruch nehmen, wenn Sie nicht einmal das können? Und Sie können es nicht“* (Peer Steinbrück 2004), oder Wolfgang Clement 2001: *„Das weiß Frau Kollegin Höhn. Das wissen wir alle. Es wird in Zukunft mehr Bio-Landwirtschaft geben. Davon gehen alle aus. Ich vermute, davon gehen auch Sie aus. Für die konventionelle Landwirtschaft hätte ich gerne einmal Ihre Vorschläge gehört. Was haben Sie denn dazu beizutragen“*, und Jürgen Rüttgers 2009: *„Dies könnte man jetzt fortsetzen. Als wir von Ihnen übernommen haben, gab es den Ganzttag nur an Gesamtschulen. Inzwischen gibt es sie an allen Schulformen. Es ist doch wohl gerecht, dass Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien genauso behandelt werden?“*

Ein weiteres Instrument, welches zur Kritik oder Abwertung des politischen Kontrahenten genutzt wurde, ist die Metapher. *„Sie surfen auf der Protestwoge von Demonstrationen“* (Peer Steinbrück 2004), *„Es ist wie immer: Luftschlösser aufbauen kostet nichts, aber Luftschlösser abreißen ist eine verdammt teure Angelegenheit, und zwar vor allen Dingen für diejenigen, die sich auf Ihre Versprechungen verlassen haben.“* (Jürgen Rüttgers 2006). Durch die bildhafte Spra-

che der Akteure soll die Position des Redners zum politischen Gegner für den Adressaten deutlich gemacht bzw. die politischen Inhalte abgewertet werden. Dabei verwenden die Ministerpräsidenten sowie alle anderen Akteure, die Eigenschaft, dass Bilder länger bei den Menschen wirken, länger im Gedächtnis verweilen, denn wie eingangs beschrieben, denken die Menschen in Metaphern. Die Absicht, die angestrebte Botschaft bei den Wählerinnen und Wählern verständlich und nachhaltig zu platzieren, wird über das Framing-Element der Metapher versucht.

Allgemein kann für das Kritisieren der Ministerpräsidenten an der Opposition festgehalten werden, dass es ihnen vor allem darum geht, sich und die Regierungskoalition von der Opposition abzugrenzen, um so das eigene Profil zu schärfen. Das schärfen des eigenen Profils kann vor allem dann erfolgreich sein, wenn im Gegenzug eigene Programme, eigene Ziele und Ideen präsentiert werden. Denn mit jeder Rede der Ministerpräsidenten bzw. auch der Regierungsakteure ist, eine nach Klein und Mertes aufgestellte Funktion, eine Werbefunktion verbunden. Das Werben und die Unterstützung für seine Politik bzw. sein politisches Vorgehen schwingen bei diesen Legitimationsreden demnach immer mit. Darüber hinaus wollen die Ministerpräsidenten ihren Anspruch auf Machterhalt signalisieren. Dieser Weg führt unter anderem über das Kritisieren und damit Abgrenzung des politischen Kontrahenten.

Im Mittelpunkt des Spielmachers und Kapitän-Typs steht für politische Akteure, besonders vor Wahlen, die Machtsicherung. Dem Anspruch auf Machterhalt können die Ministerpräsidenten nur durch die Anwendung eines umfangreichen Bündels von Sprachstrategien innerhalb der Haushaltsreden gerecht werden. Sie müssen immer wieder neu abgestimmt werden. Auch wenn das Ergebnis, im Rahmen des Untersuchungszeitraums, der Landtagswahlen für klare Mehrheitsverhältnisse sorgt, sind an das Auftreten des Ministerpräsidenten in der parlamentarischen Arena bestimmte Erwartungen geknüpft, die es einzuhalten gilt. So trägt eine den Rollenerwartungen entsprechende Rede eines Ministerpräsidenten innerhalb der Generaldebatte zur Regierungsstabilität bei. Nicht nur die eigenen Regierungsmitglieder werden durch eine entsprechende Rede mo-



tiviert. Durch die Anwesenheit der Medien eröffnet sich für den Ministerpräsidenten auch die Möglichkeit sich in der Öffentlichkeit positiv zu positionieren. Allerdings nicht nur die Öffentlichkeit sowie die eigenen Regierungsmitglieder sind die Adressaten der Reden der Ministerpräsidenten, sondern auch die Opposition. Die kritischen Äußerungen sind vielfach direkt an bestimmte Personen gerichtet. Ministerpräsidenten sprechen bei der dritten Lesung zur Verabschiedung des Haushaltsgesetzes immer an letzter Stelle, lässt man die nachfolgenden Redner außen vor. So haben jene die Möglichkeit nicht nur ihre Vorredner aus den eigenen Parteien noch mit in ihrer Rede einzubeziehen, sondern können auch auf die Redenbeiträge der Opposition unmittelbar eingehen und Kritik personalisieren. In den untersuchten Reden der drei Ministerpräsidenten ist dies auch der Fall. So wendeten sich Wolfgang Clement und Peer Steinbrück mit ihrem Unmut gegenüber der Opposition vor allem gegen den Fraktionsvorsitzenden der CDU Jürgen Rüttgers und wendeten sich unmittelbar an ihn. Bei der Rede von Wolfgang Clement bezogen auf die Rubrik Anrede/Adressat fällt auf, dass er dieses Muster zu Beginn seiner Sätze bzw. Abschnitte stellt, im Gegensatz zu seinem damaligen größten politischen Widersache, Jürgen Rüttgers. Mit diesem setzt sich Wolfgang Clement innerhalb seiner Rede sehr lange auseinander. 25 Mal nennt er den Namen des CDU Politikers. Dabei geht es in erster Linie darum, ihn sowie die Opposition abzuwerten, welches er beispielsweise durch die sprachliche Funktion der rhetorischen Frage vornimmt. Durch dieses Element stellt er die Punkte der Opposition als nichtig dar. Eine weitere Sache, auf die Wolfgang Clement in diesem Zusammenhang immer wieder bewusst anspricht, ist die politische Vergangenheit von Jürgen Rüttgers als Bundesminister. Dabei wählt er die Form der direkten Anrede „Herr Kollege Rüttgers“. Dieses Rollenverhalten änderte sich 2005 mit der gewonnen Landtagswahl der CDU und der anschließenden Regierungsbildung von CDU und FDP nicht. Auch Jürgen Rüttgers griff und sprach seine Vorrednerin in der Opposition, Hannelore Kraft und Sylvia Löhrmann immer wieder direkt an, in dem er beispielsweise ihren Namen erwähnte, „...das Sie in Ihrer Regierungszeit eingerichtet haben, aber streichen wollten; wenn Sie den Kopf schütteln, dann haben Sie nicht gewusst, was in der Regierung, in der Sie Mitglied waren, passiert

ist; um das zu wissen, müssen Sie nur einmal in die Akten sehen, Frau Kollegin Kraft“ (Rüttgers 2006).

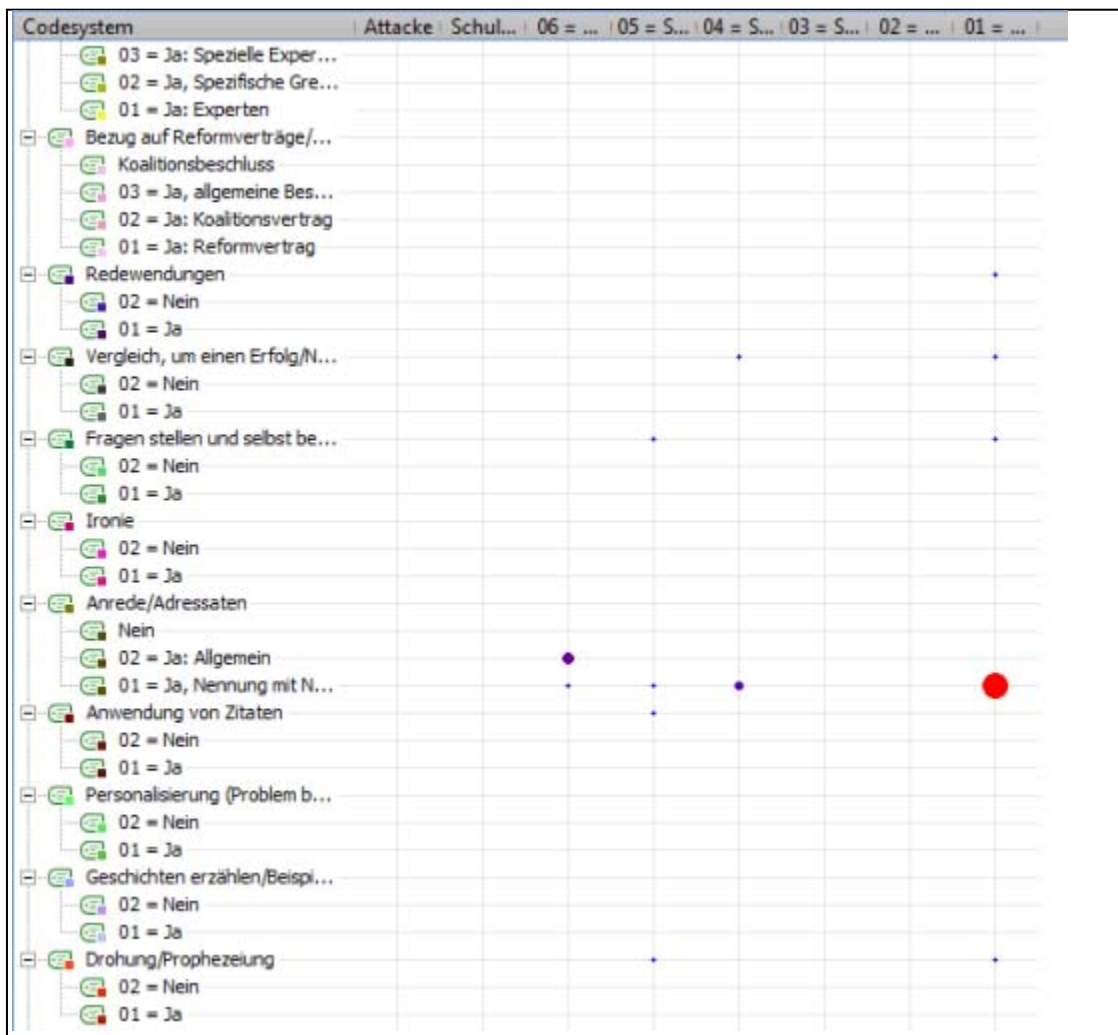


Abbildung 35: Direkte Ansprache an den politischen Gegner, Beispiel Sylvia Löhrmann 2006.  
Quelle: MAXQDA.

Mit der direkten Ansprache will der Redner im Parlament die Aufmerksamkeit auf den Adressaten ziehen. Probleme oder negative Eigenschaften, die der politische Akteur in der parlamentarischen Arena gegen über dem Adressaten äußert, sollen durch die direkte Ansprache mit der entsprechenden Person verbunden werden, was an der Plenarrede von Sylvia Löhrmann zu erkennen ist. Durch das Nennen von schlechten Eigenschaften in Verbindung mit der direk-

ten Ansprache einer Person, soll diese Person mit einem negativen Bild bei den Zuhörern versehen werden.

Die direkte Ansprache Sylvia Löhrmanns gegenüber dem damaligen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers hatte das Ziel, alles Negative mit ihm zu verbinden. Den Wählerinnen und Wähler soll so ein negatives Bild des Ministerpräsidenten nachhaltig vermittelt werden. Somit hat die Anwendung der direkten Ansprache eine wichtige kommunikationspsychologische Bedeutung, die sich die Opposition für den Machterwerb zu Eigen macht.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass es sich bei der Unterkategorie des Sprachstrategietyps „Der Spielmacher und Kapitän“, um einen Idealtyp handelt, der auf Landesebene in erster Linie auf den Ministerpräsidenten zutrifft. Ihm gilt im Rahmen der Haushaltsdebatte neben dem/der Fraktionsvorsitzenden die größte Aufmerksamkeit. Er oder sie muss ein breites Spektrum an Sprachstrategien abdecken, was sich auch in der Vielzahl der angesprochenen Themen innerhalb der Reden widerspiegelt. Auch die Anzahl der gesprochenen Wörter, wie in Kapitel 5.2 herausgearbeitet wird, macht deutlich, welche Bedeutung der Ministerpräsident innerhalb der Generaldebatte hat.

Der Spielmacher- und Kapitänstyp ist in erste Linie zwar idealtypisch für einen Ministerpräsidenten, doch die Analyse der Haushaltsreden zeigt, dass die von den Ministerpräsidenten angewandten Sprachstrategien unter anderem zur Herstellung von Legitimation, Werbung oder Profilierung auch von anderen Akteuren benutzt und umgesetzt werden können. So präsentierte sich beispielsweise der SPD-Fraktionsvorsitzende Edgar Moron im Jahr 2001 ebenfalls mit dem landesväterlich, legitimierten Sprachstrategietypen, jedoch unter dem Aspekt, dass er die Äußerungen des Vorredners Jürgen Rüttgers konterte. Somit ergibt sich im Bereich dieses Sprachstrategietyps eine Unterkategorie des konternd, landesväterlich, legitimierenden Sprachstrategietyps.

Der konternd, landesväterlich, legitimierende Sprachstrategietyp ist eine Ergänzungsform des Spielmacher- und Kapitänstyps. Wie der Zusatz schon be-

schreibt, bezieht sich dieser Sprachstrategietyp auf das Kontern zuvor gehaltenen Reden. Wie bei dem beschriebenen landesväterlich, legitimierenden Sprachstrategietyp, weist auch diese Unterkategorie die beschriebenen Eigenschaften auf, mit dem Zusatz, dass sich dieser Sprachstrategietyp ausführlich mit den Äußerungen des Vorredners befasst. Ein Phänomen, welches vor allem bei dem Sprachstrategietyp Späte Reaktion: Der Einwechselspieler, ausführlicher analysiert wird. Die Rede von Edgar Moron zur dritten Lesung des Haushalts 2001 ist ein derartiges Beispiel. Seine Rede lässt sich im ersten Abschnitt als nicht geplante Rede beschreiben: „Meine Damen und Herren, insofern will ich mich mit Ihrer Rede nicht weiter auseinander setzen.“

Spontaneität ist das Merkmal, welches der Framingansatz (Kapitel 4.4.1) beschreibt, das hier dominiert. Erst im zweiten Teil wirkt die landesväterliche Rede geplant. Nach dem Wechsel zwischen der Darstellung der Erfolge und dem Kritisieren der Rede von Jürgen Rüttgers im dritten Teil, wird Edgar Moron im letzten Teil wieder staatsmännisch. Nach der unmittelbaren kritischen Reaktion auf seinen Vorredner, beginnt Edgar Moron mit seiner eigentlichen Rede und nimmt dabei die Rolle ein, die man erwartet. Er verteidigt die Politik der Landesregierung, stellt deren Erfolge heraus und vergisst dabei nicht zu erwähnen, dass es auch Probleme gibt, deren man sich bewusst ist. Durch die Nennung von Zielen und Absichten sowie die Darstellung, mit Außenstehenden im Gespräch zu sein, vermittelt er den Eindruck, die Probleme lösen zu können. Bei allem wirkt er bis auf den Beginn seiner Rede landesväterlich. Er selbst hat sich und seine Rolle bereits während der Rede definiert: *„Hört mal Kollegen, dass ihr jetzt hier eine Kabinettsitzung durchführt, während ich versuche, positive Aspekte eurer Arbeit herauszustellen, halte ich nicht für in Ordnung“*. Dabei ist Edgar Moron nicht der einzige Akteur, der sein Rollenverständnis innerhalb seiner Rede offen anspricht. Oftmals erfolgt dies gleich zu Beginn der Rede, um zu signalisieren, welche Absichten der Redner verfolgt, wie das Beispiel Jürgen Rüttgers zum Doppelhaushalt 2004/05 zeigt: *„Die dritte Lesung ist traditionell die Generalabrechnung mit der Politik der Regierung. Ich will die Landesregierung jetzt nicht beschimpfen, aber ich will einige Feststellungen treffen.“* Oder Hannelore Kraft in ihrer Rede 2006: *„Die dritte Lesung des Haushalts bietet traditionell die Gele-*

*genheit, sich kritisch mit der Politik der Landesregierung insgesamt auseinander zu setzen.“*

Dieser Sprachstrategietyp trifft vor allem auf Regierungsakteure zu, deren Rolle innerhalb eines Kollektivs herausgehoben ist, wie zum Beispiel dem des Fraktionsvorsitzenden. Der Fraktionsvorsitzende der größten Regierungsfraktion spricht innerhalb der Generaldebatte immer an zweiter Stelle, nach dem Fraktionsvorsitzen der größten Oppositionsfraktion. Er kann so innerhalb seiner Rolle und den damit verbundenen Erwartungen entsprechend auf den Vorredner reagieren und seine Sprachstrategie ausrichten. In diesem Fall bedeutet dies beispielsweise, gemachte Äußerungen seines Vorredners durch eigene Nennung von Daten und Fakten zu widerlegen oder die Rede seines Vorgängers zu beurteilen bzw. zu kritisieren, wie Edgar Moron 2001. Mit den Schlagwörtern „Heuchelei“ und „Unehrllich“ kritisiert er die Rede Jürgen Rüttgers und wertet ihn damit ab.

Der Sprachstrategietyp Legitimation politischen Handelns: Der Verteidiger und Spielmacher, beinhaltet in erster Linie eine rechtfertigende Sprachstrategie, die durch die Anwendung der positiv-legitimierenden Framingdimension (z. B. Metaphern, Nennung positiver Zahlen, Erfolge etc.) ausgeübt wird. Darüber hinaus ist die Profilierung als Landesvater, durch die Verwendung von Schlüsselwörtern wie beispielsweise NRW oder Menschen, und die Fokussierung auf die Gesamtsituation, ein weiteres zentrales Merkmal dieses Typs. Verbunden mit der Legitimationsstrategie und der Darstellung als Landesvater ist die Sicherung der Macht, gerade bei Haushaltsdebatten vor anstehenden Landtagswahlen ein zentrales Merkmal und steht für diese Akteure im Vordergrund. Erreicht werden soll dieses Ziel unter anderem durch die Nennung von Zielen und Absichten, das Zitieren von Umfragen, Experten oder Medien. Dazu wird gemeinsam mit der Herausstellung von Erfolgen eine breite Palette bewusst ausgewählter Themen seitens der Regierungschefs angesprochen. Allerdings werden nicht nur Erfolge, sondern auch Probleme absichtlich angesprochen. In Verbindung mit gleichzeitiger Nennung von Lösungswegen soll so das Bild des Kümmerers demonstriert werden. Insgesamt kann festgehalten werden, dass dieser

Sprachstrategietyp mit seinen Sprachstrategien vor allem Reden der Ministerpräsidenten zugeordnet werden kann.

#### **5.1.1.2 Fachspezifische Legitimation: Der Verteidiger mit Sonderaufgaben**

Eine weitere Form des Verteidigertyps ist der Verteidiger mit Sonderaufgaben (fachspezifische Legitimation). Der klassische Innenverteidiger steht als Spieler am nächsten dem eigenen Tor, um einen Gegentreffer zu verhindern. Im modernen Fußball reicht die Eigenschaft, lediglich einen Treffer des Angreifers abzuwehren, allerdings nicht mehr aus. In einer raumorientierten Verteidigung wird von diesem Spielertyp ein weit höheres Spielverständnis erwartet, als nur die klassische Manndeckung. Als moderne Verteidiger sind nicht nur Defensivkünste gefragt, sondern auch das Einschalten in die Offensive muss bzw. sollte beherrscht werden können. Jedoch kommt es häufig vor, dass Verteidiger mit den Aufgaben einer klassischen Manndeckung versehen werden, nämlich dann, wenn Vereine mit Superstars, wie z.B. dem Argentinier Lionel Messi vom FC Barcelona als Gegner auf dem Platz stehen. Viele Trainer greifen dann auf diesen Typ zurück, in der Hoffnung, diese Weltstars des Fußballs in den Griff zu bekommen und auszuschalten.

Eine Verteidigung, die seinem Fachbereich entspricht, findet sich auch in den Ergebnissen der analysierten Haushaltsreden wieder. Als eine zweite Unterform des Typs Spielmacher und Verteidiger wurde innerhalb der Analyse der Haushaltsdebatten 2000 bis 2010 der Verteidiger mit Sonderaufgaben kategorisiert. Bei den Haushaltsdebatten 2009 wählten drei Redner aus den Reihen der CDU/FDP-Landesregierung ihre Sprachstrategien so, dass sie ausschließlich als Fachpolitiker im Parlament wahrzunehmen waren. Merkmal dieser Unterkategorie und der Reden ist, wie es die Bezeichnung dieser Typologisierung schon wiedergibt, das Reden zu einem oder auch mehreren speziell ausgewählten politischen Themen. Die Reden von Armin Laschet (CDU, Minister für Generationen, Familie und Integration), Rainer Lux (CDU) und Horst Engel (FDP) boten nicht die gewohnte Bandbreite an Themen, wie die Reden der Ministerpräsidenten, sondern beschäftigten sich ausschließlich mit jeweils nur ei-

nem Thema. So hat zum Beispiel Armin Laschet eine fachspezifische Rede gehalten, bei der es um die Klarstellung von Zahlen seitens der Landesregierung im Bereich des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) ging. Das geht zum Beispiel aus der Analyse der Worthäufigkeiten „*Plätze*“ (6 Mal), „*Kinder*“ (5 Mal), „*U3-Plätze*“ (3 Mal) oder auch „*Tagespflege*“ (3 Mal) hervor. Eine Besonderheit der Rede Armin Laschets ist dabei die Entwicklung eines Monologs hin zu einem Dialog. Aus der Zwischenfrage des SPD-Abgeordneten Sören Link und der Beantwortung durch Armin Laschet, bei der er Hannelore Kraft attackiert, stellt diese eine weitere Zwischenfrage. Der eindimensionale Monolog ist für kurze Zeit einem mehrdimensionaler Dialog gewichen. Anders ausgedrückt: Aus der sprachlichen Einbahnstraße wurde eine Sprachstraße mit Gegenverkehr. Der mehrdimensionale Dialog dieser drei Protagonisten hat eine belebende Wirkung an dieser Stelle. Es ist, einer der wenigen in dem gesamten Analysezeitraum, da Zwischenfragen die Ausnahmen bilden. Dieser mehrdimensionale Dialog erklärt sich aus dem beschriebenen Framingansatz, der Spontaneität. Diese Stelle in seiner Rede verdeutlicht, dass Spontaneität nicht planbar ist und Armin Laschet in der Lage sein muss „spontan zu kommunizieren (...) und zwar überall und immer“ (Fairhurst/Sarr 1999: 31). In dem vorliegenden Fall hat Laschet diese Art der spontanen Kommunikation provoziert. Er dürfte sich bewusst gewesen sein, auf welche Art der Verständigung er sich einlassen würde und dass er dieser Situation gewachsen ist. Aus der Funktion und der Rolleneinnahme heraus ist dieses von einem Minister auch zu erwarten gewesen, eben eine Rollenerwartung die an sein Amt und damit an seine Aufgabe herangetragen wird.

Zwei weitere fachspezifische Reden hielten die Abgeordneten Rainer Lux und Horst Becker. Sie trugen ihrerseits Reden zum Thema Kommunalfinancen vor. Dass beide diese Themen innerhalb der Debatte in den Vordergrund rückten, hängt auch mit der Funktion zusammen, die beide in ihrer Fraktion einnehmen. So waren Lux und Becker in der 14. Legislaturperiode Sprecher für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform ihrer Fraktionen. Beide stellten zum Beispiel die finanziellen Probleme der Kommunen heraus und nutzten dabei Fachbegriffe wie „*Gewerbesteuer, Grundsicherung oder Eingliederungshilfe*“ (Lux 2009). Auch die Metapher von Horst Engel (2009) „*Wir sind nicht in Entenhau-*

sen, und es gibt auch keinen Dagobert Linssen“ macht deutlich, dass das Thema Finanzen im Vordergrund steht. Auch die Anzahl der verwendeten Wörter wie zum Beispiel bei Horst Becker (2009) „Kommunen“ (16 Mal), „Steuereinnahmen“ (6 Mal) oder Rainer Lux (2009) „Kommunen (11 Mal) und „Finanzkrise“ (7 Mal) zeigen, dass auch die Funktionen innerhalb der Gruppe einen Sprachstrategietyp prägen.

Alle drei Regierungsakteure kamen trotz der fachspezifischen Rede den an sie herangetragenen Rollenerwartungen nach. Sowohl Armin Laschet, wie auch Rainer Lux und Horst Engel legitimierten das Handeln der Landesregierung in den jeweiligen Bereichen. So tritt beispielsweise Armin Laschet ans Rednerpult, um die zuvor geäußerten Daten und Zahlen der Opposition zu widerlegen und eigene Erfolge zu nennen: *„Wir haben in Nordrhein-Westfalen die meisten Kinder. Das müsste in jeder Statistik dazu führen, dass wir auch die meisten Plätze haben“* (Laschet 2009). Rainer Lux und Horst Engel greifen bei ihrer Anwendung der Sprachstrategie auf das beschriebene Phänomen des politischen Erbes zurück. So wird aus der Rolleneinnahme eines Regierungsakteurs heraus die negative Darstellung des politischen Kontrahenten als Legitimationsschild des eigenen Handelns gebraucht. Beide Akteure legitimieren nicht nur, sondern kritisieren auch. Dieser Eigenschaft kommt im Übrigen auch Armin Laschet in seinem Wortbeitrag nach.

Im Vordergrund des fachspezifisch-legitimierenden Sprachstrategietyps steht der sprachliche Austausch von Akteuren zu einem bestimmten Themenfeld, in diesem Fall von zwei Regierungsakteuren. Dabei liegt der Fokus auf der Rechtfertigung sowie der Verteidigung des politischen Handelns der Landesregierung, was hauptsächlich durch die positiv-legitimierende Framing-Dimension erreicht wird. Die Anwendung dieses Sprachstrategietyps ergibt sich zum einen aus dem Rollenverständnis, hier die Funktion der Akteure, sowie der thematischen Entwicklung innerhalb der Debatte. Alle drei Akteure sprachen an hinterster Stelle und konnten so entsprechend auf die Vorredner reagieren. Das zeigt, dass auch die Reihenfolge der Redner bzw. die Position der Redner innerhalb der Rednerabfolge die Sprachstrategie beeinflusst. Aber auch die Op-



position in Person des grünen Abgeordneten Horst Becker nutzt Strategien dieses Sprachstrategietyps. Als zweiter Redner sprach er für die Oppositionsfraktion 2009 als stellvertretendes Mitglied des Haushalts- und Finanzausschusses. Zu Beginn seiner Rede setzt sich Horst Becker sachlich mit der Regierung auseinander, wobei er lediglich bei den Themen Finanzen und Kommunen verharret. Anderen Themen schenkte Horst Becker keine Aufmerksamkeit. Als Oppositionsmitglied kommt Horst Becker der Rolle entsprechend nach und kontrolliert und attackiert die Landesregierung. Dabei nutzt er beispielsweise eine Metapher aus dem Fußball: „...dass Ihre Mannschaft von Ministerinnen und Ministern jedenfalls zu wesentlichen Teilen dringend auf die Auswechselbank gehört und dieses Kabinett eher einer Abstiegsmannschaft als einer Champions-League-Mannschaft entspricht.“

Um der Rolle des Kritikers weiter nachzukommen, bezieht Becker auch die bundespolitische Ebene mit ein. Dieses macht er bewusst, da er zum einen noch einmal die Erfolge der rot-grünen Bundesregierung hervorheben, zum anderen aber auch verdeutlichen kann, wie die nordrhein-westfälische Landesregierung davon profitiert hat. Es ist also gar nicht deren Erfolg und dennoch stellt heraus, was sie aus der Situation gemacht hat: „weil Rot-Grün im Bund vor dem Jahr 2005 Reformen durchgeführt hat, für die Rot-Grün abgestraft worden ist und für die Rot-Grün bei den Wahlen in der Tat die Quittung bekommen hat. Aber Sie haben davon sowohl im Bund mit einer Großen Koalition wie auch hier in Nordrhein-Westfalen mit Schwarz-Gelb profitiert. So wie Sie sich das angezogen haben, obwohl Sie nichts dafür konnten, müssen Sie sich jetzt auch die katastrophale Lage dieses Landeshaushalts anrechnen lassen.“

Horst Becker ist anzumerken, dass Landtagswahlen anstehen, was sich auch in seinen kämpferischen Wortbindungen widerspiegelt: „(...) werden wir es Ihnen auch nicht durchgehen lassen, dass Sie von einer Halbzeitphase sprechen. Es ist interessant, dass wir heute quasi eine Schlussbilanz ziehen und Sie Ihre katastrophale Bilanz zur Halbzeitbilanz erklären. Das ist eine absolute Unverschämtheit.“ Im Rahmen der anstehenden Landtagswahlen greift er jedoch nicht nur die CDU, sondern auch die zu diesem Zeitpunkt noch nicht im Landtag

vertretende Partei Die Linke und darüber hinaus auch die FDP an: „Nur leiden wir in Nordrhein-Westfalen nicht nur unter der besonders verrückten Linken, sondern auch unter einer besonders verrückten und marktradikalen FDP. Das ist nämlich die andere Seite der Medaille.“ Dieses Beispiel verdeutlicht, dass das Thema Landtagswahl vor anstehenden Wahlen eine Rolle bei der Anwendung von Sprachstrategien spielt.

Insgesamt können für den Sprachstrategietyp „Der Verteidiger und Spielmacher: Legitimation politischen Handelns“ folgende Merkmale festgehalten werden:

Merkmale	Instrumente	Akteure
<b>Legitimation</b>	Positives Framing: Nennung positiver Zahlen, Fakten, Maßnahmen	Ministerpräsident, Fraktionsvorstand, Regierungskoalition
<b>Geschlossenheit</b>	Zusammenarbeit und Dialogbereitschaft, Lob- und Dank-sagungen	
<b>Landesväterlich</b>	Verwendung von Schlüsselwörtern wie NRW oder Menschen, Gesamtsituation des Landes im Blick	
<b>Abgrenzung zum politischen Gegner</b>	Kritik an der Opposition durch z.B. Metaphern, Rhetorische Fragen	
<b>Machtsicherung</b>	Nennung von Ziele und Absichten, Nennung von Umfragen, Zitation	
<b>Bild des Kümmerers</b>	Nennung möglicher Problemen und Lösungen	
<b>Fachspezifische Legitimation</b>	Schlüsselwörter zum Fachthema, positive oder negative Framing-Dimension	Regierungsfraktion und Opposition

Abbildung 36: Merkmale des Spielmacher und Kapitäns mit Ergänzung Verteidiger mit Sonderaufgaben. Quelle: Eigene Darstellung.

### **5.1.2 Attackieren zur Aufdeckung von Schwachstellen: Der Angreifer**

Der Angreifer, im Fußball auch Stürmer genannt, spielt in vorderster Reihe und ist von seiner Position her gesehen dem gegnerischen Tor am nächsten. Er hat in erster Linie die Aufgabe, Tore zu schießen. Damit es aber erst zu einem erfolgreichen Abschluss kommen kann, muss der Angreifer während des Spiels viel arbeiten, viele Nadelstiche setzen, Löcher in die gegnerische Abwehr reißen oder den Gegner zu Fehlern zwingen. Er muss, so heißt es umgangssprachlich im Fußball, dorthin gehen, wo es weh tut. So erhöht der Angreifer, der an seiner Chancenverwertung gemessen wird, die Möglichkeit, Erfolge zu verbuchen. Das bewusste Setzen von Angriffen, Attacken sowie das Aufzeigen von Schwachstellen ist eine wesentliche Eigenschaft politischer Reden innerhalb einer Haushaltsdebatte, die vor allem von Akteuren der Opposition genutzt wird. Die Spitze, die vorderste Reihe bilden dabei oftmals die Fraktionsvorsitzenden.

Bezogen auf die vorliegende Arbeit, geht es im folgenden Kapitel um kritische Äußerungen von Akteuren in der parlamentarischen Arena. Aus dem Rollenverständnis heraus wird erwartet, dass vor allem Akteure aus der Opposition ihre Sprachstrategien kritisch ausrichten, um die Landesregierung und deren Handeln zu kritisieren, denn „Opposition ist gegen etwas gerichtet“ (Helms 2010: 233). Damit diese allerdings erst ihren Unmut äußern kann, sie existent in der parlamentarischen Arena ist, bedarf es eines Gegners (Helms 2010: 233) die Landesregierung. Eine erste Bestandsaufnahme wirkt unterstützend. So haben sich zum Beispiel die jeweiligen Spitzenakteure aus den Reihen der Opposition kritisch gegenüber der Landesregierung geäußert. Die Analyse der Reden zur Haushaltsdebatte zeigen, dass es jedoch nicht den einen, den zentralen kritischen Sprachstrategietyp gibt. Je nach Zugehörigkeit des Kollektivs wird die Erwartung an der Ausfüllung der Kritikerrolle unterschiedlich ausgestaltet. So gibt es bezüglich des kritisierenden Sprachstrategietyps verschiedene Ausprägungen, die sich aufgrund der verschiedenen Funktionen innerhalb des Ensembles ergeben. Wie im Fußball gibt es auch in der Politik unterschiedliche Typen von Angreifern. Folgende unterschiedliche Ausprägungen können für den angreifenden Sprachstrategietyp festgehalten werden:

- a) Kritik mit/ohne Alternativen: Der flexible Angreifer:
- b) Landesväterliche Kritikrede mit Alternativen: Der Kapitän als flexibler Angreifer

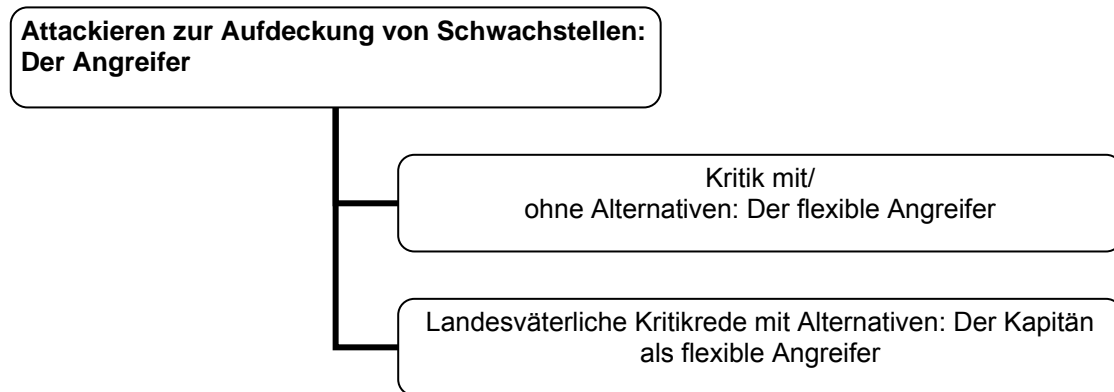


Abbildung 37: Attackieren zur Aufdeckung von Schwachstellen: Der Angreifer. Quelle. Eigene Darstellung.

#### 5.1.2.1 Kritik mit/ohne Alternativen: Der flexible Angreifer

Im modernen Fußball müssen Stürmer heute über eine gewisse Flexibilität verfügen, das heißt, um erfolgreich einen Angriff abzuschließen, müssen sie auch auf die Flügel ausweichen oder sich in Mittelfeld zurückfallen lassen können. Damit stellen sie den Gegner immer wieder vor neuen Herausforderungen, vor neue Spielsituationen. Sie müssen neue Wege suchen, um anzugreifen. Das eindimensionale Angreifen durch die Mitte führt dauerhaft nicht zum Erfolg. Die Abwehr kann sich schnell auf dieses Verhalten einstellen und entsprechend reagieren.

Dieses beschriebene Phänomen findet sich auch in den Reden der politischen Akteure im Parlament wieder. So reicht es für Oppositionsakteure nicht aus, nur zu kritisieren, nur durch das gleiche Muster Attacken zu setzen. Darauf kann sich die Regierung einstellen und entsprechende Angriffe einfach abblocken. Um erfolgreich zu sein, um den Machtanspruch deutlich zu machen, bedarf es der Nennung von unterschiedlichen Alternativvorschlägen, vergleichbar mit dem Ausweichen auf die Flügel, der Flanke in den Rücken der Abwehr zu spielen, wo sie dann anfällig für Gegentreffer ist. Die Nennung von Alternativen durch

verschiedene Instrumente stellt genau diese Variation dar und kann in Verbindung mit der Kritik die Regierung in Bedrängnis bringen. Jedoch hat die Analyse der Haushaltsdebatten auch die Eindimensionalität eines Angreifers hervor gebracht. Der eindimensionale Angreifer steht in dieser Arbeit für das ausschließliche Kritisieren des politischen Gegners ohne Alternativvorschläge zu unterbreiten.

Innerhalb des Untersuchungszeitraums ließen sich sechs Reden unterschiedlichster Akteure in diese Kategorie einordnen. Auffällig dabei ist, dass in drei von vier Fällen der bzw. die Fraktionsvorsitzende der größten Oppositionsfraktion ihre Sprachstrategie dahingehend ausgerichtet hat, die Landesregierung zu kritisieren, dabei aber nur eine sehr geringe Anzahl bis hin zu keinen Alternativvorschlägen nennt. Nur einmal, bei der Haushaltsdebatte zum Doppelhaushalt 2004/05, änderte Jürgen Rüttgers seine Strategie und nannte Alternativen. Generell präsentierte er sich während dieser Debatte als ein verwandelter Akteur. Ein Wandel, dessen Begründung in der anstehenden Landtagswahl im Jahr 2005 liegen dürfte und dem damit möglichen Rollenwechsel. Eine genaue Aussage dürfte diesbezüglich erst ein Interview mit dem damaligen Ministerpräsidenten ergeben. Er präsentiert sich 2005 in einer Als-Ob-Rolle. Er benutzt die Eigenschaften eines Ministerpräsidenten, spielt sozusagen dessen Rolle, wohl wissend, dass er Oppositionspolitiker ist. Hannelore Kraft verzichtete ihrerseits bei der Haushaltsdebatte 2009 auf diesen Wandel und präsentierte sich wie 2006 auch mit einer Rede die als kritisierender Sprachstrategietyp ohne Alternativen einzuordnen ist. In diese Kategorie lassen sich auch die Reden von Hermann-Josef Arentz (2001), Eckhard Uhlenberg (2004/05) und Sylvia Löhrmann (2006/2009) einordnen.

Was macht den flexiblen Angreifer mit/ohne Alternativen aus? Was sind die zentralen Merkmale dieses Typs?

Eines der wesentlichen Merkmale dieses Sprachstrategietyps ist die Tatsache, dass ausschließlich das Kritisieren des politischen Kontrahenten im Vordergrund steht, ohne dabei auf seine politischen und inhaltlichen Vorzüge auf-

merksam zu machen. Den politischen Gegner abzuwerten, ihn zu attackieren bzw. anzugreifen oder Kampfansagen in seine Richtung zu platzieren, das sind besonders vor Wahlen charakteristische Eigenschaften des kritisierenden Sprachstrategietyps ohne Alternativen, so zum Beispiel Hannelore Kraft (2006): *„Ihre Bilanz ist vor allem eine Bilanz von Pleiten, Pech und Pannen. Noch schlimmer: Handwerkliches Unvermögen trifft sich in Ihrer Regierung mit ideologischer Verblendung“*, oder Hannelore Kraft (2009): *„Gestern konnten wir es in den Zeitungen lesen: Der Ministerpräsident und seine Koalition haben ihre Ziele in dieser Legislaturperiode nicht erreicht. Sie wollen noch mal fünf Jahre ran, um das zu erreichen, was sie 2005 schon versprochen haben.“* Entsprechend zu diesem Zeitungsbericht erinnert Kraft die Regierungsakteure an ihren Wahlkampfspruch mit einem Bild aus dem Fußball und nimmt damit auch die Kontrollfunktion der Opposition wahr: *„NRW in die Champions League“*. Mit einer weiteren Metapher aus dem Fußball *„stehen sie auf dem Abstiegsplatz“* drückt die SPD-Politikerin für jeden verständlich ihren Protest gegenüber der Regierungsbilanz aus. Abstiegsplatz und der endgültige Abstieg ist immer mit Verlusten unterschiedlicher Art verbunden. Im Sport bedeutet das, den Weg in eine untere Liga antreten zu müssen und damit auch von der Bildfläche zu verschwinden bzw. nicht mehr so viel mediale Aufmerksamkeit zu erlangen. Übertragen auf die Politik ist dieses mit dem Verlust von Macht verbunden. Der amtierende Ministerpräsident verliert die Wahl und muss im schlechtesten Fall abtreten. Für die Regierung sind mit einem Abstieg auch Verluste zum Beispiel bei der Anzahl der Abgeordneten und damit auch weniger Gelder verbunden. Die Opposition ihrerseits wäre aufgestiegen, wäre wieder an der Macht und könnte ihre Politik gestalten, Ziele, Ideen und Interessen umsetzen.

Die Anwendung negativer Sprachstrategien erschließt sich im Allgemeinen zum einen aus dem Rollenverständnis. Wie bei Fröhlich in Kapitel 2.2.3.3 herausgearbeitet, ist es die Aufgabe der Opposition, den Zuhörer dazu zu bringen, dass er die Situation nicht so aufnehmen soll, wie sie dargestellt wurde, also den politischen Gegenspieler in der Sache zu kritisieren. Zum anderen ist die Anwendung der negativen Sprachstrategien auch der Tatsache geschuldet, dass es zur Aufgabe der Opposition gehört, die Landesregierung zu kontrollieren. Diese

Kontrolle findet dann über eben jene negativ-kritisierende Framing-Dimension statt, bei der unterschiedliche Instrumente angewandt werden, wie zum Beispiel das Zitieren aus den verschiedensten Medien, Reden oder Beschlüssen zum Beispiel Sylvia Löhrmann 2009: *„Wie kommen Sie zu Ihrer nun wirklich absurden Aussagen im „Handelsblatt“ vom 6. März? Ich zitiere:“* oder Jürgen Rüttgers 2004: *„Da protestiert die Evangelische Kirche im Rheinland auf ihrer Synode gegen Ihren Haushalt. Ein schon bemerkenswerter Vorgang! In dem Beschluss heißt es - ich zitiere -:“* Zitate dienen der unterstützenden Wirkung eigener Aussagen sowie der Hervorrufung bewusster Reaktionen. Verbunden mit der Anwendung von Zitaten ist die Nennung von Experten oder Organisationen. Sind es doch gerade diese Akteure, die zitiert werden, um Legitimation zu erlangen oder, in diesem Fall, fundierte Kritik zu äußern. Ähnliches gilt für die Nennung von Umfragen, Auswertungen etc., wie das Beispiel von Hannelore Kraft 2009 zeigt: *„Aber wir reden unerfreulicher Weise nicht nur über Zahlen, sondern auch über Qualität. Da haben wir die aktuelle Umfrage des VBE, Daten und Fakten von außen.“* Sie dienen wie die Zitate zur Absicherung, Unterstützung politischer Leistungen der Landesregierung auf der einen, bzw. auf der anderen Seite nutzt dieses Instrument die Opposition, um ihre Kritik zu untermauern. Somit gilt, die Anwendung des gleichen Musters nur vor anderen Hintergründen.

Ein weiteres Instrument zur Erreichung des Ziels, der Abwertung des politischen Kontrahenten, ist die Anwendung von Metaphern, siehe Abbildung 37, wie zum Beispiel in der Rede von Hannelore Kraft 2006 (1. Rede) *„Für mich klang Ihre Bilanz – ehrlich gesagt – eher wie ein Märchenbuch, Herr Ministerpräsident.“*, Sylvia Löhrmann 2006 (1.Red) *„Abgesehen davon, dass Sie das ohnehin nicht schaffen werden – die Schuhe sind ziemlich groß –: Johannes Rau hat sich nie mit Ja-Sagern umgeben.“* Und Jürgen Rüttgers 2001 *„Bei den Landesstraßen gibt es einen Investitionsstau von 1,3 Milliarden DM.“* Wie, die zuvor genannten Instrumente sollen auch Metaphern die Ziele, Absichten und Argumente, die der politische Akteur mit seiner Sprachstrategie verfolgt, verstärkende Wirkung haben. Dabei macht sich der politische Akteur, das in Kapitel 2.1 beschriebene Phänomen von Lakhoff und Wehling (2009: 14) zu Eigen, dass Menschen in Metaphern denken, sprechen und handeln. Durch die Nut-

zung von Metaphern innerhalb der Sprachstrategie kann die Zielverfolgung des Redners steigen.

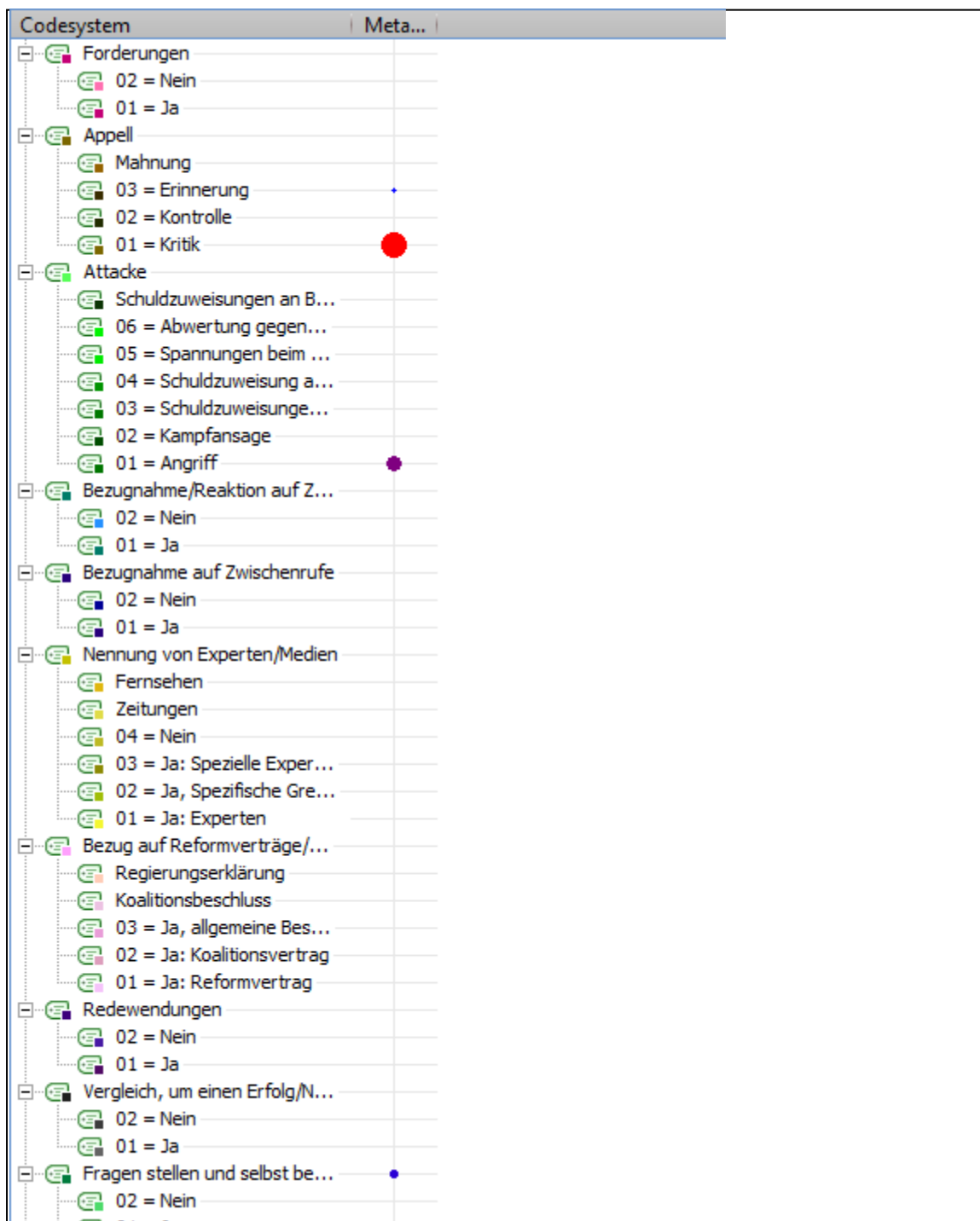


Abbildung 38: Bedeutung von Metaphern zur Kritik am politischen Gegner, Beispiel Hannelore Kraft 2009. Quelle: MAYQDA..



Metaphern sind eine der meist benutzten sprachlichen Instrumente, wenn es darum geht, komplizierte und komplexe Zusammenhänge durch die Verwendung eines Bildes runter zu brechen und so verständlich zu machen. Dabei kommt man in einem normalen Gesprächs- oder Redeverlauf in drei Sätzen nicht ohne die Verwendung von Metaphern aus (Richards 1936: 33). Daraus lässt sich ableiten, dass auch die politischen Akteure im Parlament in ihren Reden nicht ohne Metaphern auskommen. Denn wie bereits erwähnt, denken und handeln wir in Metaphern. Darüber hinaus steht auch fest: „Metaphern schaffen politische Realitäten in den Köpfen der Hörer“ (Lakoff/Wehling 2009: 31). Darum bemühen sich Redner durch Metaphern bestimmte Bilder in den Köpfen der Zuhörer zu verankern, umso ihr Denken zu beeinflussen.

Das Redebeispiel von Hannelore Kraft aus dem Jahr 2009 zeigt, wie sie aus der Rolle der Oppositionsführerin versucht, die an sie gestellten Erwartungen in Bezug auf kritische Äußerungen gegenüber der Landesregierung nachzukommen. Sie nutzt dabei das sprachliche Instrument der Metapher überwiegend, um die Politik der Landesregierung zu kritisieren, wie folgendes Beispiel zeigt: „Sie haben 2005 einen Fünfjahresvertrag als Trainer bekommen. Erst hatten Sie nur viele leichte Spiele. Aber da haben Sie es versäumt, das Punktekonto aufzufüllen. Sie haben nämlich keine strukturellen Veränderungen mit Perspektive aufgesetzt. Veraltetes Spielsystem, falsche Aufstellung und keine Ersatzbank. Dann kamen die schweren Spiele. Heute sitzen Sie im Tabellenkeller. Warum sollen Ihnen die Bürgerinnen und Bürger Ihren Vertrag noch mal verlängern? Erfolglose Trainer werden ausgewechselt, Herr Ministerpräsident. Und das wird im Mai 2010 geschehen.“

Durch die verstärkte Nutzung von negativen Bildern in Bezug auf das politische Handeln der Regierung Rüttgers, soll bei den Zuhörern der Eindruck nachhaltig hinterlassen werden, dass diese Landesregierung schlecht für die Bürgerinnen und Bürgern in Nordrhein-Westfalen ist und bei der nächsten Landtagswahl abgewählt werden muss.

In dem Hannelore Kraft mit Hilfe der Anwendung von Metaphern die Landesregierung kritisiert, versucht sie das Denken der Wählerinnen und Wähler zu beeinflussen, um damit das Ziel, die Abwahl der Landesregierung bei der nächsten Landtagswahl, zu erreichen. Die Verwendung von Metaphern dient in diesem Beispiel dem Machterwerb.

Verbunden mit der Kritik an der Landesregierung ist häufig auch das Aufstellen von Forderungen seitens der Opposition in Richtung der Landesregierung. Die Kategorie Forderungen bzw. Aufforderungen werden von Rednern an den politischen Widersacher bewusst gestellt, wissend, dass dieser innerhalb kürzester Zeit, also während der Plenarsitzung, dem nicht nachkommen kann. Beispielfür steht dafür unter anderem die Forderung von Jürgen Möllemann 2001: *„Stocken Sie Ihr Programm auf das von uns geforderte 3-Milliarden-Programm für Schule, Wissenschaft und Forschung auf! Investieren Sie jetzt und sofort massiv in Bildung, Ausbildung und Erziehung der jungen Generation!“*, die Forderung von Hermann-Josef Arentz 2001: *„Dann sollten Sie keine neuen Untersuchungen in Auftrag geben und schöne Reden halten, sondern dafür sorgen, dass dieses Defizit an Betreuungseinrichtungen für Kinder qualifiziert und so schnell wie möglich verringert wird.“* und Eckhard Uhlenberg 2004: *„Lesen Sie sich einmal den Antrag der CDU-Landtagsfraktion durch, in dem sowohl für die Hochschulen als auch für die Steuerverwaltung klare Aussagen gemacht werden, dass es nicht zu einer Stellenkürzung kommt.“*

Damit soll eine gewisse Machtlosigkeit der Landesregierung demonstriert werden. Gleiches gilt für die Anwendung von rhetorischen Fragen. Ihre Anwendung soll ebenfalls unterstützende Wirkung bei der Kritikfunktion haben.

Der kritisierende Sprachstrategietyp ohne Alternativvorschläge ist die einfachste Form der Kritikübung am politischen Gegner und derjenige Sprachstrategietyp, der in Bezug auf die Rollenerwartungen einige Lücken aufweist. Zwar soll dem Zuhörer signalisiert werden, dass der Zustand, der seitens des politischen Gegenspielers genannt wurde, nicht so ist, jedoch wird diesem durch das Fehlen von eigenen Zielen, Interessen und Alternativen nicht vermittelt, dass es sich

lohnt, sich auch für andere Ziele und Ansprüche einzusetzen. Die Rolle wird ausschließlich durch die negativ-kritisierende Framing-Dimension ausgefüllt bzw. sie bestimmt die Sprachstrategie. Der Sprachstrategietyp der dem gegenübersteht ist der kritisierende Sprachstrategietyp mit Alternativvorschlägen, also der Angreifer, der nicht nur durch die Mitte sein Glück versucht, sondern beispielsweise auch auf die Flügel ausweicht und damit Flexibilität im Angriffsspiel demonstriert.

Der flexible Angreifer mit Alternativvorschlägen ist in erster Linie ein Typ, der den Rolleneinnahmen und Rollenerwartungen von Oppositionsakteuren entspricht. Es sind genau jene Akteure, die durch das Kritisieren der Landesregierung ihre Kontrollfunktion übernehmen, und dem Zuhörer so vermitteln, dass der durch die Regierung genannte Zustand so nicht ist (Fröhlich 2001: 159). Damit verbunden ist auch die Aufführung, „dass die vorgeschlagene Maßnahme von zweifelhaftem Erfolg“ (Fröhlich 2001: 159) sind. Dass diese beiden Eigenschaften allerdings nicht die einzigen Erwartungen sind, die an Oppositionsakteure im Parlament herangetragen werden, geht ebenfalls aus der Auflistung hervor. Fröhlichs Erwartungsbeschreibung sieht nämlich darüber hinaus vor, dass andere Ziele aufgezeigt werden, für die es sich einzusetzen lohnt und andere Maßnahmen benannt werden, die geeigneter sind. Um diesen Erwartungen gerecht zu werden, müssen Oppositionsakteure in ihren Reden nicht nur den politischen Gegner attackieren und kritisieren, sondern Alternativvorschläge, eigene Ideen, Ansprüche und Ziele anbieten und vorstellen. Diese können dann, wie im Fall von Helmut Stahl bei seiner Rede zum Haushalt 2006, darin bestehen, in dem aus der Kritik am politischen Gegner eigene Zahlen, Daten und Fakten in bestimmten Politikfeldern genannt werden. Anhand der Themenauswahl kann der Akteur so den Rahmen für seine Zielsetzung abstecken. Auf diese Art und Weise präsentiert sich der Akteur zusätzlich, im Sinne der Impression-Management-Theorie, als kompetenter Ansprechpartner. Der Vorteil von Aufzählungen beispielsweise eigener Ideen und Ziele in Verbindung mit kritischen Äußerungen ist nicht nur die Erfüllung der Rollenerwartung, sondern gleichzeitig auch die Wahrnehmung als sachlich agierender Akteur in der parlamentarischen Arena. Ein Beispiel im Rahmen der Debattenanalyse ist die Re-

de Jürgen Möllemanns aus dem Jahr 2001. Die Rede Jürgen Möllemanns weist eine andere Struktur im Vergleich zu Jürgen Rüttgers auf. Während der CDU-Politiker Rüttgers in weiten Teilen darauf verzichtete, eigene Ziele oder Alternativvorschläge vorzutragen, nannte Jürgen Möllemann Alternativvorschläge bzw. stellte Forderungen auf, die aus Sicht der FDP notwendig sind bzw. was die Landesregierung unternehmen sollte, wie folgende Beispiele belegen: *„Für die Auswahl der Studenten, die für eine anspruchsvolle Universität genauso wichtig sind wie gute Professoren, muss gelten: weg von der bürokratischen Verfügungsmacht über den universitären Zugang durch Schulen und ZVS hin zur Auswahl durch die Hochschulen selbst. Ermöglichen Sie Internationalität und Vielfalt in Nordrhein-Westfalens Hochschulen. Überlassen Sie es ihnen, über ihr Profil zu entscheiden.“*, oder *„Machen wir den Weg frei für private Hochschulen in Form von Kapitalgesellschaften und Stiftungshochschulen. Je eine solche Universität und Fachhochschule im Rheinland, in Westfalen und im Ruhrgebiet sollten den schnellen Anfang machen. Wir können die Prämissen dafür schaffen. Dieser Weg bringt Innovation. Er mobilisiert privates Kapital für Wissenschaft und Forschung und damit für unsere Zukunft.“* Auf diesem Weg erfüllt Jürgen Möllemann zwei Eigenschaften, die in der Rede des damaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden fehlten. Mit der Nennung von Alternativvorschlägen machte Jürgen Möllemann deutlich, dass es auch Alternativen gibt. Einer weiteren Rollenerwartung, die der FDP-Politiker nachkam, war das Zeigen, „dass es andere, erstrebenswerte Ziele gibt“ (Fröhlich 2001: 159), indem er in seiner Rede Ziele formulierte, *„Wir wollen eigene Gestaltungsmöglichkeiten für die Patienten, freie Wahltarife, Beitragsrückerstattungen, Selbstbehalte. Frei gewählte Hausärzte und naturheilkundliche Behandlungsmethoden sind unsere Leitmotive“*, *„Wir wollen diesen Flughafen. Wir wollen ihn als Beitrag zum Service Fliegen für die Jobmaschine Flughafen.“* und *„Ich möchte gerne, dass das notwendige Geld, um die neuen Akzente, von denen ich gesprochen habe, zu sichern, zusammengebracht wird durch eine Neuverhandlung bzw. Verhandlung zwischen den Beteiligten über einen frühzeitigen. Ausstieg aus der Subventionierung der Kohle. Wir möchten gerne, dass die Bürokratie entschlackt und der politische Apparat verkleinert werden. Offenbar gibt es da Bewegungsmöglichkeiten.“*

Jürgen Möllemann stellte in seiner Rede aber auch gemeinsame inhaltliche Punkte mit den Sozialdemokraten heraus. Dies machte er bewusst vor dem Hintergrund, dass er immer mit einer rot-gelben Landesregierung liebäugelte. Der FDP-Politiker wollte nicht als einfacher, kritisierender Oppositionsakteur wahrgenommen werden, der die Landesregierung kritisiert und attackiert. Vielmehr nutzte er das gesamte Repertoire und seine ganze politische Erfahrung, um sich und die FDP in der parlamentarischen Arena zu präsentieren. Gerade nach seinem `politischen Comeback` 2000 in Nordrhein-Westfalen, als er bei der Landtagswahl als Spitzenkandidat der FDP antrat, suchte er den Auftritt in der öffentlichen Arena als harmonisierender Kritiker. Im Vergleich zu seinem Oppositionskollegen Jürgen Rüttgers wirkte er weniger polemisch. Durch das Instrument der Self-promotion aus der Impression-Management-Theorie (Kapitel 4.4.3), wies er durch die Nennung von Alternativen und Zielen auf die Vorteile der FDP hin und unterstrich somit seinen Gedanken von einer SPD/FDP-Regierung. Denn auch Möllemann wusste, dass das Verhältnis zwischen SPD und Grünen nicht gerade das Beste war. „Einerseits lagen hier zwischen SPD und Grünen höchst umstrittene Politikkonzepte in der Energie- und Verkehrspolitik vor, andererseits unterscheiden sich die beiden Parteien auch kulturell so sehr, dass ein Gelingen in Düsseldorf auf eine gedeihliche Zusammenarbeit im Bund hoffen lassen konnte“ (Krannenpohl 2008: 332f.). Jedoch wurde aus diesem Regierungsbündnis bis zum heutigen Zeitpunkt nichts. Dass die FDP aber für die SPD nach wie vor interessant ist, zeigten die Koalitionsverhandlungen nach der Landtagswahl 2010. Allerdings kam auch diesmal keine Regierung unter Beteiligung der FDP zustande.

Im Vordergrund dieses Sprachstrategietyps mit den beiden Merkmalen „ohne Alternativvorschläge“ bzw. „mit Alternativvorschlägen“ steht in erste Linie das Äußern von Unmut gegenüber den politisch Handelnden sowie den politischen Entscheidungsträgern im Mittelpunkt. Die Kritik kann wie aufgezeigt durch verschiedene Instrumente zum Ausdruck gebracht werden. Geprägt ist diese Form des Sprachstrategietyps durch die negativ-kritisierende Framing-Dimension. Die Beanstandung von Entscheidungen der Landesregierung steht auch bei dem kritisierenden Sprachstrategietypen mit Alternativvorschlägen im Vordergrund,

wird jedoch durch die Nennung von eigenen Ideen, Ansprüchen und Zielen ergänzt und somit auf eine sachliche Dimension angehoben. Gleichzeitig wird der Anspruch auf Machterwerb und Glaubwürdigkeit ebenfalls angehoben.

<b>Merkmale</b>	<b>Instrumente</b>	<b>Akteure</b>
<b>Kritik ohne Alternativvorschläge</b>	Negatives Framing gegenüber der Landesregierung	Oppositionsakteure
<b>Kritik mit Alternativvorschläge</b>	Negatives Framing gegenüber der Landesregierung mit Nennung von eigenen Ideen, Zielen	
<b>Kontrolle</b>	Zitation, z.B. Experten, Organisationen, Umfragen, Vergleiche erstellen	
<b>Appellfunktion</b>	Forderungen gegenüber der Landesregierung äußern	

Abbildung 39: Merkmale des Sprachstrategietyps Attackieren zur Aufdeckung von Schwachstellen: Der Angreifer. Quelle: Eigene Darstellung.

#### **5.1.2.2 Landesväterliche Kritikrede mit Alternativen: Der Kapitän als flexibler Angreifer**

Wie in den Kapiteln zuvor beschrieben, gelten für den Sprachstrategietypen „Der Kapitän als flexibler Angreifer“ die gleichen Eigenschaften wie bei dem flexiblen Angreifer. Ergänzt wird dieser Sprachstrategietyp durch die Eigenschaften eines Kapitäns. Übertragen auf diesen Sprachstrategietypen bedeutet dies, dass wie zuvor bei dem kritisierenden Sprachstrategietyp mit Alternativvorschlägen auch hier die zentralen Merkmale von Kritik gegenüber dem politischen Kontrahenten und der Nennung von eigenen Ideen, Zielen oder Ansprüchen gelten. Diese können auch hier wieder durch unterschiedliche Instrumente wie zum Beispiel der Aufzählung von Daten, Fakten und Zahlen sowie Vergleiche mit anderen Bundesländern oder das Zitieren bzw. das Nennen von Experten zum Ausdruck gebracht werden. Neu ist bei diesem oppositionell geprägten Sprachstrategietyp jedoch die landesväterliche Kapitäns-Eigenschaft. Merkmal dieser Eigenschaft ist, dass der Fokus nicht nur auf die Kritik und die Aufzählung von eigenen Vorschlägen gerichtet ist, sondern im Gesamtkontext sich der Blick auch auf das gesamte Land richtet und die Bürgerinnen und Bürger mit in

den Vordergrund gestellt werden. Erreicht werden kann dieser Eindruck beispielsweise durch die häufige Wiederholung von Wörtern wie „Land“, „Menschen“ oder „Nordrhein-Westfalen“ bzw. „NRW“. Ein Schlüsselwort das diese Eigenschaften ebenfalls unterstreicht ist der Begriff „Vertrauen“. Die Wiederholung dieses Begriffs wertet nicht nur den politischen Gegner ab und wirkt landesväterlich, sondern soll gleichzeitig symbolisieren, dass es Akteure gibt, die wieder Vertrauen schaffen können, in diesem Fall die Opposition. Ein Beispiel für einen derartigen Sprachstrategietyp ist die Rede Jürgen Rüttgers zum Doppelhaushalt 2004/2005. Bei der letzten Generaldebatte vor der Landtagswahl im Mai 2005 präsentierte sich der damalige CDU-Fraktionsvorsitzende in einer ganz anderen Rolle als noch 2001. Zwar kritisierte er nach wie vor aus seiner Funktion und Rolle heraus die rot-grüne Landesregierung und offerierte den Zuhörern durch die Vorstellung des Zukunftsprogramms Alternativvorschläge, doch wählte er in einigen Passagen auch den für den Ministerpräsidenten typischen landesväterlichen Stil: *„Wir wollen, dass die Menschen in diesem Land Vertrauen in die Politik zurückgewinnen. Die Menschen in diesem Land, werte Kolleginnen und Kollegen, sollen wissen: Es geht auch anders. Es geht besser. Es gibt eine Alternative. Man muss sie nur wollen und man muss sie sich zutrauen.“* und *„Werte Kolleginnen und Kollegen, ich bin fest da-von überzeugt: Die Menschen wollen einen neuen Aufbruch in Nordrhein-Westfalen. Der Grund ist ganz einfach. Es ist ihr Land, es ist ihre Heimat, es ist ihr Zuhause. Um diese Heimat kümmern sie sich. Das zeigen sie in vielen Vereinen, Initiativen und Institutionen.“* Darüber hinaus verwendete er zum Beispiel 22 Mal das Wort „Land“, 16 Mal „Menschen“ und 10 Mal „Nordrhein-Westfalen/NRW“. Eine Ausprägung innerhalb seiner Rede ist auch das Bild vom Vertrauen. So wiederholte er immer wieder den Satz *„so schafft man kein Vertrauen“*. Unterstützt wird diese Wirkung gemeinsam mit dem Phänomen des Kümmerers: *„wir hätten es uns leicht machen können, keine Verantwortung zu übernehmen...“*. Damit will der CDU-Politiker signalisieren, dass man mit Blick auf die Landtagswahl bereit ist, Verantwortung zu übernehmen, dass man eine Alternative darstellt. Als damaliger Spitzenkandidat der CDU Nordrhein-Westfalen versuchte Jürgen Rüttgers die Eigenschaften eines landesväterlich wirkenden Ministerpräsidenten zu adaptieren und in eine an seine Rolle gebundene Kritikrede zu integrieren. Das

Ziel des CDU-Fraktionsvorsitzenden war die Darstellung auf den Machtanspruch am Rhein. Dies wollte er durch eine Anlehnung an den landesväterlichen Stil eines Ministerpräsidenten erreichen und so zeigen, dass er mit einem möglichen Machtwechsel auch bereit sei, die Rolle eines Ministerpräsidenten einzunehmen.

Für diesen erweiterten Sprachstrategietyp bleibt festzuhalten, dass Kritik, die Darstellung eigener Vorstellungen und das Kümmererimage mit Blick für die gesamte Situation im Land miteinander verbunden werden müssen, um die Rolle des landesväterlich kritisierenden Sprachstrategietyps mit Alternativen einnehmen zu können. Die Rolle des Teamleaders, des Mannschaftsführers, der Format- und Taktgeber ist, der die Richtung und damit auch die politische Strategie vorgibt, ist es, was diesen Sprachstrategietyp charakterisiert. In dieser Rolle sah sich der damalige Spitzenakteur Jürgen Rüttgers und versuchte sich entsprechend zu präsentieren.

<b>Merkmale</b>	<b>Instrumente</b>	<b>Akteur</b>
<b>Kritik mit Alternativvorschläge</b>	Negatives Framing gegenüber der Landesregierung mit Nennung von eigenen Ideen, Zielen	Oppositionsakteur; Fraktionsvorsitzender, der als Spitzenkandidat bei der Landtagswahl antritt
<b>Kontrolle</b>	Zitation, z.B. Experten, Organisationen, Umfragen, Vergleiche erstellen	
<b>Appellfunktion</b>	Forderungen gegenüber der Landesregierung äußern	
<b>Landesväterlich</b>	Verwendung von Schlüsselwörtern wie NRW oder Menschen, Gesamtsituation des Landes im Blick	
<b>Bild des Kümmerers</b>	Nennung möglicher Probleme und Lösungen	

Abbildung 40: Merkmale des Sprachstrategietyps der Kapitän als flexibler Angreifer. Quelle: Eigene Darstellung.



### 5.1.3 Kritisch zurückblickende Legitimation: Der Libero

Der Libero bezeichnet eine Spielerposition die defensiv ausgerichtet ist und in den heutigen Spielsystemen keine Berücksichtigung mehr findet und dennoch für die vorliegende Arbeit ein zentrales Verhaltensmuster für einen Sprachstrategietypen liefert.

Der Libero ist in älteren Spielsystemen ein Defensivspieler ohne direkten Gegenspieler gewesen. Dadurch, dass er keinen direkten Gegenspieler hatte, konnte er sich zudem mit in das offensive Spiel einbringen. Somit verteidigte er nicht nur das eigene Tor und verharrte in der Defensive, sondern er unterstützte zusätzlich die Offensive. Dadurch, dass der Libero keinen direkten Gegenspieler hat, kann dieser Spieler flexibel reagieren.

Der Libero war es, der sich als Defensivspieler im Fußball immer wieder in der Offensive zeigte, sich einschaltete und Tore erzielte. Besonders bei Standardsituationen schalten sich Defensivkräfte mit in den Angriff ein, um Tore zu erzielen. Beim Libero, der seine Rolle auch offensiv gestaltete, handelte es sich also um einen Mischtyp, der in der Verteidigung stark ist und Akzente im Spielaufbau lieferte sowie über eine hohe Spielintelligenz verfügte.

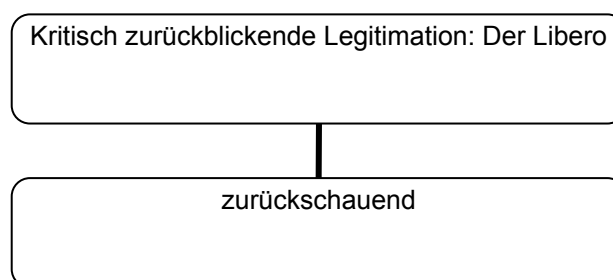


Abbildung 41: Kritisch zurückblickende Legitimation: Der Libero.. Quelle: Eigene Darstellung.

Der Mann fürs Grobe, das einfache Weggrätschen politischer Angriffe, das Verteidigen politischer Entscheidungen, aber auch das Setzen von Akzenten im Angriff, ohne dabei das eigene Ziel aus den Augen zu verlieren, ist auch ein Merkmal politischer Reden in der parlamentarischen Arena innerhalb der Haushaltsdebatten. Regierungsakteure konzentrieren sich nicht mehr nur darauf, das

eigene Handeln, die eigenen Entscheidungen zu rechtfertigen, sondern auch den politischen Gegner anzugreifen und Akzente durch die Nennung von eigenen Ideen, Zielen zu setzen. Diese Mischung lässt sich in den Haushaltsdebatten nach der Landtagswahl 2005 wiederfinden, was den in Kapitel 3.2 beschriebenen Einfluss der Landtagswahl auf die Sprachstrategie verdeutlicht. Innerhalb dieser Reden wurde sowohl kritisiert als auch legitimiert und dabei häufig in die Vergangenheit geblickt. Das Zurückblicken in die Vergangenheit ließ sich innerhalb der Untersuchung immer wieder nachweisen. So nahmen beispielsweise Helmut Stahl (CDU) und Gerhard Papke (FDP) bei der Generaldebatte 2006 diese Rolle ein. Helmut Stahl: *„Sie hätten nach dem Motto „Lug und Betrug“ weitergemacht. Wie das geht, mussten wir leidvoll jedes Jahr neu erleben. Um schmerzhaften Entscheidungen auszuweichen, haben Sie jedes Jahr die Steuereinnahmen zu hoch veranschlagt: 2001 um 2,9 Milliarden €, 2002 um 1,7 Milliarden €, 2003 um sage und schreibe 2,7 Milliarden €, 2004 um 1,5 Milliarden € und nach Nachtragshaushalt 2005 um 1,4 Milliarden €, insgesamt also in fünf Jahren um rund 10 Milliarden €. Sie sind eine Steuerverschätzerpartei.“* Gerhard Papke: *„Uns ist damit der Spagat gelungen zwischen der nötigen Konsolidierung völlig zerrütteter Landesfinanzen, die uns die abgewählte rot-grüne Landesregierung hinterlassen hat, auf der einen Seite und neuen, erkennbaren politischen Schwerpunkten auf der anderen Seite – und das trotz schwierigster Rahmenbedingungen, trotz des riesigen finanzpolitischen Scherbenhaufens, den uns SPD und Grüne hinterlassen haben.“*

Wie bei den beiden erst genannten Typologien, steht auch bei dieser Sprachstrategie das Ziel der Legitimation politischen Handelns von Regierungsakteuren im Vordergrund. Anders als bei den bisherigen Sprachstrategietypen entsteht die Legitimation politischer Entscheidungen nicht nur durch die Aufzählung positiver Eigenschaften, sondern aus der Rechtfertigung eines politischen Erbes. Was bedeutet das?

Dass die Rolleneinnahme des kritisch-zurückblickend-legitimierenden Sprachstrategietyps erst 2006 zum ersten Mal nachzuweisen war, hängt mit der im Untersuchungsrahmen beschriebenen systemischen Rahmenbedingung der

Landtagswahl zusammen. Erst der vollständige Regierungs- und damit auch Macht- und Rollenwechsel ermöglicht die Verbindung eines kritischen Rückblicks sowie das legitimieren eigenen Handelns. Da es innerhalb des Untersuchungszeitraums 2005 – nach 39 Jahren – zu diesem Wechsel kam, war dieser auch erst zu diesem Zeitpunkt herauszuarbeiten. Ein Sprachstrategietyp, der also durch das Ergebnis der Landtagswahl zustande kommt und bei Regierungsakteuren zur Anwendungen kommen kann. Vor allem für Regierungsakteure bietet sich so eine Erweiterung der Legitimationsform an. Wie in beiden Reden festzustellen ist, wenden beide Fraktionsvorsitzenden Helmut Stahl und Gerhard Papke die Sprachstrategie des politischen Erbes an. Beide kritisieren das politische Handeln der abgewählten Landesregierung in 39 Jahren Regierungszeit, beispielsweise durch die Metapher „*Phantasiereise*“, mit der der CDU-Fraktionsvorsitzende seinen Unmut zum Ausdruck bringt. Eine Reise, die sich mit rot-grüner Politik beschäftigt und wo diese das Land hingeführt hätte, wenn sie weitere regiert hätten, führt Stahl zur Strategie der Schuldzuweisungen an die alte Landesregierung in Bezug auf das politische Erbe. Eine Strategie, die vor allem aus Sicht einer Landesregierung nach einem Machtwechsel stimmig erscheint, um mögliche nicht erreichte Erfolge oder Umsetzungen zu legitimieren, wie Abbildung 38 verdeutlicht.

Neue Regierung, neue Agenda. Diese neue Agenda der CDU/FDP-Regierung, die in einem Koalitionsvertrag manifestiert wurde, musste und wollte umgesetzt werden. Ein Jahr danach, zur Generaldebatte, kam es ein erstes Mal zur politischen Abrechnung. Die Opposition ihrerseits kritisierte den Erwartungen entsprechend und die Regierung verteidigte sich. Bei dieser Verteidigung ihrer Politik und ihres Vorgehen, nutze sie als Rechtfertigung ihrer Politik die Hinterlassenschaften der alten Regierung, das politische Erbe. So zum Beispiel Gerhard Papke 2006: *„Meine Damen und Herren, bevor ich einige Anmerkungen zur Haushaltspolitik dieser Regierung und zu dem, was die Opposition uns gerade mit auf den Weg gegeben hat“ und „Das hätte mehr sein können. Aber mehr wäre angesichts dessen, was Sie uns hinterlassen haben, nicht darstellbar gewesen.“* oder Helmut Stahl ebenfalls 2006 *„Dieses Geld fehlt uns heute für*

*Frauenhäuser, Arbeitsmarkt, U3-Betreuung und vieles mehr. Es sind Ihre Schulden, die Probleme, die Sie uns hinterlassen haben.“*

Dieser Sprachstrategietyp ist idealtypisch und zeigt wie kein anderer, dass die systemischen Rahmenbedingungen, in diesem Fall die Landtagswahl, Auswirkungen auf die Sprachstrategien haben und sich durch den Regierungs- und Rollenwechsel neue Möglichkeiten der Sprachstrategie ergeben und dieses nicht nur auf die kurze Zeit nach dem Regierungswechsel beschränkt sind. Auch in einzelnen Passagen der Reden von Regierungsmitgliedern 2009 war diese Form der Legitimation noch zu finden. Die Aussagekraft bzw. die Wirkung dieser Argumentation auch noch vier Jahre nach der Wahl anzuwenden, kann an dieser Stelle nicht näher erläutert werden. Allerdings ist anzunehmen, dass die Aussagekraft dieser Sprachstrategie weiter abnimmt, je mehr man sich vom Wahltag entfernt.

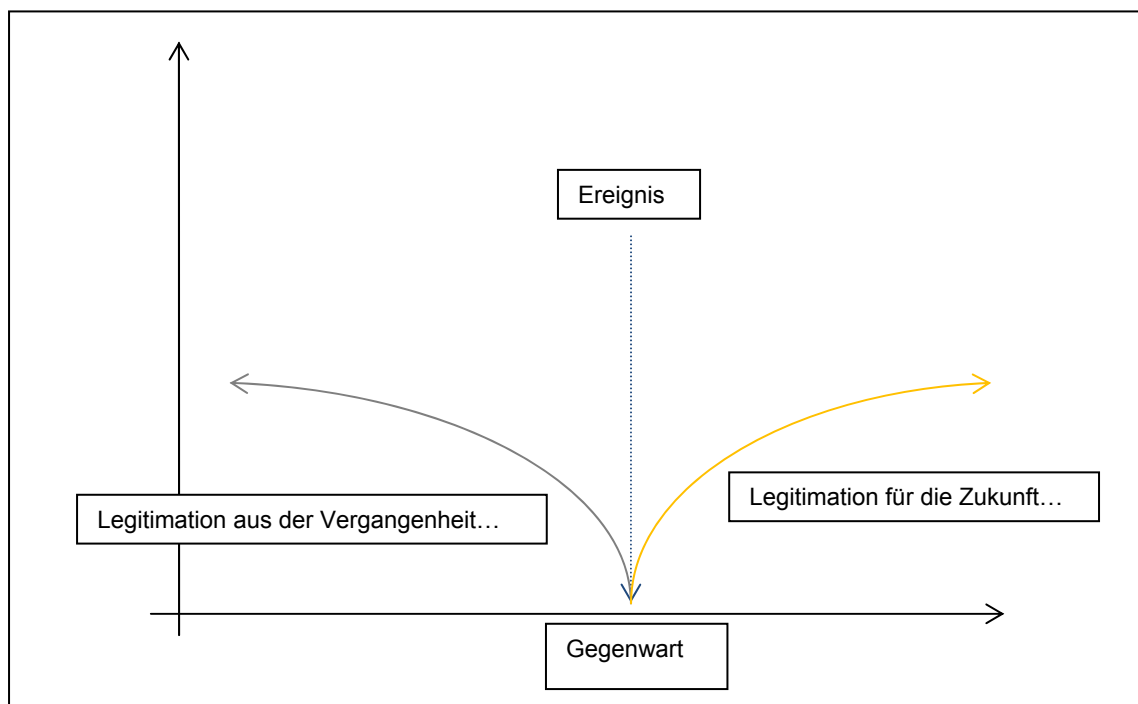


Abbildung 42: Legitimation aus Kritik aufgrund eines Ereignisses. Quelle: Eigene Darstellung.

Erfolge bzw. Vorhaben, die im Wahlkampf noch angekündigt worden sind, können aufgrund des politischen Erbes nicht umgesetzt werden. Gerhard Papke bedient sich 2006 desselben Musters. Auch er weist gleich zu Beginn seiner Rede auf das politische Erbe hin: *„Aber mehr wäre angesichts dessen, was Sie uns hinterlassen haben, nicht darstellbar gewesen.“*, *„Wir werden in den nächsten Jahren erkennbar noch weiter vorankommen bei der Aufgabe, die Kräfte, die in jedem Einzelnen stecken, auch wieder zur Geltung zu bringen. Aber wir haben eine Erblast von Ihnen übernommen, die nicht von Pappe ist.“* Eine Form der Sprachstrategie, die auch in den ersten Wochen und Monaten bei der rot-grünen Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen zu beobachten ist. Aber nicht nur das Hinweisen auf das politische Erbe ist ein zentrales Merkmal dieses Sprachstrategietyps, sondern auffällig ist bei beiden Rednern auch die negativ-kritisierende Framing-Dimension. Beide attackieren die SPD-Fraktionsvorsitzende Hannelore Kraft: *„Ich setze dagegen: Ihr Antrag ist verlogen, amateurhaft und zukunftsfeindlich“* (Helmut Stahl 2006). Darüber hinaus äußert Helmut Stahl seinen Unmut gegenüber der Art und Weise der Anträge, die die Opposition stellt, und bezeichnet die rot-grüne Politik im Gipfel seiner Kritik als *„landesfeindlich“*. Diesen Begriff verwendet er insgesamt fünf Mal während seiner Rede und kann so zu einem Schlüssel- bzw. Schlagwort in Bezug auf die kritischen Äußerungen gegenüber der Opposition angesehen werden. Theoretische Einordnung findet diese Strategie im Framingansatz. Das Herausstellen von Schlagwörtern ist ein Instrument zur Analyse von Framing. Auch Gerhard Papke (2006) greift die Landesregierung an: *„Eines finde ich besonders perfide und bemerkenswert zugleich:...“*. Hierbei handelt es sich eher um Oppositions- als um Regierungsvokabular, die nicht gerade den Rollenerwartungen entsprechen. Sie sind aber aufgrund der Nähe zu den zurückliegenden Landtagswahlen ein kommunikatives Mittel, um die Opposition für ihr fehlerhaftes Regieren zu kritisieren. Die Anwendung dieser Sprachstrategien sorgen innerhalb der eigenen Reihen für Zustimmung und Heiterkeit – was mit Beifall honoriert wird, so dass davon auszugehen ist, dass diese Passage bewusst eingebaut wurde. Die Sprachstrategien können aber auch einen Ausdruck gewisser Handlungsohnmacht darstellen. Nicht zu wissen, wie Regierungsarbeit

gestaltet wird, welche Maßnahmen zuerst getroffen werden sollen, könnten hinter diesem Sprachstrategietyp versteckt werden.

Aus der Kritik an der Vorgängerregierung lassen sich die typischen Eigenschaften und Rollenmerkmale für Akteure aus den Reihen des Kabinetts und der Landesregierung ableiten. Denn das kritische Zurückblicken dient gleichzeitig als Legitimation eigenen Handelns und kann so mit der Aufzählung der bisherigen Erfolge und der Nennung von Zielen verbunden werden. Sowohl Helmut Stahl als auch Gerhard Papke nutzen diese Eigenschaft des krisch-zurückblickend-legitimierenden Sprachstrategietyps. Beide bringen den Zuhörer dazu, „dass er den Zustand so sieht, wie man ihn darstellt“ (Fröhlich 2001: 159), indem man die bisherigen Erfolge der Landesregierung hervorhebt. Gerhard Papke füllt diese Rollenerwartung beispielsweise dadurch, indem er von der *„Koalition der Erneuerung“*, spricht. Der Begriff *„Koalition der Erneuerung“* ist in seiner Rede ein Schlüsselwort. Durch das bewusste Setzen dieser Metapher will er die neue Landesregierung charakterisieren, will er ihr ein positives Image geben, welches bei den Menschen in Erinnerung bleibt. Ähnlich, wie man heute noch den Satz *„Versöhnen statt spalten“* mit dem ehemaligen nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau verbindet, versucht Gerhard Papke der Regierung und der Politik kommunikative Nachhaltigkeit zu verleihen.

Beide Regierungsredner nennen darüber hinaus Ziele, die die Landesregierung innerhalb ihrer fünfjährigen Legislaturperiode erreichen möchte. Helmut Stahl nennt dazu zum Beispiel fünf konkrete Probleme, die es zu lösen gilt: Verschuldung öffentlicher Hände, Arbeitsplatzlücke, Sozialversicherung zukunftsfähig machen, Bildung und Innovation sowie als fünftes das Zusammenleben der Menschen. Das sind Themen, die engen Bezug zur bundespolitischen Ebene aufweisen und genau das nutzt Helmut Stahl. Um die Probleme fassbarer zu machen, greift er zum Beispiel nicht nur auf die bundespolitische Ebene zurück, sondern greift auf Daten und Fakten des Statistischen Bundesamtes zurück. Auch Gerhard Papke bezieht bei der Darstellung der Erfolge die bundespolitische Ebene mit ein. Den Vergleich der beiden Regierungsbeteiligungen von

SPD auf Bundesebene und der CDU in Nordrhein-Westfalen nimmt Papke zum Anlass, die Erfolge sowie die verantwortungsvolle Politik der schwarz-gelben Landesregierung noch mehr in den Vordergrund zu stellen. Dazu benennt er Ziele bzw. signalisiert Ansprüche der Landesregierung, indem der FDP-Politiker auch hier wieder auf die alte Landesregierung zurückgreift. Durch das Framinginstrument des Kontrastes versucht der Landtagsabgeordnete Gerhard Papke die Politik der amtierenden Landesregierung von der rot-grünen Regierungszeit abzugrenzen, um seinerseits gleichzeitig der schwarz-gelben Regierung ein Profil zu geben.

Es bleibt festzuhalten, dass der Sprachstrategietyp „Kritisch zurückblickende Legitimation: Der Libero“ durch das Ergebnis der Landtagswahl im Parlament zustande kommt und ausschließlich von Regierungsakteuren benutzt wird. Wesentliche Kennzeichen dieses Sprachstrategietyps ist das Kritisieren der abgewählten Landesregierung hinsichtlich ihres politischen Handelns und des sich daraus ergebenden politischen Erbes für die neue Landesregierung durch die Anwendung unterschiedliche Instrumente.

Merkmale	Instrumente	Akteur
<b>Kritik</b>	Negatives Framing gegenüber der abgewählten Landesregierung durch Aufzählung nicht erreichte Ziele, Fehler etc.	Regierungsakteure, vor allem unmittelbar nach Wahlen einsetzbar
<b>Legitimation</b>	Positives Framing: Nennung positiver Zahlen, Fakten, Maßnahmen	
<b>Bild des Kümmerers</b>	Positives Framing: Nennung von Lösungen für Fehlern aus der Vergangenheit	

Abbildung 43: Merkmale Kritisch zurückblickende Legitimation: Der Libero. Quelle: Eigene Darstellung.

Aus dem von Regierungsakteuren formulierten politischen Erbe entsteht für sie gleichzeitig ein neuer Legitimations- und Sprachstrategieraum. So wird das eigene Handeln mit den politisch schlechten Hinterlassenschaften der Vorgängerregierung begründet bzw. eigene angekündigte Vorhaben können aus diesem

Grund nicht umgesetzt werden. Obwohl der Schwerpunkt dieses Sprachstrategietyps auf kritischen Äußerungen gegenüber dem politischen Kontrahenten liegt, werden die Rollenerwartungen für Regierungsakteure durch die Aufzählung der bisherigen Erfolge sowie die Nennung von Zielen und Ansprüchen erfüllt. Dieses rechtfertigt die Typologisierung des Sprachstrategietyps Kritisch zurückblickende Legitimation: Der Libero.

#### **5.1.4 Späte Reaktion: Der Einwechselspieler**

Mit einer Einwechslung wird in der Regel auf eine bestimmte Situation, auf ein bestimmtes Ereignis innerhalb eines Spiels reagiert. Dies kann zum Beispiel bei einem bestimmten Zwischenergebnis der Fall sein. Liegt eine Mannschaft zurück, wechseln Trainer häufig einen weiteren Offensivspieler ein, in der Hoffnung, mehr Druck ausüben und Tore erzielen zu können. Andersherum, führt eine Mannschaft, setzt der Trainer häufig auf einen defensiven Akteur, um Angriffe des Gegners abzuwehren und das Ergebnis über die Zeit zu retten. Kurz gesagt, der Situation entsprechend wird entschieden, wie man reagiert und demzufolge wird auf den passenden Spielertypen zurückgegriffen. Dabei sind die passenden Einwechselspieler nicht immer schlechter, allerdings trotzdem schlechter als die Anderen. Bei den besten Fußballmannschaften dieser Welt befinden sich auf der Auswechselbank Nationalspieler, die irgendwo anders Stammspieler wären. Mit ihrer Qualität und Erfahrung lässt sich dann entsprechend reagieren, um so das gesteckte Ziel zu erreichen. Einwechselungen sind im Vorfeld eines Spiels nicht immer planbar. Erst während der Partie wird entschieden, welche Einwechslung vorgenommen wird und somit auch darüber entschieden, welche Strategie für den Rest des Spielverlaufs verfolgt wird.

Reagieren auf eine bestimmte Situation ist auch das Merkmal von politischen Akteuren in der parlamentarischen Arena. Redner die vor allem an hinteren Positionen zu Wort kommen, sprechen häufig bezüglich bereits gemachter Äußerungen. Entsprechend der Vorrede kritisieren oder legitimieren sie dann. Dieses geschieht häufig, wie bei den Einwechselungen im Fußball, spontan, dem Debatteverlauf entsprechend. Spontan auf die Situation, die sich innerhalb der Ple-



nardebatte ergeben hat, wird reagiert, wobei eine im Vorfeld geplante Strategie geändert werden kann. Einwechselspieler und Redner in der parlamentarischen Arena verfolgen dabei auch noch zu einem späten Zeitpunkt das Erreichen eines Ziels. Hinsichtlich der Qualität und Erfahrung hat die Debattenanalyse gezeigt, dass sich Spitzenakteure der jeweiligen Fraktionen am Ende, wie zum Beispiel Fachminister, zu Wort melden und auf unmittelbare Vorredner reagieren.

Übertragen auf die politischen Reden gilt, dass politische Reden oftmals eine Gegenrede bzw. eine Reaktion bei anderen Akteuren hervorrufen, die sie dann unmittelbar äußern. Dieses ist vor allem immer dann der Fall, wenn Akteure mit verschiedenen Ansichten aufeinandertreffen. Dieses Aufeinandertreffen lässt sich in der Politik am besten mit den Reden im Rahmen einer Parlamentsdebatte beschreiben. Hier stehen sich Regierung und Opposition unmittelbar gegenüber und tauschen ihre unterschiedlichen Standpunkte aus. Gerade in der Generaldebatte geht es weniger um fachlich detaillierte Punkte, als viel mehr um die allgemeine politische Orientierung der Fraktionen bzw. Parteien. Und gerade innerhalb dieser speziellen Debattenform fühlen sich politische Akteure zu Reaktionen auf Vorredner hingerissen und treten entweder zum zweiten Mal ans Rednerpult, wie zum Beispiel Helmuth Stahl 2004, Hannelore Kraft 2006 sowie 2010 und Sylvia Löhrmann 2006, oder lassen sich anscheinend kurzfristig auf die Rednerliste setzen, um so zu getätigten Äußerungen Stellung zu nehmen, wie beispielsweise Horst Becker mit seiner Rede 2006: „Ich habe mich insbesondere noch einmal gemeldet, um auf Herrn Engel einzugehen,(...).“ Dabei geht es in erster Linie darum, die Äußerungen des politischen Gegners zu-rechtzuweisen, eigene, vorher gemachte Aussagen weiter zu legitimieren oder auch darum, den Zuhörern verständlich zu machen, dass der Zustand, wie er beschrieben worden ist, sich gar nicht so darstellt. Diese Eigenschaften lassen sich so gut wie in an allen Reden feststellen. Jedoch gibt es Redevorträge, bei denen der Eindruck gewonnen werden kann, dass sie sich ausschließlich mit der Reaktion auf andere gehaltene Reden beschäftigten. Dabei unterscheiden sich wie bei den Einwechslungen im Fußball auch in der parlamentarischen Arena die Typen.

- a) Kritisch legitimierende Reaktion: Der Libero
- b) Kritische Reaktion: Der Angreifer

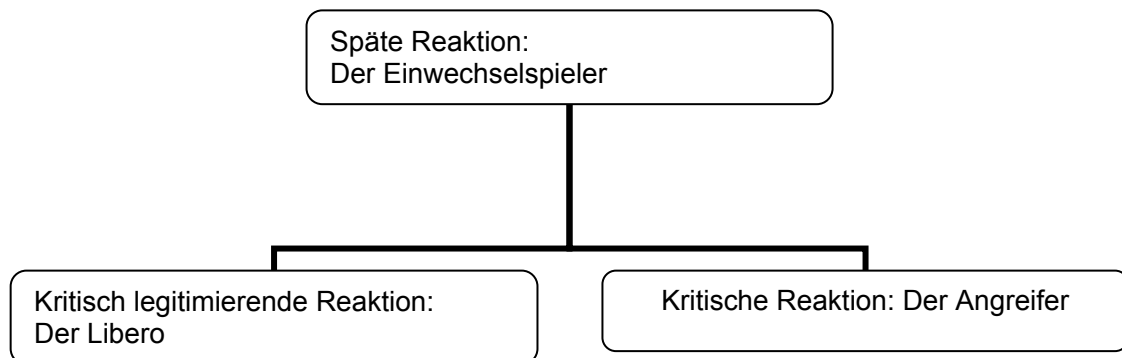


Abbildung 44: Der Einwechselspieler: Späte Reaktion. Quelle: Eigene Darstellung.

#### 5.1.4.1 Kritisch legitimierende Reaktion: Der Libero

Als eine Variation des Einwechselspielertyps ließ sich der Libero innerhalb der Haushaltsreden analysieren. Wie zuvor ausführlich beim Sprachstrategietyp des Libereros erörtert, kommen auch hier die Eigenschaften von Kritik und Legitimation zum Einsatz, allerdings in Form der Reaktion. Die wesentliche Eigenschaft dieses Sprachstrategietyps ist zum einen die Bezugnahme eines politischen Akteurs auf einen unmittelbaren Vorredner. Dies drückt sich beispielsweise in der häufigen Nennung des Namens in seiner Rede aus. So erwähnte beispielsweise der Landtagsabgeordnete Horst Vöge 2001 in seiner mit 1.341 Wörtern kurzen Rede sechs Mal den Namen Hermann-Josef Arentz. Verbunden mit der häufigen Nennung und dem Eingehen auf die Vorrede ist oftmals auch die Anwendung verschiedener Instrumente, wie beispielsweise das gezielte Zitieren aus Zeitungsartikeln, einer Attacke gegenüber diesem Redner wie das Beispiel Horst Vöge 2001 zeigt: *„Unter anderem schreibt die die Kölner Rundschau: Die Union hat sich verrannt. Ihr derzeitiger Kurs in der Rentenpolitik zahlt sich nicht aus, nicht nur für die Partei und schon gar nicht für die Arbeitnehmer und die Rentner.“* bzw. aus seiner Sicht eine Klar- und Richtigstellung der Fakten, Helmut Stahl zum Haushalt 2010: *„Wenn man einmal Ihre Reden seit 2005 durchfliegt, findet man jede Menge Belege. Ich will Ihnen nur ein Beispiel nennen. Am 22. August 2007 haben Sie der Landesregierung vorge-*

worfen – ich zitiere –: „Die investiven Mittel für den Ausbau des Ganztags im Grundschulbereich haben Sie gekürzt.“ Dann guckt man nach – und findet nichts. Das Gegenteil ist der Fall. Eine Kürzung wäre auch völlig unplausibel. In 2004/2005 gab es 670 Grundschulen mit einem offenen Ganztagsbetrieb. In 2010/2011 werden es 2.722 sein.“

Die Reaktion muss dabei nicht unbedingt auf den direkten Vorredner erfolgen, sondern kann sich auch an die Spitzenakteure der Fraktionen oder den Ministerpräsidenten richten, so wie es beispielsweise die Grünen-Politikerin Edith Müller 2004 zu Beginn ihrer Rede tat. In den ersten Absätzen greift sie den damaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden Jürgen Rüttgers deutlich an und kritisiert dessen Rede. Edith Müller 2004: *„Ich halte hier eine Meldung in der Hand, die zwar von gestern stammt, aber - wie ich finde - immer noch hoch aktuell ist. Hier heißt es - ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten - unter der Überschrift "Jeck des Tages": "Jürgen Rüttgers ist ein echter Sitzungshopper! Kaum ein Saal, in dem man unseren CDU-Landeschef nicht antrifft, und jedes Mal hat der Jeck ein neues Kostüm. Vorbildlich!" Meine Damen und Herren, Herr Dr. Rüttgers, gestern waren Sie noch der Jeck des Tages. Heute sind Sie der Jeck der Woche. Im Karneval scheint Ihre Kreativität keine Grenzen zu kennen: Jeden Tag ein neues Kostüm - das finde ich genial. Es wäre uns allerdings hoch willkommen, wenn Sie nur ein einziges Mal mit einer vergleichbaren Kreativität den Haushalt des Landes bearbeiten würden. Stattdessen hören wir jedes Jahr die gleichen Vorschläge, und wir sehen immer dasselbe öde löchrige graue Mäntelchen, mit dem Sie nur schwerlich Ihre Ideenlosigkeit kaschieren können.“*

Was Edith Müller 2004 sowie viele andere Kolleginnen und Kollegen vor ihr allerdings auch machen, ist aus der Situation des Kritisierens gleichzeitig zu legitimieren, entweder das eigene oder das Regierungshandeln, „Wir haben uns die Haushaltsberatungen nicht leicht gemacht; das ist in allen Reden angesprochen worden. Es handelt sich um einen schwierigen Haushalt. Teilweise haben wir von einer "Notoperation" gesprochen.“ Dabei sind es vor allem Reden der Regierungsakteure, die diesem Sprachstrategietypen zuzuordnen sind. Denn sie kritisieren zum einen die Äußerungen von Akteuren aus den Reihen der

Opposition und legitimieren zugleich eigene Entscheidungen, so zum Beispiel auch die FDP-Politikerin Angela Freimuth in ihrer 2006 gehaltenen Haushaltsrede. Das Muster ist dabei vielfach das gleiche. Zunächst auf den politischen Kontrahenten und dessen Rede eingehen, sie kritisieren, attackieren, um im Anschluss daran mit eigenen Fakten, Zahlen und Daten das Agieren der Regierung zu rechtfertigen. Das Kritisieren bzw. Angreifen wurde im Jahr nach der Landtagswahl 2005 durch das Tätigen von Schuldzuweisungen ergänzt, was sich nach einem vollständigen Regierungswechsel aus Sicht einer neuen Landesregierung anbietet, um eigene Entscheidungen zu rechtfertigen, wie die folgenden Beispiele zeigen: Jürgen Rüttgers 2006: *„Wenn das Land Nordrhein-Westfalen jetzt aufgrund der ungeheuren Schuldensituation, dieses Schuldenberges, den Sie aufgehäuft haben, 13 Millionen € Zinsen täglich zahlen muss, wenn Rot-Grün die Verschuldung in den letzten zehn Jahren um rund 47 Milliarden € erhöht hat und wenn wir dafür jährlich Zinsen in Höhe von 1,9 Milliarden € zahlen, dann, werte Kolleginnen und Kollegen, wäre ich, wenn ich noch in der Rolle wäre, für die Opposition zu reden, mit dem, was ich fordere, und vor allen Dingen mit dem, was ich angreife, erheblich vorsichtiger, als wir das eben bei Frau Kraft und Frau Löhrmann gehört haben.“*, Gerhard Papke 2006: *„Meine sehr verehrten Damen und Herren, Rot-Grün hat uns einen Schuldenberg von 112 Milliarden € hinterlassen. Was die Koalition nun leisten muss, um den Haushalt wieder in den Griff zu bekommen, das erinnert an die berühmte Aufgabe von Herkules, den Augiasstall auszumisten. Ich bin trotz der Dimension der Herausforderung fest davon überzeugt, dass es uns gemeinsam mit Ihnen, Herr Finanzminister, gelingen wird, diese Aufgabe zu bewältigen, auch dann, wenn wir nicht zu so einer radikalen Methode greifen können wie Herkules, der dafür ja bekanntlich einen Fluss umgeleitet hat.“*

Wie zuvor bereits erwähnt, kommt auch hier die Metapher des politischen Erbes häufig zur Anwendung. So ist die Rede Angela Freimuths 2006 durchzogen von Schuldzuweisungen an die Vorgängerregierung, aus denen sie das politische Handeln der damaligen CDU/FDP-Landesregierung legitimiert. Kritik anhand gemachter Äußerungen in Richtung Hannelore Kraft und Sylvia Löhrmann ist die Strategie bzw. das Ziel der FDP-Politikerin. Dazu nutzt sie zum Beispiel

persönliche Erfahrungen „Wie viele von Ihnen wahrscheinlich auch, habe ich Gespräche mit den Jugendlichen und mit den in der Jugendarbeit Tätigen geführt.“, oder die des Vergleichs „Das ist in der Tat das Ergebnis Ihrer Politik. Vorhin ist der Begriff gefallen, Schulden seien unmoralisch. Das weiß ich gar nicht. Auch im privaten Bereich nimmt man Kredite auf, um Investitionen zu tätigen. Dann ist aber bei allen Privatleuten klar, dass diese Schulden auch zurückgezahlt werden müssen. Aus meiner Sicht ist es unmoralisch, dass die in der Vergangenheit aufgenommenen Schulden eben nicht zurückgezahlt wurden, sondern Jahr für Jahr auf nachfolgende Generationen übertragen und abgewälzt worden sind. Wir haben ihnen damit einen Ballast und eine Beschränkung ihrer Gestaltungsoptionen und ihrer Freiheiten hinterlassen. Diese Last halte ich von der Höhe und von der Art und Weise her, wie sie zustande gekommen ist, und weil sie nicht getilgt wurde, für unmoralisch.“ oder nimmt gemachte Aussagen aus rot-grüner Regierungszeit als Ausgangslage „Frau Kollegin Kraft, Sie haben vorhin darauf hingewiesen, dass wir das soziale Netz nicht reißen lassen dürften. Hierin stimme ich Ihnen zu. Eine Fortsetzung der Politik, die Sie in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten betrieben haben, würde dazu führen, dass unser Staat, dass das Land Nordrhein-Westfalen in absehbarer Zeit nicht mehr in der Lage ist, denjenigen zu helfen, die sich aus eigener Kraft nicht helfen können. Ich sage Ihnen klipp und klar: In einer solchen Gesellschaft möchte ich nicht leben.“ Zum Schluss ihrer Rede stellt sie dann noch einmal Ziele der schwarz-gelben Landesregierung heraus und verteidigt insgesamt der Rolle entsprechend die Politik der Landesregierung.

Als prominentes Beispiel für diesen Sprachstrategietyp kann hier die zweite Rede Hannelore Krafts 2009 herangezogen werden. Verbunden mit Unmutsäußerungen und dem Reagieren gegenüber der damals amtierenden Landesregierung ist gleichzeitig auch eine Legitimation ihrer präsentierten Zahlen im Themenfeld Finanzen: „Ich habe diese Zahlen aus all diesen Rankings in Originalgröße hier präsentiert. Sie sind übrigens alle dem Redemanuskript angehängt, und Sie können sie alle noch einmal nachlesen. Ich kann Ihnen nur eins sagen: Wenn Sie behaupten, die 350 Stellen wären alle Stellen, die nicht besetzt sind, kann ich Ihnen nur raten, die Veröffentlichungen Ihres Finanzminis-

ters zu lesen. Da kommt regelmäßig eine Veröffentlichung, in der einzelplan-scharf Stellen-Soll und Stellen-Ist ausgewiesen wird. Die letzte mit der Vorla-gennummer 14/2634 befasst sich mit den Zahlen von 2008.“ Das gleiche Mus-ter findet sich ferner zum Thema Bildung wieder. Hier stützt sie sich auf Veröf-fentlichungen des Ministeriums. Zum Bereich Bildung, wo sie ihre Kritik am Un-terrichtsausfall festmacht und versucht, auf diese Weise Spannungen beim poli-tischen Gegner zu erzeugen, zitiert sie den Ministerpräsidenten noch einmal aus einem Zeitungsartikel, um ihre Abneigung zu verstärken. *„Trotzdem liegt die Zahl der ausgefallenen Unterrichtsstunden immer noch bei über 5 Millionen, Frau Sommer. Gut, dass Sie nicken. Das ist sehr freundlich von Ihnen.“* Dass die Bildungspolitik in ihrer Rede im Vordergrund steht, verdeutlicht auch die Analyse angewendeter Wörter. So benutzt die SPD-Fraktionsvorsitzende bei-spielsweise vier Mal den Begriff „Lehrer“ und „Unterricht“, jeweils drei Mal die Begriffe *„Unterrichtsausfall“*, *„Durchlässigkeit“*, *„Schulministerin“* und *„Turbo-Abitur“*. Auch in anderen Themenbereichen, zu denen der Ministerpräsident Stellung genommen hat, äußert sich Hannelore Kraft und übt Kritik daran, in-dem sie Spannungen beim politischen Gegner ausmachen will: *„Die FDP als parlamentarischer Arm der internationalen Heuschreckenfraktion hat dazu eine andere Position als Sie. Damit ist Ihre Regierung auf einem ganz anderen Weg gewesen.“*

Hannelore Krafts zweite Rede diene vor allem der Klarstellung, der Zurückwei-sung gemachter Aussagen seitens ihrer Vorredner, vor allem des Ministerpräsi-denten. Aber nicht nur die Klarstellung und Zurückweisung von Vorwürfen ver-folgt Hannelore Kraft, sondern besonders auch das Attackieren der Landesre-gierung. In diesem Fall hat der Ministerpräsident mit seiner Rede den Rahmen vorgeben. Mit seinem Wortbeitrag hat dieser den Sprachrahmen für Reaktionen vorgegeben und bestimmt damit auch, worauf und wie reagiert werden kann. Anhand dieser Beispiele bleibt festzuhalten, dass die charakteristische Eigen-schaft dieses Sprachstrategietyps die bewusst, kritische Reaktion eines Akteurs auf einen Vorredner ist, und gleichzeitig das eigene Handeln legitimiert.

Dazu bedarf es nicht nur einer im Vorfeld bis ins Detail geplanten Rede, sondern auch einer gewissen Spontaneität beim Redner. Erst in der parlamentarischen Arena, erst innerhalb der Debatte kann eine Reaktion konkret erfolgen.

Merkmale	Instrumente	Akteure
<b>Spontane Kritik</b>	Negatives Framing gegenüber der Vorredner	Regierungsakteure, häufig „Hinterbänkler“, Oppositionsakteure: Spitzenakteure
<b>Spontane Legitimation</b>	Positives Framing: Nennung positiver Zahlen, Fakten, Maßnahmen	

Abbildung 45: Merkmale Kritisch legitimierende Reaktion: Der Libero Quelle: Eigene Darstellung.

#### 5.1.4.2 Kritische Reaktion: Der Angreifer

Eine weitere Variation des Einwechselspielertyps ist der bereits erwähnte Angreifer. Dieser wird eingewechselt, attackiert die gegnerische Abwehr, versucht neue Lücken zu entdecken, in die er eindringen will, um so einen Treffer zu erzielen. Übertragen auf die Analyse von Haushaltsdebatten in der parlamentarischen Arena sind dies die Reaktionsreden, die sich kritisch mit dem Vorredner auseinandersetzen. Die Analyse der Haushaltsdebatten hat dabei ergeben, dass ausschließlich Oppositionsakteure eine kritisch-reagierende Rede gehalten haben, um sich in der parlamentarischen Arena zu präsentieren. Dabei fällt auf, dass sich sowohl einige Mitglieder der damaligen CDU/FDP-Opposition als auch Mitglieder der rot-grünen Opposition sich derartig darstellten, wobei Mitglieder der Opposition zur Regierungszeit von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers häufiger auf diesen Sprachstrategietyp zurückgriffen. Somit hat diese Kategorisierung auch nach einer Landtagswahl mit vollständigem Regierungswechsel bestand. Politische Akteure nutzen demnach vorhandene Sprachräume. Dass sich die Reden von Oppositionsakteuren in diese Kategorie einordnen lassen, erschließt sich aus der Funktion des Überwachens und Kontrollierens. Diese Aufgabe übernehmen sie vielfach durch das Üben von Kritik gegenüber der Landesregierung. Um zu kritisieren, greifen die Redner auf unterschiedliche Instrumente zurück. So reagierte Angela Freimuth in ihrer Haus-

haltsrede 2004/05, sowohl kritisch auf den Beitrag von Ministerpräsident Peer Steinbrück, als auch auf die Rede des damaligen Fraktionsvorsitzenden Edgar Moron: *„Deswegen halte ich es - ich bitte die Kolleginnen und Kollegen von der SPD, es Herrn Moron auszurichten - für eine Unverschämtheit, dass eine solche Unterstellung in den Raum gestellt wird. Es ist sehr schade, dass Kollege Moron nicht da ist. - Ja, der Ministerpräsident war ganz unstreitig der attraktivere, aber auch der rhetorisch brillantere Fraktionsvorsitzende.“* Auf diese Art kritisiert Angela Freimuth so Edgar Moron. Die Kritik äußert die FDP-Politikerin auch in inhaltlicher Form. So wirft sie der SPD vor, dass nicht alles ausführlich im Bereich der Finanzpolitik und im politischen Handeln dargelegt würde. Sie nennt dazu einzelne, spezielle Themenbereiche, um so aus ihrer Sicht den Finger in die Wunde legen zu wollen, wie folgendes Beispiel demonstriert: *„Herr Ministerpräsident, Sie haben vorhin die Gründungszahlen angesprochen, Sie haben die Anzahl der Ich-AGs angeführt. Ich wäre Ihnen wirklich sehr dankbar gewesen, wenn Sie zur Abrundung des Bildes auch die Insolvenzzahlen und die immer noch zu hohe und steigende Zahl der Beschäftigungslosen in Nordrhein-Westfalen angeführt hätten. Das gehört nämlich auch dazu. Und daran ist diese Landesregierung von SPD und Grünen in der Tat bedauerlicherweise nicht ganz unbeteiligt.“* Kritik äußert sie aber nicht nur in Richtung Landesregierung, sondern auf ein bundespolitisches Themenfeld bezogen auch in Richtung der CDU. Angela Freimuth kritisiert allerdings nicht nur die Landesregierung, sondern lobt sie für ihr Handeln in der Bundes- und Europapolitik. Dieses Verhalten ist äußerst ungewöhnlich innerhalb dieser Debatte, bedenkt man, dass die Opposition die Landesregierung in erster Linie kritisiert. Durch die kritischen Äußerungen gegenüber der Landesregierung steckt sie mit der negativ-kritisierenden Framingsdimension ihren Rahmen der Rede ab.

Charakteristisch für diesen Sprachstrategietyp sind ferner die unmittelbaren Redebeiträge nach den fünf Spitzenakteuren. 2006 und 2009 sprach an dieser Stelle zum zweiten Mal die SPD-Fraktionsvorsitzende Hannelore Kraft. Die politische Großwetterlage ist nach den ersten fünf Rednern beschrieben und die Standpunkte einer jeden Fraktion sowie der Regierung sind ausgetauscht. Die CDU-Fraktion hat an gleicher Stelle in den Jahren 2001 und 2004 jeweils ande-



re Akteure sprechen lassen. Hannelore Kraft hat sich dafür entschieden erneut zu sprechen, um auf die Vorredner zu reagieren. Die zweite Rede der SPD-Spitzenpolitikerin 2006 ist mit 2.292 Wörtern um 1.623 Wörter deutlich kürzer. Dieses Muster der kürzeren Reden entspricht exakt dem Schema des zweiten Rednerblocks, in dem alle Reden deutlich kürzer sind als die der ersten fünf Redner. Hannelore Kraft beginnt ihren zweiten Beitrag mit einer Abwertung gegenüber dem politischen Kontrahenten, um im Anschluss direkt auf die Vorredner einzugehen: *„Ich habe Ihnen in den letzten Stunden sehr aufmerksam zugehört – ich füge in Klammern hinzu: manchmal im Gegensatz zu Ihnen –, und ich habe mir einige Anmerkungen zu Ihren Reden notiert.“* Die Abwertung gegenüber dem politischen Gegner setzt Kraft zum Beispiel mit der Metapher *„das Märchenbuch“*, so bezeichnet sie die Rede Helmut Stahls, fort. Mit Bezug auf die Rede von Sylvia Löhrmann zuvor, greift die SPD-Fraktionsvorsitzende im Anschluss den Ministerpräsidenten und dessen Reaktion auf einen Zeitungsartikel an. Kurz darauf steht der FDP-Fraktionsvorsitzende im Fokus ihrer Kritik. Die Rede Gerhard Papkes kontert Hannelore Kraft mit einer Metapher, ebenfalls zum Thema Wasser: *„Aber, Herr Kollege Papke, Sie haben es nicht einmal zum Rinnsal gebracht. Tut mir Leid!“* Auf diese Weise setzt sie zum Gegenangriff an und kritisiert den FDP-Politiker weiter für sein Ausweichen auf die bundespolitische Ebene.

Auch die Rede des Landtagsabgeordneten Horst Becker aus dem Jahr 2006 ist diesem Sprachstrategietyp zuzuordnen. Mit 596 Wörtern spricht dieser, lässt man das Statement von Hannelore Kraft außen vor, am kürzesten. Seine Rede scheint, wie der Beitrag der SPD-Fraktionsvorsitzenden, nicht im Vorfeld bewusst geplant gewesen zu sein, worauf sein erster Satz *„Ich habe mich insbesondere noch einmal gemeldet, um auf Herrn Engel einzugehen, ...“*, hindeutet. Horst Becker will mit der Kategorie „Erinnerung“ noch einmal auf die Zeiten eingehen, als die CDU in der Opposition verweilte, und hervorheben, dass sie sich in der Opposition als *„kommunalfreundliche Partei“* dargestellt hat, und dies nach seiner Meinung in der Regierungsverantwortung nun nicht mehr ist. So kritisiert er die Landesregierung aus seiner Sicht mit Fakten, um so die Wahrheit zu äußern.

Ein anderes Beispiel für diese Kategorisierung ist der zweite Wortbeitrag des Grünen-Politikers Horst Becker im Jahr 2009. Durch seinen unmittelbaren Bezug auf die Rede seines Kollegen Horst Engel und des zweiten Beitrags ist davon auszugehen, dass diese Rede nicht im Vorfeld des Plenartags geplant worden ist. Vielmehr handelt es sich um einen spontanen Redevortrag, dessen Planung am Abgeordnetenplatz im Plenum erfolgt sein dürfte. Diesen Eindruck bestätigt Horst Becker auch, indem er sagt, dass er „*einiges zurechtrücken*“ will. Dieses kann erst durch Äußerungen, die vor ihm getätigt worden sind, geschehen. In seinem spontan wirkenden Redebeitrag attackiert er den FDP-Politiker Engel bezüglich des von ihm aufgestellten „*Masterplans Schwarze Null*“ und nennt den Plan „*gelbe Null*“. Damit spielt er darauf an, dass es sich nur um ein FDP-Projekt handelt, welches beim Koalitionspartner und bei den Kommunen wenig Anklang finde, was er mit dem folgenden Satz auch zum Ausdruck bringt: „*Wenn der Kollege Engel von einem Masterplan „Schwarze Null“ spricht, dann ist es nicht nur in unseren Reihen, sondern auch in den Reihen der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister dieses Landes, übrigens auch in so manchen Reihen schwarzer Bürgermeister dieses Landes, so, dass man eher von einem Masterplan „Gelbe Null“ sprechen muss.*“ Die kurze mit 474 Wörtern ausgefüllte Rede des Grünen-Politikers kann als konternd, kritisierender Sprachstrategietyp bezeichnet werden, bei dem er das Ziel verfolgt, seiner Meinung nach falsche Äußerungen zurechtzurücken und den politischen Gegner zu kritisieren.

Eine Ausprägung dieses Sprachstrategietyps ist die Erweiterung um die bereits beschriebene Eigenschaft des Landesvaters. Peer Steinbrück, 2001 Finanzminister in der rot-grünen Landesregierung, äußerte sich als letzter Akteur zum Tagesordnungspunkt „Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001“. Mit 1.121 Wörtern redet er von allen Akteuren am kürzesten. Die Stelle, an der Steinbrück spricht, sowie die Kürze verdeutlichen, dass es weniger um den Haushalt, sondern vielmehr um die generelle politische Situation im Land und eine Reaktion auf die zuvor gehaltenen Reden geht. Der Finanzminister geht, wie bereits seine Vorredner, sofort auf die vor ihm sprechenden Kollegen ein und kritisiert diese. Besonders kritisiert Steinbrück die Rede von Jürgen Rüttgers anhand eines Zi-

tates: „Ich kann mich erinnern, dass Herr Rüttgers in die eine oder andere Debatte den Begriff der "postmodernen Beliebigkeit" eingebracht hat. Ich habe Wochen, wenn nicht gar Monat~ damit zugebracht herauszufinden, was Herr Rüttgers mit der "postmodernen Beliebigkeit" meinen könnte. Als ich seine Rede und auch die von Herrn Arentz heute hörte, ist es mir schlagartig klar geworden: Die "postmoderne Beliebigkeit" ist die Fähigkeit, sich Sachverhalte so zurechtzubiegen, dass man von der vorgefassten Bewertung garantiert keinen Abstand nehmen muss. "Postmoderne Beliebigkeit" ist die Fähigkeit zur selektiven Wahrnehmung, bis einem buchstäblich die Kontaktlinsen im Auge schmelzen. So sehe ich das.“ Dass Rüttgers zu Beginn seiner Rede im Mittelpunkt steht, wird auch durch das fünfmalige Nennen dessen Namens deutlich. In dieser Phase seiner Rede setzt Steinbrück das Framing über die Person Jürgen Rüttgers und macht sich so die negativ-kritisierende Framingdimension zu Eigen.

Thematisch spricht Finanzminister Steinbrück kurz einige Bereiche an, bei denen er sich vor allem auf den Vorredner Hermann-Josef Arentz bezieht. Zum Ende seiner Rede wird Steinbrück, wie Ministerpräsident Wolfgang Clement, landesväterlich und will als verantwortungsbewusster Regierungsakteur wahrgenommen werden.

*„Zum Abschluss: Diese Gefechte über zweite und dritte Lesungen zwischen Oppositions- und Regierungsparteien bzw. Landesregierung muten mir ziemlich rituell an. Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir uns mit Blick auf das nächste Haushaltsaufstellungsverfahren vielleicht darauf konzentrieren könnten, vier oder fünf wirklich zentrale Fragen des Haushalts sehr viel ruhiger, sehr viel souveräner, sehr viel gelassener zu debattieren. Dazu gehören z. B.*

*1., die Bedrohung des Haushalts durch eine immer größere Verkarstung und die damit verbundene Abnahme der Investitionsquote;*

*2. inwieweit der Landeshaushalt durch Kofinanzierungsmechanismen des Bundes oder auch der Europäischen Union immer mehr fremdbestimmt wird;*

3. ob wir uns tatsächlich gemeinsam auf Prioritäten oder Posterioritäten einigen können, ohne dass sich jemand, wenn es um das konkrete Sparen geht, einen weißen Fuß macht gegenüber denjenigen, die davon betroffen sein können - das ist der gängige Sinn der Reden und der Einlassungen von Herrn Kollegen Rüttgers -; oder

4. neue Finanzierungs- oder Förderinstrumente.“

Festzuhalten bleibt, dass die Reden von Oppositionsakteuren, die auf Vorredner kritisch reagieren, als kritisch-reagierender Sprachstrategietyp zu typologisieren sind. Kritisch, durch verschiedene Instrumente, auf die Vorredner der Landesregierung bzw. Vertreter der Regierungsfractionen zu reagieren, ist dabei das wesentliche Merkmal und weniger die Nennung von Alternativvorschlägen.

Merkmale	Instrumente	Akteur
<b>Spontane Kritik</b>	Negatives Framing gegenüber der Landesregierung ohne Alternativvorschläge	Oppositionsakteure

Abbildung 46: Merkmal Kritische Reaktion: der Angreifer. Quelle: Eigene Darstellung.

Darüber hinaus ist zu konstatieren, dass dieser Sprachstrategietyp fester Bestandteil von Plenardebatten ist und auch nach einem vollständigen Regierungswechsel von Oppositionsakteuren eingenommen wird. Sprachliche Gewohnheit statt Neuheit, Konventionelles statt Moderns, ist es, auf das die Redner der Opposition hier setzen. Weiterhin fällt auf, dass dieser Sprachstrategietyp häufig am Ende der Plenardebatten zu finden ist und die Reden nicht mehr den im Vorfeld geplanten Eindruck hinterlassen. Es geht nicht mehr um die Darstellung eigene Vorschläge, Alternativen oder Ideen, sondern lediglich um Kritik an der Landesregierung und deren Verhalten. Auch aufgrund dieser Tatsache sind derartige Reden als kritisch-reagierender Sprachstrategietyp zu kategorisieren.

## 5.2 Quantitative Analyse der Strukturdaten

Neben den bisher dargestellten Sprachstrategietypen lassen sich zusätzliche Erkenntnisse aus den vorhandenen Redeprotokollen gewinnen. Aus der Darstellung des Untersuchungsmaterials und der Strukturdaten lassen sich, wie eingangs erwähnt, die Anzahl gesprochener Wörter, Zwischenrufe, Zwischenfragen und Beifallsbekundungen ablesen. Bei den gewonnenen Daten bezüglich der gesprochenen Wörter fällt auf, dass die Anzahl der gesprochenen Wörter der ersten fünf Redner aller zu untersuchenden Reden zwischen 2000 und 2010 jeweils im Bereich zwischen 3.079 und 10.196 Wörtern lagen. Insgesamt wurden bei den untersuchten Haushaltsreden 145.909 Wörter gesprochen. Davon haben die ersten fünf politischen Akteure einer jeweiligen Debatte 109.112 Wörter rezitiert. Der prozentuale Anteil der ersten fünf Redner einer Haushaltsdebatte betrug somit ca. 74,78 Prozent.

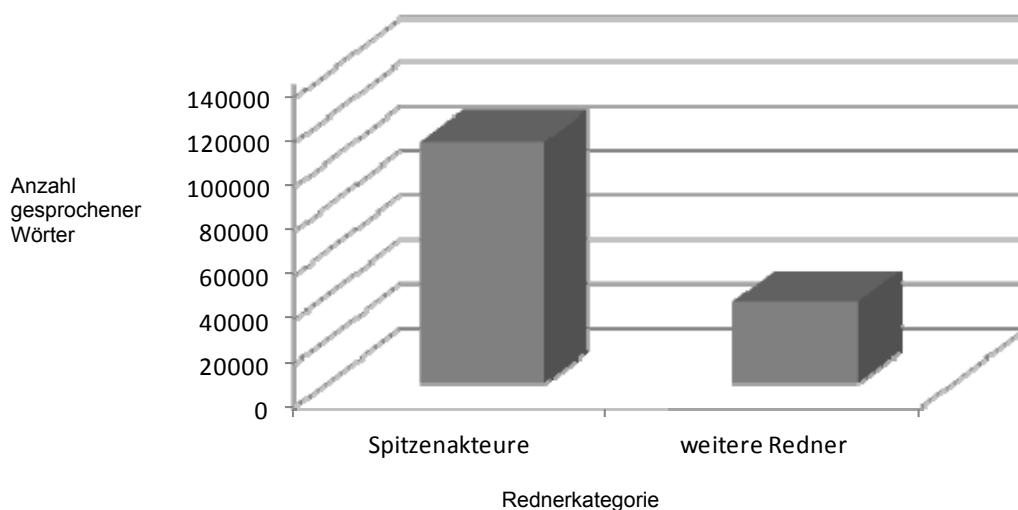


Abbildung 47: Anzahl gesprochener Wörter. Quelle: Eigene Darstellung

Dies lässt darauf schließen, dass die Gewichtung und die Wichtigkeit deutlich bei den ersten fünf Rednern liegen. Betrachtet man in diesem Kontext die ersten fünf Redner der jeweiligen Haushaltsdebatten einmal näher, so ist festzustellen, dass sich unter den ersten fünf Akteuren die Spitzenpolitiker der jeweiligen Fraktion, die Fraktionsvorsitzenden und der Ministerpräsident befinden. Den größten Redeanteil hat dabei in drei von vier – 2001 Wolfgang Clement,

2006 und 2009 Jürgen Rüttgers – untersuchten Haushaltsdebatten der Ministerpräsident. Vergleicht man den Redeanteil der Ministerpräsidenten mit allen Rednern, so haben die Regierungschefs einen Redeanteil von etwa 18,32 Prozent (26.733 gesprochene Wörter).

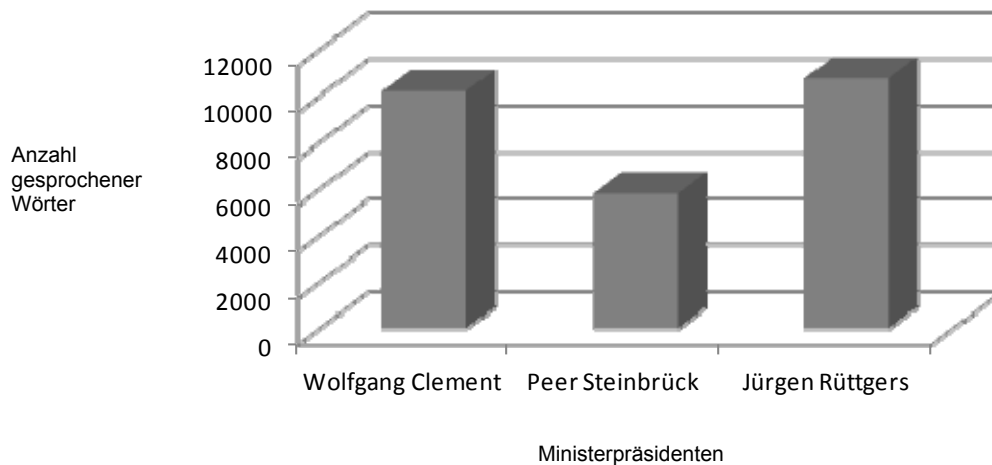


Abbildung 48: Anzahl gesprochener Wörter Ministerpräsidenten. Quelle: Eigene Darstellung

Die Anzahl der gesprochenen Wörter gibt lediglich einen quantitativen Überblick und keine Antwort auf die eingangs gestellten Forschungsfragen. Dennoch lassen sich an der herausgearbeiteten Statistik einige Erkenntnisse gewinnen, die kombiniert mit den Sprachstrategietypen Antworten auf die Forschungsfragen geben. Ähnlich verhält es sich mit den parlamentarischen Instrumenten des Zwischenrufes sowie den Zwischenfragen, die in den nachstehenden Abschnitten näher ausgewertet werden sollen.

### 5.2.1 Zwischenrufe

*„**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Kraft. – Als nächster Redner spricht für die CDU deren Fraktionsvorsitzender, Herr Stahl.  
(Sylvia Löhrmann [Grüne]: Abschiedsrede! – Gerda Kieninger [SPD]: Kommt wieder die alte Rede?)*

**Helmut Stahl (CDU):** *Das Jahresende kommt, es kommt Weihnachten. Dann ist man so gestimmt, dass man ein wenig Zurückhaltung an den Tag legen möchte, ein wenig sanfter mit den Themen umgehen möchte.“*  
(Reinhart Jung [SPD]: *Sie machen das gleich!*)“ (Plenarprotokoll 14/139)

Ein parlamentarisches Instrumentarium, das durch die Stenographen in Plenarprotokollen festgehalten wird, ist der Zwischenruf. Durch die zum Teil in der Geschäftsordnung und durch die Fraktionen festgelegte Reihenfolge der Redner, haben nur wenige politische Akteure die Möglichkeit, sich an Debatten zu beteiligen bzw. Stellungnahmen zu einem Sachverhalt abzugeben. Eine unmittelbare Möglichkeit der Beteiligung ist daher der Zwischenruf. Der Zwischenruf findet vor allem zu „rational-argumentativen, aber auch zu destruktiv-strategischen Zwecken“ (Burckhardt 2004: 2) seine Anwendung. Der Zwischenruf verfügt somit zum einen über eine Sachfunktion, sachdienlicher Hinweis zur Debatte und zum anderen der Störfunktion, die gezielte Störung des Redners (Burckhardt 2004: 2).

Zwischenrufe sind nicht geplant, sondern werden von den parlamentarischen Akteuren spontan eingebracht und unterstehen keinem Regelwerk (Kipke 1995: 111). Handelt es sich bei dem Zwischenruf jedoch um eine unqualifizierte und unparlamentarische Äußerung, kann der Landtagspräsident eine Rüge aussprechen. Zwischenrufe können allgemein als ein informelles parlamentarisches Instrument bezeichnet werden. Dieses gilt auch für die Reaktion des Redners. Er kann Zwischenrufe in seine Rede und damit auch in seine Antworten einbinden. Der Redner hat allerdings auch die Möglichkeit, nicht auf den Zwischenruf einzugehen und sein Redekonzept weiterzuverfolgen. In der Regel beziehen sich Zwischenrufe auf den vom Redner direkt geäußerten Sachverhalt bzw. gelten der Person. Zwischenrufe lassen sich mit Fangesängen beispielsweise aus Fußballstadien vergleichen. Fans bzw. Unterstützer aus den verschiedenen Lagern stimmen ihre Gesänge an, um zum einen ihre Mannschaft, ihre Akteure zu unterstützen oder um andererseits den Gegner abzuwerten. Politische Akteure in der Parlamentarischen Arena verfolgen durch Zwischenrufe vergleichbare Ziele. Entweder wollen sie ihren Fraktionskollegen unterstützen

oder wollen den politischen Redegegner mit ihren Zwischenrufen abqualifizieren.

Bevor jedoch auf das Verhältnis von Zwischenrufen in den Haushaltsdebatten zwischen 2000 und 2010 konkreter eingegangen wird, soll zunächst der Kontext von Beifallsbekundungen, Zwischenfragen und Zwischenrufen zu Sprachstrategien und Rollen in der parlamentarischen Arena erläutert werden.

Wie in einzelnen Unterkapiteln bereits ausgearbeitet, sind Zwischenrufe und Zwischenfragen ein wesentlicher Bestandteil von parlamentarischer Auseinandersetzung. Sie sind wie Beifallsbekundungen eine Reaktion auf bestimmte gewählte Äußerungen. Diese Reaktionen können sich positiv ausdrücken, indem der Beifall aus den eigenen Reihen des Redners als Anerkennung, Zustimmung für das Auftreten bzw. die Aufführung oder die gewählte Äußerung gewertet werden. Aber auch der politische Gegner nutzt das Instrument des Beifalls, in den meisten Fällen, in den Plenarprotokollen entsprechend festgehalten, als demonstrativer Beifall. So zum Beispiel, wenn die Regierung einen Akteur aus der Opposition zitiert, dann kommt es in dem einen oder anderen Fall zur Anwendung eines demonstrativen Beifalls. Damit drücken jene Akteure die Richtigkeit bzw. die Zustimmung zu dem Inhalt des Zitats aus. Beifallsbekundungen können als eine Art Erfolgsindikator, Wirkungsunterstützung für Sprachstrategien angesehen werden, die der Redner an bestimmten Stellen einbauen kann, in der Hoffnung sie auch zu bekommen.

Ein Merkmal des in Kapitel 4.4.1 beschriebenen Framing-Ansatzes war die Spontaneität. Spontaneität ist im Zusammenhang mit dem definierten Begriff der Sprachstrategie auf den ersten Blick in Plenarreden nicht zu finden. Betrachtet man die Reden genauer, so kann an den Stellen, an den Zwischenfragen und Zwischenrufe belegt sind, Spontaneität stattfinden. Bei der Reaktion auf diese beiden Instrumente muss bzw. kann der Redner von seinem geplanten Redemanuskript abweichen, um auf Zwischenfragen und Zwischenrufe einzugehen. Zwischenfragen und Zwischenrufe in der parlamentarischen Arena nehmen innerhalb dieser Untersuchung eine Sonderrolle ein, da sie nicht mit



dem eingangs definierten Begriff der Sprachstrategie stimmig sind, sondern vielmehr ein Hinweis auf Spontaneität sind. Sie können bei genauer Betrachtung jedoch die Typologisierung von Sprachstrategien einer Gruppe unterstützen, indem beispielsweise die Opposition auch in Zwischenrufen bzw. Zwischenfragen Schuldzuweisungen gegenüber der Landesregierung ausdrückt. Regierungsfractionen können ihrerseits ihre politischen Entscheidungen in Zwischenfragen bzw. Zwischenrufe begründen. Die Regierung darf dieses jedoch nicht.

Zwischenfragen, Zwischenrufe und Beifallsbekundungen stehen in keinem direkten Kontext zu Sprachstrategien politischer Akteure im Parlament. Sie lösen vielmehr eine Reaktion aufgrund des Rollenverständnisses einzelner Akteure bzw. der gesamten Gruppe auf die angewandte Sprachstrategie des Redners aus. In Verbindung mit der Rolleneinnahme von Politikern im Parlament können aber vor allem Zwischenrufe und Zwischenfragen bei inhaltlicher Analyse unterstützende Wirkung einnehmen.

Wie sieht das Verhältnis von Zwischenrufen in den Haushaltsdebatten zwischen 2000 und 2010 im Detail aus?

Bei der Zwischenrufanalyse geht es innerhalb dieser Arbeit weniger darum, einzelne Abgeordnete bezüglich ihrer Anzahl und Inhalte der Zwischenrufe zu charakterisieren, als vielmehr darum die Zwischenrufe allgemein im Forschungskontext zu analysieren. In zwei von vier Fällen verzeichnet der Ministerpräsident die meisten Zwischenrufe (85 und 94) während seiner Rede. In einem Fall liegen die Zwischenrufe beim Ministerpräsidenten mit 25 und 37 knapp hinter denen zu den der Fraktionsvorsitzenden von SPD, Bündnis90/Grüne und FDP. Generell ist bei der Betrachtung der Zwischenrufe festzustellen, dass Zwischenrufe nach den jeweiligen Reden der Fraktionsvorsitzenden und des Ministerpräsidenten, deutlich abnehmen. Bei der Haushaltsdebatte 2010 betrug das Verhältnis 271 zu 81 Zwischenrufe. 2006 lag das Verhältnis bei 308 zu 83 und beim Doppelhaushalt 2004/2005 94 zu 30 Zwischenrufe. 2001 lag das Verhält-

nis der Zwischenrufe bei den ersten fünf Rednern gegenüber den Restlichen bei 182 zu 19.

Verglichen mit den Zwischenrufen der einzelnen Haushaltsdebatten von 2000 bis 2010 lassen sich für die einzelnen untersuchten Debatten folgende Muster für die jeweiligen ersten fünf Redner feststellen:

Jahr	Redner	Opposition	Regierung
2001	Rüttgers	2	27
	Moron	27	4
	Möllemann	3	25
	Löhrmann	19	36
	Steinbrück	19	3
2004/05	Rüttgers	0	2
	Moron	12	9
	Wolf	0	14
	Löhrmann	10	14
	Clement	11	5
2006	Kraft	23	22
	Stahl	25	2
	Löhrmann	14	31
	Papke	40	1
	Rüttgers	75	0
2009	Kraft	10	35
	Stahl	74	3
	Papke	26	1
	Löhrmann	12	19
	Rüttgers	68	1

Abbildung 49: Anzahl Zwischenrufe zwischen 2001 und 2010. Quelle: Eigene Darstellung.

Allgemeine Gültigkeit hat demnach: Wenn ein politischer Akteur aus den Reihen der Oppositionsfraktionen spricht, überwiegen die Zwischenrufe der Regierungsfraktionen bzw. aus der Landesregierung. Dieses Muster hat sich auch mit dem Regierungswechsel nicht verändert. Auffällig bei den Zwischenrufen 2004/05 ist, dass bei den Reden der Grünen-Fraktionsvorsitzenden Sylvia Löhrmann die Zwischenrufe aus den Reihen der Regierungsfraktionen bzw. Landesregierung gegenüber den der Oppositionsfraktionen überwiegen.

Für die Redner aus den Reihen der Regierungsfraktionen bzw. der Landesregierung gilt, dass sie mehr Zwischenrufe aus den Oppositionsfraktionen erhal-

ten, als aus den eigenen Reihen. Auch dieses Muster hat sich mit dem Regierungswechsel nicht verändert. Das zeigt, dass die politischen Akteure den Rollentausch und das Instrumentarium des Zwischenrufes angenommen und auch angewandt haben.

Bei der Auswertung sind jedoch nicht nur die Zwischenrufe aus den Reihen der Regierungslagers und der Opposition, sondern auch aus dem Landtagspräsidium berücksichtigt worden. Die Zwischenrufe der/des Landtagspräsidentin/en waren dagegen formelle Beiträge.

*„Präsidentin Regina van Dinther: Herr Ministerpräsident, es gibt eine Zwischenfrage.*

*Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Nein.“* (Plenarprotokoll 14/139).

*Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lindlar, Herr Moron?*

*Edgar Moron(SPD): Nicht in dieser Debatte. Außerdem hatte ich selten den Eindruck, dass Herrn Lindlars Beiträge geholfen haben....“*

Von zehn Zwischenrufen der/des Landtagspräsidentin/en bezogen sich sechs auf den formellen Akt des Stellens einer Zwischenfrage durch einen Abgeordneten. Die anderen vier Zwischenrufe dienten dazu, den Redner an seine Redezeit zu erinnern sowie wieder Ruhe in die Landtagsdebatte zu bekommen.

Vergleicht man in den beiden Legislaturperioden die Gesamtzahl der geäußerten Zwischenrufe, so ist ein signifikanter Unterschied zwischen der 13. und 14. Legislaturperiode festzustellen. Machten die Abgeordneten in 13. Wahlperiode noch 256 Mal von Zwischenrufen gebrauch, so lag der Wert in der 14. Legislaturperiode über zweieinhalb Mal höher, bei 615. Während sich zur Regierungszeit von Rot-Grün die Werte kaum unterschieden (SPD/GRÜNE: 122; CDU/FDP: 143), war der Unterschied in der Amtszeit von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers bedeutend größer. Mehr als dreimal so häufig nutzte die Opposition, bestehend aus SPD, Grünen und dem fraktionslosen Mitglied, Rüdiger Sengel, den Zwischenruf.

<b>Zwischenrufe 13. Legislaturperiode insgesamt:</b>	
<b>Regierung</b> SPD/GRÜNE	<b>Zwischenrufe</b> 122
<b>Opposition</b> CDU/FDP	<b>Zwischenrufe</b> 143
<b>Zwischenrufe 14. Legislaturperiode insgesamt:</b>	
<b>Regierung</b> CDU/FDP	<b>Zwischenrufe</b> 148
<b>Opposition</b> SPD/GRÜNE/fraktionsloses Mitglied	<b>Zwischenrufe</b> 467

Abbildung 50: Anzahl der zu zuordnen Zwischenrufe politischer Akteure. Quelle: Darstellung.

Wie lässt sich dieser Unterschied zwischen der 13. und 14. Legislaturperiode erklären?

Der deutliche Unterschied ist einerseits an der festen Blockbildung in der Opposition von SPD und GRÜNEN auszumachen. Jahrelange Zusammenarbeit in der Regierung setzt sich auch in der Oppositionszeit fort. Beide Fraktionen haben das informelle Element des Zwischenrufs in ihre Arbeit und der neuen Rolle integriert und angewendet. Aus der langen Regierungserfahrung sind den Akteuren die eigenen Zahlen und Fakten bekannt. Sie wissen, welche Ziele sie verfolgt haben und verteidigen diese jetzt immer noch im Parlament. Ein Verhalten, welches auf die Rolle einer Regierungsfraktion hindeutet. Der hohe Wert bei der letzten Haushaltsdebatte vor der Landtagswahl 2010 lässt wieder auf einen rollenspezifisches Muster der Opposition vor der Wahl schließen: Kritik üben, den politischen Gegner abwerten, Schwachstellen aufzeigen, um so in der Öffentlichkeit besser wahrgenommen zu werden.<sup>25</sup>

<sup>25</sup> Der enge Zusammenschluss von SPD und Bündnis90/Grüne wurde auch bei der Bildung der neuen Minderheitsregierung deutlich. So stimmten alle Abgeordneten von SPD und Grünen für Hannelore Kraft als Ministerpräsidentin.

Die gleichbleibenden niedrigen Zahlen der Regierungsfractionen deuten darauf hin, dass das Instrumentarium des Zwischenrufes diesen politischen Akteuren in der Regierungsverantwortung fremd war. Eine gewisse Unerfahrenheit mit Regierungsinstrumenten spielt sicherlich auch eine Rolle, bedenkt man, dass die CDU 39 Jahre in der Opposition verharrte.

Aus den im Untersuchungszeitraum gewonnenen Daten ist allgemein festzuhalten, dass Oppositionsfractionen im nordrhein-westfälischen Landtag bei der dritten Lesung der Haushaltsdebatten erkennbar mehr vom informellen Instrument des Zwischenrufs Gebrauch machen, vor allem nach dem Regierungswechsel 2005. Der Zwischenruf ist somit ein fast ausschließliches Instrument für Oppositionsfractionen, um den oppositionstypischen Rollenerwartungen gerecht zu werden.

### **5.2.2 Beifallsbekundungen**

Aus den jeweiligen Plenarprotokollen lassen sich nicht nur die Anzahl der gesprochenen Wörter einzelner oder aller Akteure eruieren sowie Zwischenrufe politischer Akteure analysieren, sondern in den Plenarprotokollen werden auch Beifallsbekundungen zu entsprechenden Textpassagen schriftlich festgehalten.

Generell lassen sich Beifallsbekundungen politischer Akteure im Parlament als Sympathie, Zustimmung und Gefallen an der Rede bzw. an einzelnen Textpassagen beschreiben. Der Applaus im Parlament ist aber auch eine Art Selbstbestätigung nicht nur für den einzelnen Redner, sondern auch für die Fraktion bzw. die Koalition. Durch die immer wiederkehrende Zustimmung wird die Arbeit bzw. die eigene Argumentation bestätigt, worüber sich auch eine Meinungsführerschaft darstellen lässt. Politische Akteure, die mit viel Applaus in der parlamentarischen Arena bedacht werden, können zu Meinungsmachern innerhalb aber auch außerhalb des Kollektivs werden.

Der Beifall hat darüber hinaus auch eine belebende Wirkung und kann als strategisches Instrument eingesetzt werden. Redner können bewusst oder unbe-

wusst in ihrer Rede Beifallsbekundungen einplanen. Oftmals sind diese Beifallsbekundungen aber spontane Reaktionen der Abgeordneten. Im Parlament drücken sich diese Beifallsbekundungen zumeist in einem Klopfen oder leichten Schlagen auf den Tischen aus. Gerade am Ende einer Rede werden die politischen Akteure mit einem lang anhaltenden Beifall aus den eigenen Reihen oder der Koalition bedacht:

„Langanhaltender Beifall von SPD und GRÜNEN“ (Plenarprotokoll 14/139: 16169)

„Anhaltender Beifall von FDP und CDU“ (Plenarprotokoll 14/139: 16184)

Aus den im Zeitraum analysierten Haushaltsdebatten ergeben sich für die Spitzenakteure bezüglich der Beifallsbekundungen im Parlament folgende Daten:

Jahr	Redner	Opposition	Regierung	Eigene Reihen
<b>2001</b>	Rüttgers	18	0	<b>33</b>
	Moron	1	17	<b>38</b>
	Möllemann	4	0	<b>70</b>
	Löhrmann	0	7	<b>45</b>
	Clement	2	<b>38</b>	13
<b>2004/05</b>	Rüttgers	7	0	<b>22</b>
	Moron	0	<b>27</b>	23
	Wolf	7	0	<b>11</b>
	Löhrmann	1	16	<b>44</b>
	Steinbrück	3	<b>30</b>	7

Abbildung 51: Beifallsbekundungen 13. Wahlperiode. Quelle: Eigene Darstellung.

Die aus den Haushaltsdebatten gewonnenen Zahlen der 13. Legislaturperiode zeigen, dass die Spitzenakteure der Fraktionen im Parlament den meisten Zuspruch aus den eigenen Reihen und weniger aus einer Koalition erhalten haben. In sieben von zehn Reden fällt der Zuspruch von den eigenen Fraktionsmitgliedern höher aus, als der von den Koalitionspartnern bzw. Oppositionspartnern. Auffällig ist allerdings, dass die Ministerpräsidenten Wolfgang Clement und Peer Steinbrück bei ihren Reden die meiste Zustimmung aus der Regierungskoalition erhalten haben.

Welche Schlussfolgerung lässt sich aus diesen Erkenntnissen ziehen?

Die Zahlen lassen darauf schließen, dass politische Spitzenakteure der Fraktionen in erster Linie zu bzw. für ihre eigenen Fraktionskollegen sprechen, wie im Untersuchungsrahmen beschrieben. Deutlich wird dies bei den Beifallsbekundungen des ehemaligen FDP-Fraktionsvorsitzenden Jürgen Möllemann. Mit Abstand erhielt er während seiner Rede den meisten Zuspruch aus seiner Fraktion. Das deutet darauf hin, dass sich in seiner Rede und in seinen Argumenten ausschließlich die Mitglieder der FDP-Fraktion wiederfanden. Für die Ministerpräsidenten gilt dagegen, dass ihre Reden ein erweitertes Spektrum an Mitgliedern abdecken müssen und sie sich nicht nur der Unterstützung der eigenen Fraktionsmitglieder sicher sein müssen, sondern auch der des Koalitionspartners. Daraus folgt, dass die Reden des Ministerpräsidenten breiter und umfangreicher angelegt sind, um den unterschiedlichen Erwartungen, wie beispielsweise den Anspruch auf Machterhalt gerecht zu werden.

Jahr	Redner	Opposition	Regierung	Eigene Reihen
<b>2006</b>	Kraft	<b>43</b>	1	17
	Stahl	0	<b>28</b>	9
	Löhrmann	<b>25</b>	0	15
	Papke	2	10	<b>14</b>
	Rüttgers	1	<b>37</b>	1
<b>2009</b>	Kraft	<b>26</b>	0	17
	Stahl	0	<b>44</b>	17
	Papke	1	<b>33</b>	12
	Löhrmann	<b>36</b>	0	10
	Rüttgers	1	<b>36</b>	2

Abbildung 52: Beifallsbekundungen 14. Wahlperiode. Quelle: Eigene Darstellung.

Ein anderes Bild im Vergleich zur 13. Legislaturperiode ergibt sich für den Zeitraum 2005 bis 2010. In der 14. Legislaturperiode erhielten die Fraktionsvorsitzenden den meisten Zuspruch bei ihren Reden aus den Koalitionen bzw. von den Oppositionspartnern und nicht wie zuvor aus den eigenen Reihen. Lediglich bei Ministerpräsident Jürgen Rüttgers lassen sich gleiche Muster hinsichtlich der Beifallsbekundungen, wie bei Wolfgang Clement und Peer Steinbrück erkennen. Diesbezüglich dürfte sich die Intention einer Rede des Ministerpräsi-

denten nicht geändert haben. Denn für alle Ministerpräsidenten gilt, „dass erfolgreiches Handeln für einen Ministerpräsidenten immer dann möglich war, wenn zwei Dinge vorhanden waren: persönliche politische Kraft und Integrität sowie Rückhalt in der eigenen Partei“ (Gösmann 2008: 9). Ergänzend dazu muss der Ministerpräsident nicht nur Unterstützung aus den eigenen Reihen erfahren, sondern auch vom Koalitionspartner. Denn nur in einer intakten und stabilen Koalition lässt sich Politik erfolgreich gestalten.

Wie lässt sich der Wandel in Bezug auf die Zustimmung bei den Fraktionsvorsitzenden erklären?

Der Wandel der Zustimmung bei den Reden der Fraktionsvorsitzenden durch Koalitionen bzw. Oppositionspartner ist zum einen durch die vielen Regierungsjahre von Rot-Grün, 1998 bis 2005, zu begründen. Durch die lange gemeinsame Regierungszeit ist trotz zahlreicher Unstimmigkeiten auch in der Opposition immer noch eine feste Bindung zwischen SPD und Grünen vorhanden. Nach dem Motto, gemeinsam sind wir abgewählt worden, gemeinsam strebt man den Machterwerb an, ist dies eine Erklärung für Zusprüche durch den Oppositionspartner. Dies würde wiederum bedeuten, dass auch innerhalb einer Opposition eine Koalition vorhanden ist, obwohl diese immer wieder betonen, eigenständig zu sein. Eine andere Erklärung für den Wandel bei den Zusprüchen liegt in der Rollenfindung. SPD und Grüne haben in den fünf Jahren Oppositionszeit nicht zu ihren Rollen in der Opposition gefunden und sich immer noch als Koalitionspartner gesehen. Die Annahme einer Oppositionsrolle mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Standpunkten wurde von den gemeinsamen Regierungsjahren überschattet. Aus der Perspektive der Rolleneinnahme betrachtet, hat eine echte Opposition nicht stattgefunden.

Waren die Jahre der Opposition zwischen CDU und FDP im nordrhein-westfälischen Landtag von losen Verbindungen geprägt, bei der im Jahre 2000 „die FDP unter ihrem selbstbewussten Spitzenkandidaten Jürgen Möllemann mit einer sozialliberalen Koalition liebäugelte“ (Hennecke 2008: 246), hatten beide nun ein großes Interesse daran, die Regierungszeit gemeinsam positiv



und vor allem geschlossen zu gestalten. Die Oppositionszeiten von CDU und FDP stehen somit unter einer anderen Voraussetzung als bei SPD und Bündnis90/Die Grünen. Als Regierungskoalition wollen CDU und FDP ihre Regierungsfähigkeit und den Anspruch auf Machterhalt demonstrieren sowie die damit verbundenen Erwartungen erfüllen. Dies geht unter anderem nur dadurch, dass sie nicht nur den Ministerpräsidenten bei seinen Reden unterstützen, sondern auch den jeweiligen Fraktionsvorsitzenden ihre Zustimmung aussprechen, was die Ergebnisse der untersuchten Haushaltsreden aufzeigen.

### **5.2.3 Zwischenfragen**

Eine weitere Auffälligkeit bei der Analyse der Strukturdaten ist die geringe Anzahl gestellter Zwischenfragen während der Reden. In 49 untersuchten Reden wird insgesamt sechs Mal der Antrag für eine Zwischenfrage gestellt, wovon jedoch nur zwei zugelassen und vier abgewiesen worden sind.

Ausgehend von der Tatsache, dass Reden politischer Akteure in der parlamentarischen Arena monologische Textfolgen sind, besteht durch das Stellen von Zwischenfrage die Möglichkeit, einen Dialog herzustellen, umso Debatten lebendiger zu gestalten (Burckschat 2005). Durch das Stellen einer Zwischenfrage können die Parlamentsakteure den Redner, mit Erlaubnis des/der Landtagspräsidenten(in), unterbrechen und ihm eine Frage stellen. § 33 der Geschäftsordnung des nordrhein-westfälischen Landtags sieht vor, dass Zwischenfragen aus dem Plenum nur erlaubt sind, „nachdem die Präsidentin bzw. der Präsident die Aussprache zu einem Gegenstand eröffnet hat. Wenn die Präsidentin bzw. der Präsident die Aussprache geschlossen hat, sind Fragen nicht mehr zulässig“ (Geschäftsordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen § 33 (1)). Beantragt ein politischer Akteur eine Zwischenfrage, indem er dies durch das Drücken eines Knopfes an seinem Pult beim Parlamentspräsidium ankündigt, so fragt die Präsidentin bzw. der Präsident den Redner, ob er die Zwischenfrage zulassen will oder ablehnt (Geschäftsordnung des Landtags §33 (2)). Es liegt demnach allein beim Redner, ob eine Zwischenfrage zugelassen und beantwortet

wird. Zwischenfragen sind im Gegensatz zu Zwischenrufen somit als formelles parlamentarisches Instrument anzusehen.

Das Stellen von Zwischenfragen übernimmt nicht nur eine Auflockerungsfunktion von Debatten, sondern dient in erster Linie dem Kurzaustausch von Argumenten oder der Abqualifizierung des Redners. Sie werden auch als ironische oder spöttische Fragen verwendet (Burckhardt 1995: 83). Abgeordnete machen in der Regel immer dann von Zwischenfragen Gebrauch, wenn die Glaubwürdigkeit der geäußerten Information angezweifelt wird. So wird versucht, mit Zustimmung des Präsidiums, direkt Einfluss auf die Rede zu nehmen. Zwischenfragen dieser Art lassen sich als negatives strategisches Element bezeichnen. Diese Form wird in den meisten Fällen von Akteuren der Opposition angewendet. Sie nutzen dieses formelle Instrument innerhalb ihres Rollenverständnisses zur Stärkung der Kontroll- und Kritikfunktion, um so den politischen Gegner zu diskreditieren. Mit dem Stellen einer Zwischenfrage können Akteure der Oppositionsfractionen auch die eigene Position, eigene Interessen deutlich machen.

Zwischenfragen können aber auch als Unterstützung und somit als positives strategisches Element von Abgeordneten aus den eigenen Reihen gestellt werden. Akteure aus den Reihen der Regierungsfractionen bzw. der Landesregierung können so das Stellen von Zwischenfragen dafür nutzen, um die eigene Position besser herauszustellen, Erfolge hervorzuheben sowie den politischen Gegners zu diskreditieren (Ozan 2010: 84).

Es wird deutlich, dass das Stellen einer Zwischenfrage ein wesentliches parlamentarisches Instrumentarium bei der unterschiedlichen Ausübung der Rolle im Parlament sein kann. Betrachtet man aufgrund dieser Erkenntnisse die Analyseergebnisse noch einmal genauer, so wird deutlich, dass das Stellen von Zwischenfragen bei diesen Debatten eine deutlich untergeordnete Rolle spielt. Lediglich in der Haushaltsdebatte zum Haushalt 2010 wird der Opposition gestattet, zwei Zwischenfragen zu stellen.

- *Präsidentin Regina van Dinter: Herr Ministerpräsident, es gibt eine Zwischenfrage.*

*Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Nein.*

*(Zurufe von der SPD: Oh!)*

- *Ich bin bereit, die Zwischenfrage zuzulassen, bitte. Was ist an den Zahlen falsch, Herr Link?*

*Vizepräsident Edgar Moron: Bitte schön, Herr Kollege Link.*

*Sören Link\*) (SPD): Herr Minister, sind Sie bereit zuzugestehen, dass Frau Kraft gerade über Zahlen aus dem Jahre 2010 gesprochen hat? Sie kennen das Redeprotokoll von gerade genauso wenig wie ich. Sie hat gerade über Zahlen aus dem Jahre 2010, die Sie hier versprochen haben, und von der Differenz zu den Zahlen gesprochen, die Sie gerade genannt haben.*

*Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Als Erstes hat Frau Kraft über Lehrer und Sonstiges, über Zahlen aus dem Jahre 2008, über Zahlen aus dem Jahre 2009 gesprochen und*

*(Sören Link [SPD]: Gucken Sie ins Protokoll!)*

- *Vizepräsident Edgar Moron: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage von Frau Kraft? –*

*Bitte.*

*Hannelore Kraft (SPD): Herr Minister, lassen wir doch die Zahlenspielereien mal weg! Sie und die Redner der Regierungsfractionen haben versucht darzustellen, wie toll doch der U3-Ausbau gelungen sei.*

*(Minister Armin Laschet: Erst einmal hören!)*

*Sie haben gesagt, wie toll der U3-Ausbau gelungen sei. Gestern sagten Sie in der Debatte hier – ich habe das vorläufige Plenarprotokoll vorliegen –: Also: 2005 Schlusslicht, 2009 Schlusslicht. – Ist das richtig oder falsch?*

*Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Okay, dann beantworte ich diese Frage. Sie haben jetzt davon abgelenkt. Ich bin an dieses Rednerpult gegangen, weil das, was Sie dem Ministerpräsidenten an Zahlen vorgehalten haben, falsch war. Das war mein Auftritt hier, und der ist mir gelungen.*

Redner	Plenarprotokoll	Zwischenfrage
Hannelore Kraft	Plenarprotokoll 14/139	keine gestellt
Helmut Stahl	Plenarprotokoll 14/139	keine gestellt
Dr. Gerhard Papke	Plenarprotokoll 14/139	keine gestellt
Sylvia Löhrmann	Plenarprotokoll 14/139	keine gestellt
Dr. Jürgen Rüttgers	Plenarprotokoll 14/139	gestellt und nicht zugelassen (1)
Hannelore Kraft	Plenarprotokoll 14/139	keine gestellt
Horst Becker	Plenarprotokoll 14/139	keine gestellt
Rüdiger Sagel	Plenarprotokoll 14/139	keine gestellt
Armin Laschet	Plenarprotokoll 14/139	gestellt und zugelassen (2)
Rainer Lux	Plenarprotokoll 14/139	keine gestellt
Horst Engel	Plenarprotokoll 14/139	gestellt und nicht zugelassen (1)
Horst Becker	Plenarprotokoll 14/139	keine gestellt
Ralf Jäger	Plenarprotokoll 14/139	keine gestellt
Hannelore Kraft	Plenarprotokoll 14/29	keine gestellt
Helmut Stahl	Plenarprotokoll 14/29	keine gestellt
Sylvia Löhrmann	Plenarprotokoll 14/29	keine gestellt
Dr. Gerhard Papke	Plenarprotokoll 14/29	keine gestellt
Dr. Jürgen Rüttgers	Plenarprotokoll 14/29	keine gestellt
Hannelore Kraft	Plenarprotokoll 14/29	keine gestellt
Volkmar Klein	Plenarprotokoll 14/29	keine gestellt
Sylvia Löhrmann	Plenarprotokoll 14/29	keine gestellt
Angela Freimuth	Plenarprotokoll 14/29	keine gestellt
Dr. Helmut Linssen	Plenarprotokoll 14/29	keine gestellt
Rüdiger Sagel	Plenarprotokoll 14/29	keine gestellt
Horst Engel	Plenarprotokoll 14/29	keine gestellt
Hannelore Kraft	Plenarprotokoll 14/29	keine gestellt
Horst Becker	Plenarprotokoll 14/29	keine gestellt
Dr. Jürgen Rüttgers	Plenarprotokoll 13/111	keine gestellt
Edgar Moron	Plenarprotokoll 13/111	keine gestellt
Dr. Ingo Wolf	Plenarprotokoll 13/111	keine gestellt
Sylvia Löhrmann	Plenarprotokoll 13/111	keine gestellt
Peer Steinbrück	Plenarprotokoll 13/111	keine gestellt
Helmut Stahl	Plenarprotokoll 13/111	keine gestellt
Gisela Walsken	Plenarprotokoll 13/111	keine gestellt
Angela Freimuth	Plenarprotokoll 13/111	keine gestellt
Edith Müller	Plenarprotokoll 13/111	keine gestellt
Jochen Dieckmann	Plenarprotokoll 13/111	keine gestellt
Eckhard Uhlenberg	Plenarprotokoll 13/111	keine gestellt
Thomann-Stahl	Plenarprotokoll 13/111	keine gestellt
Helmut Stahl	Plenarprotokoll 13/111	keine gestellt
Dr. Jürgen Rüttgers	Plenarprotokoll 13/26	keine gestellt
Edgar Moron	Plenarprotokoll 13/26	gestellt und nicht zugelassen (1)
Jürgen Möllemann	Plenarprotokoll 13/26	keine gestellt
Sylvia Löhrmann	Plenarprotokoll 13/26	keine gestellt
Wolfgang Clement	Plenarprotokoll 13/26	gestellt und nicht zugelassen (1)
Hermann-Josef Arentz	Plenarprotokoll 13/26	keine gestellt
Horst Vöge	Plenarprotokoll 13/26	keine gestellt
Barbara Steffens	Plenarprotokoll 13/26	keine gestellt
Peer Steinbrück	Plenarprotokoll 13/26	keine gestellt

Abbildung 53: Gestellte Zwischenfragen im Untersuchungszeitraum. Quelle: Eigene Darstellung.

Mit dem Regierungswechsel 2005 wird deutlich, dass die Opposition dieses Instrumentarium nutzt, um ihre neue und unbekannte Rolle sowie die Aufgaben und Erwartungen zu erfüllen, wenn auch nur in geringer Anzahl. Allerdings lassen sich keine Parallelen zwischen den unterschiedlichen Oppositionsfraktionen innerhalb des untersuchten Zeitraums sowie Hinweise auf wiederkehrende Muster bei der Anwendung von Zwischenfragen feststellen. Das Verhältnis von 4:0 für die aus SPD, Grünen und dem fraktionslosen Rüdiger Sagel zusammengesetzte Opposition zeigt zwar, dass diese Akteure das Instrumentarium der Zwischenfrage nutzen, dies aber im Verhältnis zur Anzahl der Reden kaum eine Rolle spielt. Dieses wird durch die Nicht-Anwendung der CDU/FDP-Opposition in der 13. Wahlperiode unterstrichen.

Festhalten lässt sich in der Folge, dass beide Regierungslager in der 13. und 14. Legislaturperiode nicht auf Zwischenfragen zurückgreifen. Hier liegt ein Potential für Regierungsakteure durch eine bewusste Fragenstrategie ihre Position, Rolle und Anspruch in der parlamentarischen Arena zu stärken sowie den kommunikativen Handlungsspielraum zu erweitern. Diese Möglichkeit gilt aber auch für Akteure der Opposition. Auch Sie können zum Beispiel mit dem Mittel der rhetorischen Frage die Rolle des Redners und somit die der eigenen Fraktion stärken und ihre Ansprüche auf den Machterwerb stützen und damit ihrerseits den kommunikativen Spielraum im Rahmen der Debatte erweitern.

Generell geht aus diesen Erkenntnissen hervor, dass eine starke Fokussierung auf den ersten fünf Rednern einer jeweiligen Haushaltsdebatte liegt, so wie dies im Untersuchungsrahmen schon angenommen wurde.

Keine Rolle bei der Analyse der Sprachstrategien spielt die in den Plenarprotokollen festgehaltene und als Kategorie aufgenommene Heiterkeit der Zuhörer. Aus dieser Kategorie lassen sich keine Rückschlüsse auf Sprachstrategien und Rolleneinnahme politischer Akteure in der parlamentarischen Arena ziehen. Auch die Beifallsbekundungen des fraktionslosen Rüdiger Sagel geben keine Antwort auf die eingangs der Arbeit gestellte Forschungsfrage, so dass diese Kategorie keine Berücksichtigung bei der weiteren Analyse findet.

Dass das formelle Instrumentarium der Zwischenfrage innerhalb der Debattenanalyse kaum Anwendung findet, kann als Schwäche der Parlamentarier gewertet und angesehen werden. Dies führt dazu, dass das kommunikative und strategische Machtpotential auf parlamentarischer Ebene diesbezüglich vernachlässigt wird.

### **5.3 Zwischenfazit**

Welche wesentlichen Ergebnisse lassen sich nach der Analyse der Haushaltsreden im nordrhein-westfälischen Landtag festhalten? Was sind die wesentlichen Aussagen und Merkmale der vier idealtypischen Sprachstrategietypen in der parlamentarischen Arena?

Bevor in einem abschließenden Fazit die Ergebnisse der Debattenanalyse der eingangs gestellten Forschungsfrage und dem Untersuchungsrahmen gegenüber gestellt werden, erfolgt an dieser Stelle ein Zwischenfazit der Debattenanalyse.

Die Auswertung der Haushaltsreden von 49 Akteuren im Zeitraum 2000 bis 2010 zeigt, dass die wesentlichen Protagonisten die jeweiligen Fraktionsvorsitzenden sowie die Ministerpräsidenten waren. Insgesamt sprachen alle Redner zusammengekommen 145.909 Wörter, von denen auf die Spitzenakteure mit 109.112 (74,78 Prozent) gesprochenen Wörtern der größte Anteil fällt. Diese Zahl verdeutlicht die Wichtigkeit dieser politischen Akteure innerhalb der Generaldebatte. Eine weitere Zahl, 18,32 Prozent, hebt die herausgehobene Stellung des Ministerpräsidenten unter den Spitzenakteuren hervor. In drei von vier analysierten Generaldebatten wies der Ministerpräsident den größten Redeanteil unter den Spitzenpolitikern auf. Dass die Ministerpräsidenten im Fokus der Haushaltsdebatte standen, wird auch daran deutlich, wie häufig sie innerhalb der einzelnen Debatten von Politikern der Opposition kritisiert und attackiert worden sind oder direkte Adressaten der Redner waren. Die vielfache Nennung ihres Namens oder ihrer Funktion, so hat zum Beispiel Hannelore Kraft den damaligen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers immer in seiner Funktion als

Ministerpräsident angesprochen, unterstreicht dieses Merkmal zusätzlich. Die Ministerpräsidenten waren auch diejenigen Akteure, denen zahlreiche Zwischenrufe entgegengebracht wurden, was zum einen durch ihre Redelänge zu erklären ist. Zum anderen war der Ministerpräsident die zentrale Figur innerhalb dieser Debattenform. Seine politischen Entscheidungen, sein Handeln und seine weiteren Ziele und Interessen standen im Fokus der Opposition sowie der Regierungsfaktionen. Für die Zwischenrufe gilt nach der Auswertung der Debattenreden, dass wenn ein Oppositionspolitiker spricht, die Zwischenrufe aus dem Regierungslager überwiegen. Redet ein Regierungsakteur, erhält er wiederum mehr Zwischenrufe aus den Reihen der Opposition. Diese beiden Erkenntnisse gelten sowohl für die Haushaltsdebatten, sowie auch nach der Landtagswahl 2005, so dass diesbezüglich festgehalten werden kann, dass die politischen Akteure den vollständigen Rollentausch in der parlamentarischen Arena angenommen und das Instrumentarium des Zwischenrufes entsprechend integriert haben und so zu einer jeweils lebendigen Debatten beitragen. In der Rede Armin Laschets 2009 ist aus einem eindimensionalen Monolog ein mehrdimensionaler Dialog geworden. Aus der sprachlichen Einbahnstraße wurde eine Sprachstraße mit Gegenverkehr. Dieses Beispiel zeigt, dass sich aus Zwischenrufen nicht nur ein kurzfristiger Dialog entwickeln kann, sondern durch Zwischenrufe auch die Sprachstrategien des Redners für einen Moment beeinflussen lässt. Abweichend von seinem Redemanuskript, welches die Strategie beinhaltet, agiert Armin Laschet spontan und lässt sich durch das Zulassen der Zwischenfrage bewusst auf die Situation ein.

Zu einer lebhafteren Plenardebatte tragen auch die Beifallsbekundung der zuhörenden Abgeordneten im Plenum bei. Wie aus den Plenarprotokollen hervorging, ließ sich kein einheitliches Muster beim Applaus ableiten. Zwischen der 13. und 14. Wahlperiode waren in Bezug auf die Spitzenakteure der Fraktionen deutliche Unterschiede auszumachen. Für die Ministerpräsidenten hingegen ließ sich ein wiederkehrendes Muster bei den Beifallsbekundungen ausmachen. Das liegt daran, und das haben die Redeausswertungen der Ministerpräsidenten nachgewiesen, dass alle Ministerpräsidenten mit ihrer Rede die gleiche Intention verfolgten und sich daher alle vier Reden auch in den gleichen Sprachstra-

tegietypen einordnen ließen. Die Beifallsbekundungen für sich alleine betrachtet ergaben keine Erkenntnisse. In dem Zusammenhang mit Sprachstrategien und der Einordnung in einen Sprachstrategietypen ergänzen sie die gewonnenen Ergebnisse und verfestigen diese.

Lebendigkeit und Spontaneität ließen sich jedoch nicht nur durch Zwischenrufe erzeugen, sondern auch durch das Stellen von Zwischenfragen herstellen und damit auch der Versuch, den Redner von seiner Sprachstrategie abzubringen. Allerdings bleibt für den Untersuchungszeitraum festzuhalten, dass die Akteure nur in sehr geringem Maße von dem Instrument der Zwischenfrage Gebrauch gemacht haben. Neben dem erwähnten Beispiel gab es noch fünf weitere Anträge, eine Zwischenfrage stellen zu dürfen. Diesbezüglich ist festzuhalten, dass die Akteure versäumt haben, den politischen Kontrahenten und seine Strategie zu durchdringen.

Welche Strategien gibt es und welche Sprachstrategietypen ließen sich typologisieren?

Die Auswertung der Haushaltsdebatten im zuvor zeitlich definierten Rahmen hat gezeigt, dass unterschiedliche Sprachstrategien bei den Akteuren in der parlamentarischen Arena vorhanden waren und damit auch unterschiedliche Sprachstrategietypen zu kategorisieren sind. Vier idealtypische Sprachstrategietypen konnten mit Hilfe des im Untersuchungsrahmen aufgestellten Analyse-rasters herausgearbeitet werden. Bei drei von vier Sprachstrategietypen ließen sich zusätzlich unterschiedliche Merkmalsausprägungen manifestieren.

Die Reden des Sprachstrategietyps Legitimation politischen Handelns: Die Verteidiger und Spielmacher sind ausschließlich den Kabinettsmitgliedern und Mitgliedern der Regierungsfractionen zuzuordnen. Sie sind es, die aus ihrer Funktion heraus politisch getroffene Entscheidungen, politisches Handeln und neue Ideen oder Ziele im Rahmen der Generaldebatte in unterschiedlichen Richtungen dem Parlament und der Öffentlichkeit rechtfertigen müssen. Dabei erweitert der jeweilige Ministerpräsident diesen Sprachstrategietyp um die Ausprägung



des Landesvaters: Kapitän. Als Ministerpräsident trägt er die politische Verantwortung für das Land und die dort lebenden Menschen. Bei seiner Legitimation hat er stets die Gesamtsituation im Blick, wählt eine Sprache, in der sich die Menschen angesprochen fühlen sollen und er aus der Perspektive der Wählerinnen und Wähler spricht. Diese Wirkung haben alle drei Ministerpräsidenten durch den Einsatz unterschiedlicher Instrumente, s. h. Kapitel 4.4, erreicht, um damit auch den Anspruch auf Machterhalt zu stützen. Um genau dieses geht es vor allem vor Landtagswahlen bzw. generell vor Wahlen.

Auf Seiten der Landesregierung bzw. der Regierungsfractionen wurde jedoch nicht nur das politische Handeln allgemein, sondern in einer Debatte auch fachorientiert legitimiert. So wurde beispielsweise in einigen Reden das Thema Kommunalfinanzen explizit angesprochen und innerhalb dieses Politikfeldes das Vorgehen der Landesregierung verteidigt, so dass in diesem Zusammenhang von dem Typ Verteidiger mit Sonderaufgaben gesprochen wird.

Wo legitimiert wird, wird auch kritisiert, und umgekehrt. Dies gilt vor allem für Debatten in der Parlamentarischen Arena. Hier sind es vor allem Oppositionsakteure, die die Landesregierung für deren Entscheidungen und Handlungen kritisieren und der Kontroll- und Wachfunktion nachkommen. Dabei lassen sich zwei Arten von Kritik unterscheiden. Zum einen kritisieren Akteure aus den Reihen der Opposition ohne das Unterbreiten von Alternativvorschlägen. Das heißt, der Fokus wird ausschließlich darauf gelegt, den politischen Gegner abzuwerten, ihn zu attackieren und Schwachstellen aufzudecken. Dem Zuhörer wird signalisiert, dass der Zustand, den die Landesregierung angesprochen hat, nicht dem entspricht, wie er dargestellt wird. Vereinfacht ausgedrückt: Es wird alles bzw. vieles schlecht gemacht. Dem gegenüber steht die Kritikvariante, mit dem Vortragen eigener Vorschläge, Ansprüchen und Zielen im Rahmen der Generaldebatte. So können sich vor allem Akteure bzw. Fraktionen vor anstehenden Wahlen als Alternativen zur Landesregierung präsentieren und ihren Anspruch auf Machterwerb verdeutlichen. Denn Regierungsfähigkeit drückt sich nicht nur alleine durch Personen, dem Aufstellen eines Spitzenakteurs, sondern auch durch inhaltliche Positionierung aus. So war beispielsweise bei der Analy-

se der Debattenreden zum Doppelhaushalt 2004/05 festzustellen, dass die Opposition die Landesregierung kritisiert und Alternativvorschläge vorgetragen hat, welches sie innerhalb der Debatte 2001 unterlassen hat. Diesen Unterschied zwischen der Haushaltsdebatten 2001 und 2004/05 wurde besonders beim damaligen Spitzenkandidaten zur Landtagswahl 2005, Jürgen Rüttgers, deutlich. Präsentierte sich dieser 2001 mit einer Rede, die ausschließlich das Ziel verfolgte, den politischen Gegner abzuwerten, hat er zur Debatte 2004/05 eine Rede entwickelt, die sich zwar ebenfalls kritisch mit der Politik der Landesregierung auseinandersetzte, diesmal aber eigene Ideen, Ziele und Absichten beinhaltete und die landesväterliche Eigenschaften aufwies. Dieses Phänomen kann auch als das „Als-Ob-Phänomen“ beschrieben werden. Jürgen Rüttgers erweckt bei den Zuhörern den Eindruck, als ob er der Ministerpräsident sei, indem er die Instrumente eines Regierungschefs benutzt, er sich quasi als Ministerpräsident ausgibt. Dieses veränderte Auftreten in der parlamentarischen Arena war sicherlich nicht entscheidend für den vollständigen Regierungswechsel 2005, zumal sich bei Hannelore Kraft 2009 ein derartiger Wandel beim Sprachstrategietyp nicht nachweisen ließ und sie 2010 trotzdem zur Ministerpräsidentin gewählt wurde. So ist der Typ „Der Kapitän als flexibler Angreifer“ dennoch ein Typ, den künftige Herausforderer vor Wahlen nutzen können bzw. sollten, um ihren Anspruch auf Machterwerb deutlicher zu unterstreichen. Denn durch die mediale Öffentlichkeit, betrachtet man nur die Landesebene, die der WDR durch die Übertragung der Generaldebatten herstellt, s. h. Kapitel 1.2, wird eine verstärkende Wirkung hergestellt und eine breitere Öffentlichkeit erreicht.

Eine Mischung aus Kritik und Legitimation stellt der Sprachstrategietyp kritisch „zurückblickende Legitimation: Der Libero“ dar. Charakteristisch für diesen Typ ist auf der einen Seite das kritische Äußern dem politischen Gegenspieler gegenüber und auf der anderen das Legitimieren seiner Entscheidungen. Vor allem die Reden von Regierungsakteuren lassen sich in diese Kategorie einordnen. Besonders auffällig war bei der Analyse der Haushaltsreden, das vielfache Vorkommen dieses Typs bei der Debatte 2006. Erklären lässt es sich mit dem vollständigen Regierungs- und Rollenwechsel 2005. Akteure der damals neuen

schwarz-gelben Landesregierung nutzen die erste Generaldebatte nach der Landtagswahl dazu, um die abgewählte Landesregierung für ihre Politik zu kritisieren, um daraus ihrerseits das eigene Handeln zu rechtfertigen. Eine wesentliche Bezeichnung, die in diesem Zusammenhang erwähnt wurde, ist das „politische Erbe“. Bezogen darauf rechtfertigt die Landesregierung ihre Entscheidungen, ihr Handeln damit, dass man aufgrund der Hinterlassenschaft der abgewählten Landesregierung nicht anders agieren könne. Legitimation aus der Kritik heraus, wobei Akteure der Landesregierung dabei immer wieder in die Vergangenheit blickten.

Eine weitere Kategorisierung von Sprachstrategietypen, die anhand der Analyse von Debattenreden zu bilden war, ist der Typ Späte Reaktion: Der Einwechselspieler. Wie in Kapitel 5.1.4 bereits ausführlich beschrieben, reagieren Akteure mit ihrem Redenbeitrag auf eine bestimmte Situation, in diesem Fall auf eine unmittelbar oder mittelbar vor ihnen gehaltene Rede. Dabei lassen sich sowohl die Reden von Regierungs- als auch von Oppositionsakteuren in diese Kategorie einordnen. Beide Gruppen handeln ihren Rollen und Funktionen entsprechend. So reagieren Akteure nicht nur aus der Opposition kritisch, sondern auch Regierungsakteure auf einen bzw. mehrere Vorredner. Der Unterschied, der allerdings auszumachen war, war die Unterteilung in Unterkategorien des modernen Verteidigers sowie des Angreifers. Die Merkmalsausprägung „kritisch“ bedeutet wie zuvor auch, dass der Redner sich nur kritisch mit einem oder mehreren Vorrednern auseinandersetzt. Die kritische Reaktionsrede hat in einem Fall den Zusatz der landesväterlichen Eigenschaft. Peer Steinbrücks Rede aus dem Jahr 2001 lässt sich als kritische Reaktionsrede mit typisch landesväterlichen Eigenschaften beschreiben. An dieser Stelle sei angemerkt, dass die typisch landesväterlichen Eigenschaften in jeden Sprachstrategietypen zu integrieren sind, um diese bestimmte Wirkung zu erzielen.

Der Sprachstrategietyp des Liberos geht derweil einen Schritt weiter und belässt es nicht nur bei der Kritik, sondern rechtfertigt wiederum zum Beispiel seine bereits genannten Daten, Fakten oder Zahlen oder Reaktionen. Vor allem Akteure auf Seiten der Regierung präsentieren sich so entsprechend häufig im

Parlament. Charakteristisch für diese Merkmalsausprägung sowie für den gesamten Sprachstrategietyp „Späte Reaktion: Der Einwechselspieler“ ist das Auftreten dieses Typs erst nach den fünf Spitzenakteuren einer jeden Generaldebatte. Zu diesem Zeitpunkt der Haushaltsdebatten geht es mit diesem Sprachstrategietyp nicht mehr in erster Linie darum, eigene Ideen, Absichten und Ziele zu äußern, sondern aus Sicht der Opposition die Landesregierung für deren getätigten Äußerungen innerhalb dieses Tagesordnungspunktes zu kritisieren oder auch als falsch zu etikettieren. Gleiches gilt auch für die Mitglieder der Regierungskoalition in Bezug auf Redner der Opposition.

Neben diesen vier idealtypischen Sprachstrategietypen und deren Merkmalsausprägungen gab es darüber hinaus in vereinzelt Reden weitere Sprachstrategietypen, die sich nicht in das Idealmuster einordnen ließen. Dazu zählen die als selbstpositionierend zu bezeichnende Kritikrede mit Alternativvorschlägen der damaligen Grünen-Fraktionsvorsitzenden Sylvia Löhrmann aus dem Jahr 2004/05 oder die polarisierend-polemische Kritikrede des damaligen fraktionslosen Landtagsabgeordneten Rüdiger Sagel, aus dem Jahr 2009. Die Positionsrede der damaligen Grünen-Fraktionsvorsitzenden Sylvia Löhrmann 2001 verfolgte die Intention, die Position der Grünen herauszustellen. Deutlich wird dies beispielsweise durch die häufige Erwähnung des Wortes „grün“ bzw. in anderen Kombinationen, zum Beispiel „rot-grün“ (29 Mal). Dabei spricht die grüne Fraktionsvorsitzende von Erfolgen der Grünen und von dem, was bisher erreicht wurde. Sprachliche Hinweise lassen sich in der Rede beispielsweise in der Formulierung *„Lassen Sie mich nun, meine Damen und Herren, einen zentralen Punkt grüner Politik herausgreifen und ausführlicher beschreiben“* finden. Auch sie benutzt zur Unterstützung und zur Wichtigkeit dabei die Kategorie Anrede/Adressat. Insgesamt 21 Mal verwendet sie die Kombination *„Meine Damen und Herren“* und will so auf sich und die Fraktion/Partei aufmerksam machen. In Kombination mit der Herausstellung grüner Politik und der Abwertung des politischen Gegners steht für Sylvia Löhrmann die Positionierung der Grünen im Landtag im Vordergrund und damit auch die Positionsrolle als Koalitionspartner in der Landesregierung. Dieses ist, wie bei Jürgen Möllemann, ein charakteristisches Element der Impression-Management-Theorie. Durch die Self-promotion

stellt Sylvia Löhrmann die Vorzüge der grünen Fraktion bzw. Partei heraus. Löhrmann steht somit als einzelne Rednerin für ihre gesamte Fraktion und deren Politik, ein Phänomen, welches Goffman mit dem Begriff des Ensembles (Kapitel 4.2) verknüpft.

Sylvia Löhrmann nutzt ihre vierte Redeposition somit als Positionsrede. Dabei kontert sie zunächst die Kritik des CDU-Oppositionschefs, um anschließend sich und ihre Fraktion als Ganzes innerhalb der Regierungskoalition zu positionieren. Durch die positiv-legitimierende Framingdimension nimmt sie eine der Rollenerwartungen – Legitimation durch Erfolgsdarstellung – ein. Gleichzeitig verfolgt Sylvia Löhrmann auch das Ziel, nach einem schwächeren Grünen-Wahlergebnis gegenüber 1995, die Grünen deutlich innerhalb der Koalition zu etablieren, da ihr auch die Schwäche der SPD seit 1995 bewusst ist. „Gleichwohl wurde Ende der 90er Jahre deutlich, dass die SPD nur vorübergehend dominieren konnte. Schon der Verlust der absoluten Mehrheit 1995 traf die Partei empfindlich, umso mehr, da sie eine Koalition mit den Grünen eingehen musste, die mit 10% ihr bestes NRW-Ergebnis erreichten“ (Kranenpohl 2008: 317). Durch den engen Wahlerfolg der rot-grünen Koalition war es auch innerhalb der Koalition wichtig zu zeigen, welche Bedeutung innerhalb der Koalition und wie groß der Anteil von Bündnis90/Grünen an den Erfolgen der Regierungsarbeit ist.

Ein anderes Beispiel ist die polarisierend-polemische Kritikrede des damaligen fraktionslosen Landtagsabgeordneten Rüdiger Sagel aus dem Jahr 2009. Während der 14. Legislaturperiode verließ der Abgeordnete Rüdiger Sagel die Fraktion Bündnis90/Grüne und saß ab dem 16. Juni 2007 als fraktionsloser Abgeordneter im Landtag. Im Oktober 2007 trat Rüdiger Sagel der Partei Die Linke bei und sitzt mit dem Einzug der Partei seit der 15. Wahlperiode für diese im Landtag. Die Rede Rüdiger Sagels, die zu keinem Zeitpunkt Zustimmung in den Reihen der Opposition gefunden hat, wirkt durch Begriffspaarungen wie zum Beispiel *„brutale Schulpolitik“*, *„dramatische Schieflage“* oder auch *„eiskalte und zynische Politik“* polarisierend und polemisch. Der fraktionslose Abgeordnete begründet weder seine Aussagen noch argumentierte er. Er bietet lediglich

durch seine Begriffspaarungen Symbole, so wie es Heintel (2006: 204) auch beschreibt. Daran ändern auch die eigenen Vorschläge und Ideen, die er als einziger nach den Spitzenakteuren aufzählt, nichts, so dass sein Vortrag als polarisierende und polemische Kritikrede zu typologisieren ist.

Es bleibt festzuhalten, dass sich vier allgemein gültige Sprachstrategietypen innerhalb der Haushaltsdebatten erkennen ließen. Es konnte belegt werden, dass die Mehrzahl der Reden den Idealtypen zuzuordnen sind. Dass es vereinzelte Reden gibt, die nicht diesem Idealtyp entsprechen, wird es immer geben und bildet innerhalb dieser Untersuchung die Ausnahme. Dieses bedeutet jedoch nicht, dass derartige Redetypen in anderen Debatten nicht die Ausnahme bilden. So ist vorstellbar, dass gerade bei einer Minderheitsregierung veränderte Sprachstrategien zum Zuge kommen und damit auch andere Sprachstrategietypen gebildet werden können. Nordrhein-Westfalen ist derzeit das einzige Bundesland, welches von einer rot-grünen Minderheitsregierung geführt wird. Diese für alle politischen Akteure im bevölkerungsreichsten Bundesland neue und unbekannte Situation muss auf veränderte machtpolitische Rahmenbedingungen mit einer ebenfalls veränderten Regierungskommunikation reagieren. Wie eine erfolgreiche Regierungskommunikation aussehen kann, ist am Beispiel Schwedens auszumachen, denn dortige Minderheitsregierungen sind keine Ausnahmen, sondern der Regelfall. Der Regierungschef kann sich – wie in Nordrhein-Westfalen – nicht auf stabile Mehrheiten im Parlament verlassen und muss diese Mehrheiten für jeden parlamentarischen Entscheidungsprozess neu organisieren. Von einer gesicherten Parlamentsmehrheit kann nicht gesprochen. Dem Parlament kommt somit eine stärkere Rolle als legislativer Vetospieler zu. Hannelore Kraft ist durch die machtpolitischen Voraussetzungen dazu gezwungen, eine andere Art der Regierungskommunikation zu führen, um stabile Parlamentsmehrheiten herzustellen. Erfahrungen in der Regierungskommunikation kann Kraft dabei aus ihrer Zeit als Ministerin vorweisen.

Aus Sicht der Regierungskommunikation und den damit verbundenen Sprachstrategien kann eine spannende und interessante Legislaturperiode erwarten werden. Schaffen es Sozialdemokraten und Grüne, sprachliche Formulierungen

zu finden, die konsensorientiert sind, die aber gleichzeitig auch eine neue Handschrift tragen? Wie wird die Kommunikationsstrategie der Minderheitsregierung in einem Jahr aussehen, wenn es darauf ankommt, eigene Programme und den Haushalt nach außen zu kommunizieren und gleichzeitig im Parlament dafür Mehrheiten zu bekommen und es nicht mehr nur um die Rücknahme von Programmen der vorherigen Landesregierung gehen wird? Wie werden dann Gesetze, Anträge etc. formuliert? Werden es Hannelore Kraft und Sylvia Löhrmann schaffen, auf diesem schmalen kommunikativen Grat zu wandern?

## 6. Fazit

Das Forschungsinteresse dieser Arbeit richtete sich auf die Identifizierung von Sprachstrategien sowie deren Typologisierung. Dazu wurden die beiden Forschungsfragen „Welcher Sprachstrategien bedienen sich politische Akteure aufgrund ihres Rollenverständnisses in der parlamentarischen Arena? Und: Welche Sprachstrategietypen lassen sich dabei identifizieren?“ ins Zentrum gestellt.

Die Grundlage zur Beantwortung der Forschungsfragen bildete der Untersuchungsrahmen unter anderem mit der Begriffsoperationalisierung, der Herausarbeitung der systemischen Rahmenbedingungen und dem Analyseraster. Bei der Entwicklung des Analyserasters wurde auf unterschiedliche Modelle zurückgegriffen. Elemente der Framingtheorie, des Analysekatlogs nach Geissner sowie Techniken des Impression Managements spiegeln sich im Analyseraster wieder. Erst durch die Addition und Ergänzung verschiedener Elemente ließen sich Sprachstrategien und Sprachstrategietypen nachweisen. Sprachstrategien, Sprachstrategietypen und Rollen politischer Akteure auf Landesebene waren bisher kein Gegenstand der Politik- und Kommunikationsforschung. Somit sollte mit den eingangs aufgestellten Forschungsfragen diese Lücke geschlossen werden.

Die Untersuchung der insgesamt 49 Haushaltsreden im Zeitraum 2000 bis 2010 hat die Differenziertheit hinsichtlich der Redestrategie und des Sprachstrategietyps aufgezeigt. Regierungsakteure verfolgen in erster Linie das Ziel, ihr Handeln und ihre Entscheidung zu legitimieren. Legitimation ist dabei vor allem für Mitglieder der Regierung – Kabinett und den Regierungsfractionen von Bedeutung. Mit ihren Reden zielen sie besonders darauf ab, die bisher getroffenen politischen Entscheidungen als richtig darzustellen, ganz im Sinne der Erwartungen von Fröhlich, Kapitel 2.2.3. So war zum Beispiel bei allen drei Ministerpräsidenten zu erkennen, dass sie ihre politischen Entscheidungen in einzelnen Politikfeldern für richtig und als Erfolg für die Bürgerinnen und Bürger im Land darstellten. Für diese Entscheidungen sammelten sie entsprechend auf den unterschiedlichsten Ebenen Unterstützung. Aber nicht nur für Erfolge, sondern



auch für neue Ideen und Ziele warben sie. Gerade nach der Wahl 2005 war zu erkennen, dass Regierungsakteure ihr Handeln, ihre Entscheidungen sowie Ziele aus der Vergangenheit des politischen Gegners legitimieren.

Um Unterstützung, das geht ebenfalls aus der Debattenanalyse hervor, warben auch Oppositionsakteure. Immer dann, wenn politische Akteure aus den Reihen der Opposition Alternativvorschläge in der parlamentarischen Arena präsentierten, beabsichtigen sie, Unterstützung nicht nur im Parlament, sondern auch in der Öffentlichkeit zu erwerben. Das Ziel, Unterstützung für etwas zu bekommen, drückt sich aber nicht nur darin aus, Maßnahmen, eigene Ideen, Ziele oder Ansprüche aufzuzeigen, sondern auch in negativen Angelegenheiten, die die Landesregierung betreffen zu benennen. So erhoffte sich die Opposition durch ihr Vorgehen, die Landesregierung zu kritisieren, sie zu attackieren und somit den Unmut gegenüber der Regierung auf eine breite Basis zu stellen. Wie diese Beispiele verdeutlichen, kommt es bei der Anwendung von Sprachstrategien wesentlich auf die Rolle an, die ein Akteur im Plenum einnimmt. So gilt die Legitimation politischen Handelns und politischer Entscheidungen als eines der zentralen Anliegen. Ziel von Regierungsakteuren ist – und dementsprechend gestalten sich die Sprachstrategien – beispielsweise die Aufzählung von Erfolgen in bestimmten Politikfeldern durch Ausgaben bzw. Mehrausgaben. Das Ziel der Opposition dagegen ist, vor allem die Regierung zu kritisieren und Schwachstellen in der Verteidigung aufzudecken.

Wie die Sprachstrategietypen zeigen, gibt es bei dieser Variante unterschiedliche Merkmalsausprägungen, die ebenfalls abhängig von der Rolle sind. So ist das landesväterliche Element, der Kapitän, in erster Linie eine Merkmalsausprägung des Ministerpräsidenten. Aber auch andere Ziele wie Profilbildung, Kompetenznachweis, Willensbildung, Schwächung des politischen Gegner oder Vertrauensgewinn sind Ziele politischer Redner im Parlament und konnten durch die Strategie sowie den Sprachstrategietyp nachgewiesen werden. Dabei war allen Rednern bewusst, dass sie ihre Rede im Parlament und nicht auf einem Parteitag halten. Entsprechend stehen politische Inhalte in den unterschiedlichsten Themenfeldern, wie zum Beispiel Schulpolitik, Finanzpolitik oder

auch Kinder- und Familienpolitik, bei fast allen Rednern im Fokus der Reden. Entsprechend richteten sich die Textpassagen an bestimmte Adressaten.

Der Schwerpunkt dieser Arbeit lag auf der Identifizierung und Typologisierung von Sprachstrategietypen. Ohne Sprache und damit ohne Sprachstrategie findet keine Debatte statt, findet Politik generell nicht statt. Dazu bedarf es eines Rollenverständnisses der Akteure. Denn erst mit der Verdeutlichung der Rolleneinnahme entstehen Sprachstrategien. Dabei ist festzuhalten, dass nicht nur die Rolle und das entsprechende rollenspezifische Kommunikationsverhalten die Sprachstrategie beeinflusst, sondern auch die systemischen Rahmenbedingungen mit ihren Merkmalen Einfluss nehmen.

So hat die Debattenanalyse auch gezeigt, dass auch die Haushaltsdebatte Einfluss auf die Sprachstrategie nimmt. Denn es geht bei dieser Debattenform nicht um ein spezielles Thema, sondern es steht vielmehr die landespolitische Groß-Wetterlage im Vordergrund. Einzelne Themenbereiche werden in den Reden der Akteure nur kurz angeschnitten, bevor zum nächsten Themenfeld gewechselt wird. Einen detaillierten Argumentationsaustausch sucht man bei der dieser Debattenform vergebens, wie die Debattenanalyse aufzeigt. Der Austausch von Interessen, seien es Erfolge, Kritik oder Ziele, Ideen und Ansprüche seitens der Fraktionen und Regierung steht im Mittelpunkt. Dies erklärt sich mit der hier vorhandenen Form des Arbeitsparlaments. Einen detaillierten Argumentationsaustausch hat es im Vorfeld der dritten Lesung in den Fachausschüssen gegeben, die im parlamentarischen System mit ihrer Arbeit und Macht eine zentrale Rolle spielen. Lediglich zum Ende der Debatte tauschten sich fachpolitische Sprecher in Bezug auf die Finanzlage zu einem speziellen Thema aus. Dies wiederum liegt auch an den Abgeordneten selbst, die ihrerseits Interessen innerhalb einer Debatte vertreten und diese äußern und damit die Sprachstrategie prägen. So nimmt auch der Länderparlamentarismus Einfluss auf die Sprachstrategie. Dazu kommt, dass der Landtag der Artikulation von Interessen, politischen Grundsatzaufgaben, Vermittlungsaufgaben und seiner Kommunikationsfunktion nachkommen muss. Dies alles geschieht durch die Reden der Abgeordneten innerhalb der dritten Lesung zum Haushaltsgesetz.

Wie die Debattenanalyse am Sprachstrategietyp Kritisch zurückblickende Legitimation: Der Libero verdeutlicht hat, beeinflusst auch der Ausgang der Landtagswahl die Sprachstrategie, in erster Linie nach einem vollständigen Regierungswechsel. Legitimation aus der Vergangenheit ist ein wesentliches Merkmal und das politische Erbe eine gern genutzte Quelle von neuen Regierungsakteuren. Gerade nach einem derartigen Ereignis lassen sich Sprachstrategien neuer Regierungsakteure in dieser Kategorie einordnen.

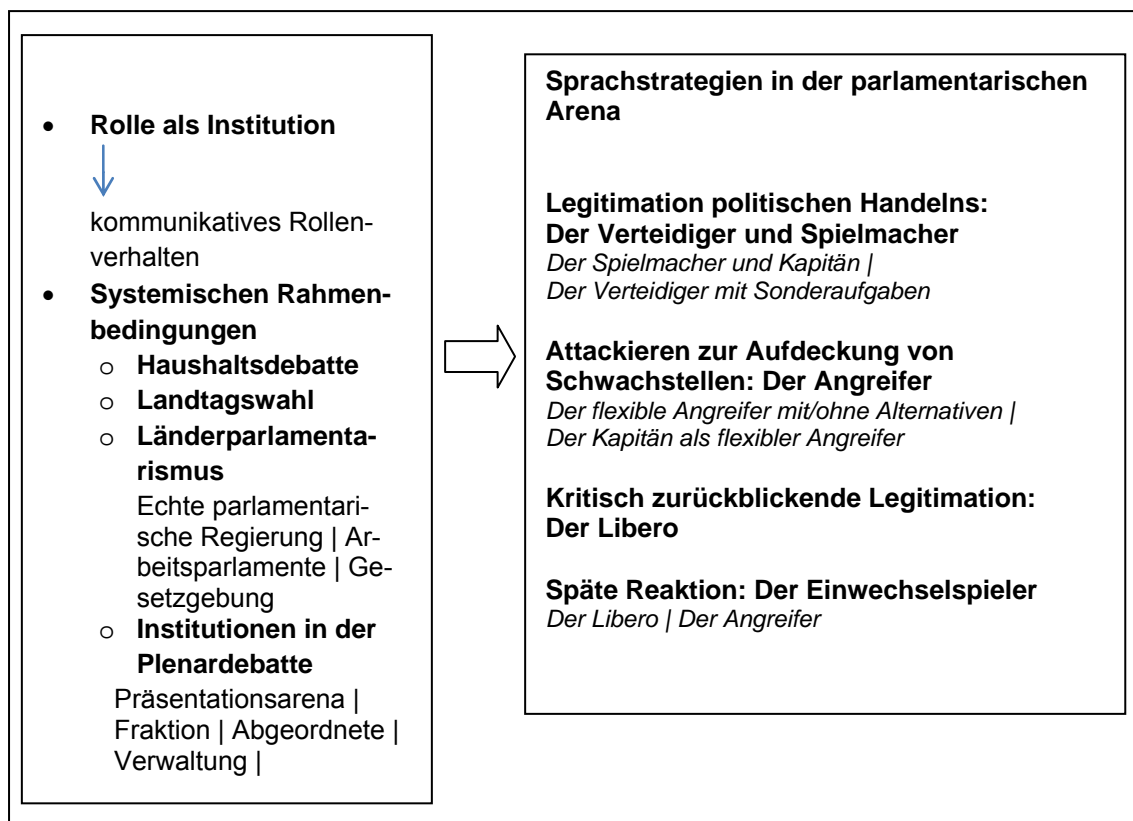


Abbildung 54: Einflussfaktoren und Sprachstrategietypen. Quelle: Eigene Darstellung.

Sprachstrategietyp	Merkmale	Instrumente	Akteure
<b>Legitimation politischen Handelns: Der Verteidiger und Spielmacher</b>	Legitimation	Positives Framing: Nennung positiver Zahlen, Fakten, Maßnahmen	Ministerpräsident
	Geschlossenheit	Zusammenarbeit und Dialogbereitschaft, Lob- und Dank-sagungen	
	Landesväterlich	Verwendung von Schlüsselwörtern wie NRW oder Menschen, Gesamtsituation des Landes im Blick	
	Abgrenzung zum pol. Gegner	Kritik an der Opposition durch z.B. Metaphern, Rhetorische Fragen	
	Machtsicherung	Nennung von Zielen und Absichten, Nennung von Umfragen, Zitation	
	Bild des Kümmerers	Nennung möglicher Probleme und Lösungen	
	Fachspezifische Legitimation	Schlüsselwörter zum Fachthema, positive oder negative Framing-Dimension	Regierungsfraktion und Opposition
<b>Attackieren zur Aufdeckung von Schwachstellen: Der Angreifer</b>	Kritik ohne Alternativvorschläge	Negatives Framing gegenüber der Landesregierung	Oppositionsakteure
	Kritik mit Alternativvorschlägen	Negatives Framing gegenüber der Landesregierung mit Nennung von eigenen Ideen, Zielen	
	Kontrolle	Zitation, z.B. Experten, Organisationen, Umfragen, Vergleiche erstellen	
	Appellfunktion	Forderungen gegenüber der Landesregierung äußern	
	Kritik mit Alternativvorschläge	Negatives Framing gegenüber der Landesregierung mit Nennung von eigenen Ideen, Zielen	Oppositionsakteur; Fraktionsvorsitzender, der als Spitzenkandidat bei der Landtagswahl antritt
	Kontrolle	Zitation, z.B. Experten, Organisationen, Umfragen, Vergleiche erstellen	
	Appellfunktion	Forderungen gegenüber der Landesregierung äußern	
	Landesväterlich	Verwendung von Schlüsselwörtern wie NRW oder Menschen, Gesamtsituation des Landes im Blick	
	Bild des Kümmerers	Nennung möglicher Probleme und Lösungen	
<b>Kritisch zurückblickende Legitimation: Der Libero</b>	<b>Kritik</b>	Negatives Framing gegenüber der abgewählten Landesregierung durch Aufzählung nicht erreichter Ziele, Fehler etc.	Regierungsakteure, vor allem unmittelbar nach Wahlen einsetzbar
	<b>Legitimation</b>	Positives Framing: Nennung positiver Zahlen, Fakten, Maßnahmen	
	<b>Bild des Kümmerers</b>	Positives Framing: Nennung von Lösungen von Fehlern aus der Vergangenheit	
<b>Späte Reaktion: Der Einwechselspieler</b>	<b>Spontane Kritik</b>	Negatives Framing gegenüber der Vorredner	Regierungsakteure, häufig „Hinterbänkler“, Oppositionsakteure: Spitzenakteure
	<b>Spontane Legitimation</b>	Positives Framing: Nennung positiver Zahlen, Fakten, Maßnahmen	
	<b>Spontane Kritik</b>	Negatives Framing gegenüber der Landesregierung ohne Alternativvorschläge	Oppositionsakteure

Abbildung 55: Übersicht Sprachstrategietypen mit Merkmalsausprägungen und Akteuren. Quelle: Eigene Darstellung.

Der Sprachstrategietyp Legitimation politischen Handelns: Verteidiger und Spielmacher ist ein Sprachstrategietyp der in erster Linie die Strategie verfolgt, das eigene Handeln zu legitimieren und entsprechend den Regierungsakteuren – Kabinettsmitgliedern und Mitgliedern der Regierungsfractionen zu zuordnen ist, egal welche Regierungskoalitionen die Landesregierung bilden. Denn gerade sie sind es, die politische Entscheidungen und Handlungen im Rahmen der dritten Lesung zum jeweiligen Haushalt verteidigen müssen. Dabei geht es immer auch um die Durchsetzung von Interessen, Normen und Werten und um die Demonstration des Machterhalts. Denn „Strategiefragen sind Machtfragen“ (Machnig 2008: 39), so auch die Sprachstrategien im Parlament. Dementsprechend werden Sprachstrategien, wie in diesem Fall die Verteidigung, gewählt. Dass die Verteidigungsstrategie jedoch nicht die einzige Form ist, zeigen die beiden Merkmalsausprägungen Der Spielmacher und Kapitän sowie der Verteidiger mit Sonderaufgaben. Der Typ Spielmacher und Kapitän entspricht der Person eines Ministerpräsidenten. Als Regierungschef führt der Ministerpräsident seine Mannschaft, die Regierungsfractionen aber auch die Wählerinnen und Wähler und gibt die Richtung vor. Dabei ist er, wie der Kapitän auf dem Spielfeld, mit mehr Freiheiten ausgestattet.

Der Verteidiger mit Sonderaufgaben ist vorwiegend am Ende einer Plenarsitzung vorzufinden und besonders dann, wenn ein bestimmtes Politikfeld behandelt wird und es darum geht, Entscheidungen zu legitimieren, eben jene fachspezifische Legitimation. Es sind häufig auch die fachpolitischen Sprecher einer Fraktion, die das Ende einer Debatte mit ihren Wortbeiträgen prägen und nicht mehr zur allgemeinen politischen Lage sprechen. Das interessanteste ist zu diesem Zeitpunkt bereits von den wichtigsten Personen angesprochen worden, so dass eigentlich auf nachfolgende Beiträge verzichtet werden könnte. Die Aufmerksamkeit zu diesem Zeitpunkt und zu fachspezifischen Themen dürfte nicht groß sein. Die Spannung ist raus und hat mit dem Auftritt des Ministerpräsidenten seinen Höhepunkt erreicht. Denn die Fraktionsvorsitzenden sowie der Ministerpräsident, sind diejenigen Protagonisten, die die Blicke auf sich ziehen und am selben bzw. am nächsten Tag in den Medien zitiert werden. An dieser Stelle sei angemerkt, dass diese Arbeit die Erfolge von Sprachstrategien nicht

gemessen hat. Hier bietet sich mit Hilfe einer Medienresonanzanalyse eine Anschlussmöglichkeit in Bezug auf den Erfolg von Sprachstrategien in der parlamentarischen Arena an. Welcher Ausschnitt, welche Wortbindungen aus der Rede werden von den Medien aufgenommen? Sind es genau die, die der politische Akteur platzieren wollte oder sind es gar andere? Das sind Fragen, die mit dieser Arbeit nicht beantwortet werden, deren Beantwortung nun aber möglich ist.

Einen Sprachstrategietypen und damit eine Strategie, die die Medien mit großer Wahrscheinlichkeit wiedergeben, ist der Typ Attackieren zur Aufdeckung von Schwachstellen: Der Angreifer. Der Angreifer verfolgt die Strategie, mit seinen Attacken Schwachstellen in der gegnerischen Verteidigung aufzudecken und immer wieder neue Angriffe zu platzieren. Diese Aufgabe kommt in der parlamentarischen Arena innerhalb der Debatte die Opposition zu. Akteure der Opposition attackieren die Landesregierung und deren Entscheidungen und üben so gleichzeitig ihre Kontrollfunktion aus. Wie bereits zuvor, gibt es auch bei diesem Sprachstrategietypen weitere Merkmalsausprägungen. So ist der flexible Angreifer ein politischer Akteur, der sich entweder ausschließlich auf das Kritisieren der Landesregierung konzentriert, ohne dabei eigene Ideen, Vorschläge oder Ziele zu nennen. Er ist aber auch jemand, der genau diese Alternativen mit in seinen Redebeitrag einplant und präsentiert. Diese letztgenannten Eigenschaften erfüllt auch der Kapitän als flexibler Angreifer. Wie die Landesregierung kann auch die Opposition über einen Kapitän, in der Regel den Fraktionsvorsitzenden, verfügen, der sich in dieser Rolle im Parlament präsentiert. Die landesväterliche Kritikrede mit Alternativvorschlägen entspricht einer derartigen Rede.

Ein Sprachstrategietyp, der vor allem nach Wahlen benutzt werden kann, ist der des Liberos, kritisch zurückblickende Legitimation. Die bereits beschriebenen Eigenschaften dieses Sprachstrategietyps sind vor allem Regierungsakteuren vorbehalten, die durch gewonnene Wahlen eine Vorgängerregierung vollständig abgelöst haben und sich unmittelbar oder auch mittelbar für die ersten Entscheidungen legitimieren müssen. Bei diesem Sprachstrategietyp ergibt sich die

Möglichkeit, die Legitimation aus der Vergangenheit für die Zukunft zu gestalten. Es handelt sich bei dieser Kategorisierung also um einen an ein bestimmtes Ereignis gekoppelten Sprachstrategietyp, der, um erfolgreich wirken zu können, zeitnah an dieses Ereignis präsentiert werden sollte. Denn diesen Sprachstrategietypen am Ende einer Legislaturperiode anzuwenden, dürfte bei den Wählerinnen und Wähler wenig glaubwürdig erscheinen. So dürfte diesem Sprachstrategietypen keine lange Lebensdauer im Parlament beizumessen sein. Dieser Sprachstrategietyp zeigt in idealer Weise, wie sich mit einem Rollenwechsel die Sprachstrategie verändert und vor allem wie eng diese mit der Rolleneinnahme und einem Ereignis verbunden ist. Dieser Sprachstrategietyp steht beispielhaft für das spezielle kommunikative Rollenverhalten und den Einfluss von Wahlen auf die Sprachstrategie.

Ein Sprachstrategietyp, der davon lebt, dass bereits Akteure im Parlament gesprochen haben, ist der Einwechselspieler. Mit seiner zentralen Eigenschaft, der Reaktion, können Redner diesen erst anwenden, wenn mindestens eine Person vor ihr eine Rede gehalten hat. Denn erst dann ist eine bestimmte Reaktion möglich. Bei der Debattenanalyse war dieser Sprachstrategietyp mit seinen zwei Merkmalsausprägungen häufig erst am Ende einer Plenardebatte oder nach den Spitzenakteuren der Fraktionen sowie dem Ministerpräsidenten zu identifizieren. Die Strategie dieser Redner drückt sich in den zwei Ausprägungen der moderne Verteidiger: kritisch legitimierende Reaktion und der Angreifer: kritische Reaktion aus. Entsprechend den zwei Idealtypen, der moderne Verteidiger und der Angreifer, reagieren politische Akteure innerhalb einer Debatte.

Nach der Analyse von Haushaltsreden im nordrhein-westfälischen Landtag im Zeitraum zwischen 2000 und 2010 kann konstatiert werden, dass Sprachstrategien und Sprachstrategietypen besonders abhängig sind von der Rolleneinnahme und den systemischen Rahmenbedingungen, Zielen, Adressaten sowie von politischen Inhalten. Ohne das entsprechende Rollenverständnis des politischen Akteurs sind die Anwendung von Sprachstrategien und die Festlegung auf einen Sprachstrategietypen nicht möglich. Erst mit der Einnahme der Rolle

und den damit verbundenen Rollenerwartungen ist es Akteuren möglich, Sprachstrategien und damit die Verkörperung eines bestimmten Typs bewusst anzuwenden. Daraus ist abzuleiten, dass bei vorhandenem Rollenverständnis und einer Aufarbeitung von bestimmten Rahmenbedingungen Sprachstrategien von jedem Akteur an jedem Ort intentional genutzt werden können und ein bestimmter Sprachstrategietyp repräsentiert werden kann. Denn immer dort, wo politische Akteure an einem bestimmten Ort eine Rede halten, nehmen sie eine Rolle ein, ist ihr Redebeitrag von dieser Rolle abhängig und zum größten Teil bewusst geplant und kann so zur Durchsetzung von Interessen, Absichten und Zielen eingesetzt werden. Somit sind Sprachstrategien und Sprachstrategietypen immer existent und wesentlicher Bestandteil jedes intentionellen Redebeitrags. Damit diese These Gültigkeit hat, braucht es einen Gesamtüberblick von Sprachstrategien auf mehreren Ebenen, zum Beispiel der Analyse von Parteitagsreden, grundsätzlich gehaltenen politischen Reden in der Öffentlichkeit – beim Ortsverband, auf Marktplätzen etc. –, oder auch politischen Reden vor Fachpublikum. Um eine umfangreiche Einsicht in Sprachstrategien und Sprachstrategietypen zu erlangen, bedarf es einer Untersuchung der Entwicklung bzw. Entstehung von Sprachstrategien. Denn wie in dem Modell von Erving Goffman beschrieben und übertragen, gibt es auch in der Politik eine Hinterbühne, auf der zum Beispiel für eine Debatte das Drehbuch entsteht. Zur Vervollständigung erfordert es genau dieser Ebenenuntersuchung, auf der Absprachen zwischen politischen Akteuren hinsichtlich der Strategie getroffen werden und Absprachen mit Mitarbeitern unterschiedlichster Institutionen – Ministerium, Staatskanzlei, Fraktions- und Abgeordnetenmitarbeiter – koordiniert und entschieden werden. Da sich dieser Einblick als sehr umfangreich und zum Teil als nicht umsetzbar darstellt und sich daraus ein selbstständiges Thema ableiten lässt, müssen entsprechende Abstriche hinsichtlich der Genauigkeit bei der Typologisierung von Sprachstrategien gemacht werden. Denn es kann nur das analysiert und interpretiert werden, was den Plenarprotokollen zu entnehmen und somit auch für die Öffentlichkeit zugänglich war und ist.

Insgesamt wurden innerhalb der Debattenanalyse vier unterschiedliche Sprachstrategietypen und die entsprechende Sprachstrategie identifiziert. Trotz unter-



schiedlicher Strategien und Typen einen diese eine zentrale Eigenschaft: die Macht. Steht für Regierungsakteure die Demonstration des Machterhalts im Vordergrund, so zielen Oppositionspolitiker darauf ab, ihren Anspruch auf Machterwerb darzulegen.

Die Sprache ist das Werkzeug des Politikers, des Redners. Über sie lassen sich Botschaften platzieren, Themen besetzen, lässt sich eine politische Marke entwickeln und Begriffe setzen. Dies alles geschieht auch innerhalb der Haushaltsdebatten zur Dritten Lesung des Haushaltsgesetzes im nordrhein-westfälischen Landtag. Dazu nutzen die politischen Akteure Reden, die sie unter anderem entsprechend der Rolleneinnahme und des Ortes entwickeln. Sie wenden also einen bestimmten Sprachstrategietyp an, um sich in der parlamentarischen Arena zu präsentieren und die unterschiedlichen Ziele zu verfolgen. Denn: Das Ziel von Sprachstrategien ist die Herstellung von Legitimation und Unterstützung für das politische Handeln. Dabei sind Sprachstrategien in erster Linie abhängig von der Rolle des Redners, seinen Zielen, dem institutionellen Kontext, den Adressaten sowie von politischen Inhalten.

Ausgehend von den hier gewonnen Erkenntnissen ergibt sich als anknüpfendes Forschungsinteresse, die Erfolge angewandter Sprachstrategien zu untersuchen. Darüber hinaus wäre interessant zu beobachten, ob die in der parlamentarischen Arena angewandten Sprachstrategien bereits in Ausschusssitzungen Anwendung fanden. Denn schließlich sind die Ausschüsse das Kernelement von Arbeitsparlamenten. Fest steht: Es gibt rollenabhängige Sprachstrategien im Parlament und sie werden auch zukünftig Anwendung finden. Denn Sprachohnmacht führt zur Handlungsohnmacht und „Politik handelt durch Sprache“ (Korte/Fröhlich 2004: 270).

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Ministerpräsidenten, Regierungs- und Oppositionsfraktionen und zeitliche Einordnung der Debattenbeispiele. Quelle: Eigene Darstellung.....	14
Abbildung 2: Übertragung von Landtagsdebatten im WDR Fernsehen 2006 – 2009. Quelle: Wirtz 2010, WDR. Eigene Darstellung. ....	15
Abbildung 3: Ziele des politischen Akteurs in der Plenardebatte nach Klein 2010, Klein 2001, Korte 2004, Sarcinelli 2009. Quelle: Eigene Darstellung. ....	23
Abbildung 4: Bestandteile der Kommunikation im Parlament. Quelle: Eigene Darstellung. ....	32
Abbildung 5: Politische Kommunikation in der parlamentarischen Arena im Interaktionsdreieck. ....	33
Abbildung 6: Die regulative Sprachfunktion. Quelle: Girnth 2002: 39.....	42
Abbildung 7: Funktionen politischer Rede nach Klein und Mertes mit Ergänzung. Quelle: Eigene ....	46
Abbildung 8: Rollenübersicht politischer Akteure innerhalb der Generaldebatte. Quelle: Eigene Darstellung.....	53
Abbildung 9: Kommunikationsschema auf öffentlicher Bühne. Quelle: Charaudeau 2007: 37.....	56
Abbildung 10: Rollenarten nach Schimank 2007: 47f: Quelle: Eigene Darstellung.....	63
Abbildung 11: Negative Sanktionsmöglichkeiten Marschall 2005: 105 und Kropp/Riemann 2008: 271. Quelle: Eigene Darstellung.....	65
Abbildung 12: Positive Sanktionsvariablen nach Marschall 2005: 105: Quelle: Eigene Darstellung.....	67
Abbildung 13: Erwartungen an Amtsinhaber nach Fröhlich 2001: 159. Quelle: Eigene Darstellung.....	71
Abbildung 14: Erwartungen an die Opposition nach Fröhlich 2001: 159. Quelle: Eigene Darstellung.....	75
Abbildung 15: Kernaussagen zur Beschreibung von Rollen. Quelle: Eigene Darstellung.....	78

Abbildung 16: Ministerpräsidenten, Regierungsdauer und Regierungskoalitionen. Quelle: Eigene Darstellung. ....	86
Abbildung 17: Landtag Nordrhein-Westfalen: das arbeitsteilige Fraktionenparlament (14. Legislaturperiode) nach Rudzio 2006: 208. Quelle: Eigene Darstellung.....	90
Abbildung 18: Verfassungsrechtliche Modelle des Parlamentarismus. Quelle: Eigene Darstellung.....	92
Abbildung 19: Funktionsplan des Haushaltsplans. Quelle: Eigene Darstellung.	96
Abbildung 20: Allgemeine Redezeiten im nordrhein-westfälischen Landtag. Quelle: Geschäftsordnung des Landtags NRW in der Fassung vom 11. Februar 2009.....	103
Abbildung 21: Vereinbarungen zur Redezeit im Plenum. Quelle: Geschäftsordnung des Landtags NRW in der Fassung vom 11. Februar 2009.....	104
Abbildung 22: Theoretische Einordnung. Quelle: Eigene Darstellung. ....	108
Abbildung 23: Faktorenmodell der politischen Kommunikation. Quelle: Hannapel/Melenk (1984:21) und Herrgen (2000: 38).....	119
Abbildung 24: Merkmale des Framings nach Fairhurst und Sarr (1999: 26). Quelle: Eigene.....	125
Abbildung 25: Funktionen von Sprache nach Fairhurst/Sarr (1999: 27f.). Quelle: Eigene Darstellung.....	126
Abbildung 26: Adaptierte Kategorien nach Geissner. Quelle: Eigene Darstellung.....	134
Abbildung 27: Formen der Selbstdarstellungstechnik durch Sprache. Quelle: Bazil (2007: 91). ....	138
Abbildung 28: Selbstdarstellungstechniken durch Sprache in haushaltspolitischen Reden. ....	139
Abbildung 29: Beispiele für sprachliche Selbstdarstellungstechniken aus Haushaltsdebatten. ....	140
Abbildung 30: Codierungsbeispiel einer Haushaltsrede. Quelle: MAXQDA. ..	144
Abbildung 31: Einflussfaktoren auf Sprachstrategien im Parlament. Quelle: Eigene Darstellung.....	147

Abbildung 32: Ablauf- u. Analysemodell der empirischen Untersuchung. Quelle: Mayring (2008: 75).....	150
Abbildung 33: Sprachstrategietypen und Rollen in der parlamentarischen Arena. Quelle: Eigene.....	156
Abbildung 34: Legitimation politischen Handelns: Der Verteidiger und Spielmacher. Quelle: Eigene Darstellung.....	161
Abbildung 35: Direkte Ansprache an den politischen Gegner, Beispiel Sylvia Löhrmann 2006. Quelle: MAXQDA .....	170
Abbildung 36: Merkmale des Spielmacher und Kapitäns mit Ergänzung Verteidiger mit Sonderaufgaben. Quelle: Eigene Darstellung. ....	178
Abbildung 37: Attackieren zur Aufdeckung von Schwachstellen: Der Angreifer. Quelle. Eigene Darstellung. ....	180
Abbildung 38: Bedeutung von Metaphern zur Kritik am politischen Gegner, Beispiel Hannelore Kraft 2009. Quelle: MAXDA.....	184
Abbildung 39: Merkmale des Sprachstrategietyps Attackieren zur Aufdeckung von Schwachstellen: Der Angreifer. Quelle: Eigene Darstellung. ....	190
Abbildung 40: Merkmale des Sprachstrategietyps der Kapitän als flexibler Angreifer. Quelle: Eigene Darstellung. ....	192
Abbildung 41: Kritisch zurückblickende Legitimation: Der Libero:.. Quelle: Eigene Darstellung.....	193
Abbildung 42: Legitimation aus Kritik aufgrund eines Ereignisses. Quelle: Eigene Darstellung.....	196
Abbildung 43: Merkmale Kritisch zurückblickende Legitimation: Der Libero. Quelle: Eigene Darstellung. ....	199
Abbildung 44: Der Einwechselspieler: Späte Reaktion. Quelle: Eigene Darstellung.....	202
Abbildung 45: Merkmale Kritisch legitimierende Reaktion: Der Libero Quelle: Eigene Darstellung.....	207
Abbildung 46: Merkmal Kritische Reaktion: der Angreifer. Quelle: Eigene Darstellung.....	212
Abbildung 47: Anzahl gesprochener Wörter. Quelle: Eigene Darstellung .....	213
Abbildung 48: Anzahl gesprochener Wörter Ministerpräsidenten. Quelle: Eigene Darstellung .....	214

Abbildung 49: Anzahl Zwischenrufe zwischen 2001 und 2010. Quelle: Eigene Darstellung.....	218
Abbildung 50: Anzahl der zu zuordnen Zwischenrufe politischer Akteure. Quelle: Darstellung.....	220
Abbildung 51: Beifallsbekundungen 13. Wahlperiode. Quelle: Eigene Darstellung.....	222
Abbildung 52: Beifallsbekundungen 14. Wahlperiode. Quelle: Eigene Darstellung.....	223
Abbildung 53: Gestellte Zwischenfragen im Untersuchungszeitraum. Quelle: Eigene Darstellung.....	228
Abbildung 54: Einflussfaktoren und Sprachstrategietypen. Quelle: Eigene Darstellung.....	243
Abbildung 55: Übersicht Sprachstrategietypen mit Merkmalsausprägungen und Akteuren. Quelle: Eigene Darstellung. ....	244

### **Abkürzungsverzeichnis**

bzw.	beziehungsweise
CDU	Christlich Demokratischen Union Deutschlands
CSU	Christlich Soziale Union
DM	Deutsche Mark
FDP	Freie Demokratische Partei
Grüne	Bündnis 90/Die Grünen
KiBiz	Kinderbildungsgesetz
Linke	Partei DIE LINKE
NRW	Nordrhein-Westfalen
s. h.	siehe
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
u./o.	und / oder
VBE	Verband Bildung und Erziehung
WDR	Westdeutscher Rundfunk
z.B.	zum Beispiel
ZVS	Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen

## Quellenverzeichnis

### Internetquellen

Kammerer, Patrick 1995: Die veränderten Konstitutionsbedingungen politischer Rhetorik, in: Rhetorik. Ein internationales Jahrbuch, Tübingen, S. 14-29, hier: <http://www.mediaculture-online.de/Politische-Rhetorik.139+M5500f6e134a.0.html> (letzter Zugriff: 2. März 2010).

Landtag Nordrhein-Westfalen, hier:

[http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB\\_II/II.1/OeA/Abgeordnete/Rechte\\_und\\_Pflichten.jsp](http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_II/II.1/OeA/Abgeordnete/Rechte_und_Pflichten.jsp) (letzter Zugriff: 10. November 2009).

Taschowsky, Peter 2001: Neuer Institutionalismus und die europäische Sozialpolitik, S. 1-20, hier:

<http://www.wiwi.uni-hannover.de/Forschung/Diskussionspapiere/dp-250.pdf> (letzter Zugriff: 21. April 2011).

Seiters, Rudolf 2009: An Weisungen nicht gebunden. Freies Mandat in: Blickpunkt Bundestag, Ausgabe 05/2009, hier:

[http://www.bundestag.de/blickpunkt/101\\_Themen/0905/0905016.htm](http://www.bundestag.de/blickpunkt/101_Themen/0905/0905016.htm) (letzter Zugriff: 05. Januar 2010).

### Interviews

Melchert, Florian Dr. 2010: Stellvertretender Pressesprecher des nordrhein-westfälischen Landtags. Experteninterview vom 25. Februar 2010.

Wirtz, Thorsten 2009: Referent der Chefredaktion NRW Landesprogramme, WDR Funkhaus Düsseldorf. E-Mail vom 18. Januar 2010.

## Übersicht Analyseraster/Redner/Statistiken

### Analyseraster

#### I. Festlegung des Untersuchungsmaterials und Strukturdaten

##### 1. Datum der Debatte

Kategorie/Ausprägung:  
Datum der Debatte

##### 2. Gegenstand der Debatte

Kategorie/Ausprägung:

3. Lesung zum Haushaltsgesetz in NRW

##### 3. Nummer der Debattensitzung

Kategorie/Ausprägung:

Drucksachennummer (Plenarprotokoll)

##### 4. Gesamtumfang des Tagesordnungspunktes

Kategorie/Ausprägung:

Gesamtzahl der Seiten (Plenarprotokoll)

##### 5. Gesamtumfang des Tagesordnungspunktes

Kategorie/Ausprägung:

Gesamtzahl der Wörter (Plenarprotokoll)

##### 6. Name des Debattenredners

Kategorie/Ausprägung:

Name des politischen Akteurs

##### 7. Zugehörigkeit des Debattenredners

Code	Kategorie/Ausprägung
01	Mitglied des Kabinetts (Ministerpräsident, Minister)
02	Mitglied der Regierungsfraktion
03	Mitglied der Oppositionsfraktion
04	Fraktionslose Mitglieder des Landtags

## 8. Funktion des Debattenredners

Code	Kategorie/Ausprägung
01	Ministerpräsident
02	Landesminister
03	Fraktionsvorsitzender
04	Fachpolitischer Sprecher
05	Einfaches Mitglied

## 9. Zeitpunkt des Redner/Rangfolge

Code	Kategorie/Ausprägung
01	1. Stelle
02	2. Stelle
03	3. Stelle
04	4. Stelle
05	5. Stelle
06	6. Stelle

## 10. Allgemeine Informationen

Code	Kategorie/Ausprägung
01	Rededauer (Anzahl der Wörter und Sätze)
02	Zwischenrufe zu seiner Rede A = Aus Oppositionsfraktionen B = Aus Landesregierung/Regierungsfraktion C = Nicht zuzuordnende Zwischenrufe
03	Zwischenfrage zu seiner Rede
04	Zwischenfragen zugelassen A = Ja B = Nein
05	Zwischensymptome (Lachen, Heiterkeit, Beifall) A = Beifall Oppositionsfraktionen B = Beifall Regierungsfraktionen C = Beifall eigene Reihen D = Heiterkeit/Lachen und Beifall aus Oppositionsfraktionen E = Heiterkeit/Lachen und Beifall aus Regierungsfraktionen/Landesregierung
06	Rückgriffe auf Medien A = Ja B = Nein
07	Rückgriffe auf Ausschusssitzungen A = Ja B = Nein



## II. Untersuchungseinheit

### 1. Bezugnahme auf Vorredner

Code	Kategorie/Ausprägung
02	Ja, unmittelbar
03	Ja, auf weitere zurückliegende Redner

### 2. Zeitliche Bezugnahme des Debattenredners

Code	Kategorie/Ausprägung
01	Auf Regierungszeit
02	Auf Oppositionszeit

### 3. Themenansprache

Code	Kategorie/Ausprägung
01	Finanzpolitik
02	Bildungspolitik
03	Umweltpolitik
04	Kinder- und Jugendpolitik
05	Seniorenpolitik
06	Wirtschaftspolitik

### 4. Problemansprache

Werden in der Rede Probleme angesprochen, wo es Lösungen bedarf?

Code	Kategorie/Ausprägung
01	Ja, positiv: Das Problem wurde angesprochen und gelöst
02	Ja, negativ: Das Problem wurde angesprochen aber nicht gelöst
03	Ja, neutral: Problem wurde angesprochen, aber Ergebnisse liegen noch nicht vor

5.	Alternativvorschläge (Wurden während der Rede Alternativvorschläge unterbreitet?)
----	---

#### 6. Verweise auf andere Politikebenen

Code	Kategorie/Ausprägung
01	EU
02	Bundesländer
03	Kommune
04	Wahlkreis
05	Bundespolitik

#### 7. Ausblick/Zukunft

Wurde über die Zukunft gesprochen?

Code	Kategorie/Ausprägung
01	Ja
02	nein

#### 8. Anwendung unterschiedlicher Vokabularformen

Code	Kategorie/Ausprägung
01	Institutionsvokabular
02	Interaktionsvokabular
03	Ressortvokabular
04	nein

9.	Verwendung von Schlüsselwörtern
----	---------------------------------

10.	Verwendung von Ideologie
-----	--------------------------

11.	Expertise (Kompetenz zeigen durch Nennung von Zahlen und Fakten)
-----	--

12	Disclaimers (Frühzeitige Hinweise auf mögliche Schwierigkeiten)
----	---

13.	Metaphern
-----	-----------

14.	Dramatisierung
-----	----------------

15.	Vermeidung
-----	------------

16.	Rhetorische Fragen
-----	--------------------

17.	Drohung/Prophezeiung
-----	----------------------

18.	Geschichten erzählen, Beispiel zur Unterstützung der Botschaft
-----	--

19.	Personalisierung (Problem bzw. Erfolg an einer bestimmten Person festmachen)
-----	--

20.	Anwendung von Zitaten
-----	-----------------------

#### 21. Anrede, Adressaten

Code	Kategorie/Ausprägung
01	Ja: Nennung von Namen bzw. Funktion
02	Ja: Allgemein (Sehr geehrte Damen und Herren)

22.	Ironie
-----	--------

23.	Fragen stellen und selbst beantworten
-----	---------------------------------------

24.	Vergleich, um einen Erfolg/Negatives zu unterstreichen
-----	--

25.	Redewendungen (z.B. Lassen Sie mich bitte ausreden)
-----	---

#### 26. Bezug auf Reformverträge/Koalitionsvertrag

Code	Kategorie/Ausprägung
01	Ja: Reformvertrag
02	Ja: Koalitionsvertrag
03	Nein

## 27. Nennung von Experten

Code	Kategorie/Ausprägung
01	Ja: Experten allgemein
02	Ja: Spezifische Gremien oder Organisationen
03	Ja: Spezielle Experten – Nennung von Namen
04	Fernsehen
05	Zeitungen

## 28. Rollenspezifische Merkmale

### Kategorie/Ausprägung:

#### 28a: Attacke

Code	Kategorie/Ausprägung
01	Angriff
02	Kampfansage
03	Schuldzuweisungen an neue Regierung
04	Schuldzuweisungen an alte Regierung
05	Spannungen beim pol. Gegner ausmachen
06	Abwertung gegenüber dem pol. Gegner
07	Schuldzuweisungen an Bundesregierung

#### 28b: Appell

Code	Kategorie/Ausprägung
01	Kritik
02	Kontrolle
03	Erinnerung
04	Mahnung

#### 28c: Forderungen

#### 28d: Legitimation

Code	Kategorie/Ausprägung
01	Erfolge
02	Rückendeckung/Geschlossenheit
03	Dialogbereitschaft, Bereitschaft zur Zusammenarbeit signalisieren
04	Kompromiss

28e: Machtanspruch

Code	Kategorie/Ausprägung
01	Landesväterlich
02	Verantwortung übernehmen
03	Kompetenznachweis für Machterwerb
04	Kompetenznachweis für Machterhalt
05	Selbstbestätigung/Position in einer Gruppe
06	Kümmerer
07	Hohe Ansprüche signalisieren/Ziele nennen

28f: Verbundenheit

Code	Kategorie/Ausprägung
01	Aktualitätsbezug
02	Persönlich betroffen
03	Gemeinsame Positionen
04	Loben des politischen Gegners
05	Loben des Partners

28g	Rollenerkennung beim politischen Gegner/Eigene Rolle
-----	--

## Rednerübersicht

Datum Plenardebatte	Redner	Zugehörigkeit des Redners
17. Dezember 2009	Hannelore Kraft	Oppositionsfraktion
	Helmut Stahl	Regierungsfraktion
	Dr. Gehard Papke	Regierungsfraktion
	Sylvia Löhrmann	Oppositionsfraktion
	Dr. Jürgen Rüttgers	Kabinettsmitglied
	Hannelore Kraft	Oppositionsfraktion
	Horst Becker	Oppositionsfraktion
	Rüdiger Sagel	Fraktionsloses Mitglied
	Armin Laschet	Kabinettsmitglied
	Rainer Lux	Regierungsfraktion
	Horst Engel	Regierungsfraktion
	Horst Becker	Oppositionsfraktion
	Ralf Jäger	Oppositionsfraktion

Datum Plenardebatte	Redner	Zugehörigkeit des Redners
17. Mai 2006	Hannelore Kraft	Oppositionsfraktion
	Helmut Stahl	Regierungsfraktion
	Sylvia Löhrmann	Oppositionsfraktion
	Dr. Gerhard Papke	Regierungsfraktion
	Dr. Jürgen Rüttgers	Kabinettsmitglied
	Hannelore Kraft	Oppositionsfraktion
	Volkmar Klein	Regierungsfraktion
	Sylvia Löhrmann	Oppositionsfraktion
	Angela Freimuth	Regierungsfraktion
	Dr. Helmut Linssen	Kabinettsmitglied
	Rüdiger Sagel	Oppositionsfraktion
	Horst Engel	Regierungsfraktion
	Hannelore Kraft	Oppositionsfraktion
	Horst Becker	Oppositionsfraktion

Datum Plenardebatte	Redner	Zugehörigkeit des Redners
28. Januar 2004	Dr. Jürgen Rüttgers	Oppositionsfraktion
	Edgar Moron	Regierungsfraktion
	Dr. Ingo Wolf	Oppositionsfraktion
	Sylvia Löhrmann	Regierungsfraktion
	Peer Steinbrück	Kabinettsmitglied
	Helmut Stahl	Oppositionsfraktion
	Gisela Walsken	Regierungsfraktion
	Angela Freimuth	Oppositionsfraktion
	Edith Müller	Regierungsfraktion
	Jochen Dieckmann	Kabinettsmitglied
	Eckhard Uhlenberg	Oppositionsfraktion
	Thomann-Stahl	Oppositionsfraktion
	Helmut Stahl	Oppositionsfraktion

Datum Plenardebatte	Redner	Zugehörigkeit des Redners
28. März 2001	Dr. Jürgen Rüttgers	Oppositionsfraktion
	Edgar Moron	Regierungsfraktion
	Jürgen Möllemann	Oppositionsfraktion
	Sylvia Löhrmann	Regierungsfraktion
	Wolfgang Clement	Regierungsfraktion
	Hermann-Josef Ar- entz	Oppositionsfraktion
	Horst Vöge	Regierungsfraktion
	Barbara Steffens	Regierungsfraktion
	Peer Steinbrück	Regierungsfraktion

## Statistiken - Anzahl gesprochener Wörter

Datum Plenardebatte	Redner	Anzahl gesprochene Wörter
17. Dezember 2009	Hannelore Kraft	3.915
	Helmut Stahl	4.116
	Dr. Gehard Papke	4.580
	Sylvia Löhrmann	4.626
	Dr. Jürgen Rüttgers	4.660
	Hannelore Kraft	2.292
	Horst Becker	1.071
	Rüdiger Sagel	1.285
	Armin Laschet	844
	Rainer Lux	700
	Horst Engel	921
	Horst Becker	474
	Ralf Jäger	112
		<b>Gesamt: 29.596</b>

Datum Plenardebatte	Redner	Anzahl gesprochene Wörter
17. Mai 2006	Hannelore Kraft	4.948
	Helmut Stahl	3.079
	Sylvia Löhrmann	4.822
	Dr. Gerhard Papke	4.812
	Dr. Jürgen Rüttgers	6.085
	Hannelore Kraft	1.773
	Volkmar Klein	1.476
	Sylvia Löhrmann	1.435
	Angela Freimuth	1.416
	Dr. Helmut Linssen	1.373
	Rüdiger Sagel	1.132
	Horst Engel	1.277
	Hannelore Kraft	82
	Horst Becker	596
		<b>Gesamt: 34.306</b>



Datum Plenardebatte	Redner	Anzahl gesprochene Wörter
28. Januar 2004	Dr. Jürgen Rüttgers	3.441
	Edgar Moron	6.032
	Dr. Ingo Wolf	3.262
	Sylvia Löhrmann	6.020
	Peer Steinbrück	5.792
	Helmut Stahl	1.699
	Gisela Walsken	1.274
	Angela Freimuth	1.982
	Edith Müller	1.290
	Jochen Dieckmann	2.156
	Eckhard Uhlenberg	1.468
	Thomann-Stahl	44
	Helmut Stahl	52
		<b>Gesamt: 34.512</b>

Datum Plenardebatte	Redner	Anzahl gesprochene Wörter
28. März 2001	Dr. Jürgen Rüttgers	5.142
	Edgar Moron	8.165
	Jürgen Möllemann	8.278
	Sylvia Löhrmann	7.141
	Wolfgang Clement	10.196
	Hermann-Josef Arentz	4.429
	Horst Vöge	1.341
	Barbara Steffens	1.677
	Peer Steinbrück	1.121
		<b>Gesamt: 47.490</b>

## Literaturverzeichnis

Abels, Heinz 2007: Einführung in die Soziologie, Band 2: Die Individuen in ihrer Gesellschaft, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 3. Auflage, Wiesbaden.

Adam, Silke 2008: Medieninhalte aus der Netzwerkperspektive. Neue Erkenntnisse durch die Kombination von Inhalts- und Netzwerkanalyse, in: Publizistik Heft 2, Juni 2008, 53. Jahrgang, S. 180-199.

Alememann von, Ulrich/Brandenburg, Patrick 2000: Nordrhein-Westfalen. Ein Land entdeckt sich neu, Kohlhammer GmbH, Köln.

Altendorfer, Otto 2009: Einführung in die Kommunikationswissenschaft, in: Altendorfer, Otto/Hilmer, Ludwig: Medienmanagement, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 167-195.

Anderson, Uwe/Bovermann, Rainer 2004: Der Landtag von Nordrhein-Westfalen, in: Mielke, Siegfried/Reutter, Werner: Länderparlamentarismus in Deutschland. Geschichte-Struktur-Funktionen, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 307-330.

Arendt, Hannah 1997: Vita activa oder vom tätigen Leben, 9. Auflage, Piper, München/Zürich.

Aspinwall, Mark/Schneider, Gerald 2000: Same Menu, Separate Tables: The Institutional Turn in Political Science and the Study of European Integration, European Journal of Political Research 38/1, S. 1-36.

Austin, John 1975: How to do things with words, 2. Auflage, Oxford University Press, Boston, USA.

- Bayer, Klaus 1984: Sprechen und Situation, Aspekte einer Theorie der sprachlichen Interaktion, Niemeyer Verlag, Tübingen.
- Bazil, Vazrik 2007: Der strategische Einsatz von Sprache, in: Petras, André/Bazil, Vazrik: Wie die Marke zur Zielgruppe kommt, Gabler Verlag, Wiesbaden, S. 89 – 107.
- Bazil, Vazrik 2010: Politische Sprache: Zeichen und Zunge der Macht, Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 8, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 3-6.
- Beck, Klaus 2006: Kommunikationsprozess, in: Bentele Günter: Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 131-133.
- Benford, Robert D./Snow, David A. 2000: Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment, in: Annual Review of Sociology, Jahrgang 26, S. 611-639.
- Benz, Arthur (Hg.) 2004: Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Berger, Peter/Luckmann, Thomas 1967: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Fischer Verlag, Frankfurt am Main.
- Bergsdorf, Wolfgang 1978: Politik und Sprache, Olzog Verlag, München.
- Bergsdorf, Wolfgang 1983: Herrschaft und Sprache. Studie zur politischen Terminologie der Bundesrepublik Deutschland, Neske Verlag, Stuttgart/Pfullingen.

- Beyme von, Klaus 1997: Der Gesetzgeber. Der Bundestag als Entscheidungszentrum, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Beyme von, Klaus 2006: Parlamente, in: Lauth, Hans-Joachim: Vergleichende Regierungslehre, Eine Einführung, 2. durchgesehene Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 229-246.
- Biedenkopf, Kurt H. 1982: Politik und Sprache; in: Heringer, Hans-Jürgen: Holzfeuer im hölzernen Ofen. Aufsätze zur politischen Sprachkritik, Narr Verlag, Tübingen, S. 189-197.
- Biehl, Brigitte 2008: Zu Inszenierung der Rede, in: Bazil, Vazrik/Wöller, Roland: Rede als Führungsinstrument Wirtschaftsrhetorik für Manager — ein Leitfaden, Gabler Verlag, Wiesbaden, S. 157-171.
- Brettschneider, Frank 2010: Wortsalat und Bandwurmsätze, in: Politik und Kommunikation, Ausgabe Juli/August 2010, S. 60-61.
- Brockhaus Enzyklopädie. In vierundzwanzig Bänden. 19., völlig neu bearbeitete Auflage des Brockhaus, Band 17, Mannheim 1992.
- Burckschat, Kirsten 2005: Mehr Aktualität und Redefreiheit. Niedersachsens Landtagsfraktionen einigen sich auf Parlamentsreform, in: Das Parlament, Nr. 46, 14.11.2005, Bundeszentrale für politische Bildung.
- Burckhardt, Armin 1995: Zwischen Diskussions- und Schaufensterparlamentarismus. Zur Diagnose und kritik parlamentarischer Kommunikation – am Beispiel von Zwischenfragen und Kurzdialogen, in: Dörner, Andreas/Vogt, Ludgera: Sprache des Parlaments und Semiotik der Demokratie. Studien zur politischen Kommunikation in der Moderne, de Gruyter Verlag, Berlin und New York, S. 73-106.

- Burckhardt, Armin 1996: Politolinguistik. Versuch einer Ortsbestimmung, in: Klein, Josef/Diekmannshenke, Hajo: Sprachstrategien und Dialogblockaden. Linguistische und politikwissenschaftliche Studien zur politischen Kommunikation, Berlin/New York, S. 75-100.
- Burckhardt, Armin 2003: Das Parlament und seine Sprache. Studien zu Theorie und Geschichte parlamentarischer Kommunikation, Tübingen.
- Burckhardt, Armin 2004: Zwischen Monolog und Dialog. Zur Theorie, Typologie und Geschichte des Zwischenrufs im deutschen Parlamentarismus, Max Niemeyer, Tübingen.
- Burckhardt, Armin 2005: Deutsch im demokratischen Parlament. Formen und Funktionen der öffentlichen parlamentarischen Kommunikation, in: Kilian, Jörg: Sprache und Politik : Deutsch im demokratischen Staat. Mannheim: Dudenverlag, S. 85-98.
- Charaudeau, Patrick 2007: Die politische Rede, Zwänge der Gattung, Verteidigung eines Projekts und Strategien der Überzeugung, in: Frankreich Jahrbuch 2006, Politik und Kommunikation, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 33-49.
- Czerwick, Edwin 1998: Parlamentarische Politikvermittlung zwischen Basisbezug und Systembezug, in: Sarcinelli, Ulrich: Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 253-271.
- Dahrendorf, Ralf 1958: Homo Sociologicus. Versuch zur Geschichte, Bedeutung und Kritik der Kategorie der sozialen Rollen, in: Dahrendorf, Ralf 1967: Pfade aus Utopia, München, S. 128-194.

- Dahrendorf Ralf 2008: Vorwort, in: Goffman, Erving: Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag, 6. Auflage, Piper Verlag, München, S. VII-X.
- Dästner, Christian 2000/2002: Die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen. Kommentar, Stuttgart.
- Decker, Frank 2004: Das parlamentarische System in den Ländern. Adäquate Regierungsform oder Auslaufmodell?, Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 50-51, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
- Der Brockhaus in einem Band 2000, neunte vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage, Brockhaus Verlag, Leipzig, S. 904.
- Detjen, Joachim 2007: Gemeinwohl, Repräsentation, Gewaltenteilung – Kernkonzepte des demokratischen Verfassungsstaates und ihre Verankerung im politischen Bewusstsein, in: Lange, Dirk/Himmelfmann, Gerhard: Demokratiebewusstsein. Interdisziplinäre Annäherungen an ein zentrales Thema der Politischen Bildung, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 101-116.
- Dieckmann, Walther: Sprache in der Politik. Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache (2. Auflage), Heidelberg 1975.
- Diekmann, Andreas 2002: Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen, 9. Auflage, Rowohlt Taschenbuchverlag, Hamburg.
- Dierl, Brigitte et al. 1984: Der Landtag von Nordrhein-Westfalen, in: Nordrhein-Westfalen. Eine politische Landeskunde (herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen), Köln, S. 85-106.

- Duve, Freimut 2009: Vorwort, in: Lakhoff, George/Wehling, Elisabeth: Auf leisen Sohlen ins Gehirn. Politische Sprache und ihre heimliche Macht, 2. aktualisierte Auflage, Carl-Auer Verlag, Heidelberg; S. 11.
- Easton, David 1965: A framework for political analysis, Englewood Cliffs, USA.
- Edelmann, Murray 1980: Politische Sprache und politische Realität, in: Greiffenhagen, Martin: Kampf um Wörter, Politische Begriffe im Meinungsstreit, Carl Hanser Verlag, München/Wien, S. 39-45.
- Entman, Robert M. 1993: Framing: toward clarification of a fractured paradigm, in: Journal of Communication 43 (4), S. 51-58.
- Fairhurst, Gail T./Sarr, Robert A. 1999: Die Kunst, durch Sprache zu führen. So wecken Sie Aufmerksamkeit und erzeugen Willen zur Veränderung, aus dem Englischen übersetzt von Simon Kämpf, Original: The Art of Framing, Metropolitan Verlag, Regensburg/Düsseldorf.
- Fischer-Lichte, Erika 2004: Theatralität als kulturelles Modell, in: Fischer-Lichte, Erkia/Horn, Christian/Umathum, Sandra, u .a: Theatralität als Modell in den Kulturwissenschaften, Tübingen, Basel, S. 7-26.
- Fraenkel, Ernst 1991: Deutschland und die westlichen Demokratien, erweiterte Ausgabe, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.
- Fröhlich, Manuel 1997: Sprache als Instrument politischer Führung. Helmut Kohls Berichte zur Lage der Nation im geteilten Deutschland, Schriftenreihe der Forschungsgruppe Deutschland, 8, München.

- Fröhlich, Manuel 2001: Sprachstrategien im Kontext von Machteroberung und Machtverlust: Die Haushaltsdebatten in den Wahlkämpfen von 1979 bis 1998, in: Hirscher, Gerhard/Korte, Karl-Rudolf 2001: Aufstieg und Fall von Regierungen. Machterwerb und Machterosionen in westlichen Demokratien, Olzog Verlag, München, S. 147-190.
- Gamson, William A./Modigliani, Andre 1989: Media Discourse an Public Oponion on Nuclear Power: A Constructionist Approach, in: American Journal of Sociology, Jahrgang 95, S. 1-37.
- Gamson, William A. 1992: Talking Politics, New York.
- Gast, Hendrik 2009: „Kanzlerkommunikation“ – von Adenauer bis Merkel, in: Parlamentarismus, Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Nr. 38, Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn, S. 27-32.
- Geissner, Hellmut 1967: Vorwort und Zur Hermeneutik des Gesprochenen (1), in: Hoffe, Wilhelm/ Geissner, Helmlmut: Sprache und Sprechen. Beiträge zur Sprechwissenschaft und Sprecherziehung, Wuppertal.
- Geissner, Hellmut 1969: Rede in der Öffentlichkeit. Eine Einführung in die Rhetorik, Stuttgart.
- Geissner, Hellmut 1970: Rhetorische Analytik, in: Proceedings of the Sixth International Congress of Phoenetic Sciences, Prag 1968. Prag 1970, S. 361-363.
- Geissner, Hellmut K. 2005: Demokratie als sprachliche Lebensform, in: Wermke, Matthias/Haberg, Rudolf/Eichhoff, Karina: Sprach und Politik. Deutsch im demokratischen Staat, 6. band, Dudenverlag, Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich.



- Gersdorf, Hubertus 2008: Parlamentsfernsehen des Deutschen Bundestages, Duncker & Humblot Verlag, Berlin.
- Geschäftsordnung des Landtags NRW in der Fassung vom 11. Februar 2009.
- Girnth, Heiko 2002: Sprachverwendungen in der Politik – Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation, Max Niemeyer Verlag, Tübingen.
- Glaeßner, Gert-Joachim 2006: Politik in Deutschland, 2., aktualisierte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Göhler, Gerhard 1997: Der Zusammenhang von Institution, Macht und Repräsentation, in: Göhler, Gerhard: Institution - Macht - Repräsentation, Nomos Verlag, Baden-Baden 1997, S. 1-40.
- Gösmann, Sven 2008: Unsere Ministerpräsidenten in Nordrhein-Westfalen. Neun Porträts von Rudolf Amelunxen bis Jürgen Rüttgers, Droste Verlag, Düsseldorf, S. 9–13.
- Goffman, Erving 1969: Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag, Piper Verlag, München.
- Goffman, Erving 1999: Interaktionsrituale. Über Verhalten in direkter Kommunikation übersetzt von Bergsträsser, Renate/ Bosse, Sabine, 5. Auflage, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.
- Goffman, Erving 2008: Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag, 6. Auflage, Piper Verlag, München.
- Grasselt, Nico/Korte, Karl-Rudolf 2007: Führung in Politik und Wirtschaft, Instrumente, Stile und Techniken, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

- Greiffenhagen, Martin (Hg.) 1980: Kampf um Wörter. Politische Begriffe im Meinungsstreit, Hanser, München.
- Grunden, Timo 2009: Politikberatung im Innenhof der Macht. Zu Einfluss und Funktion der persönlichen Berater deutscher Ministerpräsidenten, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Grünert, Horst: Sprache und Politik. Untersuchungen zum Sprachgebrauch der Paulskirche, Berlin/New York 1974.
- Hall, Stuart 1980: „Cultural Studies: two paradigms“, in: Media, Culture and Society 2, S. 57-72.
- Handschumacher, Johannes 2009: Das Rechtssystem der Bundesrepublik Deutschland, in: Altendorfer, Otto/Hilmer, Ludwig: Medienmanagement, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 221-243.
- Hannapel, Hans/Melenk, Hartmut 1984: Alltagssprache. Semantische Grundbegriffe und Analysebeispiele, Wilhelm Fink Verlag, München.
- Hasselfeldt, Gerda 2009: Geleitwort der Bundestagsvizepräsidentin Gerda Hasselfeldt zur Neuauflage des Parlamentarischen Schimpfbuchs, in: Pursch, Günter: Das Parlamentarische Schimpfbuch. Stilblüten und Geistesblitze unserer Volksvertreter in 60 Jahren Bundestag, Herbig Verlag, München.
- Hasselberger, Dieter 2003: Das Grundgesetz. Kommentar für die politische Bildung, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
- Heintel, Peter 2006: Mediation und Politik, in: Falk, Gerhard/Heintel, Peter/Krainer, Larissa: Das Mediationsverfahren am Flughafen Wien-Schwechat. Dokumentation, Analyse, Hintergrundtheorien, Deutscher Universitäts-Verlag, Wiesbaden, S. 191-220.

- Helms, Ludger 2010: Strategie und politische Opposition in: Raschke, Joachim/Tils, Ralf: Strategie in der Politikwissenschaft: Konturen eines Forschungsfelds, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 233-252.
- Hennecke, Hans-Jörg 2008: Jürgen Rüttgers in: Gösmann, Sven 2008: Unsere Ministerpräsidenten in Nordrhein-Westfalen. Neun Porträts von Rudolf Amelunxen bis Jürgen Rüttgers, Droste Verlag, Düsseldorf, S. 238-264.
- Herrgen, Joachim 2000: Die Sprache der Mainzer Republik (1792/93), Niemeyer Verlag, Tübingen.
- Hesse, Konrad 1995: Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Müller Verlag, Heidelberg.
- Illner, Maybrit 2007: Politiker – Deutsch. Deutsch – Politiker. Politiker verstehen – leicht gemacht, Langenscheidt, Berlin u.a..
- Ismayr, Wolfgang 2009: Funktionen und Organisation und Willensbildung im Deutschen Bundestag, in: Das Deutsche Parlament, 5. Auflage, Budrich, Opladen&Farmington Hills, S. 133-190.
- Jarren, Otfried/Donges, Patrick 2006: Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Jepperson, Ronald 1991: Institution, Institutional Effects, and Institutionalism, in: Walter, W. Powell/Paul J. DiMaggio: The New Institutionalism in Organizational Analysis. Chicago: The University of Chicago Press, S. 143-63.
- Kaltefleiter, Werner 1983: Politische Steuerung durch Kommunikation, in: Publizistik, 28, Heft 2, S. 161-172.

- Kahler, Tobias 2006: Vorwort, in: Köhler, Miriam Melanie/Schuster, Christian H.: Handbuch Regierungs-PR, Öffentlichkeitsarbeit von Bundesregierung und deren Beratern, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 9-13.
- Kammerer, Patrick 1995: Die veränderten Konstitutionsbedingungen politischer Rhetorik, in: Dyck, Joachim/ Jens, Waöther / Ueding, Gert: Rhetorik. Ein internationales Jahrbuch, Max Niemeyer Verlag, Tübingen, S. 14-29.
- Kamps, Klaus 2007: Politisches Kommunikationsmanagement. Grundlagen und Professionalisierung moderner Politikvermittlung, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Katz, Alfred 2006: Bundesstaatliche Finanzbeziehungen und Haushaltspolitik der Länder, in: Schneider, Herbert/Wehling, Hans-Georg: Landespolitik in Deutschland, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 50-86.
- Kevenhörster, Paul 2003a: Abgeordneter, in: Andersen, Uwe/ Woyke, Wichard 2003: Handwörterbuch des politischen System, Leseke und Budrick, Opalden, S.1-5.
- Kevenhörster, Paul 2003b: Fraktion, in: Andersen, Uwe/ Woyke, Wichard 2003: Handwörterbuch des politischen System, Leseke und Budrick, Opalden, S.188-190.
- Klaus, Georg: Sprache der Politik, Berlin 1971.
- Klein, Josef 1989: Wortschatz, Wortkampf, Wortfelder in der Politik; in: Klein, Josef: Politische Semantik. Beiträge zur politischen Sprachverwendung, Opladen, S. 3-50.

- Klein, Josef 1996: Dialogblockaden. Dysfunktionale Wirkungen von Sprachstrategien auf dem Markt der politischen Kommunikation, in: Klein, Josef/Diekmannshenke, Hajo: Sprachstrategien und Dialogblockaden: linguistische und politikwissenschaftliche Studien zur politischen Kommunikation, Berlin, New York: de Gruyter, S. 3-29.
- Klein, Josef 2000: Textsorten im Bereich politischer Institutionen, in: Brinker, Klaus/Antos, Gerd/Heinemann, Wolfgang/Sager, Sven F.: Text- und Gesprächslinguistik, Ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung, Teilband 1, Walter de Gruyter, Berlin und New York, S. 732-755.
- Klein, Josef 2001: Gespräche in den politischen Institutionen, in: Brinker, Klaus/Antos, Gerd/Heinemann, Wolfgang/Sager, Sven F.: Text- und Gesprächslinguistik, Ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung, Teilband 2, Walter de Gruyter, Berlin und New York, S. 1589-1606.
- Klein, Josef 2002: Politische Kommunikation als Sprachstrategie, in: Jarren, Otfried/Sarcinelli, Ulrich/Saxer, Ulrich: Politische Kommunikation in der Demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch, Westdeutscher Verlag, Opladen/Wiesbaden, S. 376-395.
- Klein, Josef 2010: Sprache und Macht. Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 8, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 7-13.
- Köhler, Miriam Melanie/Schuster, Christian H. 2006: Regierungs-PR im Feld der politischen Kommunikation, Funktionen und Bedeutung von regierungsamtlicher Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, in: Köhler, Miriam Melanie/Schuster, Christian H.: Handbuch Regierungs-PR, Öffentlichkeitsarbeit von Bundesregierung und deren Beratern, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 13-32.

- Könen, Susamme 2009: Wo sind die Rebellen? Dissentierendes Abstimmungsverhalten in ost- und westdeutschen Landtagen, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Kolesch, Doris 2008: Politik als Theater. Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 42, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 35-40.
- Kopp, Sabine/Riemann, Silke 2008: Parlamentarismus, in: Schwarz, Hans-Peter: Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren, Bayrische Landeszentrale für politische Bildung, München, S. 253-277.
- Korte, Hermann/Schäfers, Bernhard 2008: Einführung in die Hauptbegriffe der Soziologie, 7. , Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Korte, Karl-Rudolf/Fröhlich, Manuel 2004: Politik und Regieren in Deutschland. Strukturen, Prozesse, Entscheidungen, 2. überarbeitete Auflage, UTB Verlag, Paderborn.
- Korte, Karl-Rudolf/Fröhlich, Manuel 2006: Politik und Regieren in Deutschland. Strukturen, Prozesse, Entscheidungen, 2. überarbeitete Auflage, UTB Verlag, Paderborn.
- Korte, Karl-Rudolf, Florack, Martin und Grunden, Timo 2006: Regieren in Nordrhein-Westfalen, 1. Auflage, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Korte, Karl-Rudolf 2001: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, in: Mols, Manfred, Lauth, Hans-Joachim/Wagner, Christian: Politikwissenschaft: Eine Einführung, 3., neu bearbeitete und erweiterte Auflage, Schöningh Verlag, S. 67-98.

- Korte, Karl-Rudolf 2007: Strategie und Regierung. Politikmanagement unter den Bedingungen von Komplexität und Unsicherheit, in: Raschke, Joachim/Tils, Ralf: Strategie in der Politikwissenschaft: Konturen eines neuen Forschungsfelds, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 211-232.
- Korte, Karl-Rudolf 2009: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, in: Lauth, Hans-Joachim/Wagner, Christian: Politikwissenschaft: Eine Einführung, 6., neu bearbeitete und erweiterte Auflage, Schöningh Verlag, S. 63-97.
- Korte, Karl-Rudolf 2002: Die Funktion von Regierungserklärungen, in: Korte, Karl-Rudolf: Das Wort hat der Herr Bundeskanzler, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, S. 11-31.
- Korte, Karl-Rudolf 2009: Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, 6., überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
- Korte, Karl-Rudolf 2009a: Wahlen in Nordrhein-Westfalen, Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts.
- Kost, Andreas 2005: Direkte Demokratie in Nordrhein-Westfalen, in: Kost, Andreas 2005: Direkte Demokratie in den deutschen Ländern. Eine Einführung, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 183-203.
- Kranenpohl, Uwe 2008: Das Parteiensystem Nordrhein-Westfalens, in: Jun, Uwe/Haas, Melanie/Niedermayer, Oskar: Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

- Kropp, Sabine 2001: Regieren in Koalitionen. Handlungsmuster und Entscheidungsbildung in deutschen Länderregierungen, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden.
- Lakhoff, George/Wehling, Elisabeth: Auf leisen Sohlen ins Gehirn. Politische Sprache und ihre heimliche Macht, 2. aktualisierte Auflage, Carl-Auer Verlag, Heidelberg.
- Lange, Dirk/Himmelmann, Gerhard 2007: Demokratisches Bewusstsein und Politische Bildung, in: Lange, Dirk/Himmelmann, Gerhard: Demokratiebewusstsein Interdisziplinäre Annäherungen an ein zentrales Thema der Politischen Bildung, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 15-25.
- Lange, Stefan/Schimank, Uwe 2004: Governance und gesellschaftliche Integration, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Loewenstein, Karl 1964: Der britische Parlamentarismus. Entstehung und Gestalt, Rowohlt Verlag, Reinbek.
- Luder, Lena 2003: Reden ist Silber, Schreiben ist Gold in: Politik und Kommunikation Juni 2003, Helios Media Verlag, Berlin, S. 50-53.
- Machnig, Matthias 2008: Das Strategieparadox, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegung, Jahrgang 21, Heft 1, S. 11-24.
- Marschall, Stefan 2001: Das Parlament in der Mediengesellschaft – Verschränkungen zwischen parlamentarischer und massenmedialer Arena, in: Politische Vierteljahresschrift, 42. Jahrgang 2001, Heft 3, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, S. 388-413.



- Marschall, Stefan 2005: Parlamentarismus, Eine Einführung, Nomos Verlag, Baden-Baden.
- Marschall, Stefan 2008: Kommunikation und Entscheidungsfindung im Parlament, in: Sarcinelli, Ulrich/Tenscher, Jens: Politikherstellung und Politikdarstellung. Beiträge zur politischen Kommunikation, Herbert von Halem Verlag, Köln, S. 44-62.
- Marschall, Stefan 2009: Mediatisierung komplexer politischer Akteure – Indikatoren und Hypothesen am Beispiel von Parlamenten, in: Marchinkowski, Frank/Pfetsch, Barbara: Politik und Mediendemokratie, in: Politische Vierteljahreszeitschrift, Sonderheft 42/2009, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 204-223.
- Mayer, Conny 2005: Funktionsverlust des Deutschen Bundestages. Wie Expertengremien und Konsensrunden die Rolle des Parlaments schwächen, in: Vogel, Bernhard: Die politische Meinung, Monatszeitschrift der Konrad Adenauer Stiftung, St. Augustin/Berlin, Ausgabe 422, Januar 2005, S. 59-61.
- Mayring, Philipp 1993: Einführung in die qualitative Sozialforschung, 2. Auflage, Beltz Verlag, Weinheim.
- Mayring, Philipp 2008: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, 10. Auflage, Beltz Verlag, Weinheim und Basel.
- Menzel, Jörg 1999: Das 12allgemeine Mandat der Landesparlamente, in: Deutsches Verwaltungsblatt Heft 20, Jahrgang 114, Bonn, S. 1385-1456.
- Merton, Robert 1957: Social Theory and Social Structure. New York/Londen. Free Press.

- Meyer, John/Scott, Richard 1994: Institutional Environments and Organizations. Structural Complexity and Individualism, Sage Verlag, Thousand Oaks.
- Mertes, Michael 2001: Das Wort ist die Tat, Rheinischer Merkur vom 1.06.2001.
- Mielke, Siegfried/Reutter, Werner 2004: Länderparlamentarismus in Deutschland. Geschichte – Struktur – Funktionen, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Mittag, Jürgen/ Nieland, Jörg-Uwe 2007: Das Spiel mit dem Fußball. Interessen, Projektionen und Vereinnahmungen, Klartextverlag, Essen.
- Oertzen von, Jürgen 2006: Das Expertenparlament – Abgeordnetenrollen in den Fachstrukturen bundesdeutscher Parlamente, Nomos Verlag, Baden-Baden.
- Opp de Hipt, Manfred/Latniak, Erich 1991: Sprache statt Politik? Politikwissenschaftliche Semantik- und Rhetorikforschung, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Ozan, Didem 2010: Parteiliche Kommunikation am politischen Wendepunkt. Der EU-Beitritt der Türkei in deutschen und türkischen Parlamentsdebatten, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Patzelt, Werner 2002: Parlamentskommunikation, in: Jarren, Otfried/Sarcinelli, Ulrich/Saxer, Ulrich: Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft, Ein Handbuch, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, S. 431-441.

Patzelt, Werner 2006: Regierung und Parlament. Entscheidungsgewalten in der Mediendemokratie, in: Kamps, Klaus/Nieland, Jörg-Uwe: Regieren und Kommunikation, Meinungsbildung, Entscheidungsfindung und gouvernementales Kommunikationsmanagement - Trends, Vergleiche, Perspektiven, Halem Verlag, Köln, 139-169.

Patzelt, Werner 2006: Länderparlamentarismus, in: Schneider, Herbert/ Wehling, Hans-Georg: Landespolitik in Deutschland. Grundlagen-Strukturen-Arbeitsfelder, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 108-129.

Patzelt, Werner 2009: Parlamentssoziologie, in: Politische Soziologie. Eine Studie, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 311-351.

Petras, André/Bazil, Vazrik 2007: Wie die Marke zur Zielgruppe kommt. Optimale Kundenansprache mit Semiometrie, Gabler Verlag, Wiesbaden.

Pleines, Heiko 2008: Reformblockaden in der Wirtschaftspolitik. Die Rolle von Wirtschaftsakteuren in Polen, Russland und der Ukraine, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Plenarprotokoll 14/49 vom 24.01.2007: S. 5513.

Plenarprotokoll 14/49 vom 21.01.2007: S. 5513.

Plenarprotokoll 14/29 vom 17.05.2006: S. 3062.

Plenarprotokoll 14/29 vom 17.05.2006: S. 3078.

- Pickel, Gert/Pickel, Susanne 2009: Qualitative Interviews als Verfahren des Ländervergleichs, in: Pickel, Susanne/Pickel, Gert/ Lauth, Hans-Joachim/Jahn, Detlef: Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaften. Neue Entwicklungen und Anwendungen, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 441-464.
- Pitkin, Hanna F. 1967: The Concept of Representation, Berkeley, University of California Press.
- Pross, Harry 1974: Politische Symbolik. Theorie und Praxis der öffentlichen Kommunikation, Stuttgart.
- Püschner, Michael 2009: Der Fraktionsreferent – ein politischer Akteur? in: Parlamentarismus, Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Nr. 38, Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn, S. 33-38.
- Raschke, Joachim/Tils, Ralf 2007: Politische Strategie - Eine Grundlegung, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Raschke, Joachim/Tils, Ralf 2011: Mehr Strategie wagen, in: Politik und Kommunikation, Ausgabe 04/411, S. 14-15.
- Rau, Johannes 1996: Politikersprache und Glaubwürdigkeit, in: Böke, Karin/Jung, Matthias/Wengeler, Martin: Öffentlicher Sprachgebrauch, praktische, theoretische und historische Perspektiven, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden.
- Rechmann, Annika 2007: Von Kriegsverächtern und Kriegsverfechter. Die Berichterstattung über den Irak-Krieg 2003 in deutschen und amerikanischen Qualitätszeitungen, Deutscher Universität Verlag, Wiesbaden.

- Richards, Ivor Armstrong 1936: Die Metapher, in: Haverkamp Anselm: Theorie der Metapher, Darmstadt, S. 31-35.
- Rössler, Patrick 1997: Agenda-Setting. Theoretische Annahmen und empirische Evidenzen einer Medienwirkungshypothese, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Opladen.
- Rose, Arnold M. 1973: Systematische Zusammenfassung der Theorie der symbolischen Interaktion, in: Hartmann, Heinz: Moderne amerikanische Soziologie. Neuere Beiträge zur soziologischen Theorie, Enke Verlag, Stuttgart, S. 264-282.
- Rudzio, Wolfgang 2006: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, 7., aktualisierte und erweiterte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Rüther, Günther 2009: Vertrauen, Verantwortung und die Würde des Kompromisses, in: Parlamentarismus, Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Nr. 38, Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn, S. 21-26.
- Saxer, Ulrich 2002: System, Systemwandel und politische Kommunikation, in: Jarren, Otried/Sarcinelli, Ulrich/Saxer, Ulrich: Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch, Westdeutscher Verlag, Opladen/Wiedbaden, S. 21-64.
- Sarcinelli, Ulrich/Tenscher, Jens 2003: Machtdarstellung und Darstellungsmacht. Beiträge zur Theorie und Praxis moderner Politikvermittlung, Nomos Verlag, Baden-Baden.

- Sarcinelli, Ulrich 2002: Politik als "legitimes Theater" über die Rolle des Politischen in der Mediendemokratie, in: Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Heft 2, Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft, Jahrgang 41, S. 10-22.
- Sarcinelli, Ulrich 2003: Demokratie unter Kommunikationsstress?. Das parlamentarische Regierungssystem in der Mediengesellschaft, in: Parlamentarismus, Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Nr.43, , Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn, S. 39-46.
- Sarcinelli, Ulrich 2005: Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischen System, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Sarcinelli, Ulrich 2007: Strategie und politische Kommunikation. Mehr als die Legitimation des Augenblicks, in: Raschke, Joachim/Tils, Ralf: Strategie in der Politikwissenschaft: Konturen eines neuen Forschungsfelds, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 267-300.
- Sarcinelli, Ulrich 2009: Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischen System, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Schimank, Uwe 2007: Handeln und Strukturen. Einführung in die akteurtheoretische Soziologie, Juventa Verlag, Weinheim und München.
- Schlieben, Michael 2007: Politische Führung in der Opposition, Die CDU nach dem Machtverlust 1998, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Scheuch, Erwin K./Kutsch, Heinz 1975: Grundbegriffe der Soziologie. Grundlegung und Elementare Phänomene, B.G. Teubner, Stuttgart.

- Schmidt, Josef 1995: Expertenbefragung und Informationsgespräch in der Parteienforschung: Wie föderalistisch ist die CDU, in: Alemann, Ulrich: Politikwissenschaftliche Methoden. Grundriß für Studium und Forschung, Opladen 1995, S. 293-326.
- Schmidt, Vivien A./Radaelli, Claudio 2004: Policy Change and Discourse in Europe. Conceptual and Methodological Issues, in: West European Politics, Vol. 27, Nr. 2, S. 183-210.
- Schmidt, Vivien A. 2006: Democracy in Europe. The EU and National Politics, Oxford et New York: Oxford University Press.
- Schmidt, Vivien A. 2008: Discursive Institutionalism: The Explanatory Power of Ideas and Discourse, in: Annual Review of Political Science, Vol 11, S. 303-326.
- Schneider, Herbert/Wehling, Hans-Georg 2006: Landespolitik in Deutschland. Grundlagen – Strukturen – Arbeitsfelder, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Schubert, Klaus/Klein, Martina 2003: Das Politiklexikon, 3., aktualisierte Auflage, Dietz Verlag, Bonn.
- Schulz, Winfried 1997: Politische Kommunikation Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung zur Rolle der Massenmedien in der Politik, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Schulz, Winfried 2008: Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung, 2. vollständige überarbeitete und erweiterte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

- Schwarze, Antje/Walther, Antje 2002: Redenschreiben für den Bundeskanzler: Formulieren, Koordinieren und Beraten Zitiert nach Gespräch mit Thilo von Trotha am 12.12.2000, in: Korte, Karl-Rudolf: Das Wort hat der Herr Bundeskanzler, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, S. 33-55.
- Scott, Richard 1986: Grundlagen der Organisationstheorie, Campus Verlag, Frankfurt am Main und New York.
- Scott, Richard 2001: Institutions and Organizations, Sage Verlag, Thousand Oaks.
- Sebaldt, Martin 2010: Die Praxis politischer Führung und ihre wissenschaftliche Erklärung: theoretische Folgerung für die Leadership-Forschung, in: Sebaldt, Martin/Gast, Hendrik: Politische Führung in westlichen Regierungssystemen. Theorie und Praxis im internationalen Vergleich, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 362-377.
- Senge, Konstanze 2006: Zum Begriff der Institutionen im Neo-Institutionalismus, in: Senge, Konstanze/Hellmann, Kai-Uwe: Einführung in den Neo-Institutionalismus, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 35-47.
- Senge, Peter 2008: Die fünfte Disziplin, Kunst und Praxis der lernenden Organisation, Aus dem Englischen übersetzt, Schäffer-Poeschel Verlag, Stuttgart.
- Shakespear, William 1599: Wie es Euch gefällt, II 7.
- Snow, D. A./Rochford, E. Burke/Worden, Steven K./Benford, Robert D. 1986: Frame Alignment Process, Micromobilization, and movement participation, in: American Sociological Review, Jahrgang 51, S. 464-481.



Snow, D. A./Benford, R. D. (1988). Ideology, frame resonance, and participation mobilization. *International Social Movement Research*, 1, 197-217.

Sontheimer, Kurt/Bleek, Wilhelm 2003: Grundzüge des politischen Systems Deutschlands, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

Sprachgebrauch. Praktische, theoretische und historische Perspektiven, Opladen 1996, S. 19-23.

Steffani, Winfried 1979: Das präsidentielle System der USA und die parlamentarischen Systeme Großbritanniens und Deutschlands im Vergleich, in: Steffani, Winfried: Parlamentarische und präsidentielle Demokratie, Strukturelle Aspekte westlicher Demokratien, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, S. 61-104.

Steinkühler, Karl-Heinz 2008: Rüttgers wie Rau, in: Fokus Magazin Ausgabe 27, München, FOCUS Magazin Verlag, S. 26-28.

Sternberger, Dolf 1979: Reden der deutschen Bundespräsidenten Heuss, Lübke, Heinemann, Scheel, Hanser, Carl Verlag, München.

Strauß, Gerhard et al.: Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist. Ein Lexikon zum öffentlichen Sprachgebrauch, Berlin/New York 1989.

Strünck, Christoph 2005: Mix-Up: Models of Governance and Framing Opportunities in U.S. and EU Consumer Policy, in: *Journal of Consumer Policy*, 2, 203-230.

- Strünck, Christoph 2006: Die hohe Kunst des Non-Agernda-Settings. Framing als Instrument politischer Kommunikation von Interessengruppen, in: Kamps, Klaus/Nieland, Jörg-Uwe: Regieren und Kommunikation, Meinungsbildung, Entscheidungsfindung und gouvernementales Kommunikationsmanagement – Trends, Vergleiche, Perspektiven, Harlem Verlag, Köln, S. 196-214.
- Strünck, Christoph 2006a: Die Macht des Risikos. Interessenvermittlung in der amerikanischen und europäischen Verbraucherpolitik, Nomos Verlag, Baden-Baden.
- Sutton, John/Dobbin, Frank/Meyer, John/Scott, Richard 1994: The Legalization of the Work-Place, in: American Journal of Sociology 99, S.944-971.
- Tolbert, Pamela/Zucker, Lynn 1996: The Institutionalization of Institutional Theory, in: Clegg, Stewart/Hardy, Cynthia/Nord, Walter: Handbook of Organization Studies, Sage Verlag, London, S. 175-190.
- Tsoneva, Aleksandrina 2008: Das Theater der Politik, Forum Junge Politikwissenschaftler, Band 12, Bouvier Verlag, Bonn.
- Vowe, Gerhard/Dohle, Marco 2009: Weltsicht und Medienbild des Parlaments im Wandel. Eine Inhaltsanalyse von Bundestagsdebatten aus 50 Jahren, in: Marcinkowski, Frank/Pfetsch, Barbara: Politik in der Mediendemokratie in Politische Vierteljahreszeitschrift, Sonderheft 42/2009, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 224-250.
- Wagner, Wolfgang 2006: Qualitative Inhaltsanalyse: Die soziale Konstruktion sicherheitspolitischer Interessen in Deutschland und Großbritannien, in: Siedschlag, Alexander: Methoden der Sicherheitspolitischen Analyse. Eine Einführung, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 169-188.

- Wahlke, John/Eulau, Heinz/Buchanan, William: 1962: The Legislative system; explorations in legislative behaviour, John Wiley & Sons Verlag, New York.
- Walter, Stephan 1995: Ein verrücktes Erlebnis. Redenschreiber in der Politik, in: Gallio, Claudio: Freie Laufbahn. Beruf für Geisteswissenschaftler, Bollmann Verlag, Köln, S. 27-39.
- Watzal, Ludwig 2004: Editorial, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung das Parlament, Ausgabe 26, Bonn.
- Wengeler, Martin: Die Sprache der Aufrüstung. Zur Geschichte der Rüstungsdiskussion nach 1945, Wiesbaden 1992.
- Wiesendahl, Elmar 2010: Rationalitätsgrenzen politischer Strategie, in: Raschke, Joachim/Tils, Ralf: Strategie in der Politikwissenschaft: Konturen eines neuen Forschungsfelds, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 21-44.
- Wolf, Joachim 2003: Organisation, Management, Unternehmensführung. Theorien und Kritik, Gabler Verlag, Wiesbaden.
- Wuketits, Franz M. (2008): Die Illusion des freien Willens; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung das Parlament, Ausgabe 44/45, Bonn, S. 3-5.
- Zucker, Lynne 1988: Where do Institutional Patterns Come From? Organizations as Actors in Social Systems, in: Zucker, Lynne: Institutional Patterns and Organisations. Culture and Environment, Ballinger Verlag, Cambridge, S. 23-49.